

Die Neue Gesellschaft

Herausgegeben für
die Friedrich-Ebert-Stiftung von

Holger Börner
Klaus Harpprecht
Johannes Rau
Carola Stern
Hans-Jochen Vogel

Frankfurter Hefte

Redaktion
Peter Glotz
(Chefredakteur)
Norbert Seitz
(verantwortlich)
Christian Jürgens
(Mitarbeit)

Redaktionskreis
Klaus Bloemer
Tilman Fichter
Eve-Marie Kallen
Christine Pries
Hans-Joachim Schabedoth
Uli Schöler
Johano Strasser

Redaktionsbeirat
Frank Benseler
Jürgen Burckhardt
Gottfried Erb
Iring Fetscher
Horst von Gizycki
Martin Greiffenhagen
Norbert Greinacher
Reinhard Höppner
Reimut Jochimsen
Tomas Kosta
Ferdinand W. Menne
Thomas Meyer
Susanne Miller
Peter von Oertzen
Richard Schröder
Wolfgang Thierse
Christoph Zöpel

4 1995
42. Jahrgang

291 Editorial

Aktuelles

- 293 NORBERT SEITZ
Zwischen Haider und Bubis.
Wohin sich die FDP entwickelt
- 297 THOMAS KREUDER
Endlose Talfahrt.
Die Großstadtprobleme
der hessischen SPD
- 300 GESPRÄCH MIT GAJO SEKULIĆ
»Von Sarajevo aus kann
ich niemanden anrufen«
- 302 KAROLINE HILLE
Wie ein Akt auf dem Drahtseil.
George Grosz in der
Berliner Nationalgalerie

Thema: Rußland

- 306 PETER W. SCHULZE
Die autoritäre Transformation
der russischen Demokratie
- 318 KAI EHLERS
»Konterrevolution«?
- 324 DIETER BODEN
Der russische Kaukasus-Mythos
- 327 SONJA MARGOLINA
Der Kaukasus als literarische
Kulisse
- 332 KLAUS BLOEMER
Verhängnisvolle Rußlandpolitik
- 336 GERNOT ERLER
Jelzins Außenpolitik
- 343 ROLAND GÖTZ
Die sozialökonomischen
Perspektiven Rußlands
- 348 KARLA HIELSCHER
Zur Prosa der
Ljudmila Petruschewskaja

8.-Mai-Debatte

- 353 THOMAS HOFMANN
Buchenwald-Gedenktage
in Weimar 1945–1995
- 359 ANJA WEUSTHOFF
Holocaust und Strafjustiz
- 365 GESPRÄCH MIT
ESTHER DISCHEREIT
Als Jüdin in Deutschland schreiben

Kontrovers

- 369 MANFRED USCHNER
Die hausgemachte Niederlage

Kritik

- 373 FRANZ SOMMERFELD
Heiner Geißlers *black channel*
- 374 RÜDIGER GÖRNER
Das erzählte Imperium
- 376 JÜRGEN SEIFERT
SPD und SDS.
Ein Brief an Willy Albrecht
- 380 VERMISCHTES
- 384 Zu den Autorinnen und Autoren
- 384 Impressum

Titelfoto: AKG, Berlin

Die Außenpolitik des Westens besteht aus Bruchstücken, aus nicht zusammengeführten Motiven, aus flammend idealistischen Großkonzepten ebenso wie aus hinterfotzig kostümierten Einzelinteressen: *Patchwork*. Die Interpretation dieser Trümmer wird nur noch in einzelnen Köpfen versucht, fast immer von Amerikanern: Kissinger, Brzezinski, Paul Kennedy. In den mittleren Staaten regen wir uns nur noch über Erzählstränge (Tschetschenien, Bosnien) auf; die Gesamtfabel bleibt außer Betracht. In den kleinen schließlich sind Innen- und Außenpolitik identisch. So werden (kleine) Kriege, wenn sie schließlich losbrechen, alternativlos, weil ihre Verkettung in Bedingungsreihen unerkant bleibt. Dann bekommen die Moraliserer das Wort: »Wir fordern ...« Die Forderungen sind oft höchst berechtigt. Aber geben die jeweiligen Verhältnisse das geforderte Verhalten her?

Motive: Die *Gingrich*-Republikaner hetzen wieder gegen die Russen, weil sie Teile der amerikanischen Rüstungsindustrie am Leben erhalten wollen. Jelzin ist in seinem Land mit einer Jahrhunderte alten Kaukasuslegende konfrontiert. In diesem Blatt wird sie von Dieter Boden und Sonja Margolina beschrieben. In der NATO wird immer offener – unter dem Druck der republikaniserten Clinton-Administration – die rasche Aufnahme der Osteuropäer – und der Ausschluß Rußlands – diskutiert. Wer fragt nun danach, ob selbst ein gesunder, seine Machtstrukturen beherrschender Jelzin den Kaukasus hätte freigeben können?

Wer so fragt, bekommt sofort zu hören, er verteidige die brutal-plumpe Politik Gatschows in Grosny. Die ist nicht zu verteidigen. Die schrittweise fortschreitende Isolierung Rußlands ist aber nicht die Folge der russischen Tschetschenienpolitik, sondern ein seit zwei Jahren sich abzeichnender Trend in Teilen der Europäischen Union, auf den das rechte Amerika jetzt – aus teils bornierten, teils höchst komplexen Gründen – einschwenkt. Wohin, fragt man sich, soll das führen, wenn nicht zu serbischen Komplexen im viel höher gerüsteten Moskau?

Wir haben das Aprilheft unter die Überschrift *Rußland* gestellt, weil die Krisen von übermorgen auf unseren Fehlern von heute beruhen. Wer streitet eigentlich vehement über

die Erweiterung der NATO? Komisch; bei der welthistorischen Frage, ob wir drei oder sieben Tornos zum Schutz (eventuell?) abziehender UNPROFOR-Leute in die Luft lassen, hat fast jeder deutsche Politiker eine gestochen scharfe Meinung. Bei der »Osterweiterung« der NATO, einer ungleich wichtigeren Frage, aber scheinen mehr oder weniger alle einig zu sein. Gibt es da keine Diskussionen mehr?

General Michael Rose reist, seit er sein bosnisches Mandat turnusgemäß an seinen Landsmann Generalleutnant Rupert Smith weitergegeben hat, durch die Welt und legt in privaten Gesprächen, Pressekonferenzen und Interviews seine ungeschminkten Ansichten über den Balkankonflikt dar. Ende März war er für Bonn angesagt. Aus der *WELTWOCH* (9. 2. 95): »Der bosnische Ministerpräsident Haris Silajdzic zitierte den General zu sich in sein Büro. Erst hatte er veranlaßt, daß ein Kameratteam von CNN zugegen war. Sobald Rose durch die Tür trat, legte der Ministerpräsident vor laufender Kamera los: »Ich werde mit General Rose da jetzt gleich sprechen. Mr. Akashi (der Bosnien-delegierte des UNO-Generalsekretärs), er ist verantwortlich für den Tod von 70 000 Menschen in Bihac in diesem Augenblick. General Rose hier fordert keine Luftangriffe und auch Mr. Akashi nicht – dies sind die Verantwortlichen. Wenn in Bihac zahlreiche Menschen sterben, ist es wegen ihnen.«

Doch was war in Bihac wirklich geschehen? Es gab Kämpfe, aber kein Massaker an der Zivilbevölkerung. Nach UNO-Schätzungen kosteten diese Kämpfe weniger als tausend Menschenleben, auf keinen Fall die von Silajdzic genannten 70 000.«

Dieses Heft greift drei kontroverse innenpolitische Thesen auf: die Rolle des Vorsitzenden des Zentralkomitees der Juden, Bubis, in der F.D.P. – eine Weizsäckerfigur? Frankfurt als »Großstadtproblem« für die SPD; wo liegt der Unterschied zwischen »Dienstleistungsstädten« wie Frankfurt, München, Hamburg einerseits, Dortmund und Essen andererseits? Und was spielen die gerissenen Fighter Heiner Geißler und Joseph Fischer für ein Spiel? *High Noon*, also ziemlich große Oper, oder *Wait until dark* (SAT 1, 19. 3. 95), also Dutzendware?

Peter Glotz



Leningrad, heute wieder Sankt Petersburg

Foto: Dietmar Brinkmann

NORBERT SEITZ

Zwischen Haider und Bubis

Wohin sich die FDP entwickelt

Wahl Nacht in Wiesbaden. Erschöpft, aber zufrieden kauert Ignatz Bubis im Fraktionszimmer der FDP. Im Supergedenkjahr hat sich der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland nicht nur zahllose mahnende Reden, sondern auch den Überlebenskampf der Liberalen vorgenommen. Wenige Wochen zuvor war er schon als Starredner auf dem Stuttgarter Dreikönigstreffen aufgekreuzt, an einer Stelle, wo sonst ein Ralf Dahrendorf zu missionieren pflegte. Seine Warnung galt einer neonationalen Rechtsdrift der Parteiliberalen. In Wiesbaden ist eine erste Station geschafft. Doch die Hochstimmung auf die erste Überlebensprognose legt sich rasch mit der stabilen Aussicht auf ein oppositionelles Dasein. Freude will sich bei den Liberalen erst wieder einstellen, als die Hochrechnungen wenigstens Kanther vor Eichel sehen.

Bubis, der stille Gewinner, gibt die Blumen für den parlamentarischen Wiedereinzug gern an seine Spitzenkandidatin weiter. Doch wenn schon, ist der Erfolg eher einer polygamen Dame zu verdanken, die nicht Ruth Wagner, sondern Zweitstimme heißt.

Zu den sozialliberalen Zeiten Heinz Herbert Karrys galt Ignatz Bubis in der hessischen FDP eher als wirtschaftsliberaler *hardliner*. Beim Wendemanöver der Liberalen 1982 sollte er seine Rolle im Hintergrund spielen, ehe ihm im Mai 1985 nach dem Bitburg-Coup die Lust auf Kohl zwischenzeitlich verging.

Mit Bekenntnissen zum *Heine*-Deutschland und zur Nachkriegsdemokratie ist Bubis nunmehr zu einer moralischen Instanz des öffentlichen Lebens avanciert, weshalb er wohl auch seine politische Chance wahrnehmen möchte, als quasi freidemokratischer Weizsäcker eine rettende Rolle für die gefährdete FDP zu spielen. Zwischen der »Freiburger« Wiederbeschwörung und dem Berliner Haider-Imitat repräsentiert Ignatz Bubis einen national unverdächtigen wirtschaftskonservativen Durchmarsch, ohne daß er mit dem Beifall von der falschen rechten Seite rechnen müßte. Hat die FDP mit dem Bubis-Profil ihre Überlebensspur gefunden?

Doch die Freude am Überleben in Hessen wurde den Liberalen in Bonn gründlich verdor-

ben. Der Zweitstimmenzuschlag aus dem Unionsreservoir sorgte im Regierungslager kaum für ein Gefühl der gelungenen Arbeitsteilung, sondern nur für Lagerfrust unter den Konservativen. Das Stimmensplitting hatte nicht zum gemeinsamen Sieg geführt, sondern nur zum Muskelspiel des schnorrenden Partners.

Rechtskonservative Sozialpläne

Seitdem versuchen die Liberalen ihre Verschonungspause über ultimative Steuersenkungsszenarien auszufüllen, um mit der mittelständischen Profilierung den allerletzten Überlebensstrick zu probieren. Prof. Eberhard Hamer, ein Anhänger der rechten Gruppe von Stahl, durfte noch am hessischen Wahltag in der *WELT AM SONNTAG* die Rückkehr der alten FDP beschwören: »Hat der Mittelstand in Deutschland seine politische Heimat verloren?«

Zuvor gab es eine ganze Skala prominenter Überlebensstips, deren Bandbreite freilich viel über die Chancenlosigkeit des Unternehmens verriet. Da empfiehlt Alfred Grosser den Liberalen einen Post-Genscherismus, d. h. eine außenpolitische Profilierungsoffensive, – als ob dieser Kanzler, der mit seinem Teltschik schon Genscher zur Weißglut trieb, dessen schwerfälligen Nachfolger auch nur eine Brüsseler Schnitte ließe! Derweil rät Erwin K. Scheuch zu gesteigerter marktwirtschaftlicher Unbedenklichkeit, unterstützt vom »Caritas«-Papier der Friedrich-Naumann-Stiftung eines »adjektivlosen« Liberalismus, der seine besondere Asozialität längst für eine lagerübergreifende Allerweltsmentalität hält. Andere vermuten dahinter nur die Illusion einer »Volkspartei im kleinen« und raten erst recht zu einem Klientelismus als einziger Chance einer zwar reduzierten, dafür aber stabilen Verankerung im Wählerspektrum.

Derzeit wimmelt es aber vor allem von rechtskonservativen Sozialplänen, um den Liberalen über den erwartbaren Kinkel-Konkurs hinaus eine Existenz im rechten Spektrum zu ermöglichen. Dabei scheint das grobe, im Frühjahr erschienene Berliner Manifest der Gruppe um den früheren Generalbundesanwalt Alexan-



Da hilft kein Beten

Foto: dpa

der von Stahl für viele konservative Strategien mehr liberalen Überlebenssinn auszudrücken als es das heillose Stammtischgerede über »Ökohysterie«, »feministische Apartheid«, einen europäischen Bundesstaat oder einzuschränkende Individualrechte zunächst vermuten ließ.

Zum Beispiel glauben manche immer noch trotzig an eine hierzulande tiefsitzende und jenseits von Kohl erst richtig virulent werdende Euroskepsis, mit der sich ein probates Feindbild kreieren und das konservative Spektrum aufmischen lasse. WELT-Kommentator Herbert Kremp plädierte schon 1993 für eine »rechtsliberale Partei im deutschen Spektrum« gegen das »monströse Bündnisgebilde von EG und UNO« als Flucht aus dem wiedergewonnenen Nationalstaat: »Bei der Europawahl wird sich zeigen, wie der Bürger, in Sachen Europa ziemlich wahlverdrossen, auf das neue Angebot anspricht« (19. 10. 93). Doch die Brunner-Bewegung gegen Europa sollte im Juni 1994 ziemlich kläglich scheitern, ohne daß sich indes ihre Anhänger schon geschlagen gaben.

Für die Gründung einer neuen, rechtsliberalen Partei spricht – geistig-politisch – sicher auch eine grassierende rechtsintellektuelle Kultur, die weder im »Sozialpatriotismus« des Plebejers Schönhuber noch im Protestbündnis des abtrünnigen Eurotechnokraten Brunner ein parteipolitisches Pendant erkennen konnte. Arnulf Baring beschwor in der WOCHENPOST (3. 11. 94) einen »modernen Altliberalismus«, nach dem »der einzelne für sich und die Seinen verantwortlich ist und diese Selbstverantwor-

tung nicht nur die Grundlage der Bürgergesellschaft, sondern der Demokratie ist.« Außerdem tut sich ein relativ unbearbeitetes Feld von Großmachtdenkern, Westentbindern und Geschichtsrevisionisten auf, beackert von Konvertiten und Kronzeugen der »Alt-Parteien« über letzte Mohikaner und parteipolitisch Heimatlose bis zu straighten Jungkonservativen.

Grund genug für den Versuch einer Neudefinition von »rechts« ist aber auch der schleichende Verlust der konservativen Definitionsmacht über eine nach '89 expandierende Mitte, in der sich schier alles zu gruppieren scheint, was verständlicherweise mit den niedergegangenen Realsozialismus nichts zu tun haben möchte. Als die Postlinke ihr plötzliches Behagen am zivilgesellschaftlichen Eldorado namens Bundesrepublik entdeckte, kam vielen Konservativen die deutsche Wiedervereinigung wie gerufen, um das politische Koordinatenkreuz neu zu justieren. So hieß es denn auch zu Beginn der *What's right?*-Debatte in der FAZ, wie notwendig es sei, »in einer zunehmend unübersichtlichen politischen Landschaft Positionen zu erkennen und Unterscheidungen treffen zu können.«

Kinkel plus Stahl

An einem neuen Mehrheitsbeschaffer der Union interessiert, redet die konservative Presse derzeit aber weniger dem Stahl-Putschismus *gegen* Kinkel als einem Stahl-Programm *mit* und nach Kinkel das Wort. »Der Kampf ruft »Mitte« genügt nicht«, kommentiert Friedrich Karl Fromme in der FAZ. (vom 7. 1. 95) das Stuttgarter Dreikönigstreffen. Er rät den gebeutelten Liberalen, die »Scheu vor rechts« endlich abzulegen und sich um Wähler zu kümmern, die »den Hang der CDU zu Subventionen nicht schätzen, im Nationalen nicht das Übel schlechthin sehen, eine wirkliche Marktwirtschaft wollen, einen Staat, der sich nicht in alles einmischt, aber die Bürger vor Rechtsbrechern schützt« (6. 1. 95). Kein Zweifel, dies ist blinkender (von) Stahl! Fromme versucht der FDP die Rechtswerdung mit dem Schreckgespenst einer von Geißler und Süßmuth beherrschten Union schmackhaft zu machen, »die in der Multikulturalität die Zukunft sieht.«

Ebenso betätigt sich Martina Fietz in der WELT als publizistische Hebamme einer neu zu gebärenden Rechts-FDP. Die Liberalen müßten endlich ihre Scheu ablegen, »sich als rechtsliberal zu definieren« (29. 10. 94). Im Zentrum solcher Ratschläge steht dabei das Verlangen, über die Herausforderung der Organisierten

Kriminalität zum Doppelschlag gegen die klassische Rechtspolitik wie den Linksliberalismus überhaupt auszuholen. So wird die wackere Justizministerin nur noch als Fundamentalistin einer »nahezu manischen« Fesselung der Sicherheitsbehörden im Überlebenskampf mit einer »kriminellen Gegengesellschaft« wahrgenommen, während die Wahl Burkhard Hirschs zum Parlamentsvizepräsidenten zynisch begrüßt wird, weil sein mögliches »Ausscheiden aus Detailberatungen« der Bundestagsfraktion »die Arbeit erleichtern« würde. (12. 11. 94) Mit dem Eintreten »für Randgruppen, wie Homosexuellen« erziele man zwar »ein Flair von Aufgeklärtheit«, erreiche aber keine neuen Stammwähler. Die FDP dürfe keine »Scheu vor der Brandmarkung als Klientelpartei« haben – der Negativbegriff der »Besserverdienenden« sei durch den der »Lebensunternehmer« zu ersetzen.

Auch die schwere Niederlage für die nationalliberalen »Erneuerer« auf dem außerordentlichen Landesparteitag der Berliner FDP Mitte Januar konnten FAZ und WELT nicht davon abbringen, den Liberalen weiterhin ein rettendes rechtes Ufer anzupfehlen. Währenddessen lag das Schweigegebot in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG zum Debakel der Stahl-Gruppe ziemlich daneben: »Das Thema ist also erledigt. Wer rechts von der CDU eine weitere Partei will, muß diese Partei gründen. . . Jetzt sollten auch die Medien die Eindeutigkeit der FDP respektieren und aufhören, die »Berliner Positionen« und andere sogenannte »nationalliberale« Gedanken und die sie vertretenden Herren weiter hochzuschreiben und bekanntzusenden« (16. 1. 95).

Das Thema ist aber noch lange nicht erledigt, denn »bei dieser FDP ist noch alles drin«, wie die FRANKFURTER RUNDSCHAU den Berliner Parteitag kommentierte, über dessen Votum sich Reißmüller in der FAZ mächtig echauffierte: »Gegen linksliberale Initiativen führt die FDP solche Keulenschläge nicht.« Immerhin habe Rexrodt, der Landeschef, versprochen, über einige Vorstellungen der Gruppe um Stahl und Kittlaus könne man reden: »doch sie redet über keine einzige« (16. 1. 95). Für den Leitartikler bleibt die Frage, »wo sich eine hinter Kinkel stehende FDP im politischen Spektrum postieren soll«.

Im Gespräch der WELT (vom 19. 1. 95) mit Parteichef Kinkel sind die bemühten Fragen aufschlußreicher als die zumeist dürftigen Antworten:

- »Warum haben die Berliner FDP-Mitglieder um Alexander von Stahl nicht länger die Freiheit, ihre Positionen als FDP-Position zu vertreten?«

- »Warum solche ängstlichen Reaktionen im Zusammenhang mit rechts?«

Als Kinkel beteuert, die Abwehr auf das Berliner Papier zeige, daß es keine Chance gebe, »aus der FDP eine deutsche FPÖ à la Haider zu machen«, bekommt er prompt die Frage serviert: »Aber Haider hat die FPÖ zu einer 20-Prozent-Partei gemacht.« Daraufhin Kinkel, einmal treffend: »Es gibt auf dieser Erde viele Parteien, die große Erfolge haben, denen ich aber nicht angehören möchte.«

Unter dem Titel »Die nationalliberalen Erneuerer in der FDP geben sich noch nicht geschlagen« beklagt Eckhard Fuhr in der FAZ (vom 19. 1. 95), daß selten etwas »mit größerem Getöse kleingeredet« worden sei als das Stahl-Papier, obgleich dieses doch nur »nationalliberale Selbstverständlichkeiten« enthalte, die aber bereits als »Rechtsradikalismus« denunziert würden. Eher wittert der Autor eine längst fällige »Rebellion der Parteibasis«, den Protest einer »FDP von unten«. Deshalb spreche auch wenig dafür, daß der Streit um die Berliner Thesen »als Episode der Parteigeschichte bald vergessen ist.«

Das WELT-Gespräch mit Kinkel nimmt derselbe Autor am Tag darauf erneut zum Anlaß, um gegen das Diktum »Unser Platz muß in der Mitte sein« zu polemisieren: »Heißt das: in der Mitte zwischen einer sozialdemokratisierten Wohlfahrtsstaatspartei? Dort kann die FDP nur verhungern.« (FAZ vom 20. 1. 95)

Solche Überlebenshilfen können mit Gegenliebe rechnen in einer Partei, die, ohne es zugeben zu können, dem rechten Berliner Manifest längst geistig näher steht als dem legendären sozialliberalen Freiburger Programm. Wie wenig die heutige Partei noch über einen emphatischen Begriff von Liberalität verfügt, beweist jener krude Verbalökonomismus, mit dem Kinkel in Gera die Mißerfolge der FDP darauf zurückführt, daß es momentan an einer »Hochkonjunktur« (!) für das »Prinzip der Freiheit« mangle. Der Hechinger Konservative hat keinen liberalen Schimmer.

Kaum ernstzunehmen ist auch die verzweifelte Suche nach einem rechtsliberalen Erfolgsmenschen wie Haider. Ein deutscher Bewegungspolitiker seines Zuschnitts hätte wohl zuallererst dem Stagnationsfaktor FDP den Kampf anzusagen. Dennoch ist es höchst amüsant zu beobachten, wie freidemokratische Landeschefs um 40 den Haider-*approach* versuchen, – zwar nicht xenophobisch wie der Kärntner, aber dafür mit dem ganzen anti-zentralistischen Populismus, der den Wohlfahrtsstaat nur noch als säkulare Dekadenz verzerrt. In Baden-Württemberg glaubt man fündig geworden zu

sein, nachdem der einstige Landeschef Walter Döring wiederaufgetaucht ist, der 1988 bei einem Prozentsatz von 5,9 gehen mußte, für den er heute die Reinhold-Maier-Gedenkplakette beanspruchen könnte. Kernig führte er sich ein, indem er einer »Sozialdemokratisierung der FDP« (!) den Kampf ansagte, wo immer er sie zwischen Kiel und Garmisch, Vaihingen und Göggingen auch gesichtet haben mag.

Mit ebenso grobem Raster beschwor der Hesse Wolfgang Gerhardt im zurückliegenden Landtagswahlkampf den freiheitlichen »Existenzkampf« der Liberalen gegen ein ganzes Lager von »sozialdemokratisierender Politik«. Noch in der Wahlnacht entwarf er die übermächtige gegnerische Kulisse von »Staatskunden«, ob CDU oder PDS, und der »Vollkaskoversicherungsmentalität« ihrer Wähler. 80 Prozent der Abgeordneten des Deutschen Bundestags seien »Sozialdemokraten mit unterschiedlichen Parteibüchern«.

Wie die Jungfrau zum Kind geriet Gerhardt mit dem nächsten Wahltermin im Kalender in die Favoritenstellung um die mögliche Kinkel-Nachfolge im Juni. Doch wenn am 19. Februar nicht in Wiesbaden, sondern in Kiel gewählt worden wäre, hätte wohl Herr Kubicki vor dem Spiegel den Haider einstudiert.

Bei Dahrendorf firmierte der Begriff der Sozialdemokratisierung noch als Synonym für eine ziemlich ausbalancierte Demokratie; seit Lambsdorff gilt Sozialdemokratisierung nur noch als gesamtgesellschaftlicher Tumor, gegen den sich die Solms & Co als Chemotherapeuten zu profilieren trachten. Für diese Stilisierung bot sich im hessischen Wahlkampf ausgerechnet SPD-Banker Pöhl als Kronzeuge an, indem er die FDP als notwendige »Bremse« gegen den »auswuchernden Wohlfahrtsstaat« empfahl.

Geißlers Liberalen-Schelte

Von geradezu »jesuitenhafter Durchtriebenheit« hätte der alte Wehner wohl Geißlers jüngste Kritik bezeichnet, den Liberalen Defizite im Engagement für die Menschen- und Bürgerrechte vorzuhalten. War der Verzicht der Liberalen auf freisinnige Positionen nicht im *billet entrée* für das Dauerbündnis mit den Konservativen enthalten? Ein Dutzend Jahre ließen sich die Liberalen von Kohl zum Friseur schicken, mußte das Duo Baum-Hirsch vor der CSU Spießrutenlaufen. In Wahrheit hatte die FDP an der Seite des Dinosauriers Kohl nie eine faire, sondern nur eine un-faire Überlebenschance, nämlich die, als wirtschaftskonservative Blockpartei allmählich den Geist aufzugeben. Das angemaßte

»liberale Wächteramt« der Republik wanderte in den 80er Jahren vom Thomas-Dehler-Haus in die Villa Hammerschmidt aus, wo von einem – Richard von Weizsäcker – mehr liberale Wirkung ausging als vom intellektuell verwüsteten Deregulationsclub Genschers und Lambsdorffs. Vom einstigen hohen Anspruch des Dahrendorf von '68, liberal sein heiße protagonistisch sein, blieb nichts.

Auch die Chance einer sozialen Neubesinnung und innerparteilichen Öffnung, wie sie die deutsche Einheit zu bieten schien, wurde vollends verspielt. Als bald wich die Hallenser Vereinigungslyrik knüppelharter Marktwirtschaftsprosa. Schlimmer noch: Der hohe gesellschaftliche Diskussionsbedarf nach der Wende wurde am allerwenigsten von den Liberalen aufgefangen: Kein erkennbarer Diskurs um die Grenzen von Nationalstaat und multikultureller Gesellschaft, keine Debatte um die Defizite der alten Ostpolitik, für die doch Liberale ministeriell mitverantwortlich zeichneten; die Hauptstadtdebatte wurde von der Baulobby für Berlin entschieden; keine Auseinandersetzung mit den eigenen »Blöckflöten« – wie wenigstens auf dem Dresdner CDU-Parteitag 1991; kein größerer Disput um die Veränderung des Asylrechts – die SPD leistete sich 1992 einen selbstquälerischen Sonderparteitag! Auch in der Krise des Parteienstaats erkannten die Liberalen nicht die Chance einer Erneuerungsoffensive. Statt dessen verbarrikadierten sie sich bei der moderaten Parteienschelte Weizsäckers wie in der Wagenburg eines *Ancien Regimes*.

Nur Tissy Bruns gab in der WOCHENPOST noch einen freisinnigen Pfifferling für die Liberalen. Mit dem jungen Generalsekretär Westerwelle beginne »der Run auf grüne Wähler« als einziger Zukunftschance. Die frühere TAZ-Korrespondentin kennt offenbar ihre grünen Pappenheimer und ahnt, daß die Basis der Alternativpartei das verwaiste linksliberale Erbe der FDP sehr wohl verspielen kann. Gegen die Strategie Westerwelles argumentierte die FAZ nach der Hessenwahl, der karge Kinkel könne »den Wettkampf mit den lockeren grünen Sprintern schwerlich gewinnen«, sollte er etwa in Bremen zur Wahl im Mai versuchen, »das Lebensgefühl des »aufgeklärten Großstadtpublikums« zu befriedigen« (21. 2. 95). Maß und Mitte, Wirtschaft und Mittelstand seien eher gefragt, denn die FDP habe zwar in Hessen neues Selbstbewußtsein gewonnen, »aber noch lange keine Flügel«. Vor allem jenen Flügel noch nicht, der den Konservativen in Deutschland die Macht über die Jahrhundertschwelle sichern soll.

Endlose Talfahrt

Die Großstadtprobleme der hessischen SPD

Scheinbar hatte Hans Eichel in den letzten Wochen am Wahlkampf so viel Gefallen gewonnen, daß er davon kaum lassen konnte. Gewiß, »Erfolg braucht keine Show«, wie die SPD das fehlende Charisma ihres Spitzenmannes offensiv wendete und trotzig plakatierte. Doch es muß auch deutlich werden, was und wo die Erfolge sind. Der Hessenwahl fehlten aber die großen Themen, und darunter litt vor allem die Mobilisierungskraft der Sozialdemokraten. Dabei waren die Voraussetzungen günstig. Der Aufschwung füllt den Unternehmen zwar Auftragsbücher und Kassen. Gleichzeitig schrumpfen jedoch die von Solidaritätszuschlag zusätzlich geschmälernten Realeinkommen der Arbeitnehmerhaushalte. Darüber hinaus kamen die Tarifauseinandersetzungen in der Metall- und der chemischen Industrie der SPD zugute. Auch zündeten die von der Union vorgestellten Alternativen nicht recht. Und schließlich tat der als der »bessere Mann« präsentierte Manfred Kanther der SPD noch den Gefallen, in sein ansonsten wenig leuchtkräftiges »Schattenkabinett« einen CSU-Politiker als zukünftigen Kultusminister aufzunehmen.

Alles in allem hätte es für die Sozialdemokraten also besser laufen können. Besser jedenfalls als die 38 %, die am Ende für sie heraussprangen. Das Ergebnis, gegenüber 1991 ein Minus von 2,8 %, ist das schlechteste seit der Gründung des Landes. Wie schlecht dieses Ergebnis ist, wird jedoch erst deutlich, wenn man die für die SPD günstige Ausgangslage noch um die Problemwahrnehmungen und Kompetenzzuschreibungen durch die Wähler ergänzt. So stand nach Analysen der »Forschungsgruppe Wahlen« mit 44 % die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unangefochten an der Spitze. Weit dahinter folgten mit 20 % bzw. 10 % der Nennungen der Umweltschutz und die Schulpolitik. In allen drei Bereichen maßen die Befragten zugleich einer sozialdemokratisch geführten Regierung eine höhere Kompetenz zu. Auch die Wirtschaftspolitik, traditionell ein Feld, auf dem die Union deutlich führt, konnte Kanther kaum die nötigen Punkte bringen: 31 % sahen hier die CDU vorn, 27 % hielten beide für gleich gut, und 24 % meinten, die SPD könne es besser. Auf die Frage, wer die wirtschaftliche Situation eher verbessern würde, gaben sogar 24 % einer SPD-geführten Regierung den Vorzug vor einer

rechtsliberalen Koalition mit 21 %. Gleichwohl verloren die Sozialdemokraten vor allem in Gegenden mit hohem Arbeiteranteil und vielen Arbeitslosen besonders viele frühere Wähler.

Trümmerfeld Frankfurt

Überdurchschnittlich waren die Verluste der SPD ferner in den großen Städten und Dienstleistungszentren. Im Rhein-Main-Gebiet bauten die Christdemokraten ihre Vormachtstellung sogar noch aus und gewannen diesmal jeweils alle drei Direktmandate in Hanau und Umgebung (Main-Kinzig-Kreis) und Wiesbaden. Frankfurt mit seinem Umland im Vorder- und Hochtaunus ist ohnehin schon lange in der Hand der CDU. Die Schwäche der SPD in den Dienstleistungszentren und Universitätsstandorten ist zugleich die Stärke der Bündnisgrünen. In Frankfurt etwa sind sie unter den bis zu 45jährigen die stärkste Partei. Bei den Parteipräferenzen von Wählern mit höheren Bildungsabschlüssen liegen SPD und Bündnisgrüne mit 27 % bzw. 25 % fast gleichauf. Die CDU liegt dort mit 32 % deutlich vorn. Dem entspricht das schlechte Abschneiden der SPD in Gegenden mit hohen Angestellten- und Beamtenanteilen.

Dagegen blieb in Nord- und Mittelhessen die Kräfteverteilung zwischen SPD und CDU insgesamt recht stabil. Auch konnten die Sozialdemokraten dort, ebenso wie im Südosten, ihre Direktmandate überwiegend verteidigen. Dennoch wird die SPD darauf achten müssen, in ihrem klassischen Milieu nicht weiter an Vertrauen einzubüßen. Das Minus von ca. 5 % in Kassel und Umgebung ist ein Alarmzeichen. Ursache dieser Entwicklung dort sind allerdings auch Konflikte um Straßenbauprojekte und lokale Fehlleistungen, die schon bei der Kommunalwahl vor zwei Jahren die Kasseler SPD von 50,5 % auf 29,8 % stürzen ließ. Daß bei der Landtagswahl in Kassel selbst aber wieder rund 40 % der Wähler für die Sozialdemokraten votierten, läßt sich als Hinweis darauf deuten, daß Milieubindungen reaktiviert werden konnten und die Parteistrukturen noch vergleichsweise intakt sind.

Beides ist in Frankfurt, wo mehr als ein Zehntel der hessischen Wahlberechtigten wohnen, hingegen zweifelhaft. In manchen Stadtteilen ist die Sozialdemokratie organisatorisch

schon so schwach, daß kaum Plakate geklebt oder Informationsmaterialien verteilt wurden. Der Niedergang der Frankfurter SPD, die in den 60er Jahren noch über 50 % lag, auf die 30 %-Marke, ist begleitet von einem Segmentierungsprozeß innerhalb der Partei, die kaum noch als geschlossene Organisation handlungsfähig ist. Soweit die Mitgliedschaft überhaupt noch aktiv ist, bildet sie verschiedene *In-Groups*, die sich entweder um Personen oder anhand ideologischer Orientierungen wie lokaler und themengebundener Bezüge zusammenschlossen haben. Im Grunde haben diese autistischen Gruppen kaum noch etwas miteinander zu tun, ihre jeweilige Abgeschlossenheit und interne Selbstbestätigung, gepaart mit der wachgehaltenen Erinnerung an persönliche Verletzungen, verfestigt vielmehr die Spaltung. So gesehen ist auch kein Wunder, daß die »Schweine«, die mit ihren Stimmen gegen den grünen Kandidaten für das Amt des Umweltdezernenten die rot-grüne Römer-Koalition vor eineinhalb Jahren erst beinahe und jetzt bei der Wahl der grünen Gesundheitsdezernentin tatsächlich zum Scheitern brachten, weder einem geschlossenen innerparteilichen Lager zugeordnet noch zweifelsfrei ausgedeutet werden können. Charakteristisch für den Zustand der Frankfurter SPD ist das Fehlen eines SPD-Stadtverordneten bei der zweiten Abstimmung. Ob dabei Verantwortungslosigkeit oder Mißmanagement der Partei- und Fraktionsführung im Spiel waren, wird sich kaum zweifelsfrei aufklären lassen. Aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre ist jedoch damit zu rechnen, daß der betreffende Abgeordnete als Sündenbock geschlachtet wird, der dringend notwendige Neuaufbau der Parteistrukturen aber unterbleibt. Wer sollte diese Aufgabe auch leisten? Der Befindlichkeit der Frankfurter Sozialdemokratie entsprechen der farblose Unterbezirksvorsitzende Pawlik und die nach außen inkonsistent erscheinende Politik des Magistrats. Wegen der zerfaserten Parteistrukturen ist es Oberbürgermeister von Schoeler und seinen Genossinnen und Genossen im Magistrat auch kaum möglich, der Politik in Frankfurt ein *sozialdemokratisches* Profil zu geben. Gerade weil es der SPD nicht gelungen war, die Auseinandersetzung über eine anspruchsvolle Kultur- und Stadtentwicklungspolitik und die Fürsorge für sozial Schwache unter den Bedingungen leerer Kassen *produktiv* zu führen und in konkrete Konzepte umzusetzen, überließ man das Schlüsseldezernat der Stadtkämmerei den Bündnisgrünen. Genutzt hat es ihr nicht. Gegen die SPD richtete sich vielmehr der gesamte Unmut von Vereinen, Kleingartenpächtern und

medienmächtigem Kulturbetrieb, während die kühl präsentierten Sparprogramme des Tom Koentgs dem grünen Koalitionspartner in gutausgebildeten und gutsituierten Wählerschichten zusätzliche Reputation verschafften. Käme es zukünftig gar zu einer – wie auch immer gearteten – schwarz-grünen Kooperation, wäre dies nicht – wie der gescheiterte SPD-Fraktionschef Dürr meint – »das beste, was der SPD passieren könnte«, sondern deren endgültiges Aus. Ganz im Sinne Heiner Geißlers würden dann CDU und Bündnisgrüne in einer exemplarischen Großstadt Zukunftsfragen abhandeln, während die Sozialdemokratie – wie es ihr nicht zuletzt Hugo Müller-Vogg in der FAZ an den Hals wünscht – sich um die Versäumnisse der Vergangenheit, allerdings ohne jede Gestaltungsmöglichkeit, kümmern könnte.

So katastrophal die Lage ist, es scheint sich gegenwärtig niemand bemüht zu fühlen, die Frankfurter SPD wieder auf Vordermann bzw. -frau zu bringen. Dies dürfte selbst für OB von Schoeler gelten, der in der anstehenden Direktwahl allein auf seine Person setzt und damit hofft, am Ende knapp vor seiner christdemokratischen Konkurrentin Roth zu liegen. Wenn die Bündnisgrünen keinen eigenen Kandidaten präsentieren, kann dies klappen – vorausgesetzt allerdings, die *gesamte* Partei unterstützt ihn.

Diese Verhältnisse hatte der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Armin Clauss wohl im Blick, als er kurz nach der Landtagswahl den Zustand der Partei im *Rhein-Main-Gebiet* als eine Mischung aus »offener Psychiatrie und Altersheim« charakterisierte. Das Echo war verheerend, die FRANKFURTER RUNDSCHAU meinte gar, die Zurechtweisungen seien »moralisch diskreditiert«. So deutlich wie Clauss hat allerdings in der letzten Zeit noch kaum jemand öffentlich auf Strukturdefizite der SPD hingewiesen. Dies gilt zunächst für die Jugendorganisation, die Erhebungen von Politikarbeitsgemeinschaften an Gymnasien zufolge, unter den Jugendlichen kaum noch bekannt ist. Dies gilt ferner für die innerparteilich bedeutsame ASF. Nimmt man etwa die von der SPD erworbenen Direktmandate als Beleg, so finden sich unter den 24 direkt gewählten sozialdemokratischen Parlamentariern gerade einmal zwei Frauen. Von den 19 Listenbewerbern allerdings, die dem Landtag angehören werden, sind elf Frauen. Keine von diesen wiederum ist zum traditionellen Arbeitnehmermilieu zu rechnen, dafür jedoch in Frankfurt und Hessen-Süd gut vertreten.

An den von Clauss angegriffenen Jusos und der ASF hat es sicherlich nicht gelegen, daß die



Frankfurter Scherbenhaufen: OB von Schoeler kehrt vor der eigenen Tür
Foto: dpa

SPD trotz günstiger Umfeldbedingungen nur ein sehr mäßiges Wahlergebnis erreichte. Beide Parteigliederungen spiegeln jedoch auch auf Landesebene Symptome wider, die in Frankfurt bereits in offene Fragmentierung übergegangen sind. Anstelle wirksamerer Zielgruppenansprache und -vertretung sind dort die verschiedenen Teileinheiten nur noch für die innerparteiliche Machtbalance relevant. Ihre Außenwirkung dagegen tendiert gegen Null.

Nur wenige Tage später hieb auch Wiesbadens sozialdemokratischer Oberbürgermeister in dieselbe Kerbe. Wiederum ohne Namensnennung, doch für alle Beobachter erkennbar, fragte Achim Exner, ob es nicht auch etwas mit der Kandidatin zu tun habe, wenn der Wiesbadener Bundestagswahlkreis schon lange nicht mehr von der SPD gewonnen werde. Die südhessische Bezirksvorsitzende Wieczorek-Zeul ihrerseits verwahrte sich gegen »innerparteiliche Schuldzuweisungen« und zog aus den angeestellten Wahlanalysen statt dessen unter ande-

rem die Konsequenz, es müsse der Partei möglich gemacht werden, landespolitische Entscheidungsprozesse früher und besser zu »begleiten«.

Neue Mehrheiten suchen

Eher in Richtung der von Clauss und Exner angemahnten Ausrichtung an den traditionellen sozialdemokratischen Kernthemen wie Solidarität und sozialer Gerechtigkeit sowie der Pflege und Stabilisierung der hergebrachten Parteimilieus ging hingegen der vielbeachtete Wahlkampf des Direktkandidaten Michael Paris im Frankfurter Wahlkreis 38. Dieser hatte sich schon bei der Bewerbung um die Kandidatur gegen das lokale Parteiestablishment durchgesetzt und Gernot Grumbach hinter sich gelassen. Paris, der erste Sozialdemokrat seit langem, der den Betrachtern vom Plakat breit entgegengrinste, setzte auch nach seiner Kür mehr darauf, innerhalb der Bevölkerung und nicht so sehr innerhalb der Partei mehrheitsfähig zu sein. Dabei ist der jetzt allenthalben als »Hoffnungsträger« gepriesene Paris alles andere als ein frischer, unbefangener Quereinsteiger. Der langjährige Falken-Funktionär hat es jedoch geschafft, seiner Verankerung im örtlichen sozialen Milieu durch den Vorsitz im lokalen Vereinsring Ausdruck zu verleihen.

Die Ausrichtung auf die Gewinnung von Mehrheiten in der Bevölkerung liegt auch ganz auf der Linie von Querschnittanalysen, nach denen die Sozialdemokratie auch in ihren »Problemzonen« der großen Städte und Dienstleistungszentren Chancen hat, wenn sie es schafft, ihr Eintreten für soziale Gerechtigkeit mit Weltoffenheit und Liberalität zu verbinden. Wo außerdem, von ein paar kleinen Kerntruppen der Atomlobby abgesehen, kaum noch jemand wirtschaftliche Entwicklung und Umweltschutz für unvereinbar hält, hat eine SPD als »Partei der Arbeit«, wie sie etwa Daniel Cohn-Bendit sehen möchte, durchaus gute Perspektiven. Die Verschränkung von Arbeitnehmerinteressen mit den Anliegen von Arbeitgebern zeigte überdies, daß Sozialdemokraten – nicht zuletzt über Kompromisse mit ihrem bündnisgrünen Koalitionspartner – den Strukturwandel aktiv gestalten und eine europäische Kernregion wie Hessen ins nächste Jahrtausend führen können. Notwendig ist dafür aber eine Überbrückungsleistung, die auch durch Konflikte trägt. Diese wiederum dürfte leichter fallen, wenn sie durch Personen vollzogen wird, die dem traditionellen SPD-Milieu glaubhaft vermittelt, daß die Bindungen zu ihm deswegen nicht gelockert werden.

Wo außerdem, von ein paar kleinen Kerntruppen der Atomlobby abgesehen, kaum noch jemand wirtschaftliche Entwicklung und Umweltschutz für unvereinbar hält, hat eine SPD als »Partei der Arbeit«, wie sie etwa Daniel Cohn-Bendit sehen möchte, durchaus gute Perspektiven. Dies wäre keine Rückkehr zur reinen Arbeiterpartei, die ohnehin ausgeschlossen ist. Die Verschränkung von Arbeitnehmerinteressen mit den Anliegen von Arbeitgebern zeigte überdies, daß Sozialdemokraten – nicht zuletzt über Kompromisse mit ihrem bündnisgrünen Koalitionspartner – den Strukturwandel aktiv gestalten und eine europäische Kernregion wie Hessen ins nächste Jahrtausend führen können. Notwendig ist dafür aber eine Überbrückungsleistung, die auch durch Konflikte trägt. Diese wiederum dürfte leichter fallen, wenn sie durch Personen vollzogen wird, die dem traditionellen SPD-Milieu glaubhaft vermitteln, daß die Bindungen zu ihm deswegen nicht gelockert werden. Sollte Hans Eichel in seinem Kabinett neue Gesichter präsentieren wollen, täte er gut daran, diesen Politikertypus vorzuziehen. Unter den direkt gewählten Mitgliedern der Landtagsfraktion findet sich der eine oder andere, der auch schon von landespolitischen Beobachtern als ministrabel gehandelt wurde.

Bestätigt sehen können sich diejenigen in der SPD, die zunächst auf eine Stabilisierung des Wählerstamms drängen, nicht zuletzt durch das Parteivolk der Bündnisgrünen. Auch diesem leuchteten die Überlegungen ihrer Führungsriege nicht recht ein, wonach in den Koalitionsverhandlungen von der SPD etwa das Innen- oder Justizressort verlangt werden sollte. Der bündnisgrünen Basis war der Erhalt der sowohl identitätsbildend als auch milieufördernd wichtigen Zuständigkeiten für Umwelt und Soziales wichtiger als strategische Erwägungen zur dauerhaften Etablierung der lange Zeit verteuerten Öko-Partei. Während der Auseinandersetzung über den zukünftigen Kurs der Bündnisgrünen unterlief dem Staatsminister a.D. Fischer im übrigen ein schwerer symbolischer *faux pas*. Der Ex-Sponti, dessen Gruppe noch Anfang der 80er Jahre anlässlich des wieder begründeten Opernballs der Polizei heftige Straßenschlachten lieferte, gehörte diesmal selbst zu den Besuchern. Das brachte ihm zwar einen Pluspunkt beim wöchentlichen Schaulaufen in der Sonntagszeitung der FAZ, doch es dürfte die innerparteilichen Skeptiker eher darin bestärkt haben, es mit der »Normalisierung« nicht zu weit zu treiben.

Sollte die SPD aus den nach der Landtagswahl vorgelegten Analysen konkrete Lehren ziehen, müßte sie dies möglichst bald tun. Ge-

rade die Wiedererlangung verlorengegangenen Vertrauens braucht Zeit. Abgesehen von den Frankfurter OB-Wahlen bleiben den Sozialdemokraten bis zur Kommunalwahl nur noch zwei Jahre. Die nächste Gelegenheit, sich landesweit als gesellschaftlich mehrheitsfähige Partei in das Bewußtsein der hessischen Bürgerinnen und Bürger zu heben, sind bereits die Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Gründung Hessens ab Herbst 1995. Bei allem wird es nicht zuletzt auf die Zusammensetzung wie die Leistungs- und Darstellungskraft des zweiten Kabinetts Eichel ankommen, zumal der finanzpolitische Handlungsspielraum des Landes äußerst begrenzt ist. Man wird bald sehen, ob der Ministerpräsident seine Mehrheiten mehr in der Partei oder in der Bevölkerung sucht.

GESPRÄCH MIT GAJO SEKULIĆ

»Von Sarajewo aus kann ich niemanden anrufen«

Gajo Sekulić, geb. 1938, ist Professor für Gegenwartphilosophie an der Universität Sarajewo. Er übersetzte Werke J. G. Fichtes und Hannah Arendts ins Serbo-Kroatische. Wichtigste Veröffentlichungen: Philosophie und Proletariat im Werk von Karl Marx (1980), Phantom des Klassenbewußtseins (1990).

Das Gespräch mit Gajo Sekulić führte Eve-Marie Kallen.

NG/FH: Herr Professor Sekulić, es gab in Ihrem Land, in Bosnien, vor Kriegsausbruch bestimmte vordemokratische Formen, wie z. B. Rundtischgespräche und ein Friedensdokument. Wir wüßten gern mehr Details zu diesen prädemokratischen Formen, die nun doch wohl zu den Kriegsoffern zu rechnen sind.

Gajo Sekulić: Ja, das ist sicher eine wichtige Frage, und sie betrifft die Geschichte der demokratischen Alternative im gesamten Raum von Ex-Jugoslawien. Die Existenz des Vorparlaments ist ein Zeugnis dafür, daß in Ex-Jugoslawien viele demokratische sozial-liberale Parteien existieren, deren Hauptrichtung gleichzeitig gegen die exkommunistischen und gegen die nationalistischen Parteien gerichtet ist, und

mit dieser Institution des Vorparlaments versuchten wir schon vor dem Krieg, in den Jahren 1990 und 1991, der internationalen Gemeinschaft klar zu zeigen, daß es in Jugoslawien auch eine dritte Linie gibt, also nicht nur eine ex-kommunistische und eine neu-nationalistische, sondern auch eine ganz normale, europäisch-zentrierte demokratische Linie. Aber unsere Bemühungen waren erfolglos. Wir haben kein allzu präventives Ziel gehabt, das war nicht der Grund für unser Scheitern. Unser Ziel war, daß die Repräsentanten der neuen jugoslawischen Teilrepubliken ein gemeinsames Dokument unterschreiben mit dem Namen »Friedensvertrag«, in dem steht, daß sie bereit sind, Krieg zu verhindern und nur mit friedlichen Mitteln die strittigen Fragen zu lösen. Und zweitens, daß sie bereit sind, alle strittigen Fragen nur innerhalb einer gemeinsam vereinbarten demokratischen Prozedur zu lösen. Aber die heftige nationalistische Wut und Kraft war etwas, wogegen wir sozusagen prinzipiell zu schwach waren. Diese Niederlage der authentischen dritten demokratischen Linie in Ex-Jugoslawien ist aber ein Phänomen, das auch internationale Bedeutung hat. Diese besteht zumindest darin, daß wir als ursprüngliche normale Demokraten keine Unterstützung von ähnlichen Parteien und Bewegungen im Westen hatten; wir erwarteten ganz utopisch, daß wir deren Unterstützung bekommen würden. Aber das ist nicht gelungen. Deshalb meine ich auch, daß wir in der Diskussion um eine sogenannte Kriegsschuldfrage auch ein Teilchen der Schuld bei der internationalen Gemeinschaft, bei den wahren Demokraten des Westens, suchen müssen.

NG/FH: Können Sie beschreiben, wie das heute ist? Sind diese prädemokratischen Formen total zerstört worden, oder wie soll man sich die heutige Situation vorstellen?

Sekulić: Normalerweise zerstört der Krieg alles. Unsere Fähigkeit, eine normale Kommunikation mit Akteuren aus allen Republiken, also mit Akteuren verschiedener nationaler Angehörigkeit gemeinsam zu organisieren, ist mit dem Ausbruch des Krieges völlig zerstört. Wir beginnen jetzt, in diesem Moment, viele Initiativen, um unsere Kommunikationskanäle zu revitalisieren. Das läuft sehr schwierig. Im Moment nehme ich an einer Konferenz in Deutschland über die Zukunft der Normalisierung teil, also der Demokratie in Ex-Jugoslawien. Es sollten viele Teilnehmer aus allen Republiken kommen: Serben, Kroaten, Albaner vom Kosovo, Bosnier, Muslime, und so weiter. Aber wir haben einige taktische Schwierigkeiten. Die praktische Möglichkeit der Kommunikation z. B. zwischen

Zagreb und Belgrad, zwischen Serbien und Kroatien ist praktisch unmöglich. Es gibt z. B. keine Telefonkommunikation. Von Sarajewo aus kann ich niemanden in der Welt anrufen! Mein Telefon hat nur die Funktion, meine Freunde in Sarajewo anrufen zu können. Aber es gibt die Möglichkeit, daß die Freunde vom Ausland Sarajewo telefonisch erreichen! Also, wir haben viele lebenspraktische Schwierigkeiten. Es wird jetzt viel schwieriger sein, die ersten Schritte der Intellektuellen zu einer demokratischen Kommunikation im Bereich von Ex-Jugoslawien zu erneuern. Aber wir sind bereit, das zu versuchen. Gott weiß, mit welchen Resultaten. In jedem Fall haben wir keine Illusionen. Wir sind keine primitiven Jugo-Nostalgiker im staatlichen Sinne des Wortes. Aber wir wissen, daß es ein geschichtliches Geschick ist, daß die Serben, Kroaten, Muslime und die anderen Nationen gemeinsam leben, unabhängig davon, wie viele neue Staaten dabei entstehen müssen, nach diesem grausamen *Zwang* der internationalen Gemeinschaft, durch alle Phasen der Friedenskonferenzen über Ex-Jugoslawien und Bosnien, mit dem Zwang der ethnischen Aufteilung des ganzen Raumes Ex-Jugoslawien und Bosnien. Es ist ein Zwang, es ist ein Konzept, das brutal in die intimsten Sphären unseres Alltagslebens eingeht! Und diese Blindheit der internationalen Gemeinschaft, Blindheit einer politischen Philosophie, die hinter allen Reden der sogenannten Verhandlungsmenschen in Genf oder in London usw. zum Ausdruck kommt, ist ein Signal für mich, daß wir das *Opfer* einer prinzipiellen Blindheit der internationalen Gemeinschaft sind. Die internationale Gemeinschaft kombiniert *nur zwei* historisch produzierte Prinzipien: ein Prinzip der staatlichen Souveränität: wer einen Staat hatte, muß nach jedem Krieg wieder einen Staat haben.

NG/FH: Wir würden gern etwas zum Thema der *wahren transnationalen europäischen Autorität* hören. Wie müßte eine solche anzuerkennende, wahre und inhaltliche transnationale europäische Autorität, die verbindlich reden könnte, aus Ihrer Sicht aussehen, und was könnte der Beitrag Ihres Landes dazu sein?

Sekulić: Wir sind in Bosnien und im Prinzip auch in Ex-Jugoslawien Opfer des Mangels an einem solchen Prinzip der Autorität. Wir haben in Europa und in der Welt keine allgemeingültige Autorität im institutionellen wie im kulturell-moralischen Sinne des Wortes! Also stehen wir vor der Aufgabe, eine solche Autorität erst bauen, erst schaffen zu müssen. Aber vorher müssen wir darüber sehr ernsthaft nachdenken, was für eine Autorität überhaupt diese In-

itiative meint, die wir neben vielen schlimmen Autoritäten in der heutigen Welt als eine neue Autorität noch bilden, mit welchem Ziel, auf welche Weise, mit welchen Voraussetzungen, mit welchen Konsequenzen etc. Ich habe im Moment keine andere Idee, nur ein paar Anmerkungen in diese Richtung. Es war eine Katastrophe für uns, daß z. B. die Organisation der Vereinten Nationen im Falle der Auflösung Jugoslawiens wie des Krieges in Bosnien überhaupt nicht auf eine menschliche, humane Weise funktionierte! Es war sozusagen die kaltblütige Reduktion einer möglichen humanen Prävention des Krieges auf die Ebene einer humanitären Aktion. Also, darum muß ich noch immer über diese gefährliche europäische Tendenz der *Reduktion des Humanismus auf die Ebene des Humanitarismus* sprechen, und wir alle sind glücklich damit! Wir können aber überhaupt nicht damit glücklich sein, denn es ist sehr gefährlich! Wir erleben jeden Tag in diesem Moment, in dem ich spreche, wie Sarajewo in jenem normalen multikulturellen Sinne des Wortes sozusagen mit jeder Stunde mehr verschwindet! Dieses Verschwinden einer Existenz- und Lebensweise, die im ethischen, politischen, anthropologischen Sinne ein *Welt-Wert* war, ist eine Tatsache, die sicher ihrerseits dafür spricht, daß diese Frage der Konstituierung der neuen, wirklichen, moralisch begründeten Autorität noch immer eine Aufgabe ist. Zunächst schlage ich eine organisierte, langfristige Diskussion über das Thema vor: »Ist eine radikale Rekonstruktion des Apparates der Vereinten Nationen überhaupt noch möglich?« Dieser Apparat ist sozusagen ein Hindernis für eine produktive menschliche Zukunft Europas und der Welt! Man muß also darüber nachdenken, wie die Vereinten Nationen radikal zu verändern sind! Die Vereinten Nationen sind eine bürokratische Organisation geworden. Ich meine also, daß die politische Philosophie der Tätigkeit und Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen veraltet ist. Dahinter steht eine klassische liberalistische Philosophie ohne Elemente der neueren demokratischen Impulse und Erfahrungen, wie sie im Bereich der Geisteswissenschaften schon seit Jahrzehnten präsent sind. Man muß die UNO renovieren! Die Demokratiefraße sollte man mit der Frage der menschlichen Initiative verknüpfen, also der Frage eines bürgerlichen Ungehorsams.

KAROLINE HILLE

Wie ein Akt auf dem Drahtseil George Grosz in der Berliner Nationalgalerie

Paß auf! Hier kommt Grosz,
Der traurigste Mensch in Europa . . .
und »Schrecklich allein und niemand around
Huppala hupps . . . juchhei . . .«.

Fast 30 Jahre liegen zwischen diesen Gedichtzeilen: Die erste, um 1918 geschrieben, aus dem *Gesang an die Welt*, die zweite aus einem Brief mit eingestreuten Versfragmenten vom Juni 1945 an den Freund Arnold Rönnebeck. Die Entstehungsorte – hier Berlin, da New York – markieren zugleich die beiden Metropolen, die sein Werk geprägt haben. Wieland Herzfelde, mit Grosz bereits seit 1915 befreundet und zusammen mit seinem Bruder John Heartfield Gründer des berühmten Malik-Verlages, der seit 1917 viele der Arbeiten von Grosz veröffentlichte, bemerkte einmal, daß es diese Trauer war, die »dem ätzenden Strich seiner satirischen Zeichnungen« zugrunde lag und Grosz bis zu seinem Tod begleitete.

Das ist sicher richtig. Aber Trauer (und Einsamkeit) als Grundkondition und Beweggrund sind bei Grosz nie eindeutig faßbar, sondern immer ironisch, aggressiv, lustvoll spottend oder beißend karikiert gebrochen. Grosz saß, bzw. setzte sich sein Leben lang bewußt zwischen alle Stühle.

Immer aufs neue entzog er sich der Vereinnahmung und Festlegung. Das Doppeldeutige in Leben und Werk, das Oszillierende zwischen echtem politischem Engagement und der Attitüde des erfolgreichen, verwöhnten Künstlers irritierte nicht nur seine Zeitgenossen erheblich, sondern scheidet bis heute die Interpreten und Exegeten, die, wie Paul Westheim 1923 schrieb, das Privileg zu haben meinen, über die große oder kleine künstlerische Unsterblichkeit zu befinden. »Ich traue ihm zu«, so Westheim über Grosz am Schluß des Artikels, »daß er, verworfen und in die Hölle der ›Tendenzkünstler‹ verdammt, die armen Sünderseelen von Callot und Brueghel, Goya und Daumier, Swift und Heine zu einem Fußballmatch zusammen-trommeln würde.«

Brüche im Werk gibt es viele, und die immer wieder aufgestellte Behauptung, die entscheidende Zäsur und Wandlung zum unpolitischen Künstler erfolgte mit der Übersiedlung nach Amerika 1932, gehört ins Reich der kunsthistorischen Legenden. Hier nun liegt das große Verdienst der Ausstellung in der Berliner Na-



George Grosz: »Der Maler des Lochs I«, 1948

Foto: (c) VG Bild-Kunst, Bonn 1995

tionalgalerie, in der tatsächlich das fast vollständige Gesamtwerk von Grosz zum ersten Mal gezeigt wird – zwar nicht zum runden Geburtstag, wie ursprünglich geplant, aber immerhin gerade noch rechtzeitig zum 101. (Grosz wäre zu diesem Datum sicher eine passende Bemerkung eingefallen!)

An den ca. 70 Gemälden, über 160 Zeichnungen, Aquarellen, Druckgraphiken und Collagen, 8 Mappen mit 248 Blättern, den Titelzeichnungen für Bücher und Zeitschriften sowie einer Reihe von Photographien und jenem gerade von der Akademie der Künste erworbenen Konvolut von über 200 Skizzenbüchern lassen sich sowohl die Vielschichtigkeit und Vielseitigkeit des Werkes, als auch die Stärken und Schwächen sozusagen direkt am Original nachvollziehen – Überraschungen eingeschlossen.

Die Ausstellungsmacher hätten es dabei bewenden lassen sollen, aber (trauten sie dem Groszschen Werk allein nicht?) sie füllten weitere Säle mit fast 60 Gemälden von Zeitgenossen aus Europa und Amerika: sogenannte *Klimaräume*, eine Bezeichnung, die eher an Katastrophen oder Gefrierfleisch denn an Bilder denken lässt, sie ist ebenso unglücklich, ja unfreiwillig komisch wie die Rede vom »Gesamtkunstwerk George Grosz« in der Katalogeinführung. Diese »Garnierung« ist überflüssig und beliebig, genauso wie die von Daniel Libeskind erfundene *Ereignis-Rotunde*, die in ihrer Monströsität nicht den Zeitgeist, sondern nur des Machers eigenen Geist spiegelt.

Für den Stil von Grosz gäbe es kein Vorbild, hier sei etwas Neues geschaffen worden, schreibt Paul Westheim. »Dieser messerscharfe, glasfederharte, nicht an-, nicht abschwellende, wie »mit Apachennmesser geritzte« Strich ist da ohne alle andere Kunst. Er ist da als Stil George Grosz' und als Stil einer Art Zeichnung ...«

Diesen unverwechselbaren Strich, mit dem Grosz Anfang des Ersten Weltkriegs begann, stürzende Häuserkulissen und ineinander verknäulte Menschenleiber auf weißes Papier zu zeichnen, hatte Theodor Däubler vor Augen, als er in der ersten literarischen Würdigung des Künstlers 1916 lakonisch bemerkte: »Er ist vorläufig Zeichner« und »augenblicklich das futuristische Temperament von Berlin.« Wohl bedient sich Grosz des Stilmittels der Simultaneität, aber es ist nicht der Rausch der Geschwindigkeit, dem er wie die italienischen Futuristen huldigt, es ist die Destruktivität einer aus den Fugen geratenen und sich selbst zerstörenden Gesellschaft, die ihn fasziniert, die er darstellt, indem er ihr verfällt.

Ein Fall in Abgründe ohne jede Distanz auf

den ersten Blick. Erst auf den zweiten Blick werden die Barrieren ironischer Brechung, die Grosz sich selbst vor dem endgültigen Absturz errichtet hat, sichtbar. Der Mensch ist ein Vieh, malt und zeichnet er, aber »kleine Christbaumsterne rieseln wie Tränen auf das Meer der lieblos frierenden Häuser – auf das Dach seines eignen, stahlhart gepanzerten Herzens.« Kleine Sterne und Monde rieseln tatsächlich, eine Blume bricht durch den Asphalt, der Geist des Selbstmörders, der dem toten Körper entweicht, blickt uns milde lächelnd an.

Die Grosz'sche Ironie wird aber von dem bürgerlichen Kritiker flugs ins Romantische gewendet (das Zitat steht nur als Beispiel für viele ähnliche Versuche), und so gesehen ließe sich der Künstler als großes Talent von kunstbeflissenen Bildungsbürgern konsumieren. Denn »es ist einesteils darin alles zugegeben, anderenteils alles zurückgenommen«, wie der große Purist unter den gesellschaftskritischen Künstlern, Franz W. Seiwert, sarkastisch zu dieser (nur zeitgenössischen?) Vereinnahmung bemerkt.

Orgien in Rot

»– ich male recht viel ... (Rots, viel Rots!) ... oh Emotion der großen Städte!«, schreibt Grosz 1917, nachdem er als dienstuntauglich aus der Nervenheilanstalt entlassen worden ist, an den Freund und späteren Schwager Otto Schmalhausen. Grosz ist der große Zeichner des Jahrhunderts, und immer, wenn der »messerscharfe, glasfaserharte« Strich auch die Struktur der Gemälde bestimmt, entstehen Meisterwerke von soghafter Faszination. In diesem Sinne sind die frühen »roten« Gemälde von 1916 bis '18 die Attraktion der Ausstellung, ihr Höhepunkt (zudem nebeneinander plazierte) die *Widmung an Oskar Panizza* und der *Blick in die Großstadt* – bildgewordene Metaphern des Mythos von den großen Städten; gemalt wie mit glühender Lava, Orgien in Rot, Huldigung der »portweinroten, nierenzerfressenden Nächte«.

Man muß diese Gemälde im Original sehen, keine Abbildung ist in der Lage, die ganze Skala der Rottöne auch nur annähernd wiederzugeben. Der Titel *Metropolis*, wie das Großstadt-Bild in der Ausstellung genannt wird, ist nicht authentisch. Eine ärgerliche Umbenennung, zudem der Film von Fritz Lang, der *Metropolis* zum geflügelten Wort machte, erst 1926 entstand, also fast 10 Jahre nach dem Gemälde.

Um 1918 hört Grosz auf zu malen, die Berliner Dada-Episode folgt, er wird politischer Zeichner und entdeckt das *Gesicht der herrschenden Klasse*, so der Titel einer Mappe von

1921. Nicht Mitleid mit den Ausgebeuteten oder Zorn über die Ausbeutenden sei es gewesen, meint Bert Brecht nicht gerade schmeichelhaft, sondern »das, was Sie zum Feind des Bourgeois gemacht hat, George Grosz, ist seine Physiognomie . . .« In der Darstellung der typischen Visagen von Militärs, Fabrikanten, Schiebern, Spekulanten, Richtern, Pfaffen entwickelt Grosz eine virtuose Meisterschaft und deckt fast nebenbei die Machtverhältnisse der ersten deutschen Republik auf. Ein großer Porträtist ist er nie gewesen, die Physiognomie war sein Metier. Die Vielzahl der Porträts von Freunden, Verwandten und Zeitgenossen, die nach 1925 entstehen und die hier in der Ausstellung teilweise zum ersten Mal zu sehen sind, belegt dies nachdrücklich.

Die einzige Ausnahme bildet das Mannheimer *Porträt des Schriftstellers Max Herrmann-Neisse*, von Hartlaub direkt aus der von ihm initiierten legendären Ausstellung *Neue Sachlichkeit* 1925 für die Kunsthalle erworben – eine Ausnahme vor allem deshalb, weil Grosz hier seinem Zeichenstrich vertraut und diesem die Malerei untergeordnet hat.

Und Brüche immer wieder: Flucht in heile Landschaften, harmlose Aquarelle von modisch gekleideten Müßiggängern, in denen man (fast) vergeblich nach Grosz sucht, dann die eher plakativen Agitations-Gemälde *Sonnenfinsternis* und *Stützen der Gesellschaft* von 1926, inspiriert durch Heinrich Vogelers zeitgleiche sogenannte Komplexbilder, 1928 wieder hochbrisante Gesellschaftskritik: die Mappe *Hintergrund*, entstanden aus der Zusammenarbeit mit Brecht und Piscator am *Schwejk*, dessen Blatt *Christus mit der Gasmaske* den Anlaß für den langen Gotteslästerungs-Prozeß gegen Grosz und Herzfelde lieferte.

Form und Inhalt verändern sich allmählich, lange vor 1933 und über dieses Jahr hinaus, unterbrochen durch zornige, kraftvolle Ausbrüche, die in ihrer Intensität dem politischen Werk bis zur Mitte der zwanziger Jahre nicht nachstehen. Auch die von Kritik und Wissenschaft viel geschmähten Gemälde der amerikanischen Exilzeit haben immer wieder beeindruckende Momente. Man betrachte nur einmal die beiden widerlichen, schmierigen *Dichter*, die die Gewaltherrschaft (Hitler, Stalin, Napoleon in Personalunion) anboten.

Abseits aller Avantgarden war für Grosz zeitlebens der Mensch als politisches Wesen Gegenstand seiner Kunst, und Ausgewogenheit nie seine Sache – ungerecht und einseitig die Verdammung der Abstraktion. Hier sei die Kunst endlich Ware geworden, kommentiert Grosz die *American scene* 1951. In diesem

Sinne ist *Der Maler des Lochs*, wie z. B. auf dem Gemälde von 1948, gemaltes Gleichnis über die *Leere und Nutzlosigkeit der modernen Malerei*, aber gleichzeitig Gleichnis über die Leere und Nutzlosigkeit der menschlichen Existenz überhaupt: Attacke und Trauer zugleich.

Letztendlich erweist sich der hochgespannte Drahtseilakt des George Grosz zwischen Emotion und Analyse, Wahrhaftigkeit und Attitüde als unmenschlich, er ist als Lebensentwurf nicht durchstehbar. Aber dennoch: auch wenn das Werk der amerikanischen Jahre bis zum Tod 1959 in Berlin ohne Zweifel von zunehmender Einsamkeit und Verzweiflung geprägt ist, wenn »nichts als plagende Furcht-, Zerstörungs- und Qualgedanken« Grosz heimsuchen, so ist dieses Werk unzweifelhaft weder schwächlich noch unpolitisch, hilflos vielleicht, anders als in den Zwanzigern, aber immer George Grosz. »Der traurigste Mensch . . . Schrecklich allein . . . Huppala hupps . . . juchhei . . .«

»George Grosz. Berlin – New York«; Berlin, Neue Nationalgalerie bis 17. April; 6. Mai bis 30. Juli Düsseldorf, Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen; Katalog in der Ausstellung 49,- DM.

spw

Zeitschrift für
Sozialistische Politik
und Wirtschaft

Themen

1995

DAS FORUM FÜR DIE
SOZIALDEMOKRATISCHE LINKE

Neue Länder

Kapitalismustheorie • Europäische Linke
Bildungspolitik • Staat und Demokratie
Sozialökologischer Umbau • Mittelmeer
Geld und Macht • Verkehr und Mobilität

Ich bestelle ein kostenloses spw-Probeheft.

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Bitte diesen Coupon einsenden an:

spw-Verlag, Schanzenstraße 31, 51063 Köln

PETER W. SCHULZE

Die autoritäre Transformation der russischen Demokratie

Die bemerkenswerte Fähigkeit der russischen Politiker, positive Entwicklungen des ersten Halbjahres im zweiten Teil des Jahres zu konterkarieren, wiederholte sich abermals 1994 und schien einmal mehr jene Auguren zu bestätigen, die die Berechenbarkeit russischer Politik – und damit Prognosen über deren Entwicklung – rundweg in Abrede stellen. Ihr Hauptargument: Rußland befindet sich noch mitten in der Übergangsperiode, für die besondere Gesetze gelten. Begriffe und Kategorien der westlichen Sozialforschung können nicht angewendet werden. Denn eine Theorie für jene Übergangsperiode besitzen wir nicht. Ergo können wir, wenn überhaupt, weil alles noch im Fluß ist, nur kurzfristige Trends aufzeigen.

In dieser Übergangsperiode, das galt bereits für die untergegangene realsozialistische Gesellschaftsordnung, dominieren die politischen Instanzen, werden Prozesse der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderung »von oben« eingeleitet und implementiert. Das impliziert einerseits eine gewisse Verselbständigung des Politischen gegenüber wirtschaftlichen Abläufen und ihren gesellschaftlichen Trägern. Die russische Politik bietet so oft ein widersprüchliches und wenig verlässliches Bild unvereinbarer Entscheidungen parallel und keineswegs koordiniert handelnder Machtzentren, nämlich Präsident, Föderationsrat, Ministerpräsident, Ministerien und Sicherheitsapparate.

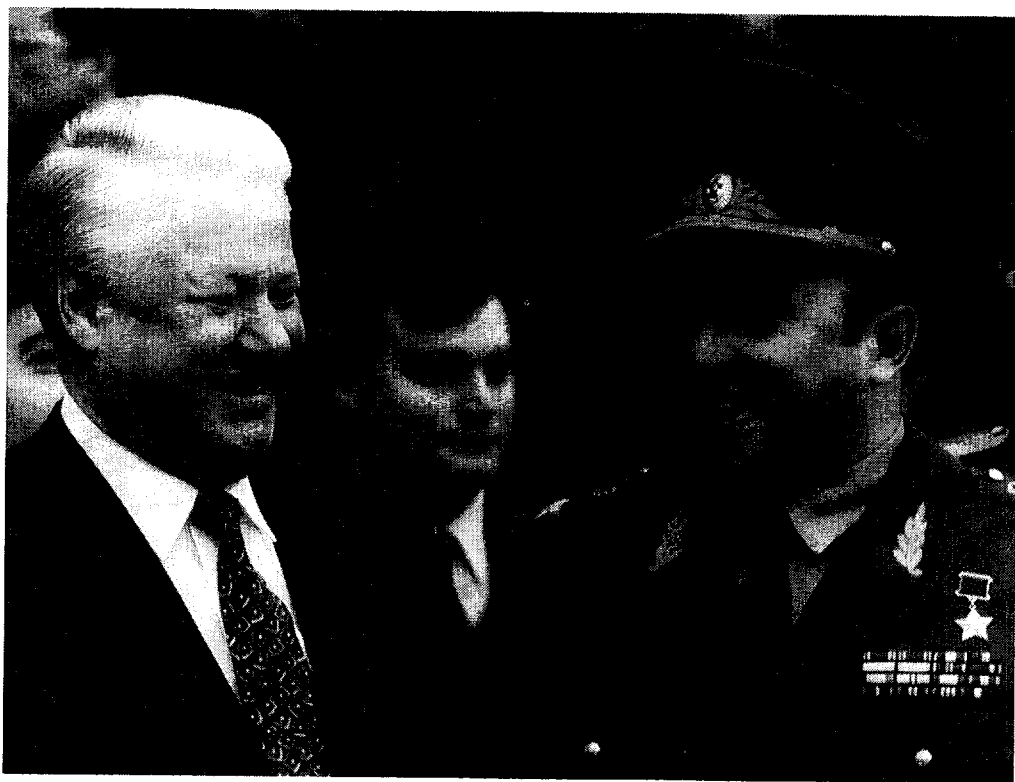
Ohne Frage kann andererseits auch die Verselbständigung ökonomischer Prozesse angenommen werden. Weil vermittelnde, kontrollierende und lenkende Institutionen des Staates nur unzureichend ausgeformt und organisierte Interessengruppen, die an langfristiger

Stabilität und Ordnung orientiert sind, die russische Politik nur im geringen Maß bestimmen, bewegen sich wirtschaftliche Abläufe nahezu in einem politischen und gesetzlichen Freiraum. Die in diesem Freiraum agierenden Gruppen haben auch kein Interesse daran, daß sich effiziente Staatsinstanzen, die die Nichtbefolgung von Gesetzen sanktionieren würden, schneller entwickeln. Hier liegt ein ursächlicher Zusammenhang für Korruption, Amtsmißbrauch, Begünstigungen und schließlich für die Macht des organisierten Verbrechens. Die russische Mafia übernimmt faktisch quasi-staatliche Funktionen anstelle der ineffizienten, korrupten oder fehlenden Staatsgewalt.

Tendenzen der autoritären Transformation

Weil hingegen Parteien und die in ihrer überwiegenden Mehrheit noch dem alten System verhafteten Gewerkschaften weder programmatisch gefestigt, noch sich gesellschaftlich organisieren und verankern konnten, bleibt die Führung der russischen Politik extrem »kopflastig«. Trotz Perestroika und Glasnost und trotz des Systembruchs 1991 operieren die Spitzen des Staates in einem quasi-legitimationsfreien Raum und entziehen sich der Kontrolle von unten durch gewählte Instanzen. Im post-sowjetischen System überlebte die Konzeption der »Revolution von oben«. Darin drückt sich das Beharrungsvermögen der alten Eliten aus, weist auf noch dominante autoritär-zentralistische Vorstellungen über den Staatsaufbau, ein Zustand, der durch die Verfassung noch unterstrichen wird.

Die Schwäche von Parteien, Verbänden und sozialen Bewegungen verdop-



Boris Jelzin mit seinem Verteidigungsminister Pavel Gratschow

Foto: dpa

pelt sich in der Ohnmacht des Parlamentes gegenüber der Exekutive. Dem Mangel an parlamentarischer Macht entspricht das Übergewicht des Präsidenten. Sie ist allgegenwärtig, und böse Zungen unterstellen, im Kreml habe sich wie eh ein neues Politbüro, repräsentiert durch eine »(formal)demokratische Nomenklatura«, etabliert. Es unterliege weder gesellschaftlicher Kontrolle noch können dessen Entscheidungen transparent nachvollzogen werden.

Ihre Wirkung, wenngleich in der Sache oft wenig durchdacht, ist aber wenigstens in einem Punkt klar. Die Ukasse umgehen die Staatsduma und sichern dem Präsidenten faktisch die Gesetzesinitiative. Sie zielen, das ist ihre der Übergangsperiode adäquate und progressive Funktion, auf Beschleunigung der reformorientierten Gesetzgebung und suchen vermutete Widerstände der Opposition auszuschalten. Damit wird die Macht der Staatsduma auf das klassi-

sche Recht der Budgetbewilligung reduziert. Problematisch wird die seit Jahren anhaltende Ukassokratie aber dadurch, daß der Duma gesellschaftliche Legitimität abgesprochen wird, weil ihre Funktionsweise als Verfassungsorgan in Frage gestellt wird.

Hingegen geriet der Föderationsrat, möglicherweise weil ungleich mächtiger als die Duma, bislang nicht in die Schußlinie des Kremls. Offene Konfrontationen mit dem Präsidenten wurden vermieden.

Die systembedingte Instabilität der post-sowjetischen Übergangsgesellschaft, die durch die Präsidentialverfassung zusätzlich noch überhöht wurde, konnte dennoch, gemessen am turbulenten Jahr 1993, bis zum Herbst 1994 durch Gegenteilstendenzen kompensiert werden. Daß die Russische Föderation trotz der offenkundigen Fragilität der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Instanzen in eine Phase innerer Stabilisierung eingetreten war, belegen folgende

Indikatoren für die erste Hälfte des Jahres 1994:

- Die Inflationsrate fiel und stabilisierte sich bis zum August auf ca. 5 %.

- Bis zum »schwarzen Dienstag« im Oktober 1994 konnte sich der Rubel gegenüber westlichen Valuten behaupten und fiel kontrolliert.

- Die zweite, die wirkliche und monetäre Phase der Privatisierung, wurde im Sommer eingeleitet; bisher ist es nicht zu den befürchteten Zusammenbrüchen großer Konzerne aufgrund von Rationalisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen gekommen. Folglich blieben soziale Unruhen aufgrund von Massenarbeitslosigkeit aus. Eine nationale Streikaktion der noch kommunistisch orientierten Gewerkschaften stieß nur auf geringe Resonanz.

- Die industrielle Produktion der großen Konzerne war zwar weiter rückläufig, aber die neu entstandenen Handels-, Dienstleistungs- und Finanzsektoren entfalteten eine kompensierende Wirtschaftsdynamik; Einschätzungen besagen, daß der Anteil der privatisierten Wirtschaftssektoren am Bruttosozialprodukt bereits weit über 35 % beträgt.

- Wenn auch keine Erfolgsstory, so wurde dennoch faktisch über ausbleibende Staatsaufträge die Diversifizierung des Rüstungssektors eingeleitet; ab 1994 liefen verstärkt Rüstungsexporte an.

- Im politischen Bereich wiederholten sich die lähmenden Konflikte zwischen Duma und Regierung nicht.

- Der wirtschafts-, innen- und außenpolitische Kurs der Regierung Tschernomyrdin schien konsensfähig, und die geschickte Integrationspolitik des Ministerpräsidenten vermochte die wichtigsten Parlamentsfraktionen in die Regierungsverantwortung einzubinden.

- Die Konfrontation zwischen Regionen und Zentralmacht schien beigelegt.

- Außenpolitisch war die Russische Föderation in der Lage, ihrer Stimme bei der Lösung regionaler und internationaler Konflikte wieder Gehör zu verschaffen; die Gefahr der »Ausgrenzung« oder Marginalisierung Rußlands in Europa.

- Auch im Bereich des »nahen Auslandes«, jenem post-sowjetischen Raum, der die volle Priorität der russischen Außenpolitik genoß, war die russische Politik erfolgreich. Nicht nur, daß es wiederum gelang, eine Schiedsrichter- und Ordnungsrolle im Kaukasus zu erlangen, sondern die GUS-Staaten schienen sich auch in Ermangelung westlicher Präsenz notgedrungen auf die *Pax Russicana* einzurichten und endlich Abstimmungs- und Kooperationserfordernisse zur wirtschaftlichen und politischen Gestaltung der eurasiatischen Region ernster zu nehmen.

All diese Faktoren, die auf Konsolidierung der russischen Politik bis zum Herbst 1994 wiesen, wurden mit einem Schlag durch den Absturz der russischen Währung im Oktober 1994, durch den »schwarzen Dienstag«, hinfällig. *Augenblicklich wuchs sich die Währungskrise zur Staatskrise aus.* Die fragile wirtschaftliche Erholung und die Stabilitätsorientierung der Regierung gerieten unter Druck. Die alten, längst gebannt geglaubten Irrationalitäten des politischen Intrigenspiels zeigten sich erneut, weil vermittelnde Instanzen und auf Kooperation angewiesene Interessengruppierungen, die in der Lage gewesen wären, die Schärfe aus den nun aufbrechenden Konflikten zu nehmen, eben *noch nicht in tragfähige konsensuale Prozesse* eingebunden worden waren.

- Die Regierung entging nur knapp einem Mißtrauensvotum. Konflikte zwischen den Ministerien und zwischen Parlament und Regierung nahmen an Schärfe zu.

- Zwischenfälle mit rivalisierenden Sicherheitsdiensten machten offenkundig, daß die Regierung nicht in der Lage war, die verschiedenen Sicherheitsdienste zu kontrollieren.

- Die Regierungsumbildung schließlich erfolgte ohne Beteiligung des Parlamentes durch den Präsidenten, der es zudem nicht für nötig erachtete, seinen Ministerpräsidenten zu konsultieren. Das Erstaunliche an dieser Regierungsumbildung war fernerhin, daß ausschließlich Experten aus dem Beratungsumfeld des

Präsidenten die Ministerien übernahmen. Damit ist durch direkte Intervention Jelzins eine dem Präsidenten verpflichtete, unpolitische technokratische Regierung gebildet worden.

– Ein Ergebnis der Regierungsumbildung war zweifellos, daß der Präsident nunmehr von ehemaligen demokratischen Beratern und Weggefährten isoliert wurde. Die verbliebenen Minister aus der »Wahl Rußlands« sind offenkundig nicht in der Lage, gegen diesen Trend zu halten.

– Die Inflationsrate stieg in den letzten Monaten des Jahres 1994 wieder auf ca. 14 %.

– Politisch mächtige Regionen und Metropolen wie Moskau und Sankt Petersburg setzten wirtschaftliche und steuerliche Sonderregelungen durch.

Dazu zwei Thesen:

Erstens: Je unmittelbarer der Apparat des Präsidenten in die operativen Regierungsgeschäfte intervenierte, damit die Person und Stellung des Ministerpräsidenten unterminierte und die Regierung faktisch zum Machtinstrument des Präsidenten ohne eigenen Spielraum umformte, desto unberechenbarer wurden in der Folge die politischen Entwicklungen. Projiziert man diese Entwicklung auf die seit Herbst beobachtbaren Reversments im Beratungsumfeld des Präsidenten, in denen eine stärker an zentralistischen, autoritären, nationalistischen und isolationistischen Tendenzen orientierte Gruppe die Oberhand gewann, so wird die Entscheidung zur militärischen Intervention in Tschetschenien plausibel.

Zweitens: Mit der Staatskrise, dem Hinausdrängen von eigenständigen politischen Führungspersonlichkeiten aus der Regierung einerseits, sowie der Umgehung des Parlamentes und einer Politik von Nadelstichen zur Kontrolle und Einschränkung der Pressefreiheit andererseits, wird die *schleichende autoritäre Transformation* des politischen Systems manifest.

Erschwerend kommt noch hinzu, daß die Staats- und Regierungskrise vom Herbst 1994 ihre Entsprechung in inter-

nen Machtkämpfen unter der Beratungskamarilla des Präsidenten fand.

Ab dem Spätsommer schwindet sukzessive der Einfluß jener Kräfte, die dem pro-westlichen, demokratischen Lager zugerechnet werden können. Außenpolitisch konvertieren sie zu nationalistischen, großrussischen Positionen und fordern Anerkennung der Russischen Föderation als Großmacht im internationalen Kontext (z. B. Kosyrew). Gleichzeitig reden sie einer imaginären »eurasischen« Führungs- und Ordnungsfunktion Rußlands, also einer mehr oder minder hart definierten *Pax Russicana* im Kontext der GUS, das Wort.

Weil aber ein starkes *linkage* zwischen außen- und innenpolitischer Orientierung im russischen Transformationsprozeß auszumachen war, schwinden mit der Renationalisierung außenpolitischer Interessen auch demokratisch-parlamentarische Optionen. Innenpolitisch schlägt die Unfähigkeit oder Unwilligkeit staatlicher Organe, den Kampf gegen bürokratische Willkür, soziale Mißstände, gegen Korruption und organisiertes Verbrechen effektiv und unerbittlich zu führen, in einen stetig abnehmenden Vertrauensverlust in die politische Führungsfähigkeit Jelzins um. Zugleich sinken dessen Chancen, wiedergewählt zu werden.

In der Folge häufen sich Versuche, die letzte noch verbliebene und von der Öffentlichkeit geschätzte Instanz des Glasnost-Reformprozesses, das Fernsehen und die Presse, stärker an die Kandare zu legen. Die Zielsetzung ist klar: für die im Dezember 1995 anstehenden Wahlen zur Duma, insbesondere aber für die Präsidentschaftswahlen im Juni 1996, soll dem amtierenden Präsidenten eine wohlgewogene Presse zur Verfügung stehen.

Ob jene Kräfte im Beratungsumfeld des Präsidenten, die diese Maßnahmen durchsetzen, auch die Unterstützung des amtierenden Jelzin dabei im Auge haben, ist zweifelhaft. Anzunehmen ist, daß die Person Jelzin in den Überlegungen jener, die die autoritäre Transformation der russischen Demokratie vorantreiben, nur

noch eine untergeordnete, instrumentale Rolle spielt. Die Rückdrängung demokratischer Kräfte ist unter Jelzins Präsidentschaft eingeleitet worden. Dabei ist anzunehmen, daß Jelzin sich zur Transformation nicht indifferent verhielt, sondern darin auch eine Chance sah, die nächsten Präsidentschaftswahlen noch einmal für sich entscheiden zu können. Hier liegt der tiefere Sinn und die Machtlogik für Versuche, die Pressefreiheit einzuschränken. Denn einleuchtend war, daß in Ermangelung organisatorischer und programmatischer Unterstützung etwa durch eine schlagkräftige Parteioorganisation die Wiederwahl Jelzins nur über die Beherrschung der Massenmedien erfolgreich lanciert werden konnte. Zu groß war inzwischen der Popularitätsverlust des Präsidenten nicht nur in der Bevölkerung, sondern vor allem bei Gruppen der funktionalen Intelligenz, als daß erhofft werden konnte, daß Gaidars »Wahl Rußland« noch einmal die organisatorische und ideologische Überzeugungskraft würde aufbringen können, um eine breite Pro-Jelzin-Koalition mit der noch unorganisierten und zerstrittenen politischen Mitte zu schaffen. An diesem Punkt, Kontrolle der Massenmedien, Rückdrängung kritischer Stimmen und Beiträge und Aushöhlung parlamentarischer Kontrollinstanzen, fallen die Interessen Jelzins mit denen jener Gruppen zusammen, die über den Wahltag hinausblickten und einen grundsätzlichen Kurs- und Systemwechsel hin auf autoritäre Lösungen anstrebten.

Ihnen war und ist nur insofern an der Unterstützung Jelzins gelegen, als sie ihm persönliche Loyalität schulden. Solange diese nicht einseitig aufgekündigt wird, können sie sich seiner bedienen und im Einklang mit eingefahrenen Traditionen die Umgestaltung von Staat und Gesellschaft »von oben« her, aus dem Machtapparat heraus, betreiben. Das Vorgehen bedarf keiner Unterstützung durch gesellschaftliche Kräfte.

Diese Variante des Umsturzes von »innen heraus«, aus den Machtstrukturen, ohne diese offen anzugreifen oder in Frage zu stellen, ist weitaus bedrohlicher

für die junge russische Demokratie als die operettenhafte Inszenierung des Putsches von 1991 oder die grotesk-tragische Besetzung des Weißen Hauses 1993. In beiden Fällen brachen die Umsturzversuche in sich zusammen, weil die Bevölkerung sich nicht beteiligte. Die logische Konsequenz des dritten Versuches ist der »stille Putsch«. Er fordert nicht die Staatsgewalt auf der Straße heraus und muß nicht die Militärs um Unterstützung ersuchen, wie im Oktober 1993. Im Gegenteil, er bedient sich ihrer und hält die Öffentlichkeit vom Geschehen fern.

Kein Verschwörungszusammenhang

Die Akteure der sich formierenden neuen Machtstruktur, und hier drängt sich die Parallele mit der Funktionsweise der früheren Machtapparate des Sowjetsystems auf, bleiben ebenso anonym wie jene Interessengruppen, die sie unterstützen. Im Beratungsumfeld des Präsidenten trat dem Anschein nach eine Verlagerung von Macht und Einfluß auf den nationalen Sicherheitsrat ein, in dem die Minister des Inneren, der inneren Sicherheit und der Spionageabwehr, das Verteidigungsministerium und vor allem die engen sicherheitspolitischen Berater des Präsidenten den Ton angeben. Der nationale Sicherheitsrat wird von keiner Verfassungsinstanz kontrolliert, trifft aber durch den Präsidenten Entscheidungen von folgenswerer Tragweite. Als einflußreiche außen- und sicherheitspolitische Berater Jelzins sind hier zu nennen: Oleg Lobow, der Vorsitzende des nationalen Sicherheitsrates; Wiktor Iljuschin, ein enger Vertrauter Jelzins, der auf der KSZE-Konferenz in Budapest 1994 als Hauptakteur in der russischen Delegation agierte; sowie Alexander Korschakow, der Kommandeur der Kreml-Garde, einer modernst aus- und hochgerüsteten Eliteeinheit zum besonderen Schutz des Präsidenten. Zu dieser Gruppe zählen gleichfalls der Chef des FSK, der Nachfolgeorganisation des KGB, Sergej Stepaschin, Innenminister Wiktor Jerin und der Nachfolger von Sergej Schachraj im Ministeramt für Nationalitäten und re-

gionale Fragen, ein ehemaliger, Rutzkoj nahestehender Parteigänger aus Krasnodar, Wiktor Jegorow. Schachrajs Rücktritt wurde im Sommer bereits mit Differenzen über Tschetschenien begründet. Zu dieser engeren Machtgruppe gehört ebenso Verteidigungsminister Pawel Gratschow, der sich nur durch bedingungslose Loyalität zum Präsidenten noch in diesem Amt hält.

Abgesehen von der engeren Beratungsgruppe, haben die organisierten Interessengruppierungen, die diesen Kurs stützen und verantworten, keineswegs kongruente innen- und außenpolitische Ziele. Die Lobby der großen Rüstungskonzerne verfolgt zwar traditionelle Interessen des Rüstungsexports und ist an beständiger Modernisierung der Ausrüstung der russischen Armee und damit an hohen Verteidigungsetats interessiert. Daraus kann jedoch nicht geschlossen werden, daß der militärisch-industrielle Komplex, MIK, im eigenen Land

ethnische oder regionale Konflikte schüren will oder aktiv die militärische Lösung von Auseinandersetzungen in der GUS sucht. Ähnliche Vorsicht sollte man bei der Einschätzung des Militärs an den Tag legen. Gerade das Stocken der Militärreform, die schweren Korruptionsanschuldigungen und Vorwürfe der Inkompetenz an die militärische Führung des Landes, die aus den Reihen der Militärs selbst kommen, wie deren Weigerung, sich politisch für Machtkämpfe mißbrauchen zu lassen, belegen, daß das russische Militär sich schwer tut, seine Rolle in der neuen politischen und gesellschaftlichen Ordnung zu bestimmen.

Die fürwahr nicht für ihre demokratische Grundhaltung bekannten, aber in der Truppe hoch angesehenen Truppenführer General Lebed (14. Armee in Trans-Dnestrien) und Gromow (ehem. Kommandeur in Afghanistan) sprachen sich wie andere an der Militärintervention beteiligte hohe Offiziere und Kom-

Boris Jelzin feiert den »Tag der Armee«

Foto: dpa



mandeure offen gegen den Krieg mit Tschetschenien aus. Viele quittierten den Dienst oder weigerten sich, Befehle auszuführen. Auch die Erdöllobby, im allgemeinen an guten Beziehungen zu ihren westlichen Hauptabnehmern interessiert und in der Regierung durch die pragmatische Politik des Ministerpräsidenten Tschernomyrdin repräsentiert, scheint hier ihre Hand im Spiel zu haben. Doch auch diese Gruppe scheint uneins oder wenigstens zu schwach, um ihre Ziele durchzusetzen. Denn wie sonst kann die Brückierung Tschernomyrdins interpretiert werden, als ihn Jelzin bei der Regierungsumbildung nicht konsultierte? Und schließlich zeigen doch die Erfahrungen des von Energielieferungen total abhängigen Armeniens, daß Erdöl-Pipelines nicht dauerhaft gegen Guerillaattacken geschützt werden können. Der Krieg gegen das ölfreiche Tschetschenien mit der Konsequenz anschließender Destabilisierung der gesamten Kaukasus-Region hat erhebliche Rückwirkungen auf langfristige Infrastrukturprojekte und die Wirtschaftspolitik im südlichen Rußland, vor allem auf die Projektierung von neuen russischen Schwarzmeerhäfen als Terminals für Ölleitungen.

Es ist also nicht nur der Alltagschurke »militärisch industrieller Komplex«, der hier wieder das Modethema gesellschaftlicher Repression und militärischer Expansion hebt und an den internationalen Pranger gestellt werden muß. Die politische Transformation der russischen Demokratie zu mehr autoritären Formen fällt bei einer Reihe von Interessengruppen auf fruchtbaren Boden und wird auch von Teilen der sogenannten demokratischen Intelligenz nicht rundweg abgelehnt. Daher auch deren Stillschweigen zum Krieg in Tschetschenien. Zweifellos kann ein wachsendes Interesse an einem idealtypisierten starken Staat, wobei die Frage nach dessen Effizienz und vor allem nach dessen Sachkompetenz kaum gestellt wird, generell bei großen Teilen der russischen Elite festgestellt werden. Im gleichen Maße, wie Konzeptionen von »law and order« im Rahmen einer autoritären Staatsord-

nung wieder dominieren, schmilzt die Gruppe jener zusammen, die noch hoffen, daß spezifische Formen westlicher Demokratie und Gewaltenteilung für ihr eigenes Land anwendbar seien.

Nicht ideologische Überzeugung, sondern eher Resignation vor der Unfähigkeit der herrschenden politischen Führung, und vor allem Ängste, daß über den demokratischen Prozeß eine noch viel schlimmere, nämlich faschistisch-barbarische Variante von Repression das bestehende System ablösen könnte, haben den Blick bei weiten Teilen der russischen Intelligenz auf die Forderung nach autoritären Formen der Staatsgestaltung gelenkt. So hofft man, mit der kleinen, begrenzten autoritären Transformation, die große, die das gesamte System transformieren würde, aufzuhalten. Insofern fällt es schwer, die gegenwärtige autoritäre Transformation der russischen Demokratie unter Aspekten der Verschwörungstheorie zu begreifen, wie dies im Westen nun ehemalige journalistische Parteigänger Jelzins in einer radikalen Kehrtwende tun.

Kommt es nicht bald zu einer politischen und die Interessen der Tschetschenen entgegenkommenden Lösung des Konfliktes, steht die russische Politik im Kaukasus vor einem Desaster. Rückwirkungen auf die übrigen Konflikte zwischen Armenien-Azerbaidshan, Abchasien etc. werden sich einstellen. Der Konflikt selbst könnte sich zu einem langjährigen, blutigen Guerillakrieg auswachsen. Das Vertrauen der kaukasischen Völker in die Russische Föderation, als regionale Ordnungsmacht im Rahmen der GUS oder von der OSZE akzeptiert zu werden, ist nachhaltig beschädigt worden.

Der Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsverlust der russischen Politik könnte bereits angelegte Tendenzen der Südorientierung kaukasischer, aber auch zentralasiatischer Staaten verstärken. Im Gegenzug, unter Ausnutzung wirtschaftlicher Attraktionsfaktoren, kann der pan-türkische und pan-iranische, wie fundamentalistisch-islamische Einfluß in der Region zunehmen und den Zusam-

menhalt der GUS bedrohen. Damit wäre die Russische Föderation mit der Neuauflage eines »Einkreisungstraumas« ähnlich den 1930er Jahren konfrontiert. Von Westen unterminierte die NATO den russischen Einfluß in Zentraleuropa, in der Ukraine und in Belarus. Im Süden bröckelten die kaukasischen und zentralasiatischen Staaten aus dem GUS-Kooperationszusammenhang.

Die Auswirkungen der Militäraktion gegen Tschetschenien auf den OSZE-Prozeß wie auf CFE sind augenscheinlich. Bereits jetzt signalisiert die russische Seite, angesichts des erkannten Bedrohungsszenariums, daß es einer Verstärkung von schwerem Kriegsgerät in der Südregion bedarf und sie diese Maßnahme auch notfalls gegen die CFE-Abmachungen einseitig durchsetzen will.

Der operative Einsatz von OSZE in den Krisenregionen der GUS wird sich als unmöglich herausstellen: die Neigung westlicher Staaten, in kriegerische Auseinandersetzungen hineingezogen zu werden, wird noch deutlicher abnehmen. Auf russischer Seite wird die internationale Überwachung der Konflikte ebenfalls auf wenig Gegenliebe stoßen, könnten doch so etwaige Menschenrechtsverletzungen internationale Reaktionen hervorrufen.

In Mitteleuropa und in der Baltischen Region wird von einer völlig veränderten Sicherheitslage gesprochen werden. Vor allem die Bestrebungen der Baltischen Staaten, in die NATO aufgenommen zu werden, können nunmehr kaum noch von westlicher Seite zurückgewiesen werden. Ebenso wird der Druck von mittel- und zentraleuropäischen Ländern auf Beitritt zur NATO zunehmen.

Sollte diese Entwicklung eintreten, ist mit einer weiteren Verhärtung des außen- und sicherheitspolitischen Kurses hin auf isolationistische Orientierungen in der russischen Politik zu rechnen. Einer solchen Entwicklung werden sich auch die verbliebenen demokratischen Kräfte kaum entgegenstellen können.

Die vielbeschworenen »non-intended effects« politischen Handelns sind in der Krise der russischen Demokratie und in

der militärischen Intervention in Tschetschenien voll zur Geltung gekommen. Die als militärische Blitzaktion zur Wahrnehmung staatlicher Souveränitätsrechte konzipierte Intervention hat außenpolitische Wirkungen und droht die junge russische Demokratie vollends zu destabilisieren. Hier zeigen sich einmal mehr die Grenzen nationalstaatlichen Handelns, aber drängt sich auch das Erfordernis auf, endlich im gesamteuropäischen Dialog jene Institutionen mit Mandat und Instrumenten auszustatten, daß sie eine präventiv konfliktvermeidende Politik auch gegen nationale Interessen glaubhaft durchsetzen können.

Neue Parteienlandschaft

Das politische Realignment der Parteien und Gruppen ist Vorbote der anstehenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen von 1996. Die politische Landschaft ist in Bewegung gekommen, und neue Kräftekonstellationen kristallisieren sich heraus. Erstmals, und hier liegt die anhaltende Nachwirkung der Dezemberwahlen, scheinen die demokratischen Kräfte begriffen zu haben, daß in diesen Wahlen die Weichen für die weitere russische Entwicklung endgültig gestellt werden. Zwar will kaum eine Partei zu den alten Ufern zurück, aber der Kampf um die Staatsform, um die Ausgestaltung der Demokratie, ob Rußland sich zum föderalen Staat entwickelt oder sich Tendenzen des autoritären Zentralismus wieder durchsetzen, welche Gestaltungsmöglichkeiten den Bürgern eingeräumt werden, all diese Fragen stehen zur Entscheidung an.

Grosso modo bestätigt sich eine bereits früher beschriebene Grundtendenz, daß sich in der russischen Parteienlandschaft, trotz der Vielzahl von Grüppchen und Splitterparteien, im wesentlichen drei große Richtungen herauschälen, obwohl gegenwärtig noch vier Hauptströmungen zu erkennen sind. Es ist aber zu erwarten, daß es zu Annäherungen zwischen den links-zentristischen und der gemäßigt-kommunistischen Strömung (KPR) kommen kann. Ebenso sind Verei-

nigungsprozesse zwischen den beiden extremen Bewegungen der faschistischen und der radikal-kommunistischen Bewegung nicht auszuschließen: die beiden extremen Lager der Rechten und kommunistischen Linken; eine liberal-konservative Bewegung, die sich um die *Wahl Rußlands* gruppiert; ein noch heterogenes links-zentristisches Lager, dessen programmatischer und organisatorischer Mittelpunkt sich um Gregorij Jawlinski und den *Jablocko*-Wahlblock scharen kann; die mehr oder minder reformierten Nomenklatura-Parteien: Parteien der neuen regionalen Politik, die Kommunisten und die Agrarier, die konstruktive Linke, die sich mit populistischen Kräften zur *Eintracht für Rußland* zusammengeschlossen hat.

Der Auftakt zum Realignment der politischen Parteien begann im Lager der linken und rechten Fundamentalopposition.

Am 28. Mai 1994 tagte in Moskau der Nationalrat der Bewegung *Eintracht für Rußland* unter dem gemeinsamen Vorsitz von Alexander Ruzkoj und Gennadij Sjuganow (Führer der KP Rußlands). Eingeladen waren auch Sergej Glasjew (Vorsitzender des Ausschusses der Staatsduma für Wirtschaftspolitik und ehemaliger Außenwirtschaftsminister), Sergej Baburin (Mitglied der Staatsduma und Führer der radikalen, nationalistischen Russischen Volksunion) und prominente Vertreter der Opposition, so der ehemalige Vorsitzende des Verfassungsgerichts Walerij Sorkin, Stanislaw Goworuchin (Film-Regisseur und ehem. Mitglied des Trawkin-Blocks) und dieser Richtung nahestehende Wirtschaftsführer.

Die neue Bewegung, von vielen Analytikern als zweiter Aufguß der 1993 verbotenen »Front für nationale Rettung« bespöttelt, bringt erstmals die Kommunistische Partei der Russischen Föderation mit der Agrarpartei, die offiziell der Nationalen Rettungsfront nicht angehörte, zusammen.

Hinzugekommen sind dafür die Russische Volksunion (Nikolaj Baburin) und die noch imaginäre sozialpatriotische Be-

wegung »Großmacht/*derschawa*« des ehemaligen, im Februar 1994 amnestierten, russischen Vizepräsidenten Alexander Ruzkoj. Mit dieser Gruppierung will Ruzkoj die russischen Traditionalisten und Nationalisten sammeln. Ruzkoj setzt aber nicht nur auf die rechte Sammlungsbewegung. Er führt weiterhin die wesentlich bedeutendere »Russische sozialdemokratische Volkspartei« RSDVP, die aus Splintern der alten »Bürgerunion« hervorgegangen ist und Stimmen aus der Mitte an sich binden möchte.

Allein die Tatsache, daß es der rechten und linken Fundamentalopposition gelang, solch ein vielschichtiges Zweckbündnis aus der Taufe zu heben, ist beachtlich. Obwohl sich bis zum Herbst einige der hier aufgeführten Gruppen ein eigenes Profil zu geben suchten, besonders muß in diesem Zusammenhang die von Lipitzkij mitbegründete »Sozialdemokratische Union« genannt werden, eint doch die ursprünglich beteiligten Akteure und Parteigruppierungen die Opposition gegen die Präsidentschaft Jelzins. Bei den beteiligten Akteuren handelt es sich auf keinen Fall um politische Abenteurer. Fast alle gehörten der alten oder zur neuen Elite. Die Bewegung kann sich auf die Unterstützung eines Teils der regionalen Eliten, der administrativen Leiter kommunaler und regionaler Gewalten wie auf die Manager der Staatsbetriebe stützen. Sie verfügen über informelle Netzwerke, sind miteinander durch langjährige persönliche und geschäftliche Beziehungen verbunden. Viele von ihnen sind Mitglieder der Staatsduma und lehnen Gewalt als Mittel der Politik ab. Das sagt jedoch nicht, daß sie sich bei möglichen Massenprotesten und sozialen Unruhen neutral und passiv verhalten werden.

Die radikale Linke formiert sich

Mitte Juli 1994 suchten radikale kommunistische Splittergruppierungen die bereits seit August 1992 bestehende Kommunistische Union Rußlands neu zu beleben. Beteiligt waren Viktor Anpilows Kommunistische Arbeiter Partei, die

Russische Partei der Kommunisten (Anatoly Kryichkow) und die Kommunistische Partei der Sowjetunion (Sergej Chernyakowskij). Da die wichtigste und größte politische Gruppierung der Kommunisten, die von den radikalen als sozialreformerisch diffamierte Kommunistische Partei Rußlands, sich bereits in der Allianz mit moderaten Kräften der rechten Sammlungsbewegung befindet, sind diese Gruppen eher ein politisches Störpotential als eine wirkliche politische Kraft.

Trotz der Wahlniederlage und geringfügiger Abspaltungen zeigte sich die einstige »Präsidenten«-Partei des von Jegor Gaidar geführten Wahlblocks »Wahl Rußlands« erstaunlich stabil.

Programmatisch weicht sie kaum von den Grundpositionen der alten »Wahl Rußlands« ab. Sie trägt aber den sozialen Veränderungen, daß sich die Gesellschaft verstärkt nach Einkommen und Reichtum differenziert, ebenso Rechnung wie sie ihren Tribut an Renationalisierungstendenzen in der russischen Außenpolitik entrichtet. Die Partei sucht kaum ihre Anhänger unter den 62,5 % (in absoluten Zahlen ca. 96,5 Millionen) Russen, die unterhalb der nach russischen Kriterien festgesetzten Einkommensgrenze, das heißt in Armut leben. Sie wird aber sicher bei jener sozialen Schicht Zuspruch finden, die zwischen 60 000 und 500 000 Rubel pro Monat (60–500 DM) verdient und die neue russische Mittelklasse ausmacht. Weit höhere Unterstützung findet die Partei bei den »novi russkij«, den »Neuen Russen«, d. h. bei den Gruppen, die ca. 2,5 bis 3 Millionen Rubel pro Monat verdienen. Ihre Zahl wird auf 6,5 Millionen, das sind ca. 3,6 % der Bevölkerung, geschätzt. Ob die Superreichen, mit monatlichen Einkommen über 50 Millionen Rubel, die ca. 0,7 % der Bevölkerung ausmachen, überhaupt politisch motiviert sind, bleibt zu bezweifeln.

Immerhin, es ist Gaidar gelungen, zahlreiche Unternehmen und Verbände zur finanziellen Unterstützung seiner Partei verpflichtet zu können. Ihre Entwicklung zu einer gemäßigt nationalisti-

schen, liberalen Wirtschaftspartei praktisch westeuropäischen Zuschnitts scheint vorgezeichnet.

Das Projekt einer »Vereinigten Sozialdemokratischen Partei«

Stand für die »Wahl Rußland« die Metamorphose zur Partei an, so stellt sich beim Wahlblock *Jablocko* genau die gegenteilige Aufgabe. Der Wahlblock setzt sich aus einer Vielzahl kleinerer Parteien zusammen, die sich bislang durch kontinuierliche Fraktionierungen und Richtungskämpfe auszeichneten und sich trotz ähnlicher Programmatik kaum zu gemeinsamen politischen Handlungen aufraffen konnten. Zusammengehalten wird der Block durch die alles überstrahlende Lieblingsfigur der russischen Intelligenzia, Grigorij Jawlinskij, der seine präsidentellen Ambitionen nicht verbirgt. Dieser Umstand jedoch lähmt die Gruppe, da Jawlinskij zu wenig in Kategorien von notwendiger Organisations- und trockener Parlamentsarbeit denkt und handelt.

Seit April 1994 sind erstmals ernsthafte Anstrengungen unternommen worden, die fragile Basis der Russischen Sozialdemokratischen Partei/SDPR durch Bildung von Allianzen und den Zusammenschluß von Parteien zu stärken. Obwohl sich die SDPR durch die Dezemberwahlen und unter der Führung von Anatolij Gollow stabilisierte, konnte sie nie das Manko fehlender Führungspersönlichkeiten, die von der Öffentlichkeit an- und wahrgenommen werden, beheben.

Die Führung der SDPR und die Russische Bewegung für die Demokraten formten zusammen mit einer Reihe kleinerer demokratischer und linker Gruppierungen am 21.9.1994 eine neue Sammlungsbewegung. Die neue »Vereinigte Sozialdemokratische Partei«, wenn denn dieser Name auch vorab nur als Arbeitsbezeichnung fungiert, versteht sich als politische Kraft des Zentrums, links von Gaidars Partei »Russische Wahl« und rechts von den kommunistischen und nationalistischen Kräften. Sie stellt sich auf den Boden der neuen

russischen Verfassung und will eine systemimmanente Oppositionsrolle zum politischen Kurs der Regierung spielen. Mitbegründer der neuen Bewegung waren Alexander Yakowlew, Chef der Fernsehanstalt *Ostankino*, sowie der ehemalige Oberkommandierende der GUS-Truppen unter Gorbatschow, Marschall Jewgenij Schaposchnikow. Ebenfalls beteiligt sind prominente Ökonomen wie Schmelow und Schatalin aus der Perestroika-Ära, bekannte Politologen wie Alexej Kiva, Yuri Boldyrew aus dem Yabloko-Block und Vadim Bakhatin, der ehem. KGB-Chef unter Gorbatschow. Interessant an dieser Entwicklung ist zweifellos, daß die politisch heimatlosen Reformer der Perestroika-Ära nun erneut in die politische Arena drängen.

Gleichzeitig polarisierte sich diese Gruppe, da ein anderer Teil, möglicherweise sogar unter Einschluß Gorbatschows, sich in eine andere Sammlungstendenz unter Lipitzki, O. Rumansiew sowie unter der abgespalteten Linken aus der SDPR, angeführt von Pavel Kydjuhin und Alexander Averkiew, organisieren will.

Die Konstitution der Sozialdemokratischen Union

Am 30. Oktober 1994 konstituierte sich die Sozialdemokratische Union unter der neuen Führung von Lipitzkij, O. Rumansiew und Igor Jürgens. Das Hauptreferat auf dem Gründungsparteitag hielt Gorbatschow, der alle anderen sozialdemokratischen Initiativen als Verrat an der gemeinsamen Sache, da sie die spalterische Arbeit der Regierung und des Präsidenten betreiben, brandmarkte.

Die neue Partei definiert sich als unabhängiger Teil der fundamentalen Opposition gegen die Regierung und sucht ihr Wählerpotential bei den vom Reformkurs enttäuschten Gruppen der jüngeren, aufgeschlossenen neuen Eliten, aber auch bei Kadern aus den Verwaltungs- und Wirtschaftsstrukturen sowie den nichtreformierten Gewerkschaften.

Ob sich die Partei aber rechts von der KPR, die eine ähnliche Wählerschicht an-

spricht und die in ihrer Programmatik sich ähnlich äußert, etablieren kann, bleibt dahingestellt. Aufgrund der verschärften innenpolitischen Entwicklungen im Zuge des Tschetschenienkrieges kann die neue Partei ein wichtiges Scharnier in der Anti-Jelzin-Kampagne spielen. Sie bietet sich als Gesprächspartner allen Parteien an.

Nach den großen Ankündigungen der Gruppe um Yakowlew, Schaposchnikow u. a., bis zum Dezember 1994 die Vorarbeiten für die Gründung der neuen sozialdemokratischen Partei abzuschließen, ist es nunmehr still geworden. Von einer anderen Seite droht dieser Initiative nun das Aus.

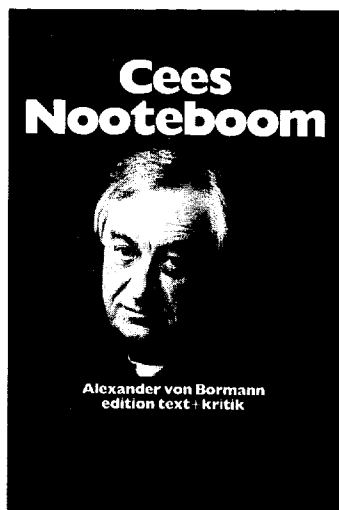
So wurde bald nach Gründung der Initiative durch Yakowlew und Schaposchnikow kolportiert, daß die neue sozialdemokratische Partei eine Taschenpartei des Kreml sei. Die Idee ist grundsätzlich plausibel. Erkannten doch Jelzins Berater, daß die ehemalige Präsidentenpartei, die »Wahl Rußlands«, zu schwach sei, um Jelzin noch einmal als Kandidat durchzubringen. Daher ihre korrekte Analyse, man müsse die nichtorganisierte, zerstrittene politische Mitte durch eine neue Partei strukturieren, um all jene Kräfte zu binden, die Gaidars Partei doch nicht unterstützten. Diese Option ist jedoch durch die Ereignisse in Tschetschenien desavouiert worden.

Die Sammlungsbewegung SDPR

Die Führung der SDPR unter Anatolij Gollow war anfänglich bereit, die Partei im Rahmen der Initiative »Vereinigte Sozialdemokratische Partei« zur Disposition zu stellen. Inzwischen ist die Parteilinke, Kudjuhin et al. zu Lipitzki übergewechselt, nachdem sie in einer Blitzaktion Ende Oktober die Führung der Partei an sich reißen wollten.

So sucht die SDPR denn den Weg des Ausbaus einer breiten sozialdemokratischen Sammlungsbewegung weiterzugehen, denn sie kann von einem Zweckoder Abwehrbündnis der demokratischen Kräfte gegen autoritäre Tendenzen nur profitieren.

edition text + kritik Schreiben anders:



Alexander von Bormann
Cees Nooteboom
etwa 160 Seiten, ca. DM 26,--
ca. öS 203,-- / sfr 27,--
ISBN 3-88377-500-2

Boris Chlebnikov /
Norbert Franz
Čingiz Ajtmatov
182 Seiten, DM 28,50
öS 222,-- / sfr 29,50
ISBN 3-88377-409-X

Erhard Engler
Jorge Amado
180 Seiten, DM 28,50
öS 222,-- / sfr 29,50
ISBN 3-88377-410-3

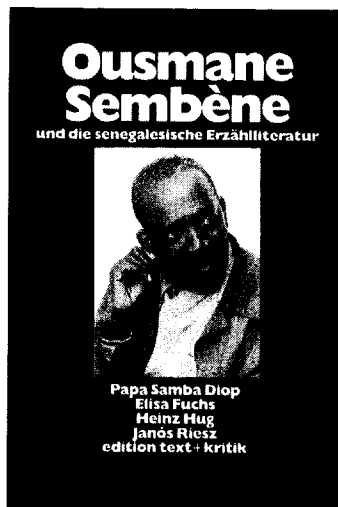
Helmut H. Koch
Ernesto Cardenal
179 Seiten, DM 28,50
öS 222,-- / sfr 29,50
ISBN 3-88377-417-0

Hermann Herlinghaus
Alejo Carpentier
188 Seiten, DM 26,50
öS 207,-- / sfr 27,50
ISBN 3-88377-404-9

Klaus Kreimeier
Nadine Gordimer
166 Seiten, DM 26,50
öS 207,-- / sfr 27,50
ISBN 3-88377-390-5

Hartmut Fähndrich
Nagib Machfus
170 Seiten, DM 26,50
öS 207,-- / sfr 27,50
ISBN 3-88377-389-1

Papa Samba Diop /
Elisa Fuchs / Heinz Hug /
János Riesz
Ousmane Sembène
und die senegalesische
Erzählliteratur
231 Seiten, DM 29,50
öS 230,-- / sfr 30,50
ISBN 3-88377-488-X



Heinz Ludwig Arnold (Hg.)
Kritisches Lexikon zur
fremdsprachigen Gegen-
wartsliteratur - KLfG -
Loseblattwerk,
ca. 6.800 Seiten, DM 320,--
öS 2.496,-- / sfr 320,--
Register und sieben Ordner

edition text + kritik
Levelingstraße 6a
81673 München

»Konterrevolution«?

Nach Wochen erbitterter Versuche, die Schlächtereier von Grosny als »innere Angelegenheit« Rußlands abzutun, mehren sich gegen Ende der Kämpfe die Stimmen, die von einer »Konterrevolution«, »Reaktion« oder »Restauration« sprechen. Von Jelzins »Umkehr« ist die Rede, von seinem »Verrat« an den demokratischen Zielen, unter denen er angetreten sei.

Jetzt sind es die ehemaligen Bundesgenossen des so gescholtenen Präsidenten, allen voran Jegor Gaidar, bei Antritt von Boris Jelzin 1991 noch dessen bester Mann, die nun als Repräsentanten des »neuen Rußland« gelten. Über Nacht wurden sie zu »Garanten des Reformkurses«, ihre Proteste gegen das Tschechenische Abenteuer Boris Jelzins zur »Friedensbewegung«, die vergeblich ge-

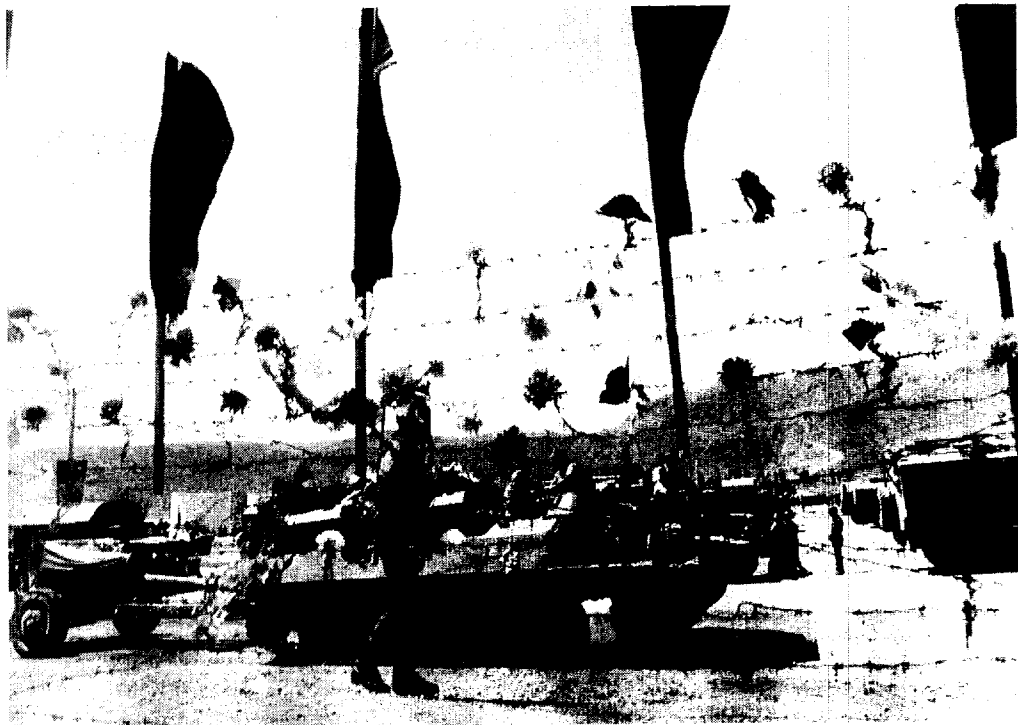
gen den Ausbruch des präsidentialen Wahnsinns und für Demokratie und Menschenrechte eintritt.

Alles bleibt recht vordergründig. Boris Jelzin war 1991, als er Michail Gorbatschow ablöste, sowenig Demokrat wie er es heute ist. Er hat nichts »verraten« und ist nicht »umgekehrt«, sein Weg vom Aufruf »Rußland den Russen«, mit dem er 1991 den auf Zusammenhalt der sowjetischen Union festgefahrenen Gorbatschow ausstechen konnte, bis zu der von ihm selbst befohlenen gewaltsamen Niederwerfung der Souveränitätsansprüche einer Minderheit im Jahre 1995 ist vollkommen gradlinig und war von Anfang an absehbar.

Das Gejammer über den angeblichen »Verrat« hat nur die Funktion, die Illusionen, die man jahrelang über Boris

Truppenabzug aus Afghanistan

Foto: dpa



Jelzin verbreitet hat, nun auf neue Gallionsfiguren zu verschieben – und weitermachen zu können wie bisher. Wer Interesse daran hat, Wiederholungen – möglicherweise in immer schnelleren Folgen – zu vermeiden, muß statt dessen die Frage aufwerfen, was sich unter dem Stichwort der »Demokratisierung« seit Beginn der Perestroika Anfang der Achtziger tatsächlich abgespielt hat.

Es scheint, als ob die Entwicklung sich wiederholt: Zweimal wurde die Revolution verkündet, zweimal endete sie in einer Restauration. Das eine Mal war es der Aufbruch zum »Neuen Denken«, der die Menschen zu Begeisterungstürmen hinriß, das zweite Mal der »demokratische Aufbruch«. Die Skeptiker, die unter Gorbatschows »Neuem Denken« auf seine reale historische Funktion als Liquidator der Union und unter Jelzins »demokratischem Aufbruch« auf seine wirkliche Rolle als Ausverkäufer Rußlands hinwiesen, waren nicht gefragt.

Heute liegen die Dinge klarer: Das Wesen der Perestroika, die seit Anfang der Achtziger von kritischen Wirtschaftsgremien, allen voran die sog. Nowosibirsker Schule, mit Duldung der Partei ausgearbeitet wurde und für die Michail Gorbatschow dann ab 1985 als Generalsekretär antrat, war der Versuch einer Modernisierung der sowjetischen Gesellschaft unter dem Stichwort: »Von der Tonnenideologie zur Intensivierung«. Als Programm der »sozial-ökonomischen Beschleunigung« betrat sie die öffentliche Arena.

Dem Programm lag die Einsicht der sowjetischen Nomenklatura zugrunde, daß das Imperium des sowjetischen Kommando-Sozialismus die Grenze seiner Expansionsfähigkeit überschritten hatte. Die aus seiner Überdehnung resultierende Überzentralisierung hatte ein solches Ausmaß angenommen, daß die einzelnen Teile nicht mehr arbeitsfähig waren. Mehr noch, sie neutralisierte nicht nur die Entwicklung neuer Kräfte von unten, sondern begann, in deren Zerstörung überzugehen. Konkret gesprochen, konnte die landesübliche Art des industriellen Aufbaus in der Form von

immer neuen, immer größeren Anlagen nicht weiter fortgeführt werden, sondern es mußten die vorhandenen Produktionskapazitäten erneuert, intensiviert und ein innerer Markt geschaffen werden, wenn man den absehbaren Totalzusammenbruch, ja, die rein physische Verwandlung von nie erneuerten Produktionsstätten in Schrott vermeiden wollte.

Politisch kleidete sich diese Einsicht der Nomenklatura in die Formel der »Demokratisierung« und in die der »Dezentralisierung«, in die der »Befreiung der Eigeninitiative« und der Verantwortung des Individuums. Es war der grandiose Versuch der herrschenden Schichten der damaligen Sowjetunion, mit einer allerletzten politischen Kampagne das Volk für die endgültige Überwindung der Kampagnenwirtschaft zu mobilisieren.

Das Volk verstand das als Kommando zur Überwindung der Kommandowirtschaft. In vielen Fällen wurden die Parolen zum sozialistischen Aufbau einfach durch jene für die »Demokratisierung«, wurden die Ikonen Stalins, Breschnjews und Lenins durch die Gorbatschows ersetzt.

Das Problem war: Die Menschen nahmen die politische Losung, nämlich die der »Demokratisierung« auf; deren wesentlicher Gehalt wurde jedoch weder verstanden noch umgesetzt. Im Gegenteil: Die reale Bewegung, die Gorbatschow immer wieder mit Parolen wie »Handeln, handeln, handeln«, »Disziplin, Genauigkeit, Verantwortung« usw. anzufeuern versuchte, fand nicht nur nicht statt; die vorhandenen Produktionskapazitäten und Arbeitspotentiale zerfielen sogar noch weiter.

In dieser Schere wurde Gorbatschows Kampagne für eine sozialdemokratische Modernisierung nicht nur unglaublich. Es fehlte ihr auch sehr schnell der effektive materielle Boden. Die Entstehung einer mittelständischen Schicht kleiner Unternehmer, Handwerker und Selbständiger wurde zwar offiziell propagiert, aber nicht gefördert.

Der Aufbruch zur Intensivierung der Volkswirtschaft im Interesse der Allgemeinheit verkam schon unter Gorba-

tschow zu einer Privatisierung in den Händen der alten Nomenklatura und weniger neuer Reicher. Die Mehrheit der Bevölkerung wurde dagegen ihres früheren Schutzes durch das kollektive Eigentum beraubt.

Einfach gesagt: Das Ergebnis der ersten Phase der Perestroika war keine Intensivierung des sozialökonomischen Wachstums, sondern dessen Zerfall und das weitere Absinken der Arbeitsmoral bei gleichzeitiger Zunahme des politischen Zersetzungsprozesses der Union und des gesellschaftlichen Wertesystems generell. Die politische Folge: eine Rückwendung Gorbatschows, das Auftreten der alten Männer um Gorbatschow, die die Union mit einem Notstandsregime retten wollten, der sogenannte Putsch. Das war die erste Restauration, die auf eine Rückkehr zum Zentralismus spekulierte.

Der Aufbruch unter Jelzin

Aber es war bereits zu spät. Der kollektive Konsens war gebrochen, die Partei nicht mehr Herr der Lage, die alten Strukturen befanden sich bereits in Auflösung. Das Mobilisierungspotential des »Neuen Denkens« im Sinne einer langfristigen Erneuerung des Sozialismus war verbraucht. So konnte Jelzin den zweiten Aufbruch einleiten, der mit der »Beschleunigung« ernst machen wollte.

Soweit war Jelzin Vollstrecker der Intentionen Michail Gorbatschows. Aber anders als Gorbatschow trat Jelzin nicht mehr im Gesamtinteresse der sowjetischen Gesellschaft, verbal gar im Namen des zukünftigen Wohles der gesamten Menschheit auf. Er agierte vielmehr im Namen von Teilinteressen: »Rußland für die Russen« lautete die politische, Liberalisierung der Preise und Privatisierung des Staatseigentums die sozial-ökonomische Parole, mit der er Gorbatschow an die Wand drückte.

Die »Demokratisierung« war dabei von Anfang an nur noch Ideologie, nur noch Form. Freiheit war unter den Bedingungen der Gaidarschen Reform schon vom Ansatz her und auf Grund der

bereits erreichten Differenzierung der Gesellschaft im Kern nur noch die Freiheit der Nomenklatura bzw. der wenigen neuen Selbständigen, die sich unter den restriktiven Steuer- und Finanzverordnungen trotz aller Schikanen behaupten konnten.

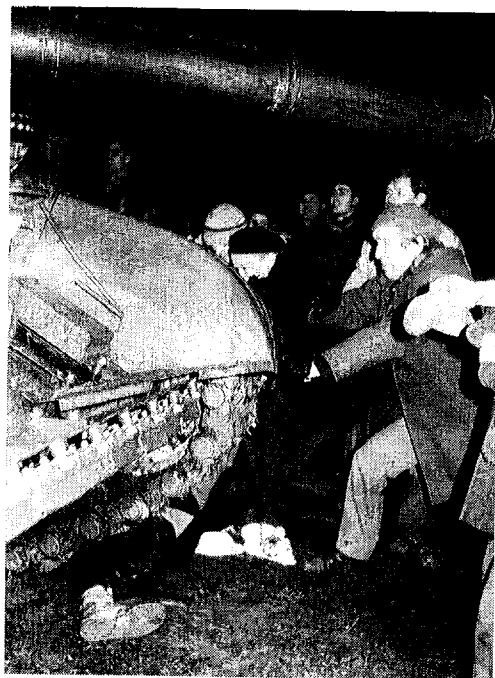
Effektiv setzte die Gaidarsche Reform – allen Worten von Demokratie zum Trotz – den unter den Putschisten begonnenen Kurs der Re-Zentralisierung fort, ja, sie verschärfte ihn. Denn was die Putschisten nicht geschafft hatten, gelang Gaidar: Er konzentrierte den Geldfluß des Landes in der Moskauer Finanz-Oligarchie, während er die Risiken und sozialen Lasten dezentralisierte.

Die Komitees für Privatisierung, die nach den Richtlinien arbeiteten, keinem Betriebskollektiv den Erwerb von Aktienmehrheiten an ihren Betrieben zu gestatten. Die Steuerbüros und nicht zuletzt jene aus dem Boden sprießenden Gesellschaften, welche landauf, landab die Privatisierungsschecks aufkauften, zogen wie gewaltige Staubsauger noch die letzten Rubel aus den verstecktesten Sparsocken von Dörflern und alten Leuten nach Moskau. Die sozialen Aufgaben dagegen wurden im selben Atemzug an die Ortsverwaltungen, die Städte, Bezirke und Gebiete abgegeben.

Zwei Beispiele mögen genügen: Die Kohlestadt Borodino, gut 25 000 Einwohner, war in sowjetischer Zeit einer der reicheren Orte. Die Kohle ist dort leicht abbaubar, die Vorräte reichen noch für Jahrzehnte. Nach dem Auseinanderfallen der Union gilt Borodino als der größte Tagebau der russischen Föderation. Man war eine Familie, ein patriarchal organisiertes Kollektiv, wo jeder seinen oder ihren Platz, aber auch seine Versorgung hatte.

Im Einvernehmen zwischen Direktorium, Gewerkschaft und Stadtverwaltung bevorzugte man von den anfänglich noch in der Debatte befindlichen Privatisierungsmodellen jenes, das der Belegschaft erlaubt hätte, die Aktienmehrheit zu erwerben und so selbst über den Betrieb, das heißt die Geschicke der Stadt, zu entscheiden.

Privatisiert wurde schließlich nach dem Modell, das eine Aktienmehrheit von Betriebskollektiven verhindert. Im Ergebnis hält Moskau heute die Aktienmehrheit und bestimmt, was im 3 000 Kilometer entfernten Borodino zu geschehen hat. Als Herr der Grube läßt Moskau seit Jahren Kohle abfahren – bezahlt wird nichts. So können keine Löhne ausgegeben werden. Die früher vorbildlichen sozialen Einrichtungen der Stadt verfallen. Das Direktorium hält die Grube aufrecht, indem an befreundete Werke in der Umgebung, aber auch in der Mongolei oder in China Kohle im Tausch gegen Naturalien verschoben wird: Japanische Recorder, chinesische Billigkleidung, Zement u.a.m. Dies wiederum gibt das Werk an die Belegschaft weiter, die ihrerseits sehen muß, was sie davon umschlagen kann. Die Wirtschaft ist auf Naturaltausch heruntergekommen.



Die sowjetische Armee besetzt Litauen

Foto: dpa

Der Verfall der Landwirtschaft

Was mit Borodino im Großen geschieht, das geschieht mit den landwirtschaftlichen Betrieben, den früheren Sowchosen, im Kleinen. Auch sie wurden zwangsprivatisiert, in Aktiengesellschaften überführt. Die Entwicklung privater Bauern wurde zur Alternative erklärt. Ergebnis: Die bisherigen Verwaltungs- und Arbeitseinheiten der Sowchosen zerfallen, die Anlagen und die Felder verkommen; die Privatbauern, obwohl häufig die qualifiziertesten, beweglichsten und reichsten aus den ehemaligen Sowchosen oder den nahegelegenen Städten, kommen nicht in Gang. Ihnen fehlen Maschinen, eigene Absatzwege, die versprochenen Kredite.

Die Schere zwischen der Preissteigerung für Industrie- und Konsumware jeder Art auf der einen und den Preisen, die die Sowchosen wie die privaten Bauern für ihre Produkte erzielen können zum anderen, hat darüber hinaus zur Folge, daß die einen wie die anderen mit Verlust arbeiten. Zudem werden ihnen unverhältnismäßige Steuern auferlegt. Sie müssen für die Aufrechterhaltung

der sozialen, verkehrsmäßigen, kulturellen und sonstigen Einrichtungen aufkommen. Es ist klar, daß unter solchen Bedingungen nicht nur diese Einrichtungen – Schulen, Kindergärten, Straßen etc. –, sondern die gesamte Landwirtschaft verkommen.

Dies alles geschieht, obwohl der wirtschaftliche Schaden in bezug auf die Sowchosen sowie die Perspektivlosigkeit der privaten Bauern offensichtlich ist, mit dem Argument, die Macht der Kollektive müsse gebrochen werden, denn diese seien die Wurzel allen Übels.

Der autokratisch organisierte Machtapparat des Präsidenten Jelzin, die auf eine Führerstruktur zugeschnittene und im Oktober 1993 mit Gewalt gegenüber den alten kollektiven Körperschaften der Mitbestimmung durchgesetzte neue Verfassung der russischen Föderation ist der politische Ausdruck dieser Entwicklung.

Der besondere Widerspruch dieser Politik liegt darin: Je mehr sie wieder zu zentralisieren versucht, um so mehr entblößt sie das Land von seinen Potentialen. Äußerster Ausdruck davon ist,

daß in vielen staatlichen Betrieben, Instituten und Sowchosen schon seit mehreren Jahren immer wieder für Monate keine Löhne gezahlt werden. Die meisten sind ein halbes Jahr oder mehr mit den Zahlungen in Verzug. Das ist ein gewaltiger Kredit, der der Bevölkerung vom Staat abgenötigt wird. Weitere Gelder werden aus dem Verkauf der Ressourcen des Landes gezogen. Auch das wird in der Regel von beamteten Dienern des Staates betrieben.

Keine Annäherung an den Westen

Nahezu nichts von dem so zentralisierten Geld wird in die Produktion, sei es in die Landwirtschaft, sei es in die Industrie, investiert. Es geht in den Moskauer Finanzkreislauf, wo es nach dem Prinzip eingesetzt wird, aus Geld mehr Geld zu machen. Wenn es nicht sofort konsumiert wird, wird es entweder als Handelskapital genutzt oder geht gleich in den Spekulationskreislauf ein, um dann irgendwann auf ausländischen Konten zu verschwinden. Kurz: Rußland ist heute weiter von einer Marktwirtschaft westlichen Typs entfernt als zu Beginn der sogenannten demokratischen Revolution. Eher ist es autoritären Oligarchien vom Typ des Iran, Indiens oder gewisser afrikanischer Länder zu vergleichen.

Nach drei Jahren einer solchen Politik löst sich die 91er Osmose zwischen demokratischen Sprüchen und der faktisch betriebenen Politik der monetaristischen Re-Zentralisierung nun in ihre Bestandteile auf: Demokratische Rechte, Dezentralisierung, Schutz der Menschenrechte und das Recht der Minderheiten auf eigene Entwicklung sinken zu Boden. Politik nach Art »Rußland für die Russen« und gewaltsame Rückwendungen zum alten Zentralismus steigen nach oben. Das ist die zweite Restauration. Der sozialdemokratischen folgt die demokratische, besser gesagt liberale Desillusionierung.

Aber es gibt noch einen wesentlichen Unterschied zwischen der ersten Restauration nach Gorbatschow und der jetzi-

gen zweiten. Aus der Restauration am Ende der Gorbatschow-Ära führte der Weg nach Westen. Im Lande waren es die Hoffnungen auf eine schnelle Verwirklichung einer Konsumwirtschaft nach westlichem Muster. Sie veranlaßte die Menschen, Boris Jelzin zuzujubeln. Von außen kamen die Versprechungen des IWF, der Weltbank und der westlichen Politiker, die Michail Gorbatschow als »Zauderer« fallen ließen und auf das »Schockprogramm« setzten, das Jegor Gaidar aus Harvard mitbrachte und dann wortwörtlich in Jelzins erstes Regierungsprogramm umsetzte.

Diesmal trägt die Restauration klare anti-westliche Züge. Boris Jelzins Parteigänger, selbst noch in der abgemilderten Form Viktor Tschernomyrdins, heißen in der Bevölkerung heute »Ausverkäufer« und »Okkupanten«, die Rußland dem Westen unterwerfen wollten. Forderungen nach Besinnung auf das Eigene, Entwicklung der eigenen Kräfte werden laut. Von diesen Stimmungen sind selbst früher überzeugte Westler inzwischen erfaßt. Im positivsten Falle sind sie darauf gerichtet, die Produktion im eigenen Land, die tödliche Abhängigkeit vom West-Import durch Entwicklung der eigenen Wirtschaft abwenden zu wollen. Eine solche Wendung der Dinge entspringt einer unübersehbaren Notwendigkeit und wäre nützlich nicht nur für Rußland selbst, sondern letztlich auch für den Westen, dem schließlich nur ein Rußland nützt, das einen inneren Markt und eine kauffähige Nachfrage entwickelt. Das gilt auch für die übrigen GUS-Länder.

Bedauerlicherweise aber vermischen sich die rationalen Lagen dieser Stimmungen mit jenen ganz anderen, die der Gemütslage einer sich erniedrigt fühlenden Weltmacht, genauer ihrer früheren Repräsentanten und Nutznießer entspringen. Hier bestimmt die rückwärts-gewandte Sehnsucht nach verllorener Größe das Denken. Die reale Bewältigung der Krise wird dem untergeordnet, ja, aus diesen Kreisen erneuert sich der alte Impuls, die innere Krise durch erneute Expansion, mindestens aber Re-

stauration des früheren Zustands lösen zu wollen.

So sehnt man sich nach Rückwendung in unterschiedlichste Zeiten. Die einen wollen zurück in die Grenzen von 1914. Dort suchen sie die angebliche goldene Zeit des aufblühenden russischen Kapitalismus. Andere hoffen auf eine neue Revolution. Ihr Sinnbild ist immer noch Lenin, der mit einem großen Besen den Globus vom Kapitalismus reinigt. Die dritten sehnen sich zurück in die gloriosen Zeiten nach dem gewonnenen Zweiten Weltkrieg, als die Sowjetunion als Befreierin der Völker vom Faschismus gefeiert wurde. Noch andere wollen erneut an Chruschtschows Landreform ansetzen. Aus all dem ergibt sich ein widersprüchlicher, diffuser, aber mächtiger restaurativer Strom der Abwendung von den seit Beginn der Perestroika und speziell seit dem Antritt Boris Jelzins propagierten Öffnung nach Westen. Nicht nur wirtschaftlich, auch politisch hat sich Rußland unter Boris Jelzin, allem Anschein zum Trotz, dem Westen nicht angenähert, sondern sich von ihm entfernt.

Verpaßte Chancen

Was ist falsch gelaufen? Oder mußte das alles so kommen? Nein, heute wird zu fragen sein: wo waren andere Entscheidungen möglich?

Die Antwort ist klar und eindeutig, ohne daß dadurch Widersprüche, Konflikte und Fehlentwicklungen, die auf anderen Wegen möglich gewesen wären, automatisch für gelöst erklärt würden: Statt die vorhandenen kollektiven Strukturen, noch dazu mit einer »Schocktherapie« von heute auf morgen zu zerschlagen, ohne etwas Neues aufbauen zu können, wäre es nötig gewesen, an den vorhandenen Strukturen anzusetzen und darin – nicht statt dessen und daneben – gemischte Produktions- und Handels-, Sozialversorgungs- und auch Lebensformen zu entwickeln. Dies hätte bedeutet, an den Besonderheiten des von der russischen, dann der sowjetischen Geschichte geprägten euroasiatischen Raums anzusetzen. Es hätte bedeutet, seine kollekti-

vistischen sozialökonomischen, ja, selbst in die Geografie inzwischen eingeschriebenen kollektiven Grundstrukturen als Ausgangspunkt der Reform zu akzeptieren, statt sie zerstören zu wollen, wie es ausdrücklich als Ziel der Gaidarschen Reform und der hinter ihr sichtbar werdenden westlichen Strategien entwickelt wurde.

Die Frage lautet heute also: War es Kurzsichtigkeit oder war es eine gewollte und bewußt eingeschlagene Strategie, die zu der heutigen Situation geführt hat? Was Jegor Gaidar und die Mannschaft der russischen Reformen und Reformierenden angeht, so wird man ihnen die Illusion, innerhalb von ein paar Jahren den Wechsel geschafft zu haben, zugestehen müssen. Allerdings zeugt die Illusion von einer starken Entfremdung gegenüber der Geschichte und den Bedingungen des eigenen Landes. Sie ist nur aus der prinzipiellen Ungeduld – und schließlich auch wieder aus einer besonderen russischen Tradition zu erklären, in der Veränderungen, Reformen, Revolutionen niemals von unten kamen, sondern immer von oben – und immer mehr oder weniger gewaltsam neben das Alte gesetzt wurden, während Bewegungen von unten systematisch niedergehalten und – wenn nötig – auch blutig niedergemacht wurden, wie es jetzt am Beispiel Tschetscheniens wieder vorexerziert wird. Diese Dynamik entspringt der besonderen russischen Geschichte, die keine durchwachsende Staatlichkeit von unten nach oben kennt, sondern sich immer im Extrem von oben und unten, Moskau und »Dorf« entwickelt hat.

Für die westlichen Ratgeber muß die Frage anders beantwortet werden: Sie haben, das belegt eine umfangreiche Studie zur Wirtschaft des damals noch Sowjetunion genannten euroasiatischen Raumes, die IWF und Weltbank 1989 vorlegten, die Besonderheiten der russisch-sowjetischen Entwicklung genauestens studiert und benannt. Kollektivismus zum einen und Überindustrialisierung einer im Grunde agrarischen Grundstruktur zum anderen war ihre Diagnose. Ihre Therapie: Zerschlagung der

kollektivistischen Grundorganisation des Landes und Abbau der Überindustrialisierung, Konzentration auf Entwicklung der Landwirtschaft und Realisierung der bis dahin noch ungehobenen Ressourcen.

Es drängt sich der Eindruck auf, daß diese Ratschläge – und die an deren Umsetzung gekoppelten Hilfsangebote – keineswegs im Interesse der Sowjetunion bzw. der heute in deren früheren Ausdehnungsbereich gebildeten Staaten liegt, sondern im Interesse der westlichen Kapitalen. Das wäre bereits fatal genug, weil es die Gegenbewegung, wie jetzt in Rußland erkennbar, notwendigerweise hervorbringen muß. Als schlimmer aber erscheint, daß auch die westlichen, speziell die amerikanischen, Berater Opfer ihrer eigenen Ideologie wurden. Ihr blinder Eifer gegen den »Kollektivismus« erwies sich als stärker denn ihr ökonomisch begründeter Pragmatismus: Im Ergebnis zerstörten sie damit selbst die Voraussetzungen für die von ihnen angestrebte Eroberung Rußlands als Markt, bzw. es zeigte sich, daß ihnen der Kreuzzug zur Ausrottung der »Wurzeln des Kommunismus« offenbar wichtiger war als die Entwicklung und Stabilisierung einer neuen Ordnung im Bereich der ehemaligen Sowjetunion und damit im globalen Völkergefüge.

Die aktuelle Haltung des Westens zur Strafaktion Boris Jelzins gegenüber den Tschetschenen ist nur der konsequente Ausdruck dieser Politik: Statt alle Völker des ehemaligen sowjetischen Raumes dabei zu unterstützen, zu einer kooperativen neuen Ordnung auf der Basis von Gleichberechtigung vorzudringen, verharmlosen die westlichen Zentren den vor aller Augen praktizierten Völkermord als »ungeschicktes Manöver«. Alles, was die innere Auflösung der ehemaligen Union vorantreibt und dabei den Giganten Rußland bindet, scheint ihnen recht. Daß dies hingegen auch im Überlebensinteresse des Westens eine katastrophale Politik ist, scheint bisher nur wenigen der westlichen Strategen zu dämmern.

DIETER BODEN

Der russische Kaukasus-Mythos

Rußland und der Kaukasus – das ist die Geschichte einer bereits Jahrhunderte währenden Auseinandersetzung, von der der Rest Europas nur bruchstückhaft Kenntnis genommen hat. Erst der aktuelle Anlaß des Tschetschenien-Krieges hat den Vorgang nun in ein grelles Licht gerückt. Erstaunt wird man sich der kaukasischen Dimension russischer Machtausdehnung bewußt und forscht nach Ursachen und Folgen des Debakels.

Aus welchen Gründen das Verhältnis zum Kaukasus tiefe Schichten des russischen Selbstverständnisses berührt, ist dem West- und Mitteleuropäer mit seiner überwiegend atlantisch zentrierten Sicht weitgehend verborgen geblieben. Tatsächlich geht es hier für Rußland um bedeutend mehr als eine territorial-politische Frage. Zur Debatte steht auch ein Kapitel geistiger und kultureller Überlieferung, das als eng verknüpft mit nationaler Geschichte empfunden wird. Denn die physische Inbesitznahme des Kaukasus durch Rußland in blutigen Feldzügen und diplomatischen Manövern, die bis in die Epoche Iwans des Schrecklichen zurückreichen, war begleitet von geistig-kultureller Aneignung. Ihr Hauptmedium war die Literatur; zu ihren Protagonisten zählten Koryphäen vom Schlage Puschkins, Lermontows und Leo Tolstojs. Mit Tschetschenien hat sich die Diskussion über die Frage zugespitzt, ob diese geistig-kulturelle Aneignung Bestand haben wird.

Als der Oberkommandierende der Kaukasus-Front, Großfürst Michail Nikolajewitsch, am 21. Mai 1864 mit einem Dankgottesdienst die Niederwerfung der letzten Tschetschenien-Aufstände und damit die militärische Befriedung der gesamten Region beging, war ein Kaukasus-Mythos im kulturgeschichtlichen Bewußtsein Rußlands bereits fest verwurzelt. Sein Stammvater war der Schriftsteller und Diplomat Alexander Gribojedow (1795–1829), der vor allem als Au-

tor der Komödie »Verstand schafft Leiden« mit ihrem bis heute unerschöpflichen Zitatenschatz in die Literatur eingegangen ist. Gribojedow verkörpert die enge Verbindung zwischen Literatur und Politik, die für die Herausbildung eines russischen Kaukasus-Mythos von Beginn an charakteristisch gewesen ist. Er hat an den kaukasischen Eroberungszügen unter General Jermolajew selbst ausgiebig teilgenommen, machte sich als geschickter und sprachkundiger Verhandler beim Abschluß von Friedensverträgen verdient, ließ sich in Tiflis nieder, wo er eine georgische Adlige zur Frau nahm, und wurde schließlich als Gesandter an der russischen Botschaft Teheran beim Sturm durch einen fanatischen Mob brutal ermordet. Als Verfasser einer Denkschrift über die Einrichtung einer transkaukasischen Kompanie hat Gribojedow die russische Kolonisierung auch in eine ganz konkrete Richtung vorangetrieben. Zugleich kommt ihm das Verdienst zu, den Kaukasus in Rußland literaturfähig

gemacht zu haben – mit ersten romantischen Gedichten und einem in georgischem Milieu spielenden Tragödien-Fragment. Diese von Gribojedow gesetzten Anfänge wurden wenig später von Puschkin und vor allem Lermontow zu dichterischer Vollendung geführt; in ihren Poemen und Erzählungen – ein Schlüsselwerk ist Lermontows Roman »Held unserer Zeit« – wurde die großartige Natur-Kulisse des Kaukasus zum Hort von Freiheit und Ziel einer romantischen Weltflucht verklärt.

Die Politik hat von dieser Tradition auf ihre Weise Gebrauch gemacht; nicht selten hat sie sich ihrer auch zur Durchsetzung eigener Herrschaftsansprüche bedient. Bei einer Literatur, die sich wie die russische ein betont sozialpolitisches Rollenverständnis gab, lag ein solches Verfahren nahe. So konnte die Verherrlichung russisch-imperialer Traditionen bis in die Sowjetunion hinein auf literarische Muster zurückgreifen. Als 1961 an zentraler Stelle des Stadtbildes von Tiflis

1877/78: Kaukasischer Kriegsschauplatz: Russische Truppen auf dem Marsch.

Foto: AKG, Berlin



ein Denkmal für Gribojedow errichtet wurde, war dies durchaus auch als Manifestation der Sowjetmacht gegen Bekundungen georgischer Eigenständigkeit gedacht. Auch der Kaukasus-Romantik im Werk Puschkins und Lermontows, die bis heute jedem russischen Schulkind vertraut ist, kam in diesem Kontext eine spezifische Bedeutung zu: sie hielt das Bewußtsein wach an »unseren Kaukasus«, den sich Rußland auch mit dem Blut seiner Dichter erkaufte habe. Wiederum bildet Gribojedow den Anfang einer solchen Märtyrer-Linie; ihm folgen Lermontow, der sich 1842 im Kaukasus tödlich duellierte, sowie der Schriftsteller Bestuschew-Marlinskij, der als ehemaliger Teilnehmer an der Dekabristen-Bewegung in der kaukasischen Verbannung bei Kämpfen gegen Bergstämme dort 1837 ums Leben kam.

Auf der anderen Seite hatten die literarischen Schöpfer eines russischen Kaukasus-Mythos wenig Skrupel, sich in den Dienst von Missionierungsideen zum Wohle von Zarismus und Orthodoxie zu stellen. Wiederum hatte Gribojedow hierfür den Grundton vorgegeben. Selbst Lermontow, aufgrund seines Lebenslaufs gegenüber der Politik des Zaren nicht gerade überschwänglich eingestellt, läßt in Verse seines georgischen Poems *Mcyri* (»Klosternovize«) Gedanken einfließen, die die russische Eroberung des Kaukasus als »Segen Gottes« gedeutet wissen wollen. Noch unverschnörkelter brachte Puschkin solche Ansichten zum Ausdruck; er schloß sein romantisches Poem *Der Gefangene im Kaukasus* mit Elogen auf die Waffentaten der russischen Kaukasus-Militärführer Kotljarewskij und Jermolow und ist auch in Briefen voll Bewunderung für das russische Kolonisierungswerk. Puschkins dichterische Polemik gegen die Kritik an der russischen Niederwerfung des Polen-Aufstandes von 1831 (»An die Verleumder Rußlands«) setzte für solche Spielarten vaterländischer Rechtfertigungsliteratur ein lange wirkendes Beispiel. Zum Kaukasus wies ihn sein Freund und Schriftsteller-Kollege Wjasemskij zu- recht mit Worten, die heute auf eine

merkwürdige Weise aktuell klingen: »Schade, daß Puschkin die letzten Verse seines Poems mit Blut befleckt hat. Was sind Jermolajew und Kotljarewskij schon für Helden? ... Die Dichtung ist keine Bundesgenossin von Henkern. Wenn wir den Völkern Bildung beschert hätten, dann gäbe es etwas zu besingen. Hymnen eines Dichters sollten nie zum Lob eines Massakers dienen.«

Doch sollte nicht unerwähnt bleiben, daß der russische Kaukasus-Mythos sich nicht nur auf eine Linie der Rechtfertigungsliteratur gründet. Von Anfang an sind auch besonnenere Stimmen zu verzeichnen. Zu ihnen gehört der bereits erwähnte Bestuschew-Marlinskij, dessen mit vieler exotischer Farbe ausgeschmückten kaukasischen Erzählungen die russische Eroberung als eine tragische Verirrung begreiflich machen wollen. Auch Leo Tolstoj's Erzählung »Hadschi Murat«, die über die Schlußphase der Feldzüge gegen Tschetschenien handelt, zieht überwiegend kritische Register. Auf beiden Seiten der Front sieht Tolstoj nur sinnloses Morden, wobei er jedoch dem Zaren Nikolaus I. wegen der von ihm persönlich sanktionierten »verbrannte Erde«-Vernichtungs-Strategie gegen die Tschetschenien die Hauptverantwortung anlastet.

Die Sowjetzeit hat zur Brechung des Kaukasus-Mythos nicht wenig beigetragen. Der Reiz der Berührung mit den fremden Kulturen des Kaukasus war ungebrochen. Jetzt nahm sie die Züge des Eskapismus an und wurde für manche regimemißliebigen Autoren wie Mandelstam, Pasternak oder den Futuristen Sabolozkij geradezu zu einer Überlebens-Strategie. Von Pasternak heißt es, daß ihm seine aus den 30er Jahren stammenden Übertragungen georgischer Dichtung wegen des Beifalls Stalins vor der Verfolgung bewahrten. Ähnliches mag für Sabolozkij gelten, der als einer der wenigen in der Gruppe Leningrader futuristischer Dichter mit dem Leben davonkam.

Unter den Vorzeichen einer im Kern auf kulturelle Einebnung gerichteten sowjetischen Nationalitätenpolitik wurde

Klarsichtigen die Fragwürdigkeit des überkommenen Kaukasus-Mythos immer offener. Bereits in den 20er Jahren kam Mandelstam bei einem Georgien-Aufenthalt zu der Erkenntnis, daß von kultureller Symbiose mit Rußland überhaupt keine Rede sein konnte. Die Russifizierung habe niemals mehr als bestimmte Zonen des administrativen Lebens erfaßt. Die nationale und politische Selbstbestimmung Georgiens ergab sich für Mandelstam als logische Selbstverständlichkeit. Das von Puschkin und Lermontow im russischen Selbstverständnis verwurzelte Kaukasus-Bild wies Mandelstam als Mythos zurück, dem jeder Bezug zur Realität abgehe.

Was wird von diesem Mythos bleiben nach dem Auseinanderfall der Sowjetunion und der Konstituierung von drei neuen Staaten im Transkaukasus? Die Kaukasus-Poesie der Romantik mag inzwischen dem Russen ähnliche Gefühle vermitteln wie dem Polen die stimmungsvolle Beschwörung Litauens in Mickiewiczs Nationalepos *Pan Tadeusz*. Jedenfalls ist die Debatte um eine weitere kritische Überprüfung überlieferter Sichtweisen und Bilder in Rußland längst im Gange – und nicht nur in der Literatur. Der Kaukasus-Bezug spielt darin durchaus eine Rolle: etwa bei Solschenizyn, der seine Landsleute wiederholt dazu aufrief, endlich zu begreifen, daß Transkaukasien seine eigenen Wege gehen müsse. Der Tschetschenen hat Solschenizyn im *Archipel Gulag* ehrenvoll gedacht; sie seien die einzigen gewesen, die sich auch unter extremen Härten des Lagerlebens nicht in eine Psychologie der Unterwerfung zwingen ließen. Der Tschetschenien-Krieg aber macht deutlich, daß auch für die Völker auf der »russischen« Seite des Kaukasus die Frage der Autonomie nicht erledigt ist. Der fortwirkende Zauber eines mit nationalen Traditionen eng verwobenen Kaukasus-Mythos wird diese Entwicklung für Rußland auch in Zukunft zu einem schmerzhaften Prozeß machen.

SONJA MARGOLINA

»Der Freiheit armes Domizil«

Der Kaukasus als literarische Kulisse

Es gibt im russischen Kulturbewußtsein kaum einen anderen so reich überladenen kulturellen Topos wie den Kaukasus. Seine literarische Erschließung fing in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts mit den kaukasischen Kriegen an und dauerte bis auf die letzten Jahre der Sowjetunion. Das zaristische Rußland führte eine koloniale Eroberung durch, deren Ziele es waren, den Zugang zum Schwarzen Meer und Handelswege zu sichern sowie die rebellischen Stämme dem Einfluß des Iran und der Türkei zu entziehen. Wie andere Imperien auch, bediente sich Rußland einer Legitimationslegende: es sei seine Aufgabe, die wilden Völker des Kaukasus zu versöhnen und aufzuklären, womöglich auch zu christianisieren. In dieser Hinsicht war die Aristokratie ebenso wie die Intelligenzija mit der russischen Selbstherrschaft einig, denn sie verstanden sich als die Elite, die das Projekt der Aufklärung tragen mußte. Je weniger aber die Praxis der militärischen Eroberung den humanistischen Absichten der Aufklärer entsprach, desto intensiver geriet die literarische Auseinandersetzung mit dem Kaukasus.

Drei Umstände waren es, die den Kaukasus zum idealen Zufluchtsort poetischer Inspiration machten. Zum einen waren fast alle Dichter entweder aus dem Adel stammende Offiziere oder hatten doch Freunde aus den Offizierskreisen, die bestens über die Lage in den Kampfgebieten informiert waren. Zum anderen stand die Dichtung jener Zeit unter Lord Byrons Stern, und der Kaukasus konnte leicht zur Metapher für das freiheitsliebende Griechenland werden, in dem Byron bekanntlich im Befreiungskrieg gegen die Osmanen gefallen war. Daß Lord Byron immerhin für die Freiheit gekämpft hatte, manche russische Dichter indes die Unterwerfung der fremden Völker in ihren Werken ästheti-



Alexander Puschkin (1799–1837) Foto: AKG, Berlin

sierten und somit rechtfertigten, wurde unterschlagen. Und drittens war der Kaukasus mit seiner überwältigenden Natur und den wilden Bergstämmen das Gegenteil der zentralrussischen Monotonie und Sklaverei: Rousseausches Paradies und Ausland in einem – vielen russischen Dichtern waren Reisen ins Ausland verboten.

Alexander Puschkin war der erste bedeutende Dichter, der den Kaukasus zum Zufluchtsort eines romantischen Helden, eines russischen Childe Harold (*Der Gefangene im Kaukasus*) machte. Enttäuscht von der Leere der aristokratischen Salons, betrogen in der Liebe, macht sich der Held auf den Weg in den Kaukasus, um sich von den Fesseln einer stickigen Zivilisation zu befreien. Seine Sehnsucht nach Freiheit endet in Gefangenschaft. Dennoch verliebt sich ein einheimisches Mädchen in ihn und ist bereit, mit ihm zu fliehen. Als anständiger Mensch verzichtet er auf ihre Liebe. Nachdem sie ihn gerettet hat, ertränkt sich das Mädchen im Terek, jenem Fluß also, der Rußland von Tschetschenien trennt. Im Jahre 1821 schrieb Puschkin

einen Epilog zu dieser romantischen Geschichte, in dem er den Doppeladler und die russischen Waffen rühmt: »Dem Schwerte Rußlands untertan/ Ist alles, was ihm widerstanden«.

1824 knüpfte der 11jährige Michail Lermontow an diese Geschichte an und schrieb seinen *Gefangenen im Kaukasus*, den er selbst als Nachahmung des Puschkinschen versteht. Als Offizier wurde er 1837 für sein Gedicht »Der Tod des Dichters«, in dem er Nikolaus I. die Schuld für die Ermordung Puschkins zuweist, aus der Hauptstadt verbannt und kam an die kaukasische Front. Kornett Lermontow, nun selbst »Gefangener« im Kaukasus, fiel mit 27 Jahren einem Duell nicht weit von Pjatigorsk zum Opfer – er gewann also zu diesem Topos eine sehr intime Beziehung. Lermontow war der Sänger des Kaukasus par excellence, er ist aus seinem Werk nicht wegzudenken. Schon als Junge bewunderte er den Kaukasus, den er als seine Ersatzmutter verstand: »Ein Kind war ich, als ich die Mutter verlor. / Doch klingt mir noch heut, wenn der Abend naht, / der Widerhall ihrer Stimme ins Ohr, / als rufe mich zu seiner Gipfel Grat,/mein Kaukasus, du meine Liebe« (Übtr. Martin Ramané). Der Kaukasus sei ein Hort der Freiheit, der der Unterdrückung anheimgefallen sei. »Kaukasien, du fernes Land, / der Freiheit armes Domizil, von soviel Unglück übermannt, / von blutigen Kriegen allzuviel! ... Tscherkesse, sehn dich nicht nach / vergangner Jahre Wiederkehr! / Dein Land, der Freiheit Horst, zerbrach, / und es erhebt sich nimmermehr« (Übtr. Martin Ramané). Kein Wunder, daß sich der verfolgte, von der »bösen« Welt »mißverständene« Dichter nach einer romantischen Zuflucht sehnt, die er im wilden Kaukasus verkörpert findet. Die Wünsche und Sehnsüchte, die verletzte Würde und unbefriedigten Ambitionen eines als salonunfähig stigmatisierten Genies finden im Kaukasus ein lohnendes Projektionsfeld. »Wie liebt deine Stürme ich, Kaukasus, jene brüllenden Stürme der Wildnis, denen gleich Wächtern der Nacht alle Berghöhlen dröhnend die Losung vertrauten! ... Die

Luft ist dort rein, wie der Kuß eines Kindes. Die Menschen, sie leben so frei und so sorglos wie Vögel; ihr Element ist der Kampf; aus den dunklen Falten ihrer Gesichter spricht Seele« (Übtr. Vera Feyerherd). Die Intensität, mit der der Kaukasus erlebt wird, spiegelt die ungeheure Intensität der schöpferischen Spannung wider, mit der das frühzeitig gestorbene Genie zu kämpfen hatte. Das, was in ihm brodelte, brauchte einen gewaltigen Widerhall. Aber die romantische Periode Lermontows war durch seine ungewöhnlich frühe Reifung schnell beendet. Nicht so seine feste Bindung zum Kaukasus, der zu seinem literarischen Schicksal und seinem Grab wurde. Als Außenseiter, als Grenzmensch, identifizierte er sich mit diesem geographischen und kulturellen Grenzgebiet des russischen Reiches, als dessen Gegenpol er gern stilisiert wurde. Der Kaukasus war eine Verneinung Rußlands, ein Schutzwall gegen den Polizeistaat.

»Leb wohl, du ungewaschnes Rußland,/ du Land der Sklaven, Land der Herrn,/ ihr himmelblauen Uniformen,/ auch du Volk, dienst du doch zu gern. Vielleicht wird dort im Kaukasus/ ich deinen Paschas bald entgehn,/ den Ohren, welche alles hören,/ den Augen, welche alles sehn« (Übtr. Uwe Grüning). Von der Romantik bleibt keine Spur; es zeichnet sich der Übergang zur sozialkritischen Dichtung ab, die in den 40er Jahren von Volkstümlern wie Nikolaj Nekrassow aufgenommen wird.

In Lermontows berühmtestem realistischen Roman *Der Held unserer Zeit* ist der Kaukasus wiederum wichtigster Handlungsort: Der Offizier Petschorin, ein egoistischer, selbstüchtiger Adelsprößling, verführt die schöne Bella, Tochter eines tschetschenischen Fürsten. Bald wird er der Liebe dieses ungebildeten Mädchens jedoch überdrüssig und sucht nach einer Gelegenheit, es loszuwerden. Erzählt wird die Geschichte von Maxim Maximowitsch, einem alten Offizier im Kaukasus, der sich in den Sitten der Tschetschenen gut auskennt. Für diesen einfachen Menschen sind die Besatzung und die Beziehungen zwischen

den einheimischen Bergvölkern und den Russen naturgegeben. Er gehört zu den *Kaukasiern*, einer Menschengruppe, die mit den unterworfenen Völkern zusammengewachsen ist, und findet sich unter Tschetschenen besser zurecht als in der Heimat. Mitleid und Verständnis für die Opfer des aussichtslosen Kampfes sind seine wichtigsten Züge. Selbst kein Eroberer, sondern eher Opfer der kaukasischen Zustände, ist Maxim Maximowitsch literarischer Vorläufer einer späteren Generation von *Kaukasiern*, die seit den 50er Jahren in der demokratischen Literatur aufzutauchen beginnen.

Aber auch Puschkin nimmt von seinem romantischen »Gefangenen im Kaukasus« Abschied, als er 1834 seine Aufzeichnungen *Die Reise nach Erzerum*, also in eine bereits eroberte türkische Stadt, schreibt. Die Reiseprosa als Genre läßt ohnehin wenig Raum für Verklärung und Sublimation, weil sie zur genauen Beobachtung zwingt. Puschkin beschäftigen nun der Alltag des kaukasischen Krieges, die Mentalität und die Sitten der unterdrückten Völker. »Die Tscherkessen (ein den Tschetschenen verwandter Volksstamm – S.M.) hassen uns . . . Die Freundschaft der »friedlichen« Tscherkessen ist nicht verläßlich; sie sind stets bereit, ihren wilden Stammesgenossen Hilfe zu leisten . . . Es gibt so gut wie kein Mittel, sie zu bändigen, solange man sie nicht entwaffnet hat, wie man es mit den Krimischen Tataren gemacht hat; doch ist die Entwaffnung infolge der unter ihnen ständig fortdauernden Erbfehden und des Gesetzes der Blutrache sehr schwer durchzuführen. Dolch und Säbel sind bei ihnen Körperglieder, und ein Kind lernt früher die Waffen gebrauchen als sprechen. Mord ist bei ihnen eine ganz gewöhnliche Geste. Sie schonen das Leben von Gefangenen, in der Hoffnung auf Lösegeld, behandeln sie aber ganz unmenschlich. Neulich ergriff man einen »friedlichen« Tscherkessen, der auf einen Kosaken geschossen hatte. Er sagte zu seiner Rechtfertigung, daß sein Gewehr so lange geladen gewesen sei.« (Übtr. Alexander Eliasberg). Puschkin machte sich Gedanken

darüber, wie man den unterworfenen Stämmen die Aufklärung nahebringen könnte. Er setzte auf die Folgen des Handels und christliche Missionsarbeit. Puschkin war jedoch skeptisch hinsichtlich Rußlands Fähigkeiten zu einer konsequenten Durchführung der Aufklärung. Der »Einführung des Samowars« und des Christentums stünden die russische Kälte und Faulheit im Wege. Aber nicht um der russischen Kolonien willen machte sich Puschkin auf den Weg in die Grenzgebiete; er floh aus seinem »Eingesperrt-sein« in ein »Ausland«. »Die Grenze hatte für mich etwas Geheimnisvolles; Reisen in fremden Ländern waren von Kind auf meine Sehnsucht; . . . es war mir aber noch nicht gelungen, mich aus den Grenzen des riesengroßen Rußland herauszureißen. Mit frohem Mute ritt ich in den ersehnten Fluß hinein, und mein gutes Roß trug mich auf das türkische Ufer hinüber. Dieses Ufer war aber bereits erobert, und ich befand mich noch immer in Rußland« (Übtr. Alexander Eliasberg). Die Erfahrung einer unüberwindbaren Grenze, eines riesigen, aber gebändigten Raumes, verwandelt sich in eine durchgehende Metapher für die Unterdrückung des freien Geistes. Es nimmt daher wenig wunder, daß »Die Reise nach Erzerum« dem russischen Leser nicht so sehr wegen der Beschreibung asiatischer Sitten und Bräuche als bedeutend erscheint, sondern wegen der paradigmatischen Konstruktion der russischen Kultur, die in diesem Text ihren Ursprung findet. »Zwei Ochsen schleppten langsam einen Karren die steile Straße hinauf. Einige Georgier begleiteten das Fuhrwerk. ›Woher kommt ihr?‹ fragte ich sie. – ›Aus Teheran‹ – ›Und was habt ihr auf dem Karren?‹ – ›Den Gribojed‹. Es war die Leiche des jüngst ermordeten Gribojedow, die aus Teheran nach Tiflis übergeführt wurde.« Alexander Gribojedow, ein genialer Dramatiker und Diplomat, war am Hof in Ungnade gefallen und wurde zum Schah entsandt; während der Unruhen in Teheran wurde er vom Mob gelyncht. Die Begegnung eines noch nicht ermordeten Dichters mit einem schon Ermordeten vor der kauka-

sischen Kulisse wird nun zum Symbol für den Kreuzweg der russischen Kultur.

Es ist nur zu verständlich, daß der Kaukasus als Hintergrund für die Reflexion des Despotismus, als Symbol der Freiheit und Reinheit immer mehr zum Sammelbecken verschiedener Projektionen wurde, obwohl es auch an realistischer Literatur über den Kaukasus, besonders in den späteren Perioden, nicht mangelte. Auch Leo Tolstoj – des Romantismus nicht verdächtig – bediente sich des Kaukasus für seine rousseauistische und volkstümliche Ideologie: das einfache unverdorbene Leben der Kosaken und archaische Sitten von Bergvölkern waren *die* Wahrheit, die der Leere und Lüge der heuchlerischen Gesellschaft gegenüberstand.

Das Paradigma der Beziehungen zwischen dem Staat und dem Künstler, die für eine Diktatur typische Abhängigkeit und Willkür, verlor um die Jahrhundertwende seine Gültigkeit. Mit der Oktoberrevolution kehrt es zurück: Der kulturelle Topos mit seinen Metaphern von Unterdrückung und Flucht in die Freiheit wird wiederbelebt.

Auch sowjetische Schriftsteller unterhalten rege Beziehungen zum Kaukasus. Boris Pasternak verbindet mit Georgien persönliche Freundschaften zu bedeutenden georgischen Dichtern wie Paolo Jaschwili und Tizian Tabidze – beide 1937 auf Befehl Stalins ermordet. Er übersetzt den mittelalterlichen georgischen Epos und ist einer der besten Kenner der georgischen Literatur. Dennoch knüpft er in seiner »literarischen« Wahrnehmung des Kaukasus an die russische Tradition an: Das georgische Thema in seinem Zyklus *Die zweite Geburt* (1930–31) verdankt er Michail Lermontow, während die Zeit unausweichlich Stil und neue Töne diktiert. »Wir waren in Georgien. Multiplizieren / das Elend mit der Zärtlichkeit, die Hölle mit dem Paradies / – und vor uns entsteht diese Gegend« (Übtr. von mir – S.M.). Die lyrische Willkür deutet den Kaukasus als Panorama des Sozialismus: die Kollektivierung der Landwirtschaft und die Industrialisierung – die gewaltigen Pläne,



Michail Lermontow (1814–1841) Foto: AKG, Berlin

die das Jahr 1930 markieren, scheinen in ihrer Grandiosität dem kaukasischen Gebirge gleichzukommen. »Du bist nebenan, die Ferne des Sozialismus. / Sagst du – Nähe? – Inmitten der Enge / Um des Lebens willen, in dem wir aufeinander getroffen sind, – / Ändere, aber nur du allein. / Du rauchst dich durch den Rauch der Theorien, / Das Land jenseits der Gerüchte und Lügen. / Wie Hineintreten in die Welt und Zugang zum Meer, / Und Paßweg nach Georgien aus Mlet.«

Das Erlebnis des Kaukasus spiegelt die individuelle Situation des Dichters wider. Boris Pasternak, Anfang der 30er Jahre der erfolgreichste sowjetische Dichter, versuchte, sich die sozialistischen Verhältnisse zu eigen zu machen. Dabei wird die traditionelle Symbolik des Kaukasus im Geist des sozialistischen Aufbruchs umgedeutet. Er ist kein Zufluchtsort mehr, sondern ein Maßstab für die schöpferische Gewalt, die der Dichter dem Sozialismus zuschreiben will.

Ganz anders Ossip Mandelstam. Zu jener Zeit schon Außenseiter, geduldet, aber gefährdet, befindet sich der Dichter viel eher in der Lage Lermontows als Pa-

sternak. Mandelstam geht in den Kaukasus, weil er sich bedroht fühlt. Das Lermontowsche »Vielleicht werd' dort im Kaukasus / ich deinen Paschas bald entgehn / den Ohren, welches alles hören« ist für ihn non plus ultra. Im Kaukasus, genauer gesagt, in Armenien befreit er sich aus der fünfjährigen Krise, er fängt an wieder zu dichten. Sein poetischer Zyklus *Armenien* ist ein Pendant zum Pasternakschen *Zweite Geburt*. In ihrer dichterischen Intensität sind die kaukasischen Gedichte von Mandelstam jedoch unvergleichlich sparsamer und gewaltiger. Die Reise nach Armenien deutet er als Rückkehr zu seinen judeo-christlichen Wurzeln; das älteste christliche Land, in dem die Arche Noah ihre Fahrt beendete, setzt Mandelstam mit Judea gleich. Armenien verwandelt sich in eine grandiose Metapher für die kulturellen Ursprünge der Menschheit, wobei der Dichter, dem sicheren Tod geweiht, sich selbst als letzten Vertreter der judeo-christlichen Kultur versteht. »Ich werde die nicht wieder sehen, / Du kurzsichtiger Himmel Armeniens – / Keinen blinzelnden Blick mehr hinüber / Zum Reisezelt, dem Ararat . . . / Und nie mehr in der Bibliothek / Jener Töpfer-Autoren werd ich es öffnen: / Dieser herrlichen Erde hohlleibiges Buch, / Lehrbuch der ersten und ältesten Menschen« (Übtr. Ralph Dutli).

Liebe und Angst sind seine Weggefährten: Liebe zur Erde, die er in das Wort zu verwandeln weiß, und jener Verfolgungswahn, der eine Begleiterscheinung der inneren Freiheit in der Diktatur zu sein scheint. »Sage es keinem, hab Kraft, / Was du erlebt hast: vergiß – / Greisin und Vogel und Haft, Und was da an Resten noch ist . . . / Oder es packt dich ins Herz, / Wenn du die Lippen auf-tust, / Zittern des Nadelkonzerts – / Tannenbäume, morgens am Fluß.« Vor dem Hintergrund seiner Gefährdung denkt Mandelstam den traditionellen Kaukasischen Text um. »Tierisch da kreischt eine Menschenbrut, / Menschlich verkleidetes Tier – Übermut . . . / Reist ohne Reiseschein – ein guter Gesandter, / Bald an den Sträflingskarren gespannt-

ter,/ Nippte am Schwarzmeergetränk,
an der Flut/ Salzige die Schnecke am Weg
nach Erzerum« (Übtr. Ralph Dutli). So
verwandelt sich die Szene der Begegnung
Puschkins mit Gribojedows Leiche in der
»Reise nach Erzerum«. »Ein guter Gesandter« – der vom iranischen Mob ermordete
Alexander Gribojedow – verschmilzt mit der
Gestalt eines Häftlings, mit der sich Mandelstam
nicht ohne Grund identifizieren mußte.

Angst vor einer Vergiftung weist auf seine voranschreitende psychische Erkrankung hin, die sich 1934 in der Haft in vollem Ausmaß zeigt. Er hat es geschafft, in den Kaukasus zu fliehen, vor sich selbst findet er keine Rettung. Sogar nach seiner Rückkehr nach Leningrad wurde er von Schreckensbildern einer von den Türken verwüsteten Gegend in Berg-Karabach heimgesucht, die für ihn als Metapher für den Stalinschen Terror diente. »Paßweg, hohe Bergkolosse –/ Muselmanisch war der Raum,/ Und der Tod: mein Festgenosse,/ Schrecklich war es wie im Traum . . . Ich kam zu mir: halt da, Freund!/ Und begriff, du Teufelswirt:/ Dieser Pesthauch-Präsident/ Hat sich sicher längst verirrt« (Übtr. von Ralph Dutli).

Der Kaukasus als kultureller Topos ist nun weitgehend zerstört; vom Hort der Freiheit, vom Domizil rebellischer Seelen ist allein die allmächtige Angst geblieben. Deshalb klingen Mandelstams Kaukasus-Gedichte immer noch mehr als gegenwärtig. Dies weist genauer als irgendwelche politologischen Prognosen darauf hin, daß die Schwelle zu einer neuen Zeit noch nicht erreicht ist: die zahlreichen Inkarnationen eines unsterblichen Stalin erteilen immer noch ihre blutigen Befehle. »Der Funktionär – eine schreckliche Fratze, / Kläglich gibt's ihn nicht, keiner so dumm! / Fährt auf Befehl hin – wie kann man so platt sein! / Ohne ein Ziel in den Steppen herum . . . Menschen, das waren wir, nun sind wir – Pack! / In unsern Herzen – warum, wer erlaubt es? – Stechender Schmerz, uns auf immer vermachte / Wie einem Weinstock Erzerums die Traube!« (Übtr. Ralph Dutli).

KLAUS BLOEMER

Verhängnisvolle Rußlandpolitik

Zwei geopolitisch versprengte Nußschalen muslimischen Einschlags an Europas zerklüfteter Südflanke, das balkanische Bosnien und das nordkaukasische Tschetschenien, reflektieren in ihren schaurigen Bürgerkriegsszenarien euroatlantische Alpträume. Sind diese schwelenden Brandstellen doch auf politisch vulkanischen Terrains entstanden, wo Implosionen beinahe zeitgleich die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien und die gewaltige Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken auseinanderfallen ließen? Ein seit Menschengedenken wohl einzigartiges Geschehen, betrachtet man die Dimensionalität und Geschwindigkeit bei fast gespenstischer Ruhe, in der nach einem Dominoeffekt alle bisherigen Macht- und Leitungsstrukturen wegschmolzen.

Urplötzlich stand somit ein ideologisch und machtpolitisch polarisiertes Weltgefüge zur Disposition. Die von diesem Globalphänomen ausgehende Schockwelle hat, voran in Europa und Nordamerika, ein Klima latenter Verunsicherung und konzeptioneller Orientierungsschwäche entstehen lassen, das politische wie wirtschaftliche Entscheidungsträger zum Festklammern an überbrachten Institutionen und Spielregeln veranlaßte, was sie für die Zeichen einer sich unweigerlich vollziehenden *Zeitenwende* weitgehend blind gemacht hat.

In der Logik westlichen Demokratieverständnisses lag es durchaus, das Wegbrechen von autoritär verkrusteten Staats- und Gesellschaftssystemen wie ein Scherbengericht der Weltgeschichte zu empfinden. Solch schicksalhaft begriffenes Verdikt, das dem elementaren Selbstauflösungsprozeß des weltgrößten Imperiums geradezu den Charakter der griechischen Tragödie beimißt, hat jedoch in der Zuschauerschaft offensichtlich die Wirkung einer *Katharsis* verfehlt. Die nach geschichtsphilosophischer Einsicht Mitbetroffenen hätten sonst un-

mittelbar bereitstehen müssen, den einseitigen Gegenspielern in deren Nöten ein Höchstmaß an Hilfestellung zu bieten, was sich allein aus einer nunmehr beiderseits gründlich veränderten außenpolitischen Interessenlage vorrangig ergab. Statt dessen aber ließen die vermeintlichen Sieger im Kalten Krieg den europäischen Osten mehr oder minder im eigenen Saft schmoren, um so erst mal klammheimlich den Untergang vom »Reich des Bösen« als triumphalen Erfolg ihrer Strategie des »Totrüstens« auskosten zu können.

Feindbild Rußland

Ein solch schlichter Kausalschluß enthält die düpierend zynische Vorstellung, allein der alles überragende militär-industrielle Komplex, als eigentlicher Kraftquell der »Neuen Welt«, habe effektiv das Sowjetreich zerbersten lassen, – und nicht etwa das elementare Scheitern eines beklemmenden, 70 Jahre währenden Experimentierens am utopischen Modell des »Neuen Menschen«. Ein Walten von so maßloser *Hybris* der zeitweilig zu dominierenden Supermächten aufgestiegenen Staatenkolosse könnte letztendlich auch zu deren sukzessivem Kollabieren führen. Wann je hätten sich denn auch die Amerikaner mit politischen Gewissensbissen geplagt, tragen sie doch, wie ein Volk von auserwählten Anwälten mit humanitärem Mandat, den Kodex der Menschenrechte im eigenen Land wie außerhalb stolz vor sich her. Vorerst jedenfalls ist das sowjetische Ausrufungszeichen gelöscht und ein dickes russisches Fragezeichen an dessen Stelle getreten. Dem Kolumnisten der WASHINGTON POST, Stephen Rosenfeld, schwant bereits etwas von »Rachegelüsten« der triumphierenden Republikaner auf dem Capitol: »Ein stählerner Ton breitet sich aus in der amerikanischen Diskussion um die Rußlandpolitik. Plötzlich, man kennt es noch gut, ist das Vokabular des Kalten Krieges wieder da und damit auch das Feindbild Rußland.«

Nach rechtem Kalkül soll durch ein Aufwärmen altgedienter Kampfparolen



Schultererschluß: Clinton empfängt Jelzin in Washington, 1994
Foto: dpa

die Bereitschaft für eine weitaus massivere Aufstockung der Rüstungsetats, als von Clinton bereits angekündigt, stimuliert werden. Auf diese Weise würden die einschlägigen Industriezweige mit ihren staatlich subventionierten Forschungs- und Entwicklungskapazitäten wieder zum Herzstück des amerikanischen Wirtschaftslebens (damit auch zu finanziell potenten Wahlhelfern der Konservativen) gemacht. Ein Teil der hierfür erforderlichen Haushaltsmittel ließe sich im deutlichen Distanzieren von Moskau gewinnen, indem die ohnehin nicht üppigen Kreditzuwendungen für ein bloßes Überleben der desolaten russischen Ökonomie auf ein symbolisches Minimum reduziert würden.

Nationale Sicherheitsinteressen der USA sieht man durch derart rigide Vorhaben keineswegs beeinträchtigt; vielmehr scheint nach dortiger Beurteilung ein durch Ausgrenzung des russisch-eurasischen Potentials erneut geteiltes Europa perspektivisch schon aus Gründen weltwirtschaftlicher Konkurrenz eher ge-

nehm zu sein. Ein im Verein mit dem übrigen Europa nach modernsten Standards erstelltes Industrie- und Dienstleistungsgewerbe, bei unermesslichen Naturressourcen auf dem ein Achtel der Erdoberfläche ausmachenden rußländischen Territorium, könnte sich sehr wohl nämlich im kommenden Jahrhundert zur dominierenden Wirtschaftsmacht auf dem Globus entwickeln.

So steht auch das Schüren von Ressentiments gegenüber der Rußländischen Föderation, als den vormals übermächtigen Zentralstaat der UdSSR, nur scheinbar im Widerspruch zu den nach nüchterner Einschätzung der geostrategisch veränderten Gesamtlage bereits vollzogenen Konsequenzen. Für's Pentagon nämlich ist das »European Theatre« der guten alten NATO – mitsamt ihrer famosen Militärdoktrin, die beim »Ernstfall« sogar eine Atomisierung des Kontinents nicht ausgeschlossen hatte – absolut passé. Ein *Roll-back* auf breitester Front hat sich quasi im Selbstlauf ergeben; das im europäischen Raum verbleibende amerikanische Restkommando mag als Präsenzzeichen setzende »Token-force« gelten, steht aber hauptsächlich für etwaige Notoperationen in nahöstlichen Erdölrevieren bereit.

Demnach darf man – *rebus sic stantibus* – davon ausgehen, daß alle Weichenstellungen in der Rußlandpolitik Amerikas nicht nach militärpolitischen Kriterien entschieden werden. Dagegen erfordert der jetzige Zustand in Washington eine höchstmögliche Kompromißbereitschaft auf den Feldern der Innenpolitik, die auf Regierungsseite wie bei den parlamentarischen Mehrheiten programmgemäß gleichermaßen absolute Priorität besitzt. So bietet sich, noch dazu traditionell, ein Konsensverhalten in der von Clinton ohnehin ungeliebten Außenpolitik von selbst an. Der ohnehin schon etwas »republikanisierte« Präsident könnte sich beispielsweise mit seinem unterschiedenen Eintreten für eine unverzügliche Aufnahme Polens in die NATO mehr Handlungsfähigkeit im Innern erkaufen. (Vorausschauend auf die Präsidentenwahl '96 ist übrigens den Kon-

trahenten sehr wohl bewußt, daß gerade im heiß umstrittenen Mittelwesten die Bedeutung der dort stärksten Minderheit polnischer Abkunft nicht zu unterschätzen ist!) Auch wenn die FAZ noch bitter über »Schwierigkeiten des Bündnisses« klagt, die darauf beruhten, daß seine Mitglieder »heute bei fast allen Punkten der sicherheitspolitischen Tagesordnung verschiedener Meinung sind«, wird letzten Endes wohl doch eine rein inneramerikanisch motivierte Zweckentscheidung den Ausschlag für die zügige Osterweiterung der NATO geben und damit Rußland unweigerlich dem übrigen Europa entfremden.

Unter dem Aspekt der Sicherheit im Wandel zu einer multipolaren Welt jedoch kann eine solche Entwicklung nur fatale Risiken für alle Völker des europäischen Kulturkreises mit sich bringen.

Einbindung in die NATO?

Wo Europas politische Ostgrenze in Zukunft liegen soll, haben – kaum verklau-suliert – auch einstimmig die Repräsentanten der westeuropäischen Partnerländer mit vorbestimmt, als auf der NATO-Herbsttagung 1994 der Beschluß formuliert wurde, jegliche Einflußnahme in Sachen der Osterweiterung des Bündnisses von »dritter Seite« strikt zu unterbinden. Das unverhohlen zum »unsicheren Kantonisten« abgestempelte Rußland war auf diese Weise ein *outcast* – nicht gesellschaftsfähig nach europäischem Selbstverständnis – geworden. So konnte es eigentlich nicht überraschen, daß Moskaus Außenminister Kosyrew, der kurz darauf in Brüssel einem Treffen des sogenannten »NATO-Kooperationsrats« beiwohnen durfte, seine Unterschrift für ein »Partnership for peace«-Programm verweigerte, das, wie schon die hier versammelte Runde selbst, unter einer hochtrabenden Bezeichnung eine unverbindliche Alibiveranstaltung darstellte. Dennoch unternahm auf dem KSZE/OSZE-Gipfel von Budapest in der ersten Dezemberwoche Präsident Jelzin nochmals einen Vorstoß zur festen Verankerung seines Landes im westlichen System, indem er eine rus-

sische Mitgliedschaft in der NATO nach französischem Muster, also verpflichtende Teilhabe am Nordatlantischen Vertrag, allerdings noch ohne regelrechte Integration der Streitkräfte im Organisationsrahmen, zur Diskussion stellte. Nach solchem Konzept würde sogar eine militärische Einbindung der Anwärterstaaten vom Baltikum bis Bulgarien in den Allianzapparat allerseits keine grundsätzlichen Probleme mehr mit sich bringen, sondern könnte wesentlich zur inneren wie äußeren Stabilisierung im osteuropäischen Raum beitragen. Das genaue Gegenteil aber wäre zu erwarten, sollte sich Jelzins resignieren: des Fazit bestätigen: »Die Amerikaner wollen uns nicht in der NATO; und wenn es dabei bleibt, werden wir unsere eigenen Wege gehen!«

Der Präsident sah sein Land fortschreitender Isolierung durch den Westen ausgesetzt und wollte nicht selbst dazu noch als »Zar ohne Kleider« dastehen. Um sich wenigstens als Herr im eigenen Lande zu erweisen, ging er auf den Vorschlag militärischer Berater ein, die notorisch aufmüppigen Tschetschenen – in russischen Großstädten ohnehin als Wegbereiter des Mafia-Unwesens verrufen – zur Räson zu zwingen und bei der rußländischen Fahne zu halten. Daß er dabei auf ein Bergvolk gewohnheitsmäßiger Partisanen stieß und unversehens in eine totale Kriegsführung schliderte, sollte das russische Dilemma dramatisch verschlimmern. Fast unisono prangerten westliche Medien, oft in recht bigotter Manier, ausschließlich brutale Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen auf der russischen Seite an. Hätte Jelzin jedoch die militante Sezession der knapp eine Million Bewohner zählenden Kaukasusrepublik tatenlos hingenommen, würde er ganz sicher des »Ausverkaufs am Vaterland« bezichtigt und von einer Zweidrittelmehrheit aus Rechtsextremen und Altkommunisten bei den Parlamentswahlen im nächsten Herbst auf ganz legalem Wege vorzeitig gestürzt werden.

Im Windschatten der Empörungswut bei den Medien, die ein gnadenloses Aus-

löschen des Tschetschenenvolkes suggerierten, wurde auf offiziellen Westseiten mit abmahnenden Beschlüssen reagiert, deren psychologische Auswirkungen dem Trend zur faktischen Aussperrung Rußlands weiter Vorschub leisten mußten. Als erstes Signal in dieser Richtung legte die EU-Kommission ein »Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit«, von Jelzin bereits im Juni '94 auf Korfu unterzeichnet, das eine künftige Freihandelszone mit Priorität für Kohle, Stahl und Textilien vorsieht, vorläufig auf Eis. Der *Europarat* in Straßburg entschied, ein fest terminiertes Aufnahmeverfahren für den Kandidatenstaat Rußland auszusetzen. Einen absolut existentiellen Eingriff stellte der zeitweilige Stopp der Überlebenshilfe für Rußland aus Mitteln des *Internationalen Währungsfonds* dar. Jelzin konnte nun eine von der Duma mehrheitlich geforderte Aufstockung der staatlichen Zuwendungen für die Ärmsten der Armen im Lande – Rentner, Invaliden und Arbeitslose – nicht vollziehen. Um die Sparauflagen westlicher Kreditgeber nur einigermaßen erfüllen zu können, geriet er mit seinem Veto erneut in eine Zwickmühle mit Blick auf die im Dezember fälligen Präsidentenwahlen. Dazu ein Kommentar des russischen Fernsehens: »Die Errichtung des gemeinsamen Hauses Europa findet heutzutage ohne uns statt.«

Anläßlich einer Tagung militärpolitischer Experten neulich in Berlin konstatierte der ehemalige US-Botschafter bei den Wiener Abrüstungsverhandlungen, Robert Blackwill: »Es gibt in den vergangenen fünf Jahren in keiner Institution eine einzige Strukturveränderung, die Rußland mit einbezieht.« Der jetzige Leiter des Zentrums für strategische Studien in Washington und frühere Sicherheitsberater von Präsident Jimmy Carter, der gebürtige Pole Zbigniew Brzezinski, beschwor die Notwendigkeit eines transatlantischen Konzepts, um Rußland die Option EU und NATO offenzuhalten. Leider klingen solche Worte gegenwärtig eher wie ein Nachruf auf nicht wahrgenommene Chancen für eine europäische Fraternität und Frieden.

Die Geburtsstunde der Russischen Föderation als eigenständiger Staat fiel mit dem Schock über die Auflösung der UdSSR zusammen. Der Zerfall der Union in 15 souveräne Staaten und die Begleiterscheinungen dieses Prozesses erzeugten in Rußland das »Syndrom des Verlierers der Geschichte«. Alle anderen schienen bei dem Zeitenbruch zwischen 1989 und 1991 zu den Gewinnern zu gehören. Deutschland feierte seine Vereinigung, die Mittel- und Osteuropäischen Staaten nutzten ihre neue Unabhängigkeit und reorientierten ihre historischen Entwicklungswege, ihre gesellschaftspolitischen Vorbilder und wirtschaftlichen Beziehungen auf Westeuropa, und die Nachfolgerepubliken der Sowjetunion gaben sich erst einmal einem Freudentaumel über die erstmalige oder erneute Erlangung der staatlichen Selbständigkeit hin.

Wie sollte eine ähnliche Begeisterung bei den Russen aufkommen? Territorialhistorisch betrachtet, fühlten sie sich von einem Tag auf den anderen um 300 Jahre zurückgeworfen. Die Verpflichtung zum Rückzug ihrer Truppen aus Deutschland und Osteuropa mit all den dazugehörigen technischen und sozialen Problemen sollte noch jahrelang jeden Tag an diese Veränderung erinnern. Ein Großteil des problematischen Erbes der alten Union belastete gerade die Russische Föderation: Der riesige Militärapparat, Verpflichtungen zur Abrüstung, für die weder die technischen noch die finanziellen Mittel vorhanden waren, der reformresistente Machtapparat aus Partei, Bürokratie und Diensten aus der alten Zeit, die wandlungsunfähigen ökonomischen Strukturen auf der Basis von Riesenkombinaten mit Monopolfunktion. Die Weltmacht von gestern war so gründlich zusammengekracht, daß sie auf humanitäre Hilfsleistungen des Westens angewiesen war, um über die Winter hinweg die eigene Bevölkerung zu ernähren. Und es dauerte nicht lange, bis

zusätzlich Nachrichten über die ungewisse Zukunft der 25 Millionen Russen nach Moskau drangen, die außerhalb der Föderation lebten, verteilt auf die anderen 14 Nachfolgerepubliken der Union, und hilflos auf die alte Zentrale blickten.

Nachträglich wird man es als eine besondere historische Leistung des russischen Präsidenten erkennen müssen, daß er und seine Mannschaft in dieser Situation des problematischen Verlierer-Bewußtseins außenpolitisch an das Ideengebäude des »Neuen Denkens« von Michail Gorbatschow anknüpften, im wesentlichen die Hauptlinien dieser »aufgeklärten Außenpolitik« aus den letzten Lebensjahren der Sowjetunion fortführten und, mit einigen Abstrichen, bis heute gegen zum Teil erhebliche Kritik im Innern kontinuierlich fortsetzten.

Diese Konsistenz der russischen Außenpolitik, äußerlich sichtbar an der langen, die Verweildauer anderer Kabinettskollegen bei weitem überschreitenden Amtszeit von Außenminister Andrej Kossyrew, verdient umso mehr Beachtung, als sich auf dem Boden der russischen Innenpolitik gleichzeitig dramatische Entwicklungen und Veränderungen abgespielt haben. Die Transformation der russischen Ökonomie, durchgeführt nach dem Drehbuch westlicher Konzepte und Berater, wird bis heute von der Mehrheit der Bevölkerung als Zerstörung von Sicherheit und Wohlstand wahrgenommen. Während Profiteure der Transformation bestenfalls ein Drittel der Gesellschaft ausmachen, leidet der Rest unter dem Phänomen der Massenverarmung und der Kriminalisierung des Wirtschaftslebens.

Die Parlamentswahlen vom Dezember 1993 drängten folgerichtig die demokratischen Fraktionen in die Minderheit, während sich die Präsidentenpolitik seither gegen eine Mehrheitsopposition von Nationalisten und Kommunisten wehren muß, die das Verlierersyndrom politisch

rücksichtslos und mit populistischen Methoden ausschachtet.

Diese Zangenbewegung blieb nicht ohne Auswirkungen auf Jelzins Außenpolitik. Aber nicht die Tatsache dieser Auswirkung, sondern ihr eher bescheidenes Ausmaß erscheint erklärungsbedürftig. Am Ende kann es sich herausstellen, daß das Hereingepoltete von Schirinowskij und Co. in die politische Arena Moskaus im Dezember 1993 die russische Außenpolitik weniger verändert haben wird, als der Wahlsieg von Gingrich und Dole die amerikanische.

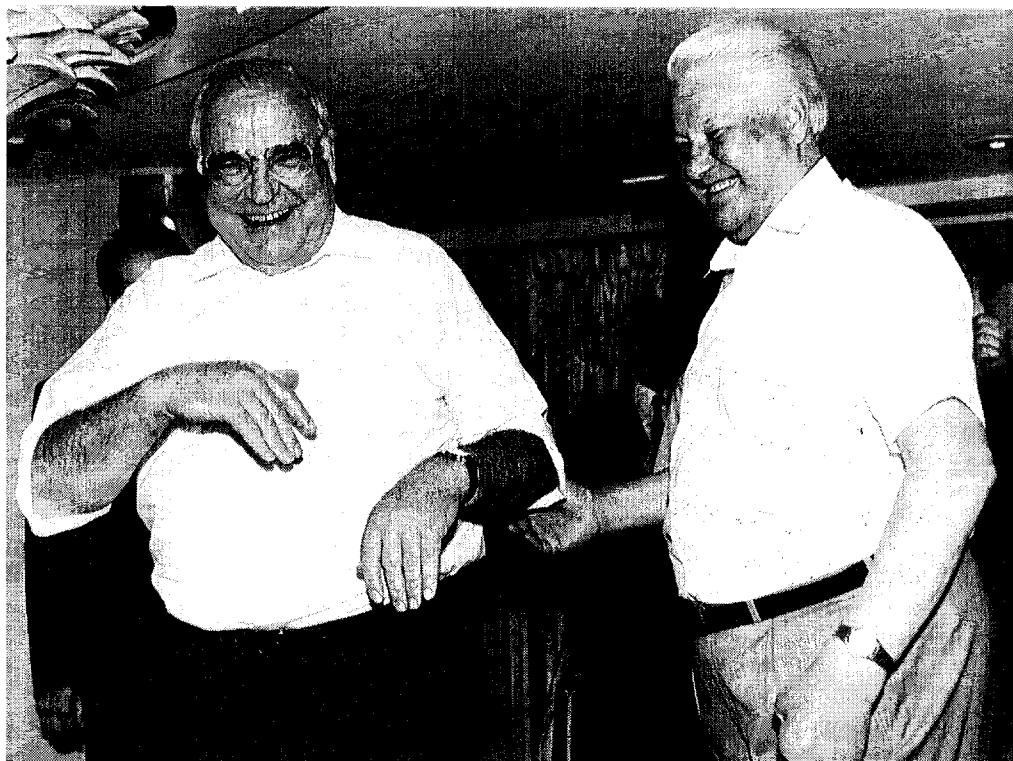
Die verlässliche Grundlinie

Folgende beiden Merkmale einer russischen internationalen Politik haben die diversen Putsche, Krisen und Machtverschiebungen im Lande bis heute überdauert:

1) Die russische Außenpolitik stellt sich in den Dienst innen- und gesellschaftspolitischer Zielsetzungen. Nach dem westlichen Systemsieg von 1989 bis 1991 heißt die zwar nicht unbestrittene, aber auch nicht aufgegebene Perspektive: Entwicklung eines marktwirtschaftlichen und demokratischen Systems westlichen Musters, das genügend Effizienz und Eigendynamik entwickelt, um auf der Basis der vorhandenen natürlichen Ressourcen Rußland zu einem wirtschaftlich starken sowie politisch anerkannten und einflußreichen Mitglied der Völkerfamilie zu machen. Die Außenpolitik übernimmt dabei eine Art Flankenschutz. Sie soll jede neue Isolierung Rußlands vermeiden und die Integration des Landes in die Weltwirtschaft unter fairen Bedingungen sicherstellen. Als wichtige Voraussetzung zur Erreichung dieser Ziele gilt dabei eine Koope-

Kohl und Jelzin auf der Jacht »Alexander« beim EU-Gipfeltreffen auf Korfu

Foto: dpa



rationspolitik mit den wirtschaftlich potenten Ländern Westeuropas und der Europäischen Union sowie eine auf Partnerschaft und Entscheidungsteilhabe ausgerichtete Politik gegenüber den Vereinigten Staaten und den anderen führenden Industrienationen (G 7).

2) An der bereits in der Endphase des Kalten Krieges unter Verantwortung von Gorbatschow verabredeten und vertragsmäßig abgesicherten Politik der Entspannung und Abrüstung wird nicht gerüttelt. Jelzin hat die geerbte Truppenpräsenz der Sowjetunion in Deutschland, Polen und den Baltischen Staaten beendet. Auf Rußland ist Verlaß bei den großen internationalen Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungsverträgen wie START I und START II, Atomwaffensperrvertrag, vorläufiger Teststopp, Chemiewaffen-Übereinkommen sowie bei der Begrenzung der konventionellen Bewaffnung (KSE).

Dies ist keineswegs von der großen Linie wie von den Details her selbstverständlich. Der Verlust der Union und des informellen sowjetischen Imperiums in Osteuropa läßt im Kontext mit der ökonomisch krisenhaft verlaufenden Transformation die russischen Massenvernichtungswaffen und ihre nach wie vor gewaltigen konventionellen Streitkräfte als letzte Insignien des Weltmachtstatus erscheinen. Alle Verträge wurden zu einer Zeit geschlossen, als man die Waffenarsenale blockweise addierte und gegeneinander aufrechnete, auf der Basis des wechselseitigen Interesses von zwei miteinander konkurrierenden, sich gegenseitig respektierenden Weltmächten. Von der realen regionalen Machtprojektion und von der aktuellen ökonomischen Potenz her gesehen, kann die Russische Föderation heute keinen Weltmachtstatus beanspruchen. Kein Wunder, daß die Nationalisten und Unions-Nostalgiker die Abrüstungstreue Moskaus in Frage stellen wollen: Um die Waffen als letzte Statussicherung behalten zu können.

Die Regierung Jelzins tut dies nicht einmal bei den KSE-Vereinbarungen, wo sie lediglich einen Änderungswunsch bei der sogenannten Flankenregelung vor-

getragen hat. Dabei beruhen die festgelegten Obergrenzen bei der konventionellen Bewaffnung auf Zählmodellen, die sich heute weit von der Realität entfernt haben. Selbst die hartgesottensten Falken im NATO-Lager werden mittlerweile die Streitkräfte der Polen, Tschechen und Ungarn nicht mehr einem fiktiven Ostbündnis als militärischem Herausforderer der westlichen Allianz zuschlagen können. Die Tatsache, daß die russische Politik in dieser Frage bisher keine Revisionsansprüche formuliert hat, muß fairerweise als Zeichen guten Willens und als Vertrauensvorschuß auf eine Konsenslösung bei europäischen Sicherheitsfragen gewertet werden.

»Nahes Ausland«: ein Unionsersatz?

Bei einem dritten Problemkomplex hat sich die russische Politik in den letzten Jahren verändert, und zwar sowohl aufgrund neuer faktischer Entwicklungen als auch in Reaktion auf innenpolitische Machtverschiebungen. Die Regierung Jelzin baut kontinuierlich die Instrumente der »Gemeinschaft Unabhängiger Staaten« (GUS) aus und bindet die 1991 selbständig gewordenen Republiken auf dem Boden der ehemaligen Sowjetunion wieder stärker an Moskau. Heute bekennen sich 12 Republiken zur GUS und arbeiten mehr oder weniger aktiv in den über 30 Gremien der Gemeinschaft mit, das heißt, alle Nachfolgestaaten der Sowjetunion mit Ausnahme der drei Baltischen Republiken. Die Vitalität der GUS überrascht den Westen und erzeugt insbesondere dort gemischte Gefühle, wo zeitweilig schon das Ende der Gemeinschaft vorausgesagt wurde.

Sehr differenziert hat sich die Bereitschaft zur GUS-Teilnahme und die aktuelle GUS-Politik der einzelnen Nachfolgerepubliken entwickelt. Das Spektrum reicht von Belarus, wo die orthodoxen politischen Eliten entschiedener unter das russische Dach zurückdrängen, als der Moskauer Regierung das willkommen ist, bis zu Georgien, wo eine ebenso eiskalte wie verdeckte Moskauer Interventionspolitik im Rahmen des Abcha-

sienkonfliktes den grusinischen Präsidenten Schewardnadze zur Aufgabe seiner GUS-Abstinenz gezwungen hat.

Die Geister scheiden sich an Rußlands feiner Differenzierung zwischen »Fernem Ausland« und »Nahem Ausland«. Je kompletter die davongelaufenen Republiken in den Schoß der GUS-Familie zurückkehrten, desto deutlicher wuchsen im Kopf der Moskauer Politiker wieder die Umrisse der alten Union als Betätigungsrahmen russischer politischer Verantwortung. Örtliche bewaffnete Konflikte wie in Tadschikistan, am Dnjestr, in Südossetien und in Abchasien verlockten zur Präsentation einer russischen Ordnungsmacht, die schlichtet, befriedet, die Außengrenzen der GUS beschützt und ganz nebenbei die Wahrung russischer Interessen übernimmt. Zum russischen Glück fehlte nur noch eine Anerkennung dieser Expeditionen durch die internationale Staatengemeinschaft, eine Art Gütesiegel der Marke »Russische Blauhelme« für diese Interventionen auf dem eigenen Hinterhof.

Der Westen blieb diesen Wünschen gegenüber schwerhörig. Mit einem Dauerauftrag der Vereinten Nationen für russisches *Peacekeeping* im »Nahen Ausland«, also auf dem Boden der ehemaligen Sowjetunion, kann sich niemand so recht anfreunden. Die westliche Haltung enthält aber auch eine konzeptionelle Unsicherheit. Soll Moskau nun, trotz der politischen und ökonomischen Instabilitäten infolge des Transformationsprozesses, als Weltmacht gelten oder nicht? Wenn ja, warum können dann die Herren im Kreml nicht ähnliche Rechte beanspruchen, wie das die amerikanischen Präsidenten bisher regelmäßig getan haben, nämlich in einem bestimmten geographischen Umfeld notfalls auch mit Waffengewalt amerikanische Interessen durchzusetzen? Von der Schweinebucht über Grenada und Panama bis Haiti hat die Weltöffentlichkeit teilweise zustimmend, teilweise mit Achselzucken solche Interventionen akzeptiert. Der Topos »Nahes Ausland« läßt sich als Anspruch Rußlands als Nachfolger der Weltmacht Sowjetunion verstehen, daß vergleich-

bare »Ordnungsmissionen« Moskaus im eigenen Umfeld international auf dieselbe pragmatische Akzeptanz stoßen sollten. Bisher läßt sich nirgendwo die Neigung erkennen, vergleichbare Interventionen tatsächlich auch mit demselben Maßstab zu messen. Verständlich, daß unter dem Stichwort »russische Monroe-Doktrin« in Moskauer Fachblättern eine Debatte läuft, bei der die Frage aufgeworfen wird, ob eine Versagung dieses Rechtes gegenüber der russischen Führung, das sich Washington einfach nimmt, letztlich eine nicht hinnehmbare Negierung des russischen Weltmachtstatus darstellt.

Kritik von innen

Damit ist bereits die recht vieltonige Begleitmusik zur offiziellen russischen Außenpolitik, wie sie Jelzin und Kosyrew repräsentieren, angesprochen. Der Westen beobachtet sehr aufmerksam diese kritischen Kommentare zum Jelzin-Kurs. Fleißige Analytiker haben komplette miteinander in Fehde liegende außenpolitische Denkschulen ausfindig gemacht. Neben der europäisch-atlantischen Richtung, für die vor allem Jelzin und Kosyrew stehen, sorgt eine großrussisch-imperiale Variante für Aufregung, die nichts weniger will als die Wiederkehr der alten Union unter einer starken Moskauer Zentralregierung, auch gegen westlichen Widerstand. Dazwischen tummeln sich noch die verschiedenen Schulen des »Eurasismus«, die mehr oder weniger heftig die russische Unterwerfung unter westliche Wirtschafts- und Politikmodelle kritisieren und in ganz Rußland eine große Brücke zwischen dem europäischen und asiatischen Kontinent (daher der Name »eurasisch«) sehen und einen »dritten Weg« mit einer stärker östlich orientierten Entwicklungsvariante fordern. Solange die verschiedenen Autoren dieser Debatte sich über den ideologischen und geistesgeschichtlichen Hintergrund ihrer Thesen verbreiten, lassen sich die Konturen ihrer Rahmenbedingungen noch einigermaßen voneinander unterscheiden. Sobald es praktisch

wird, verwirren sich diese außenpolitischen Denkschulen allerdings rasch im Dschungel unrealistischer russischer Großmachtphantasien oder provokativer Kriegsszenarien. Ohne einen Militäreinsatz gleich an mehreren Fronten ließe sich heute weder aus der GUS wieder ein zentralregierter Sowjetstaat erzwingen noch die Kontrolle über Mittel- und Osteuropa wiederherstellen. Während die Vereinigten Staaten sich ernsthaft einer Umgruppierung und Modernisierung ihrer Streitkräfte zuwenden, die das parallele Führen von zwei Interventionskriegen nach dem Muster des Golfkonflikts ermöglichen sollen, wird die russische Regierung im Haushalt 1995 umgerechnet gerade ein Zehntel der amerikanischen Mittel für Militärzwecke zur Verfügung haben. Sie muß mit enormen sozialen Problemen innerhalb der Streitkräfte fertig werden und weiß seit dem Tschetschenien-Konflikt, daß die militärischen Kräfte im Augenblick nicht einmal zur raschen und effektiven Niederwerfung eines lokalen Aufstandes in der Lage sind.

Diese realen Umstände tauchen die phantasievollen Gedanken über eine völlig andere russische Außenpolitik, wie sie von bestimmten Zirkeln und Zeitschriften immer wieder zu Papier gebracht werden, in ein eher bizarres Licht. In der westlichen Rezeption dieser Szenarie fehlen gelegentlich Hinweise auf die tatsächliche Maßstäblichkeit: Ein einziger Zeitschriftenaufsatz muß dann schon gelegentlich für die Etablierung einer neuen außenpolitischen Schule herhalten, und der über Jahre geführte schriftliche Meinungsaustausch zwischen den sich in rascher Folge ablösenden außenpolitischen Präsidentenberatern, die sich so auch in der öffentlichen Erinnerung halten wollen, wird zu einem Richtungskampfabenteuer politischer Grundlinien hochstilisiert, unabhängig davon, welchen wirklichen Einfluß die beteiligten Autoren haben.

Nicht zu übersehen ist allerdings, daß uns die dünnsten Nachrichten aus den parlamentarischen Ausschüssen erreichen, in denen um außenpolitische Kon-

zepte und Verantwortungen eigentlich gerungen werden sollte. Die kameralistische Arbeitsweise Jelzins, der noch aus der Sowjetzeit stammende Politikstil, zu jeder Frage Sonderberatungsgremien zu schaffen, und die Überlebensstrategien der in ungezählten und der Zellteilung unterliegenden Instituten versammelten *Brain-Trusts* verlagern die Diskussionen heraus aus den eigentlich zuständigen Gremien und erzeugen eine schillernde außerparlamentarische Unübersichtlichkeit. Der Mangel an Bündelung und Organisiertheit innerhalb des oppositionellen außenpolitischen Denkens macht es auf der anderen Seite dann Jelzin und Kosyrew vergleichsweise leicht, ihre Grundlinien mit einigen Schwankungen durchzuhalten.

Ernüchterung über den Westen

In einem Punkt sind sich allerdings die jelzinnahen und jelzinfernen Spezialisten einig: dem einer zunehmenden Ernüchterung und Enttäuschung über die vom Westen so vollmundig verkündeten Unterstützung der russischen Politik. Natürlich mischen sich in solche Kritik auch Untertöne, die ihre Herkunft aus antiwestlichen und antiamerikanischen Ideologien nicht verleugnen können. Aber es gibt einen »harten Kern« der Gravamina, den auch die überzeugten Befürworter der westfreundlichen Regierungspolitik für berechtigt halten:

1) Bei den milliardenschweren Hilfsprogrammen aus bilateralen Verträgen, aus dem TACIS-Programm der Europäischen Union und den internationalen Maßnahmen von G 7, IMF und Weltbank sieht man nicht nur die in der Tat auffällige Diskrepanz zwischen versprochenen und tatsächlich geflossenen Mitteln, sondern auch eine zunehmende Ineffektivität bzw. Fehlorientierung der finanzierten Maßnahmen. Die Kritik an dem häufig entdeckten vorrangigen Eigeninteresse der Geldgeber übersteigt längst jede Form der Dankbarkeit für die Hilfe.

2) Allgemein werden immer mehr Belege dafür veröffentlicht, daß der Westen die transformationsbedingten

Schwächen Rußlands in schamlosem Egoismus ausnutzt und, ganz anders als in den offiziellen Bulletins verkündet, in einem rücksichtslosen Konkurrenzkampf die russischen Chancen auf dem Weltmarkt marginalisieren und damit auch die Macht Rußlands unterminieren will. Als Beispiel dient hierfür der Rüstungsexport. Dieselben Weststaaten, angeführt von den USA, die in Rußland für großangelegte Konversionsprogramme warben und dafür Geld locker machten, eroberten sich in den Schwächezeiten der russischen Rüstungsexporteure deren Märkte und geben sie nicht mehr her. Diese Verdrängungsprozesse lassen sich ebenso nachweisen wie das Faktum, daß bei einer immer noch gedämpften Investitionstätigkeit westlicher Kapitalanleger in den GUS-Staaten bei den wenigen stattfindenden Investitionen eine auffällige Konzentration auf strategische und militärische Schlüsseltechnologien zu verzeichnen ist. Westliche Konzerne nutzen dabei die ziemlich chaotischen Verhältnisse in der Privatisierung und verschaffen sich zu teilweise lächerlichen Preisen und ohne jede Kontrolle ausreichende Geschäftsanteile, um sich Einsicht in die Entwicklungsabteilungen und Mitsprache bei der Geschäftspolitik dieser Schlüsselindustrien zu sichern.

Der Streit um die Osterweiterung der NATO wächst sich allmählich zu einem Testfall für den Umgang des Westens mit Rußland und der GUS aus, bei dem sich fast alle kritischen Wahrnehmungen der Ostpolitik des Westens an einem Punkt kreuzen. Rußland will um jeden Preis »neue Spaltungen Europas und der Welt« vermeiden (Jelzin in seiner letzten Rede vor der Staatsduma). Während das amerikanische Angebot der »Partnerschaft für den Frieden« egalitäre Züge trägt und gerade deshalb für Moskau ohne spezielle Aufwertungen in Form einer Sonderbehandlung nicht akzeptabel erscheint, befürchtet Jelzin bei einer Osterweiterung der NATO eine Ausgrenzung all jener Staaten, die auf Dauer vor der Tür der westlichen Allianz verbleiben müssen.

Tatsächlich gibt es ein logisches Di-

lemma bei der NATO-Osterweiterung, das auch ihre Befürworter noch nicht gelöst haben. Entweder beantwortet die Neuaufnahme von Polen und der anderen drei Visegrad-Staaten Tschechien, Slowakei und Ungarn (das sind die am häufigsten genannten Anwärter für einen ersten Erweiterungsschritt) eine besonders drängende Sicherheitslücke in diesen Ländern. Dann lautet die nächste Frage sofort: Woher kommt denn die Bedrohung für diese Länder? Antwort: Wenn überhaupt von außen, dann aus Moskau! Diese Erweiterungs-Legitimation unterstellt mithin eine russische Bedrohung der vier genannten mitteleuropäischen Staaten, für die objektive Hinweise fehlen und die deshalb in Moskau nur als böswilliges Konstrukt verstanden werden kann. In diesem Kontext verliert natürlich auch die häufig wiederholte Versicherung jede Glaubwürdigkeit, eine solche NATO-Erweiterung richte sich in keiner Weise gegen Rußland.

Geht es aber gar nicht um die Schließung einer sicherheitspolitischen Vakanz in Mitteleuropa mit Blickrichtung auf das übermächtige Rußland, sondern um ein politisches Signal zugunsten der Westzugehörigkeit dieser Gesellschaften, mit dem zugleich der dort eingeschlagene Weg der politischen und ökonomischen Transformation unterstützt werden soll, dann stellen sich ganz andere Rückfragen. Weshalb wird dann dieses Signal nicht zunächst einmal durch eine zügige Unterstützung der bereits beantragten EU-Mitgliedschaften der Visegarder Vier gesetzt? Interessanterweise hat diesen Gedanken das sogenannte »Europapapier« der CDU/CSU-Fraktion vom 1. 9. 1994 aufgegriffen, mit der Konsequenz, daß eine EU-Erweiterung, die zugleich mit einem NATO-Beitritt gekoppelt werde, in Moskau eigentlich keine Bedenken auslösen könne. Denn wer werde einem gleichberechtigten Mitglied der Europäischen Union dann auch denselben Sicherheitsstandard wie den der anderen Mitglieder verwehren können? Der Vorteil dieses Vorschlages, der in der deutschen Politik in bestimmten Abständen von Karl Lamers

erneuert wird, liegt in der Vermeidung der Unterstellung, Osteuropa sei akut von Rußland bedroht.

Der tschetschenische Schatten

Beide Erweiterungskonzepte vermeiden im übrigen eine Aussage darüber, wie die eingebaute Ausgrenzungsautomatik neutralisiert werden kann. Während inzwischen Spezialangebote an Rußland in Form besonderer Verträge oder Konsultationsmechanismen erwogen werden, bleibt bisher völlig unklar, wie die Sicherheitsinteressen der Staaten zwischen der Allianz und Rußland bei einer NATO-Erweiterung nach Osten abgedeckt werden sollen. Mit Recht stellen diese Frage die Baltischen Staaten, Belarus, die Ukraine und Moldowa (die Länder der sogenannten »Grauzone«) sowie die Republiken Südosteuropas, die mit Sicherheit nicht zu dem ersten Erweiterungskontingent gehören würden. An die Stelle des jetzt gleichberechtigten Status aller in der »Partnership for peace« träte in der Tat die von Jelzin befürchtete »neue Spaltung«: in Transformationsstaaten mit dem privilegierten NATO-Status und solche ohne diese Auszeichnung. Es erscheint mehr als fraglich, ob eine solche Entwicklung zur Stabilität in Europa beitragen würde. Insofern erweist sich das Interesse der Moskauer Politik an einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur unter Einschluß Rußlands als weniger egoistisch, als es auf den ersten Blick den Anschein hat. Nur wenn bereits die erste Stufe einer NATO-Osterweiterung für alle Beteiligten als Schritt zu einem gesamteuropäischen Sicherheitssystem erkennbar wird, das weder Rußland noch überhaupt einen europäischen Staat ausgrenzt, wird diese Maßnahme mehr Probleme lösen als zusätzliche schaffen.

Zusammenfassend kann man feststellen: Die russische Außenpolitik gehört über die Jahre gesehen zu den gediegensten und verlässlichsten Leitplanken in dem ansonsten von scharfen Kontrasten und Widersprüchen geprägten Transformationsprozeß in der Russi-

schen Föderation. Die außenpolitischen Ziele passen sich den Perspektiven des inneren Wandels an und haben die Option der Integration in die Weltgemeinschaft und der Kooperation mit dem Westen nie aus den Augen verloren. Verlässlich erfüllte die Regierung Jelzins bisher alle Verträge über Truppenabzug, Abrüstung und Rüstungskontrolle, auch wo sie Anlässe zur Revision hätte finden können. Die Grundlinie dieser Außenpolitik hat die Regierung Jelzins bis heute gegen heftige Kritik im Innern durchgesetzt. Einzelne Zugeständnisse erfolgen an die populistischen Ausbeuter des Verlierer-Syndroms, die sich gleichermaßen unter der nationalistischen wie kommunistischen Opposition finden – zur Zeit ließe sich als Beispiel die Rückgabeverweigerung von im Zweiten Weltkrieg erbeuteten Kulturgütern anführen.

Eine ernsthaftere Bedrohung für die bisherige realistische Kontinuität der russischen Außenpolitik erwächst inzwischen aber aus einer sich verbreitenden Ernüchterung und Enttäuschung über die westliche Politik gegenüber Rußland, der sich auch unvoreingenommene Vertreter der Moskauer Szene nicht entziehen können. Die Frage der Osterweiterung der NATO, bei der es um mehr geht als nur um die Erlangung der russischen Zustimmung, wird immer mehr zu einem Testfall im Verhältnis zwischen Rußland und dem Westen. Eine Beobachtung der russischen Außenpolitik von innen heraus und auf der Basis der publizierten öffentlichen Diskussion um ihre Ausrichtung führt auch auf die Spur von gravierenden Fehlleistungen und Ungereimtheiten in der westlichen Ostpolitik. Der Westen hat sich noch gar nicht entschieden, was für einen Partner er gerne am Moskauer Tisch sitzen haben möchte – einen mit dem Potential einer Weltmacht im Rücken, der folgerichtig auch Verantwortung im Weltmaßstab mitübernehmen muß, oder einen, der eine nachgeordnete Regionalmacht repräsentiert, die als Folge der Niederlage in der Systemkonkurrenz auf Dauer die Überlegenheit des Westens anzuerkennen hat.

Zu all den furchtbaren menschlichen

Verlusten und materiellen Verwüstungen, die Moskau mit dem Tschetschenien-Konflikt angerichtet hat, kommt leider noch ein doppeltes politisches Desaster hinzu, das nicht ohne Auswirkungen auf die eben genannte Entscheidungssituation für die westliche Politik bleiben wird. Die Vorgänge um Grosnyj belasten die GUS-Politik von Jelzin und Kosyrew auf das schwerste. Beide hatten erkannt, daß Rußland seine so wichtige Schutzfunktion für die 25 Millionen Russen im »Nahen Ausland« nur wahrnehmen kann über einer erfolgreichen Einsatz für sicher beachtete Menschen- und Bürgerrechte in allen GUS-Staaten und in den Baltischen Republiken. Die Mißachtung der Rechte der tschetschenischen Zivilbevölkerung drücken Moskau nun total in die Defensive.

Das andere politische Desaster besteht in der während des Tschetschenien-Konfliktes offengelegten mangelnden Professionalität der russischen Politik. Wenn Rußland in die Fußstapfen der einstigen Weltmacht Sowjetunion treten und weltweit Mitverantwortung übernehmen will – wie verträgt sich das mit dem stümperhaften Umgehen Moskaus mit der tschetschenischen Sezession und der völlig unverantwortlichen Vorbereitung und Durchführung der Operationen in Grosnyj? Wie kann man noch Vertrauen in ein Land haben, das über die gefährlichsten Massenvernichtungsmittel verfügt, das eine der stärksten Streitmächte der Welt unterhält, und dann im Angesicht einer solchen politischen Herausforderung derart ins Stolpern gerät? Das Tschetschenien-Desaster hat in wenigen Tagen viel von dem Vertrauen zerstört, das Rußland sich in einer jahrelangen seriösen internationalen Politik unter erschwerten Umständen erarbeitet hatte. In diesem Schatten erfrieren bereits wichtige Äste, die in diesem Frühjahr aus dem großen russischen Garten nach Europa hätten herüberwachsen sollen. Nur eine rasche Umkehr aus der Einsicht, einen verhängnisvollen Fehler in Grosnyj gemacht zu haben, kann jetzt noch weitere gefährliche Frostschäden für die russische Politik vermeiden.

ROLAND GÖTZ

Die sozialökonomischen Perspektiven Rußlands

Rußland geht 1995 in das vierte Jahr der Transformation seines Wirtschaftssystems, die im Januar 1992 mit der Liberalisierung, d. h. der Freigabe der meisten Preise, der Abschaffung der geplanten Lieferbeziehungen zwischen den Betrieben sowie der grundsätzlichen Erlaubnis wirtschaftlicher Betätigung durch die Bürger begonnen hatte. Entgegen den damals von der Regierung geweckten Erwartungen eines Wirtschaftswunders ist eine durchgreifende Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse bislang ausgeblieben. Das von der amtlichen Statistik gemessene Bruttoinlandsprodukt zeigt für die russische Volkswirtschaft das Bild eines seit 1990 anhaltenden Niedergangs, auch wenn an die Genauigkeit derartiger Zahlenreihen keine allzu großen Anforderungen gestellt werden dürfen, und auch wenn man berücksichtigt, daß die amtliche Statistik die sich ausweitende »Schattenwirtschaft« nur teilweise erfaßt. Dagegen ist in den anderen osteuropäischen Staaten der Sozialproduktrückgang bereits überwunden worden:

Besonderheiten der wirtschaftlichen Entwicklung

Die Produktion ist vor allem in den großen Staatsbetrieben zurückgegangen, während sie im neu entstehenden Privatsektor anwuchs. Die Industrie verzeichnete einen überproportionalen Produktionsrückgang, während der Dienstleistungssektor – bei erheblicher interner Umstrukturierung – geringe Einbußen erlitt. Auch die landwirtschaftliche Erzeugung ging weniger zurück als das Sozialprodukt. Verhältnismäßig erfolgreich entwickelten sich diejenigen Produktionszweige, die Rohstoffe fördern bzw. unmittelbar weiter verarbeiten, also die Erdöl-, Erdgas- und Kohleindustrie, die Elektrizitätserzeugung, die Herstellung

von Treibstoffen und die Metallurgie. Ihnen kam zugute, daß sie weltmarktfähige Produkte anzubieten haben und die Förder- und Transportkosten der Energierohstoffe und Metalle an den meisten Standorten noch nicht so hoch sind, daß ihre Wettbewerbsfähigkeit dadurch verloren geht.

Die Hersteller industrieller Halb- und Fertigerzeugnisse hatten dagegen mit mangelnder Nachfrage, steigenden Rohstoffpreisen sowie mit zunehmender Auslandskonkurrenz zu kämpfen. Die größten Produktionseinbrüche erlebten die Rüstungsindustrie wegen fehlender Staatsaufträge, der zivile Maschinenbau wegen der schwachen inländischen Investitionsgüternachfrage sowie die Textilindustrie wegen der im Vergleich zu den erzielbaren Erzeugnispreisen enorm gestiegenen Rohstoffpreise sowie wegen der zunehmenden Importe von Textilien und Kleidung.

Die soziale Lage

Im Durchschnitt geht es den Menschen wirtschaftlich schlechter als vor dem Beginn der Umwandlung der russischen Wirtschaft in eine Marktwirtschaft. Die Einkommensunterschiede sind wesentlich größer geworden: Gleichzeitig mit den »Neuen Reichen«, zu denen wenige Prozent der Bevölkerung zählen, ist eine Schicht von Armen entstanden, die mindestens ein Viertel der Bevölkerung umfaßt. Zur Verarmung tragen die niedri-

gen und unregelmäßig gezahlten Löhne und Gehälter für Tätigkeiten in Großbetrieben ohne Aufträge, unrentablen ehemaligen Kolchosen und Sowchosen und im Bildungs- und Verwaltungsbereich bei. Rentner, Alleinstehende, kinderreiche Familien und Jugendliche werden durch den Abbau sozialer Leistungen, die früher von den Betrieben erbracht wurden, besonders betroffen. Das soziale Netz, das zu Zeiten der Sowjetunion zwar dünn, aber dennoch einigermaßen fest und weit gespannt war, ist nahezu zerrissen. Weder ist der Arbeitsplatz sicher, noch die medizinische Betreuung oder die Unterbringung von Kindern in Kindergärten und Kinderkrippen wie früher praktisch kostenlos. Von Privatunternehmen angebotene Dienstleistungen, die die früher gewährten sozialen Leistungen ersetzen könnten, sind für viele unerschwinglich. Nur allmählich bildet sich ein Mittelstand heraus, dem z. B. die Beschäftigten in prosperierenden Unternehmen mit ausländischer Beteiligung, in Banken und erfolgreichen Kleinbetrieben angehören.

Nach den Prognosen der russischen Regierung sowie des Moskauer Instituts für volkswirtschaftliche Prognosen ist 1995 mit einem leichten Rückgang des Konsumgüterabsatzes, mit einem erheblichen weiteren Rückgang der Investitionen in der Größenordnung von 10–20 % und insgesamt mit einem Sozialprodukt-rückgang von etwa 10 % zu rechnen. Für ein Wachstum der Binnennachfrage feh-

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in %

	1990	1991	1992	1993	1994	1995 (Prognose)
Rußland	-2,5	-12,9	-18,5	-12,0	-15,0	-5,0
Zum Vergleich:						
Ostmitteleuropa*	-7,1	-10,3	- 2,4	+ 1,2	+ 3,8	+ 4,1
Südosteuropa**	-8,5	-12,9	-12,5	- 2,3	- 0,8	+ 1,2
Baltische Länder***	-4,1	-10,5	-28,5	-15,1	+ 0,1	+ 3,3

* Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien

** Bulgarien, Rumänien

*** Estland, Lettland, Litauen

Quelle: K. Werner, *Die Transformationsökonomien Mittel- und Osteuropas im Jahre 1994*, in: IWH (Hrsg.), *Mittel- und Osteuropa*, 4/1994, S. 9.



Armut in Rußland

Foto: dpa

len die Impulse sowohl im Konsum- als auch im Investitionsbereich. Der Staatshaushalt ist hoch defizitär und kann zur Expansion der Wirtschaft im Sinne einer keynesianischen Ankurbelungsstrategie kaum beitragen. Die innere wie äußere Staatsverschuldung ist bereits hoch: Rußland wird 1995 mit 130 Mrd. US zu den am meisten verschuldeten Ländern der Welt gehören. Alleine sein Rohstoffreichtum und die daraus rührende Exportfähigkeit bewahrt das Land zusätzlich noch vor einer Zahlungsbilanzkrise.

Die schwache Nachfrage nach Vormaterialien und Investitionsgütern hängt mit der geringen Kapazitätsauslastung, der Zahlungsunfähigkeit vieler Betriebe und den fehlenden Wachstumserwartungen zusammen. Rußland ist noch kein bevorzugter Standort für ausländische Investitionen geworden, obwohl sein niedriges Lohnniveau (etwa 100 pro Monat für qualifizierte Arbeit), die hohe Zahl gut ausgebildeter Arbeitskräfte und

die Naturressourcen des Landes dazu einladen. Negativ auf die Attraktivität des Landes für Auslandsinvestitionen wirken sich jedoch die Unstabilität der Gesellschaft und die mangelhafte Infrastruktur aus. Voraussetzung für einen wirtschaftlichen Aufschwung wäre auch von der Angebotsseite her ein Anspringen des »Investitionsmotors«, d. h. eine erhebliche Zunahme der Sachanlageinvestitionen. Durch die schwache Investitionstätigkeit der letzten Jahre sind die vorhandenen Anlagen nämlich veraltet und verschlissen, und der Anteil der neu errichteten Kapazitäten am Sachkapitalbestand ist gering. So fehlt weithin die sachliche Basis für eine dynamische Wirtschaftsentwicklung. Die modernsten Produktionsanlagen waren bislang in der Rüstungsindustrie konzentriert gewesen, wo auch die meisten hoch qualifizierten Arbeitskräfte tätig waren. Trotz einzelner erfolgreicher Konversionsprojekte ist eine umfassende Umstellung des

Rüstungssektors auf zivile Produktion nicht gelungen und wegen riesigen Finanzbedarfs auch nicht zu erwarten. Daher liegt mit dem überwiegenden Teil der Rüstungsindustrie ein beträchtlicher Teil des russischen Produktionspotentials wohl auf Dauer brach bzw. verschwindet allmählich. Auch viele Spezialisten dieses Sektors wandern ins Ausland ab oder wechseln in andere Tätigkeitsbereiche über. Statt für Sachanlageinvestitionen werden Gewinne gegenwärtig großenteils für spekulative Handelsgeschäfte und Käufe von Finanztiteln verwendet oder ins Ausland transferiert. Die staatlichen Investitionen dürften 1995 zugunsten der Ausgaben für den Krieg in Tschetschenien gekürzt werden. Die Kriegskosten werden sich 1995 voraussichtlich in der Größenordnung von einem Prozent des russischen Sozialprodukts bewegen und damit keinen entscheidenden Einfluß auf die Wirtschaftsentwicklung haben. Der private Konsum hat sich zwar nach dem starken Einbruch des Jahres 1992 stabilisiert, doch zunehmend auf importierte Konsumgüter und Erzeugnisse der »Schattenwirtschaft« ausgerichtet.

Prognose für einzelne Sektoren

Hinter der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung werden sich allerdings durchaus unterschiedliche Entwicklungen der einzelnen Branchen, Regionen und Unternehmen verbergen. Wie schon 1994, dürfte auch 1995 die Förderung und Verarbeitung der Energieträger Erdöl und Erdgas nur geringfügig zurückgehen; der Kohlebergbau wird dagegen erstmals von Zechenschließungen betroffen sein. Verhältnismäßig günstig wird die Entwicklung der Buntmetallurgie verlaufen, die gute Exportchancen hat. Wegen der schwachen Investitionsgüternachfrage, den mangelnden Rüstungsaufträgen sowie der geringen Weltmarktnachfrage nach seinen Erzeugnissen wird der Maschinenbau voraussichtlich auch 1995 ein »schwarzes Jahr« erleben, nachdem seine Produktion 1994 bereits fast halbiert worden war. In der sel-

ben Situation wird sich voraussichtlich auch die Textil- und Schuhindustrie befinden, der es noch nicht gelungen ist, sich auf neue Rohstoffe und wettbewerbsfähige Qualitäten und Designs umzustellen. In denjenigen Regionen der Rußländischen Föderation, in denen Maschinenbau und Textilindustrie konzentriert sind, wird sich die wirtschaftliche Lage weiter verschlechtern. Neben der Arbeitslosigkeit wird dort auch der Zusammenbruch der sozialen Einrichtungen, die bislang noch von den Betrieben getragen wurden, zu befürchten sein.

Die Landwirtschaft konnte in den vergangenen Jahren ihre Erzeugung gegenüber dem allgemeinen Produktionsrückgang stabilisieren, was damit zusammenhängt, daß sich der Konsumanteil am Sozialprodukt erhöht hat. Allerdings ist sie weithin auf Subventionen angewiesen, da viele Betriebe selbst zu den stark gestiegenen Erzeugerpreisen nicht rentabel arbeiten. Die Bodenreform sowie die Reform der Landwirtschaftsbetriebe kommen kaum voran; ein privates Bauerntum entsteht entgegen andersartigen Erwartungen praktisch nicht. Dominierend bleiben genossenschaftsähnliche Großbetriebe, die unter starkem Einfluß der örtlichen Verwaltungen stehen.

Als Glücksfall kann gelten, daß Rußland als außerordentlich rohstoffreiches Land über eine ausreichende Energie- und Rohstoffbasis verfügt und daher einen hohen Exportüberschuß aufweist. Es ist aber bislang nicht gelungen, dieses Potential für die Wirtschaftstransformation zu nutzen. Die Exporterlöse sind zu einem beträchtlichen Teil auf Auslandskonten »geparkt« und fallen somit für die inländische Kapitalbildung aus. Bezeichnend ist, daß der russische »Brennstoff- und Energiekomplex« auf Auslandsinvestitionen angewiesen ist, um das Förder- und Produktionsniveau zu halten, statt aus eigenen Einnahmen expandieren zu können.

Nach den offiziellen Daten waren 1994 5,3 Millionen Personen, das sind 7,1 % der Erwerbsbevölkerung, arbeitslos (offiziell arbeitslos registriert waren

aber nur 1,6 Mio. bzw. 2,1 %). Rechnet man dazu noch die unfreiwillig nicht voll Beschäftigten in Höhe von weiteren 4,8 Mio. bzw. 6,4 %, so kommt man auf 10,1 Mio. Personen, die »von Arbeitslosigkeit betroffen sind«, das sind 13,5 % der Erwerbsbevölkerung. Wenn man diese letztere Zahl verwendet, liegt die Arbeitslosigkeit in Rußland auf der selben Höhe wie in den osteuropäischen Ländern.

Wenn die Arbeitslosigkeit längst nicht schon das Ausmaß erreicht hat, das bei einem seit 1989 auf die Hälfte verringerten Sozialprodukt zu erwarten war, so liegt das neben dem Wirken der Schattenwirtschaft als Auffangbecken auch an dem im Vergleich zu westlichen Marktwirtschaften bislang anderen Verhalten der Unternehmen. Konkurse von größeren Unternehmen gibt es bislang praktisch nicht, allerdings stehen in vielen Großbetrieben die Bänder still. Überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen sind nach Wirtschaftszweigen die Beschäftigten der Rüstungsindustrie sowie im Wissenschaftsbereich, wo sich die Kürzungen der staatlichen Aufträge besonders bemerkbar machten. In regionaler Hinsicht konzentriert sich die Arbeitslosigkeit in Rußland auf die Standorte der verarbeitenden Industrie sowie auf diejenigen Gebiete wie die Kaukasusregion, wo die industrielle Basis aus nur wenigen Großbetrieben bestand, die nach dem Entfallen der zentralen Planung und Materialversorgung stillgelegt wurden. Besonders benachteiligt sind Frauen, da sie eher als Männer entlassen werden. Unter den registrierten Arbeitslosen sind etwa 70 % Frauen; man kann davon ausgehen, daß sie überproportional im »informellen Sektor« Ersatzbeschäftigungen gesucht haben. Ebenfalls sind Jugendliche auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt, da sie ebenfalls eher als die langjährig Beschäftigten entlassen werden oder gar keine Beschäftigung in der »offiziellen« Wirtschaft finden.

Die Altersstruktur der Beschäftigten und Arbeitslosen wird durch folgende Tabelle dargestellt, die auf Erhebungen der Jahre 1992 und 1993 beruhen:

Alter in Jahren	Anteil an den Beschäftigten (%)	Anteil an Arbeitslosen
15–19	3,0	13,5
20–24	7,6	16,8
25–29	10,3	11,9
30–49	55,9	43,3
50–54	11,4	5,6
55–59	6,8	5,1
60 und mehr	5,0	3,6

Quelle: Rossikaja Federacija v cifrach v 1993 godu, Moskva 1994, S. 86 und 90.

Die Altersgruppe von 15 bis 24 Jahren stellt hiernach 30 % der Arbeitslosen bei einem Bevölkerungsanteil von 10,6 %, d. h. die so definierte Jugendarbeitslosigkeit liegt beim knapp dreifachen Wert der durchschnittlichen Arbeitslosigkeit. Setzt man diese mit 7 % an, so beträgt die Arbeitslosenquote der 15–24jährigen 20 %.

Verschärft wird die Situation durch die gegenüber früher geringere Attraktivität des Bildungswesens: Die geringen Beschäftigungsaussichten für Hochschulabsolventen natur- und geisteswissenschaftlicher Richtungen in Instituten verweisen mehr Jugendliche als früher auf den Arbeitsmarkt. Dennoch ist die Stimmung der bis 25jährigen, Umfrageergebnissen zufolge, besser als die der Älteren. Immerhin 63 % (gegenüber nur 30 % der 40–45jährigen) waren im April 1994 »normal« oder sogar optimistisch gestimmt. Hinter diesen globalen Aussagen verbergen sich aber viele Probleme: Zusammen mit der Jugendarbeitslosigkeit steigt auch die Zahl der jugendlichen Straftäter und derjenigen, die sich der »Mafia«, d. h. einer der vielen Tausend »kriminellen Strukturen« anschließen, die auf den Gebieten der Schutzgelderpressung, des Drogenhandels usw. tätig sind. Schon um eine Verfestigung dieser negativen sozialen Entwicklung zu verhindern, wäre eine Arbeitsmarktpolitik erforderlich, die sich des Problems der Jugendarbeitslosigkeit besonders annimmt. Dabei kann in den nächsten Jahren nicht von einem hohen Wirtschaftswachstum ausgegangen werden, das den Jugendlichen breite und gut bezahlte Beschäftigungsmöglichkeiten bieten wird.

Sozialpathologie oder:
Russische Alltagsmythen

Zur Prosa der
Ljudmila Petruschewskaja

Eine der lesenswertesten und originellsten russischen Schriftstellerinnen der Gegenwart wird in Deutschland falsch rezipiert. Auch nach Erscheinen ihres neuen Erzählbandes *Auf Gott Amors Pfaden* wird Ljudmila Petruschewskaja, Trägerin des renommierten Puschkinpreises, die schon über drei Jahrzehnte schreibt, jedoch erst seit Perestrojka-Zeiten veröffentlichen darf, vor allem als erbarmungslose Chronistin des Sowjetalltags, als »exakte Kartographin der Zerstörung« Rußlands wahrgenommen, die die lange verdrängte und verschwiegene dunkle Realität hinter der ideologischen Fassade radikal offenlegt. Noch jüngst diente in einem Kulturmagazin des Fernsehens das Interview mit der Autorin lediglich als Folie zur Illustration von deprimierenden Bildern des Verfalls der Moskauer Alltagsumwelt.

Und wenn man sich überhaupt mit den künstlerischen Aspekten ihres Werks auseinandersetzt, dann ist – wie in der SPIEGEL-Rezension ihres Romans *Meine Zeit ist die Nacht* – von einer »Poetik der Grausamkeit« die Rede, von einem Text, in dem »nichts als Gewalt und Ekel« herrscht. Diese Wahrnehmung hängt sicherlich mit dem seltsamen Verhältnis der deutschen Leser zur russischen Literatur zusammen, wie es sich in den letzten Jahrzehnten herausgebildet hat. Entweder wurden literarische Texte – aus Mangel an verlässlichen Informationen – als Dokumente gelesen, die ein wahrhaftiges Bild der durch die offizielle Ideologie verdeckten gesellschaftlichen Wirklichkeit bieten. Oder man suchte in der russischen Literatur – man denke an die Rezeption Solschenizyns oder auch Ajtmatows – nach der »russischen Seele«, nach Erbauung, nach klaren moralischen und ideellen Orientierungen in

unserer Welt, die die Literatur der westlichen Moderne nicht mehr zu geben bereit war. Ästhetische Kategorien waren dabei in jedem Falle zweitrangig.

Weder mit dem »dokumentarischen«, noch mit dem »russophilen« Zugang aber wird man einer so eigenständigen und neuartigen Schriftstellerin wie der 1938 geborenen Ljudmila Petruschewskaja gerecht.

Natürlich stellt die erzählte Welt der Petruschewskaja die triste Gegenwart der russischen Großstadt dar, natürlich sind ihre Geschichten geprägt vom naturalistischen Ambiente der überfüllten Kommunalwohnungen und dem gereizten Milieu der russischen Lumpen-Intelligenz, natürlich ist ihr Erzählen gesättigt vom Geruch und Geschmack des Alltags der kleinen Leute in Rußland. Aber nicht darin liegt das Wesen ihres Schreibens.

»Mich interessiert – wie jeden Menschen – die Frage des Erleidens von Leben und Tod«, sagte sie mir in einem kürzlich geführten Interview. Ihr Grundthema ist die menschliche Existenz, die ewige Frage nach der *Conditio humana*. Und die Besonderheit und Neuartigkeit ihres Schreibens besteht gerade darin, daß sie diese nicht in schwerwiegenden Staatsaktionen und Weltereignissen, sondern im banalsten russischen Alltag aufspürt. Die hier herrschenden trostlosen Lebensbedingungen dienen gleichsam als Prüfstein, durch den sich der Mensch in seiner ganzen Nacktheit und Erbarmungswürdigkeit offenbart. Durch die Radikalität und Konsequenz, mit der Petruschewskaja sich thematisch dem Universum des Privaten zuwendet, das gesamte Gegenwartsleben der russischen Gesellschaft durch die existentielle Alltagserfahrung filtert, untergräbt sie jeden ideologischen Diskurs. Dies ist es



Ljudmila Petruschewskaja

Foto: Lichtblick / Sabine Sauer

auch, was ihr Werk allgemeinmenschlich macht.

Petruschewskajas Geschichten kreisen um die biologischen Urgründe des Lebens, um das kreatürliche Sein. Schwangerschaft und Mutterschaft, Abtreibung und Geburt, körperliche Krankheit und Sterben sind immer wiederkehrende Motive. Der Tod ist allgegenwärtig. Sexualität ist natürlicher Bestandteil des Lebens und wird nicht etwa gewichtig vorgeführt, sondern mit beiläufiger Selbstverständlichkeit behandelt. Immer sind ihre Figuren – häufig sinnliche, naive junge Frauen, labil und leicht verführbar, mit ihren Träumen und Lügengeschichten, mit ihrer Sucht nach Klatsch – auf der Jagd nach ihrem kleinen privaten Glück, auf der unerschütterlichen, aber vergeblichen Suche nach Geborgenheit in einer Familie. Das Familienleben nämlich ist Zentrum allen Geschehens, Inbegriff aller Wünsche, aber auch Ausgangspunkt aller Leiden. Die Familienbande, denen jeder ausgeliefert ist, sind private Hölle und einziger Halt in dieser Welt zugleich.

Auch wenn Petruschewskajas Figuren nicht selten aus den Randzonen der Gesellschaft kommen – Trinkerin, Streunerin, Gelegenheitsprostituierte –, ist nicht das Außergewöhnliche, Besondere, Extraordinäre Material ihrer Prosa, sondern gerade die ordinäre, banale Alltagsnormalität der großen Mehrheit der Menschen, und das eben nicht nur in Rußland. Es sind die einfachen Leute in ihrem tagtäglichen Existenzkampf: die alleinerziehende Mutter, die Krebskranke, die schwangere Studentin, die Alkoholikranke, verlassene, einsame, fröhliche, ständig sich abrackernde, nicht kleinzukriegende Menschen, die Tag für Tag aufs neue ums Überleben ringen. Das Milieu ist russisch, die Details und Lebensumstände sind die des sowjet-russischen Alltags, aber die Lebenssituationen, um die es geht, sind nicht an dieses Land gebunden. Es sind die Grundsituationen der menschlichen Existenz.

Die Neuartigkeit und Kraft der Prosa Petruschewskajas liegt jedoch weniger in ihrer Thematik, als in ihrer ganz eigenartigen, aus den verschiedenen Formen der

mündlichen Kommunikation – aus Gerede, Gerücht, Klatsch – abgeleiteten und stilisierten Erzählweise. Erst diese Erzählweise bewirkt jene Verabsolutierung des kreatürlich erfahrenen Hier und Jetzt, die die gegenwärtige Lebenswirklichkeit für ihre Figuren zur einzigen Realität werden läßt. Und eben dies impliziert die kompromißlose Absage an jeden ideologischen Zugang zur Welt, für den immer ein weitgefaßter zeitlicher Rahmen, der Bezug zu Vergangenheit oder Zukunft konstitutiv ist.

Von der Humanität des Klatsches

Die Wirklichkeit nämlich wird bei Petruschewskaja nicht nur in der künstlerischen Gestaltung der Autorin durch Sprache erfahrbar, sondern auch schon ihre Erzählfiguren selbst erfahren, erleiden, bewältigen ihre Realität im Medium der gesprochenen Sprache, durch Reden, durch Gespräch. Antriebskraft ihrer Prosa ist das mitfühlende oder auch gehässig klatschsüchtige Interesse der Menschen an ihren Nächsten. Das erzählte Ereignis wird rekonstruiert aus dem Rede- oder Bewußtseinsstrom von Menschen; es muß vom Leser aus dem vielstimmigen Sprechen, dem Nachdenken unterschiedlicher Menschen Schritt für Schritt ausgegraben werden.

Die knappe frühe Erzählung *Die Grippe* von 1969 etwa ist ein Musterbeispiel der Rekonstruktion von Geschehen durch Reden, ein Kabinettstück indirekten, mehrfach gebrochenen Erzählens durch ein kollektives Erzählsubjekt.

Hier versteht man erst ganz zum Schluß, was da eigentlich passiert ist: der Selbstmord nämlich eines Mannes, der sich – krank, hilflos und zermürbt durch einen quälenden Ehestreit nach mehreren einsamen Tagen im Bett – gerade in dem Augenblick aus dem Fenster stürzt, als seine Frau ihre restlichen Sachen aus der gemeinsamen Wohnung abholt. Der Leser erfährt diese Fakten ganz indirekt, gleichsam in der Form des abwägenden Nachdenkens über die Gründe des tragischen Selbstmords, das die Nachbarn und Freunde über diesen Fall anstellen.

Sie, die sich wie jede Frau mit Kind ans Leben klammerte, hätte bestimmt irgendeinen Ausweg gefunden, sie hätte keinen vertrockneten Teesatz aus der Kanne gegessen und keine Stärke aus der Büchse. Ihr wäre bestimmt was eingefallen, sie hätte bestimmt einen Ausweg gefunden, sie hätte die Wohnungstür geöffnet und sich auf die Schwelle gelegt, um sich irgendwie bemerkbar zu machen, wenn sie schon keine Kraft mehr gehabt hätte, aus dem Hause zu gehen. (...) Sie hätte einen Ausweg gefunden, denn sie hatte eine Tochter, und das bedeutete nicht viel in dem Sinne, daß die Tochter sich um die Mutter gekümmert hätte, nein: dafür war die Tochter noch zu klein. Die Tochter hätte sich bestimmt angesteckt, und dann wäre die Mutter gezwungen gewesen, trotz hoher Temperaturen und Fieberwahn in den Laden und in die Apotheke zu gehen. Sie hätte kochen und mit einem feuchten Lappen die Wohnung wischen müssen, damit das Kind besser atmen können. Es war also weitaus schwerer, sich die Frau aus einem so nichtigen, unseriösen Grund wie einem Ehekrach im Sarg vorzustellen.

Die ganze Erzählung hat diese Form einer neugierigen Befragung und Selbstbefragung, konzentriert in der atemlosen Syntax der gesprochenen Sprache mit langen, pausenlosen, die Fakten umkreisenden Sätzen und Wiederholungen. Bestürzung, echtes, tiefempfundenes Mitgefühl und neugierige, mit Schadenfreude gemischte Klatschsucht verschmelzen dabei untrennbar miteinander.

Die für Petruschewskajas Stil charakteristische Verbindung von Tragik und Komik resultiert ebenfalls aus der Darstellung des schrecklichen Ereignisses durch das menschlich allzumenschliche Gerede darüber, aus der Unangemessenheit der Alltagssprache für die existentielle Grunderfahrung des Todes und wird so zum Ausdruck der Absurdität und Kontingenz des menschlichen Lebens.

Ansonsten aber erzählt man sich jetzt in der Behörde, wo er gearbeitet hat, sie seien in ihrem Büro sowieso nur viereinhalb Leute gewesen, und von denen hätte sich auch noch einer aus dem siebten Stock gestürzt, und so komisch das auch klingen mag, es sei eine Tatsache.

Eine ähnliche Erzählstruktur haben viele ihrer Texte, sowohl die immer aus

der Innensicht der Personen gestalteten Er-Erzählungen wie auch ihre berühmten »Monologe« in inszenierter mündlicher Rede.

Alltag und Mythos

Mündliche Formen des Wiedererzählens und der Weitergabe aber sind charakteristisch für die verschiedensten epischen Gattungen der Folklore mit ihren mythischen Dimensionen. Es erscheint denn auch ganz konsequent, daß sich Petruschewskajas Prosa immer mehr in dieser Richtung weiterentwickelt hat. In ihren jüngsten Texten, die auch Eingang in den gerade erschienenen deutschen Sammelband gefunden haben, dominieren die vorher oft übersehenen Züge des Grotesken, Surrealistischen, Fantastischen, ja des Mythischen. Es kommt zu einem faszinierenden Spannungsverhältnis zwischen Alltagsthematik und Mythos. Der Mythos basiert ja auf den unveränderlichen existentiellen Grundsituationen des Lebens, auf jener außerzeitlichen Gegenwart, die Petruschewskajas Werk prägt.

Mit ihren neuen Gattungen der Stadtfolklore, ihrer Betonung mythischer Bezüge (Titel wie *Auf den Spuren des Gottes Eros*, *Gott Poseidon* u.v.a.) – und natürlich auch mit ihren Märchen – öffnet sich ihr Erzählen zunehmend zeitlos mythischen Strukturen. Der Vergleich mit ihren frühen Erzählungen zeigt allerdings, daß ihre jüngere Prosa durchaus keinen völlig neuen Erzählansatz hat, sondern daß es sich um eine aus der inneren Logik ihres Stils herzuleitende, konsequente Weiterentwicklung handelt. Das auch schon im Frühwerk bestehende Element des Grotesk-Komischen und Absurden entsteht unter anderem durch die Zerstörung jeder Hierarchie der Themen und dargestellten Ereignisse. Petruschewskaja stellt mit größter Selbstverständlichkeit Hohes und Niedriges, Erhabenes und Banales nebeneinander, behandelt alles mit der selben gleichmütigen Gelassenheit. Sie schreibt in der gleichen Sprache über die Prostituierte wie über die opferbereite

Muttergestalt, über unsterbliche Liebe wie über kleinliche Rache und Bosheit; das Klo ist für sie kein weniger wichtiger Ort als die Betriebskantine oder das Krankenzimmer. Dieses Verfahren der völligen Enthierarchisierung der Themen und Handlungsorte wird in ihren neueren Erzählungen nun ohne Umstände ausgeweitet auf Themen wie Mord und Wahnsinn, fantastische Geschichten über Metamorphosen, über Wiedergänger und Zeichen Verstorbener. Zu den realen Räumen treten nun ganz selbstverständlich die surrealen Räume des Todes und anderer Welten. All das hat nichts Geheimnisvolles und Unwirkliches, sondern der Einbruch des Irrealen in die Alltagswelt erscheint als folgerichtige Konsequenz des Schreckens, des Wirrwarrs, der Sinnlosigkeit der Welt. Durch immer größere Verdichtung und Zuspitzung der »realen« Alltagsthematik ihrer frühen Prosa erfolgt – manchmal sogar realistisch motiviert durch Wahn, Krankheit oder Fieberträume von Sterbenden – der Umschlag ins Phantasmagorische, Absurde und Mythische.

(Z. B. *Der Schatten des Lebens*, *Zwei Reiche* u. a.)

In ihrer im Erzählzyklus *Lieder der Ostslawen* neuentwickelten Gattung der sogenannten »Vorfälle/Slutschai« finden Ängste und Alpträume des kollektiven Unbewußten Ausdruck in vagabundierenden Horrormotiven, die durch ständiges Wiedererzählen zu Geschichten einer Art mythischen »Stadtfolklore«, wie die Autorin dies selbst nennt, geronnen sind. In dieser Gattung erreicht Petruschewskajas originelle Art des aus der Lust am Klatsch geborenen, indirekten, mehrfach gebrochenen Erzählens durch ein kollektives Erzählsubjekt, wie es z. B. schon in der Kurzgeschichte *Die Grippe* vorgegeben ist, eine neue, ganz eigene Qualität. Hier nun geht die Verdichtung allerdings soweit, daß die Spuren des mündlichen Weitererzählens getilgt sind, daß nur der absurde »Fall« übrig geblieben ist. Und doch ist dies eine Gattung, die nur als Konzentrat anonymen kollektiven Massenerzählens denkbar ist. Die Autorin nennt die sieben lakonischen Texte im

Untertitel *Moskauer Fälle* und schreibt dazu:

Vorfälle (Slutschai) – das ist eine spezifische Gattung der städtischen Folklore, die gewöhnlich mit den Worten beginnt: »Da gab es so einen Fall. . .«. Solche Geschichten erzählt man sich in Pionierlagern, in Krankenhäusern, auf Reisen – dort eben, wo der Mensch etwas Zeit hat.

In diesen Prosastücken entwickeln sich aus knapp erzählten, ganz realen Alltagsvorfällen oder Schicksalsschlägen, wie sie jeder erfahren hat oder sich vorstellen kann – Todesfälle zumeist – scheinbar ganz natürlich die aberwitzigsten, phantastischsten Horrorgeschichten mit darin fortlebenden ewigen Mythen. Das sind Geschichten von dem abgeschossenen Flieger, der als Wiedergänger zu seiner Frau zurückkehrt, bis diese ihn endlich begräbt; von der schwarzen Katze, die hartnäckig versucht, in die Hochhauswohnung einer Familie zu schlüpfen und immer wieder verjagt wird, bis dem Mann plötzlich klar wird, daß diese Katze seine kürzlich verstorbene Frau ist; von dem eifersüchtigen Mann, der seine Frau in der Badewanne mit dem Beil erschlägt und – um eine Identifizierung der Leiche, die er in der nahegelegenen Baustelle verscharrt, zu verhindern – alle Finger abhackt, im Frühjahr jedoch hängt plötzlich ein Finger mit lackiertem Nagel aus seinem Wasserhahn u. ä.

Durch das Wiedererzählen von Mund zu Mund ist, gleichsam durch immer größere Anreicherung und Konzentration, der Surrealismus dieser Geschichte entstanden, in denen sich die Angst und Geworfenheit des Menschen in dieser Welt in phantastischen Sinnbildern konkretisiert. Es wird deutlich, daß es von ihren wirklichkeitsnahen, realistischen Erzählungen bis zu diesen schwarzen Phantasmagorien des Alltags nur ein winziger Schritt ist.

Viele ihrer Geschichten aus den letzten 20 Jahren beweisen mit ihrer originellen Verschmelzung von Alltag und Mythos die fortdauernde »Wirklichkeit des Mythos« (Hübner) auch in unserer

modernen Alltagswelt. Die Erzählung *Die Rache* etwa ist die Geschichte einer Intrige um Schuld und Unschuld von Shakespearschen Dimensionen. In *Medea* schält sich aus dem Gespräch zwischen der Ich-Erzählerin und ihrem Taxifahrer – vermittelt über mehrere Berichte von schrecklichen Schicksalsschlägen, zu denen der Chauffeur immer nur ein dumpfes »Es gibt Schlimmeres!« murmelt, die moderne Variante des Medea-Mythos heraus: Die Frau des Taxifahrers hat im Wahn – ausgelöst durch dessen Untreue – ihre gemeinsame 14jährige Tochter umgebracht.

Ein Titel wie *Die Kraft des Wassers* evokiert die lebensspendende, rettende, mythische Qualität des Wassers. Und genau darum geht es auch in der kurzen Geschichte, genau diese wird bestätigt, nur eben in einer verblüffenden Variante im Alltag unserer Gegenwart: Während eines brutalen Wohnungseinbruchs werden Großmutter und Enkelin gefesselt und geknebelt im Badezimmer eingesperrt, während die Verbrecher den Großvater quälen, damit er das Versteck seines Geldes preisgibt. Der alten Frau gelingt es nun, den Wasserhahn zu lösen und durch die Überschwemmung einen Wasserschaden in der darunterliegenden Wohnung auszulösen, worauf die Nachbarn erbost und wutentbrannt – denn dies ist nicht das erste Mal, und sie hatten schon mehrmals damit gedroht – die Miliz rufen und damit die Gangster in die Flucht schlagen.

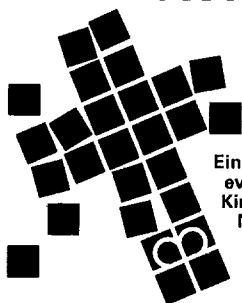
Das Faszinierende ist, daß diese grotesk-komische Übertragung, diese Herabstufung des Wassermythos ins moderne Alltagsmilieu – von der reinen Quelle ins Badezimmer einer Hochhaus-siedlung, vom Heldenkampf zum gehässigen Mieterstreit – keine Banalisierung und Trivialisierung bewirkt. Die Geschichte ruft beim Leser – sicherlich gerade durch diese mythischen Anklänge – tiefe Erschütterung hervor.

Auch mit dieser Erzählung wird deutlich, daß Ljudmila Petruschewskaja – entgegen ihrem auch bei uns von der Literaturkritik verbreiteten Bild – keine pessimistische Schwarzmalerin und zyni-

sche Horrorautorin ist. Sie ist eine Schriftstellerin, die die gegenwärtige Welt in ihrem Grauen illusionslos durchschaut, mit rückhaltloser Offenheit darstellt, und doch die Hoffnung in die Überlebenskräfte des Menschen nicht verloren hat. Der verbindende Charakterzug all ihrer Figuren ist ein zäher Überlebenswillen, ein unzerstörbares Glücksverlangen, das sie sich aus den schrecklichsten Erniedrigungen und Leiden immer wieder wie Stehaufmännchen erheben und von vorn beginnen läßt. Ihre Geschichten sind getragen von einem tragischen Optimismus, einer existentialistischen Bejahung des Lebens. Sie sind Apotheosen des Dennoch.

Von Ljudmila Petruschewskaja sind folgende Erzählungen in Deutschland erschienen, fast alle Texte übersetzt von Antje Leetz: *Unsterbliche Liebe*, Berlin (Verlag Volk und Welt) 1990; *Meine Zeit ist die Nacht. Aufzeichnungen auf der Tischkante*, Berlin (Rowohlt) 1991; *Der Mann, der wie eine Rose roch. Märchen*, Frankfurt (Fischer) 1993; *Auf Gott Amors Pfaden und andere Erzählungen*, Berlin (Rowohlt) 1994.

Hoffnung für Osteuropa



Eine Aktion der
evangelischen
Kirchen für die
Menschen in
Mittel- und
Osteuropa

Menschenwürdige Einrichtungen für Kinder, Alte und Behinderte werden dringend benötigt. Und qualifizierte Ausbildungsplätze für Helfer, die sich den Benachteiligten zuwenden. Helfen Sie mit Ihrer Spende.
Konto 10 111
Bank für Kirche und Diakonie,
Duisburg, BLZ 350 601 90

Diakonisches Werk der EKD
Postfach 10 11 42, 70010 Stuttgart

8. Mai-Debatte

THOMAS HOFMANN

Buchenwald-Gedenktage in Weimar 1945–1995

Der 50. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald, der in diesen Tagen in Weimar sowie in der nahe gelegenen Gedenkstätte auf dem Ettersberg begangen wird, bietet Anlaß für Rückblicke, Bilanzen und Vorausschauen der unterschiedlichsten Art. Ob diese Chance genutzt wird steht dahin, denn die Traditionsverbände des SED-Antifaschismus werden diesen Gedenktag für eine letzte große Heerschau nutzen, bei der parteikommunistische Geschichtslegenden als einzig zulässige Sicht auf Buchenwald abermals beschworen werden.

Wozu dieser Gedenktag?

Da ist zunächst der eigentliche Anlaß des Jahrestages, die Befreiung des vor den Toren der Klassikerstadt Weimar gelegenen Konzentrationslagers am 11. April 1945 durch Truppen der III. US-Armee. Buchenwald war damit das erste KZ, das in die Hände westallierter Truppen gefallen war. Die Befreiung erfolgte in einer bis heute historisch nicht eindeutig geklärten Parallelität mit den Widerstandsaktivitäten kommunistischer Häftlingsgruppen nach dem Abzug und der Flucht des überwiegenden Teils der SS-Wachmannschaften.

Die von den amerikanischen Offizieren mit Erstaunen registrierte Dominanz der Kommunisten in der »Selbstverwaltung« des KZ Buchenwald, v. a. unter den von der SS akkreditierten Lagerältesten und Revierkapos resultierte bereits aus den Anfangsjahren des Lagers. Dieses war 1937/38 entstanden und diente – ähnlich wie die in gleicher Zeit entstandenen Zentrallager in Dachau und Oranienburg – zunächst als Instrument der Disziplinierung und Terrorisierung der innenpolitischen Gegner des Nationalsozialismus. Daher rührte das zunächst gegebene Übergewicht kommunistischer Häftlinge gegenüber solchen aus der Sozialdemokratie und anderen Verfolgten des Nazi-Regimes. Im Laufe der Entwicklung bis 1945, vor allem aber seit Kriegsbeginn, erfuhr das KZ Buchenwald eine mehrfache Funktionsausweitung, als Ort »rassistischer Generalprävention«, als Ausbeutungs- und Liquidationsstätte für Tausende von Kriegsgefangenen bis hin zu dem gigantischen Komplex der Rüstungsproduktion durch zehntausendfache

Skklavenarbeit vorwiegend ausländischer Häftlinge, als der sich das KZ Buchenwald bei der Befreiung den ob der vorgefundenen Zustände erschütterten US-Offizieren und Kriegsberichterstattern darstellte.

Der nun zu begehende Jahrestag verweist damit besonders nachdrücklich auf die besonderen Umstände der Befreiung Deutschlands vom System des nationalsozialistischen Staatsterrorismus, die erst durch die Alliierten der »Anti-Hitler-Koalition« möglich geworden ist. Dies zu betonen empfiehlt sich um so mehr im Falle des Befreiungstages eines im Gebiet der späteren DDR gelegenen Nazi-KZs, wo im Zuge der »antifaschistischen Geschichtspropaganda« der SED die entscheidende Rolle der westalliierten Truppen während 40 Jahren geflissentlich ausgeblendet wurde, allein schon um während des Kalten Krieges den weltpolitischen Hauptkontrahenten nicht in der Rolle des Befreiers zeigen zu müssen. Statt dessen wurden ganze Generationen von DDR-Bürgern mit der Legende von der »Selbstbefreiung« des KZ Buchenwald durch die kommunistischen Widerstandsgruppen traktiert und damit eine propagandistische Kulisse errichtet, vor deren Hintergrund die Rolle der Kommunisten im KZ Buchenwald als besonders heroisch stilisiert werden konnte.

Die Wirklichkeit sah leider anders aus, wie erst vor kurzem bekanntgewordene Dokumente zeigen, die im SED-Parteiarchiv gefunden wurden und die für jene, die mit diesen Heldenbildern aufwuchsen, in den nächsten Jahren noch eine Reihe schmerzlicher Einsichten bringen dürften. (Erst kürzlich wurde einem fachwissenschaftlichen Publikum eine eigenwillige Auswahl dieser Dokumente aus dem SED-Parteiarchiv vorgestellt [vgl. NG/FH 3/95] und damit deutlich, daß die wahre Rolle kommunistischer Funktionshäftlinge in Buchenwald sowohl die KZ-Forschung als auch die KPD-Geschichtsschreibung noch erheblich beschäftigen wird.

Natürlich verweist der jetzt zu begehende Jahrestag nicht nur auf die Notwendigkeiten der Korrektur von Legendenbildungen der SED, sondern auch auf die tatsächlichen Verdienste der kommunistischen und sozialdemokratischen Widerstandsgruppen im KZ Buchenwald. Deren größtes Verdienst war vermutlich gerade der Verzicht auf jene später so viel beschworene »Selbstbefreiung« in den dramatischen Tagen des März und April 1945. Statt dessen wehrte man sich mit Methoden des passiven Widerstandes, so gut es eben ging, gegen die Evakuierungsmaßnahmen der SS und ersparte damit mehr als 20 000 Häftlingen, die am 11. April von den US-Truppen befreit wurden, das

Schicksal derjenigen, die in den Wochen zuvor auf »Todesmärschen« von der SS ermordet worden waren.

Der Jahrestag könnte weiterhin an den 16. April 1945 erinnern und damit an jenen Strafmarsch von 1 000 Weimarer BürgerInnen auf den Eltersberg, den der kommandierende US-General in seiner ersten Empörung über das vorgefundene Elend in Buchenwald durch Befehl angeordnet hatte, quasi eine erste, spontane *Reeducation*-Maßnahme. Die nachfolgenden salvatorischen Sprachregelungen der Weimarer Honoratioren (»Wenn also, wie dargetan, die Weimarer Einwohnerschaft ohne Kenntnis der Dinge war, so kann sie für diese auch nicht als verantwortlich oder irgendwie mitschuldig angesehen werden.«) bieten Anstöße sich daran zu erinnern, daß die deutsche Geschichte in diesem Jahrhundert ein mehrfaches Anschauungsmaterial für die Anpassungsbereitschaft und mangelnde Zivilcourage durchschnittlicher Deutscher gegenüber diktatorischen Regimen bereithält. Nicht Gleichsetzungen, jedoch Vergleiche drängen sich auf.

Sodann wäre zu wünschen, daß bei den jetzt bevorstehenden Feiern im Lande Thüringen der heikle Umstand nicht erneut in Vergessenheit gerät, daß noch im Jahr der Befreiung des Nazi-KZs auf dem gleichen Gelände ein Internierungslager des sowjetischen Geheimdienstes eingerichtet wurde, in das neben mittelgroßen Tieren der regionale Nazi-Eliten überwiegend »kleine Fische«, d. h. Ortsgruppenleiter, Ortsbauernführer, Hitlerjungen und andere Mitläufer, aber auch völlig Unschuldige nach willkürlichen Verhaftungsaktionen und Denunziationen für Jahre eingesperrt wurden. Von den knapp 30 000 Insassen kamen etwa 7 000 durch Demoralisation, Hunger und Krankheiten ums Leben, die Leichen wurden in nahegelegenen Geländen verscharrt, die später mit Bäumen bepflanzt wurden. Das bis 1950 bestehende NKWD-Lager in Buchenwald kann aus heutiger Sicht nur als ein schreckliches Sinnbild einer »stalinistischen Entnazifizierung« durch Willkür und Einschüchterung gelten.

Im SED-offiziellen Buchenwald-Bild, wie es seit den 50er Jahren von dem Leipziger Hochschullehrer und vormaligen intellektuellen Kopf der Buchenwalder Kommunisten, Walter Bartel entwickelt wurde, war das zwischen 1945–50 bestehende NKWD-Lager ein Tabu-Thema, ja teilweise wurde seine vormalige Existenz direkt geleugnet. Entsprechend gab es nach dem Ende der DDR kaum ein Buchenwald-Thema, über das heftiger diskutiert wurde als die Frage, wie das, wo bisher der kommunistische Widerstand gegen die Nazis im Mittelpunkt

stand, künftig mit den nachfolgenden (Un-)Taten einer kommunistischen Siegermacht umzugehen sei. Erst nach bitteren Diskussionen, die seit 1989 zu führen waren, ist es mühsam gelungen, praktikable Kompromisse zu finden. Diese repräsentieren das Bemühen um einen veränderten Umgang mit historischer Wahrheit auch dann, wenn sie dem einen oder anderen als intellektuell-überanstrengt erscheinen mögen.

Derartige Differenzierungsfragen stellten sich für Walter Bartel, den Regisseur der parteikommunistischen Buchenwald-Legende nicht. Beim 3. Jahrestag der Befreiung des KZ im Jahre 1948 äußerte er sich in Worten beklemmender Kälte über das zu diesem Zeitpunkt noch nicht zu leugnende, weil noch bestehende NKWD-Lager in Buchenwald: »Wir sind der bescheidenen Auffassung, daß in Thüringen und in sonstigen Gegenden Deutschlands noch allzuviel Leute herumlaufen, die eine ganze Weile strengster Isolation bedürfen, um unsere demokratische Entwicklung nicht zu gefährden.«

Daher sind dem Strategen der Buchenwalder KP und späteren Chefideologen des SED-Antifaschismus die NKWD-Lager der Beweis, daß die »Besatzungsbehörden ... es ernst meinen

mit der Reinigung (!) von Menschen, die in der menschlichen Gesellschaft nichts mehr zu suchen haben.« Und über die zur gleichen Zeit auf dem Ettersberg dutzendweise Verhungernden heißt es:

»... wir wollen ... nicht zum Ausdruck bringen, daß wir die armen Menschen aus tiefstem Herzen bedauern, weil sie 3 Jahre lang bei gar nicht schlechter Verpflegung isoliert waren« (alle Zitate aus SAPMO V 278/2/24)

Angesichts dieser Art von »konsequentem Antifaschismus« vermag man zu ahnen, was Bartels Mithäftling in Buchenwald, Eugen Kogon, meinte, wenn er in seinem Standardwerk *Der SS-Staat* über die Kommunisten im KZ Buchenwald schrieb:

... sie waren düstere Anhänger alter politischer Dogmen, auf die sie unter Ausschaltung des praktischen Verstandes ebenso getreulich schworen, wie sie religiöse Dogmen fanatisch haften. Wo sie hätten denken sollen, da glaubten sie, und sie dachten, wo sie hätten glauben sollen: darum waren sie nur um das besser als die braunen Derwische, was deren Sache schlechter war als die kommunistische. Mit den meisten von ihnen im Lager zu arbeiten, war weder leicht noch vergnüglich. Die klügsten und ehrlichsten Kommunisten habe

Häftlingsunterkunft im Lager Buchenwald. Aufnahme vom April 1945

Foto: Gedenkstätte Buchenwald



das privat des öfteren auch zugegeben; öffentlich würden sie es nie getan haben und nie tun . . . Ob wir gegen die SS größere Erfolge erzielt hätten, wenn die Kommunisten von Anfang an und durchwegs demokratisch gewesen wären, wage ich angesichts der anormalen und sehr, sehr schwierigen Verhältnisse in den Konzentrationslagern nicht zu entscheiden. Fest steht nur, daß viel Positives unter hohen Opfern erreicht worden ist und daß einiges wahrscheinlich billiger und vor allem gerechter hätte durchgesetzt werden können. Jedenfalls kann keine der Methoden, Praktiken und Gewohnheiten, die im Inferno entwickelt worden sind, in die neue, andere Wirklichkeit, sei es jetzt, sei es später, mit dem Anschein auch nur der allergeringsten Berechtigung übertragen werden!

Was am Ende dieses Passus aus dem noch im Jahre 1945 entstandenen Buch Kogons bereits ahnungsvoll anklingt, die Furcht, daß die im KZ Buchenwald erfahrenen und erlernten Praktiken von ehemaligen Funktionshäftlichen auch unter umgekehrten politischen Vorzeichen angewendet und gerechtfertigt werden könnten, veranlaßte Kogon im Jahre 1948 in einer der zahlreichen Neuauflagen zu folgenden Bemerkungen über das inzwischen auf dem Ettersberg betriebene NKWD-Lager:

Die Ähnlichkeit wurde für jedermann, der guten Willens war und der das gemeinsam Beste wollte, beängstigend. Ich fragte Ende 1947 und Anfang 1948 Kommunisten, mit denen ich jahrelang in Buchenwald gewesen war und führende Mitglieder der in der Ostzone herrschenden Einheitspartei, ebenfalls politische Gefangene von einst, was sie von einer »derartigen Entwicklung« eigentlich dächten. Einigen meinten, gefährliche politische Gegner müsse man eben einsperren und unschädlich machen; sie gaben offen zu, daß ihre Methode in diesem Punkt sich von der des Nationalsozialismus nicht unterschied. (. . .) Der Unterschied bestehe darin, so wurde mir geantwortet, daß man die Gefangenen nicht schlecht behandeln dürfe, aber werden sie denn in den NKWD-Lagern vielleicht gut behandelt? Das System scheint in vielen nicht so entsetzlich zu sein, wie es das nationalsozialistische war; es wird zum Beispiel nicht vergast, nicht erwürgt, gehängt und reihenweise erschossen. Aber es ist in jeder Hinsicht schlimm genug.

Inhumane Parolen zu diesem Thema, wie die von Walter Bartel aus dem Jahre 1948 zitierten, gehören bis heute zum geistigen Arsenal bestimmter Sorten von »aufrechten Antifaschisten«. Vorgetragen werden sie im Gestus entschiedener Gegnerschaft zum Nationalso-

zialismus und jahrelanger politischer Verfolgtheit. Das wird auch bei den Veranstaltungen zum 50. Jahrestag der Befreiung des KZ Buchenwald so sein. Ihnen sollte vernehmbar widersprochen werden.

Sodann bietet der Jahrestag auch Gelegenheit zum Nachdenken über *Buchenwald und die DDR*, so der Titel einer kürzlich erschienenen Untersuchung des Hildesheimer Historikers Manfred Overesch. Die über vier Jahrzehnte betriebene propagandistische Überformung und Instrumentalisierung des historisch bedeutsamen Ortes durch akklamatorische und legitimatorische Bestrebungen des SED-Regimes haben im Bewußtsein der Menschen in den umliegenden Regionen deutliche Spuren hinterlassen, die einen demokratischen Neuanfang auf dem Ettersberg mit erheblichen emotionalen und sozialpsychologischen Erblasten befrachten. Autoritäre Formen einer »Gedenkstättenarbeit«, v. a. aber die im Rahmen ausgebreiteter Pflichtprogramme praktizierte Überwältigungspädagogik, bei der darauf abgestellt wurde, die Abscheu vor den Verbrechen des Nationalsozialismus in Zustimmung zum Staat DDR umzumünzen, hat – oftmals unbewußt – Traumatisierungen hinterlassen, die jenseits aller inhaltlichen Korrekturen noch auf Jahre hinaus eine schwere Hypothek für die Akzeptanz und öffentliche Wirksamkeit der Gedenkstätte Buchenwald darstellen.

Im Zeitraum von 1945–1955 fand in der DDR eine v. a. durch die Komitees ehemaliger KZ-Häftlinge und die (allerdings schon 1953 in der DDR durch die SED aufgelöste) »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)« beförderte, insgesamt sehr widersprüchlich-kreisende Debatte um die Zukunft der ehemaligen KZ-Gelände in Buchenwald, Sachsenhausen und Ravensbrück statt. Diese Debatte endete damit, daß das Politbüro der SED in der Person von Herrmann Matern mit der Auflösung der VVN und der Schaffung des »Komitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer« die Diskussion beendete und den Antifaschismus quasi zur Chefsache der Partei- und Staatsführung der DDR machte.

1955 erschien dann ein »Aufruf zum Aufbau nationaler Mahn- und Gedenkstätten in Buchenwald, Sachsenhausen und Ravensbrück«, in dem es heißt:

Im Mai 1955 jährte sich zum zehnten Male der Tag der Befreiung des deutschen Volkes von der Geißel des Faschismus. Nicht aus eigener Kraft hat das deutsche Volk seine Unterdrücker, die Henker Europas abgeschüttelt. Unter den wichtigen Schlägen der Sowjetarmee wurden die faschistischen Heere von Sta-

lingrad bis Berlin getrieben und das fluchbeladene Naziregime zerschlagen. Die Ehre des deutschen Volkes wurde gerettet von den zehntausenden fortschrittlichen Männern und Frauen, deren Widerstandskampf wie ein helles Licht in der Nacht der faschistischen Barbarei leuchtete . . .

Über 11 Millionen zählen die Opfer, Angehörige fast aller europäischen Nationen, die in den Konzentrationslagern, diesen grauenhaftesten Stätten der Massenvernichtung, von den Nazis vergast, erschlagen und zu Tode gequält wurden. (. . .) Für immer werden diese Stätten Zeugnis ablegen von der Unmenschlichkeit eines Regimes, das mit unvorstellbarer Grausamkeit gegen das eigene Volk wütete und die anderen Völker mit Krieg . . . überzog. Diese Stätten des Grauens sind aber zugleich Kündiger jenes kämpferischen und unbeugsamen Geistes, der die . . . eingekerkerten Antifaschisten beseelte. In diesen faschistischen Höllen organisierten sie den Widerstand gegen ihre Henker, erprobten sie die nie zu besiegende Kraft der Solidarität und schmiedeten sie das einigende Band der Arbeiterklasse.

In diesem, in gemeißelter Sprache gehaltenen Aufruf wurde bereits wenige Jahre nach Kriegsende so getan, als sei die Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus ohne die Beteiligung der westlichen Alliierten zustande gekommen, als sei das deutsche Volk in gleicher Weise wie andere Völker als Opfer des Krieges anzusprechen und als sei die in der DDR erzwungene Vereinigung von SPD und KPD in den KZs »geschmiedet« worden. Obwohl also mehrere essentielle Geschichtsklitterungen erkennbar sind, wirkt dieser Aufruf gleichwohl wie ein paradigmatisches Dokument jenes in aller Welt als ehrenwert empfundenen Antifaschismus der DDR, der ihr bis zu ihrem Ende nicht wenig Wohlwollen einbrachte. Entsprechend gehörten dem Kuratorium große Teile jener intellektuellen Elite an, die sich nach 1945 für die DDR als das mutmaßlich »bessere Deutschland« entschieden hatten, so z. B. Otto Grotewohl, Johannes R. Becher, Bertolt Brecht, Willi Bredel, Theodor Brugsch, Fritz Cremer, Emil Fuchs, Lea Grundig, Robert Havemann, Stephan Hermlin, Karl Kleinschmidt, Albert Schreiner, Anna Seghers und Arnold Zweig.

Drei Jahre später, am 28. April 1958 fand eine Sitzung des Politbüros der SED statt, auf der u. a. die »Einweihung der Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald am 14. September 1958« vorbereitend behandelt wurde. In der zugrundeliegenden Vorlage sind ganz andere Funktionszuschreibungen zu erkennen:

Die Einweihung der Mahn- und Gedenk-

stätte Buchenwald steht nicht ausschließlich im Zeichen des Gedenkens, der Erinnerung und der Trauer um die Toten, sondern nimmt Stellung zu den Gegenwartsaufgaben der demokratischen und sozialistischen Kräfte im Kampf um die Erhaltung und Sicherung des Friedens. (. . .) In der agitatorische Vorbereitung und Durchführung des 14. September muß besonders auf die Rolle der Deutschen Demokratischen Republik als des ersten friedliebenden und demokratischen deutschen Staates . . . wo die Ideale der Widerstandsbewegung ihre Erfüllung gefunden haben, eingegangen werden, um so mehr, als der Apell zur Einweihung in den westeuropäischen Ländern ein großes Echo gefunden hat.

Zeigt sich bereits hier die systematische Indienstnahme des Buchenwald-Gedenkens zum Zwecke der Selbstfeier des SED-Regimes sowie seine Funktionalisierung für die Außenpolitik der DDR, so wurde zwei Jahre später, auf einer Sitzung des Politbüros am 8. März 1960 noch ein weiterer Funktionszusammenhang deutlich. Bei dieser Sitzung des höchsten Entscheidungsgremiums der SED ging es u. a. um »den 15. Jahrestag der Befreiung des KZ Buchenwald und (die) Einweihung eines Gedenksteines für Rudolf Breitscheid«. In der angenommenen Vorlage heißt es:

Die Veranstaltungen sind so zu organisieren, daß sie unmittelbar mit beitragen, den Kampf zur Entlarvung und zur Bändigung des deutschen Militarismus zu verstärken, Klarheit über die Bedeutung der unmittelbar bevorstehenden Gipfelkonferenz und der Herbeiführung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland zu schaffen. Die Veranstaltungen sind zu verbinden mit dem 15. Befreiungstag Deutschlands vom Hitlerfaschismus. So muß aufgezeigt werden, wie wurde der Schwur von Buchenwald in der DDR erfüllt und was sind die Ursachen, daß in Westdeutschland der Militarismus, Neofaschismus und Antisemitismus wieder zum Leben erweckt werden konnten. Auf der Kundgebung und in den Veranstaltungen sind die Fragen der Schaffung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und aller friedliebenden demokratischen Kräfte gegen Neofaschismus und Krieg stark herauszustellen.

In Verbindung mit der Bezirksleitung Erfurt und der zuständigen Abteilung des Hauses des ZK ist dafür zu sorgen, daß eine größere Anzahl sozialdemokratischer Genossen und Freunde aus Westdeutschland an den Veranstaltungen in Buchenwald und Weimar teilnehmen.

Diese Synthese von antifaschistischem Bu-

chenwald-Gedenken und tagespolitischer Westarbeit der SED zielte auf die inneren Angelegenheiten der westdeutschen Bundesrepublik: Einerseits ging es um die propagandistische Behauptung einer ungebrochenen Kontinuität zwischen Nazi-Deutschland und der im Westen des Landes nach 1945 entstandenen parlamentarischen Republik, so wie die Kommunisten ja bereits vor 1933 die zu schwachen Kräfte, welche die Weimarer Republik getragen hatten, mittels der berühmt-berüchtigten »Sozialfaschismustheorie« in die Nähe der Nationalsozialisten gerückt hatten. Andererseits ging es um ein Einwirken auf ansprechbare Teile der deutschen Sozialdemokratie und zwar offenbar nach der gleichfalls aus dem Endstadium der Weimarer Republik bekannten Taktik der sogenannten »Einheitsfront von unten«, d. h. einer Instrumentalisierung dazu bereiter Mitglieder der SPD unter Umgehung von deren Parteiführung. Auch diese Taktik hatte in der Krise der Weimarer Demokratie nicht wenig zur Lähmung der Arbeiterbewegung in ihren Abwehrbemühungen gegen die Machtübernahme durch die braunen Kolonnen Adolf Hitlers beigetragen. Trotz zwölfjähriger Erfahrung mit dem nationalsozialistischen Terror-Staat wurde im Jahre 1960 unverdrossen nach den gleich Rezepten vorgegangen.

Der SED-Antifaschismus war und ist nicht primär ein kommunistisches Ritual der Heldenverehrung und gedenkender Traditionspflege, sondern er diente

- der Selbstinszenierung des SED-Regimes;
- der Außenpolitik der DDR;
- der Verdächtigung der Bundesrepublik als faschistoid;
- der Einwirkung auf bündnisbereite Sozialdemokraten im Westen.

Dieses Konzept eines »Antifaschismus« als Instrument der Systemauseinandersetzung mag in der immanenten Logik des Staatswesens DDR und vor dem Hintergrund des Kalten Krieges Sinn gemacht haben. Als Konzept einer aufklärerischen und pluralistischen Gedenkkultur im vereinigten Deutschland ist es auch in »säkularisierter« Form nicht mehr verwendbar. Der SED-Antifaschismus ist jedoch bis heute und trotz der ab 1991 gegen vielfältige Widerstände durchgesetzten behutsamen Korrekturen in der Gestaltung der Gedenkstätte Buchenwald zu erkennen, und sie wurde und wird von den Resten des SED-Staates über die staatliche Existenz der DDR hinaus rigoros verteidigt, als das angeblich allein zulässige Geschichts- und Traditionsverständnis. Dies läuft darauf hinaus, alle vorgenommenen Veränderungen unter den Pauschalverdacht einer »Ab-

wicklung des Antifaschismus« zu stellen und um ein Freilichtmuseum des SED-Antifaschismus eine Wagenburg zu bilden.

Die aus der DDR überkommene Konzeption ist aber – negativ – auch im Bewußtsein der Normalbürger in der Region vorhanden, die einst in systematischer Indoktrination damit konfrontiert waren und die deshalb jetzt häufig mit ostentativem Desinteresse auf die Vokabel »Buchenwald« reagieren. Die Erinnerung vieler Thüringer an die auf dem Eltersberg vor 1989 erlebten Rituale wirkt deshalb noch heute wie ein Filter gegen eine aufklärerische, pluralistische und unaufdringliche Gedenkstättenarbeit an diesem Ort.

Daraus entsteht die Gefahr einer doppelten Blockierung durch Ewiggestrige aus dem Umfeld des SED-Antifaschismus einerseits und eine durch die traumatisierende Überwältigungspädagogik entstandene Gleichgültigkeit der übrigen Menschen andererseits. In diesem Spagat zerrieben, kann die Gedenkstätte Buchenwald trotz aller Bemühungen um einen inhaltlichen und moralischen Neuanfang in die gesellschaftliche Isolation geraten und zum Spielball alter Seilschaften und neuer Cliques werden. Zu verhindern ist dies nur durch eine entschlossene Öffnung der Gedenkstätte zur Gesellschaft mit ihren Fragen, ohne allzu große Rücksicht auf alte Besitzstände aus SED-Zeiten oder neue geschlossene Gesellschaften aus der Zeit nach 1989. Weiterhin gehört dazu die ausdrückliche Thematisierung und kritische Aufarbeitung der Verbogenheiten der bisherigen Gedenkstättenarbeit unter den Vorzeichen des SED-Antifaschismus. Nur daher können die Maßstäbe gewonnen werden, für das, was alles verändert werden muß. Oder positiv formuliert: Für eine breite Öffentlichkeit muß Buchenwald wie andere Gedenkstätten als eine Einrichtung einer unaufdringlichen und seriösen Information und Aufklärung über Zeitgeschichte erfahrbar werden, die auch Kontroversen zuläßt und den Besucher zur kritischen Auseinandersetzung mit dem Gebotenen ausdrücklich ermutigt, anstatt ihn, – wie bisher – den Schablonen einer Staatsdidaktik zu unterwerfen.

Ob dies bei den Veranstaltungen zum 50. Jahrestag der Befreiung des KZ Buchenwald zum Ausdruck kommt, ist eher ungewiß, nachdem die 1991 unter fachwissenschaftlicher Anleitung durch namhafte Historiker eingeleitete »Neuorientierung« zuletzt durch für die Öffentlichkeit nur schwer durchschaubare Streitereien ins Zwielicht geraten ist. Reines Opportunitätsdenken und Gefälligkeiten gegenüber den Gralshütern der DDR-Gedenkstätte deuten darauf hin, daß der 50. Jahrestag eher zur Ab-

schiedsparade des SED-Antifaschismus denn als Signal des gebotenen Neubeginns geraten könnte.

Ein Lichtblick ist die Einladung des Thüringer Ministerpräsidenten Vogel an den spanischen Schriftsteller und letztjährigen Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels Jorge Semprun, der beim Staatsakt der Landesregierung die Festrede halten wird. Semprun, ehemaliger spanischer Kommunist und ehemaliger Buchenwaldhäftling ist wohl der prominenteste Vertreter jener Überlebenden, die bislang auf dem Ettersberg als personae non gratae zu gelten hatten, obwohl gerade er der Autor zweier weltberühmter Bücher (»Die große Reise«; »Was für ein schöner Sonntag«) über das KZ Buchenwald ist. Bei der Preisverleihung in der Paulskirche im Oktober 1994 mahnte er für das vereinigte Deutschland die Aufarbeitung des Nationalsozialismus und des Stalinismus an. Sein Wort in Gottes Ohr!

ANJA WEUSTHOFF

Holocaust und Strafjustiz

Zum 50. Male jährt sich 1995 die Befreiung der KZ-Häftlinge von Auschwitz. Seitdem wurde der Name »Auschwitz« zum Synonym für den systematisch betriebenen Massenmord der Nationalsozialisten an Millionen europäischer Juden. Wenige Monate vor diesem Jahrestag wurde im Herbst 1994 nach zähen Auseinandersetzungen in der bundesdeutschen Öffentlichkeit ein Straftatbestand geschaffen, der gemeinhin als »Auschwitz-Lüge« bezeichnet wird. Doch dieser Begriff ist unzutreffend: er wurde von dem ehemaligen SS-Mann Thies Christophersen zu Beginn der siebziger Jahre mit der Absicht geprägt, den nationalsozialistischen Massenmord an Juden als »Lüge« zu entlarven; sein gleichnamiges Buch gilt inzwischen als eines der »Standardwerke« revisionistischer Literatur.

Angesichts juristischer und politischer Begriffsverwirrung scheint es geboten, mindestens den Terminus »Auschwitz-Leugnung« zu verwenden. Doch eigentlich ist in diesem Zusammenhang stets von der »Holocaust-Leugnung« zu sprechen und zu schreiben, werden doch nicht nur die im Vernichtungslager Auschwitz begangenen Verbrechen geleugnet,

sondern sämtliche Gewalttaten des Nationalsozialismus an den Juden in Zweifel gezogen. Von Holocaust-Leugnung muß daher dann die Rede sein, wenn Menschen in geschichtsrevisionistischer Absicht die massenhaft und industriell betriebene Ermordung von Juden aus rassistischen Gründen unter der Herrschaft des Nationalsozialismus bestreiten. Zusätzlich wird von diesen Revisionisten oft auch die Kriegsschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg bestritten. So hoffen sie, Hitler und den Nationalsozialismus von den beiden größten Mäkten zu befreien und in der Öffentlichkeit rechter Ideologie eine breitere Akzeptanz zu verschaffen.

Um der Instrumentalisierung von Kriegsschuldfrage und Holocaust-Leugnung durch rechtsextremistische Propaganda entgegenzuwirken, wurde immer wieder das Strafrecht bemüht. In der Kriegsschuldfrage jedoch vergeblich. Denn noch 1994 stellte das Bundesverfassungsgericht in diesem Zusammenhang fest, daß Auffassungen, die sich in der wissenschaftlichen Diskussion durchgesetzt haben, der Revision und dem Wandel unterworfen bleiben (Beschuß vom 11. 1. 1994). Voraussetzung sei nur, daß es sich in Inhalt und Form um einen ernsthaften Versuch zur Ermittlung von Wahrheit handle. Die Frage, ob das NS-Regime und namentlich Hitler Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges trügen, sei einer Beantwortung durch reine Tatsachenbehauptung nicht zugänglich, sondern erfordere eine wertende Beurteilung. Daher verstoße die Indizierung eines Buches als jugendgefährdend mit der Begründung, es enthalte zur Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges eine falsche geschichtliche Darstellung, gegen das grundgesetzlich verbrieft Recht der Meinungsfreiheit. Darüber hinaus, so das Bundesverfassungsgericht in einem anderen Urteil (Beschuß vom 13. 4. 1994), beeinträchtige die Leugnung der deutschen Kriegsschuld unabhängig von ihrer historischen Anfechtbarkeit keine Rechtsgüter Dritter.

»Vergangenheitsbewältigung« der Justiz

Bei der Leugnung des Massenmordes an Juden in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern liegt der Fall jedoch anders: er ist durch ungezählte Zeugenaussagen bestätigt, weitestgehend wissenschaftlich erforscht und durch Schuldsprüche der Justiz in zahlreichen Prozessen als Tatsache anerkannt. Hierdurch ist die Auseinandersetzung von Gesetzgebung und Rechtsprechung mit der Holocaust-Leugnung nachhaltig geprägt.

Der Frage nach dem Umgang der bundesdeutschen Justiz mit der Leugnung des größten Verbrechens unter der nationalsozialistischen Herrschaft darf man nicht ohne einen kurzen Blick auf die westdeutsche »Vergangenheitsbewältigung« nachgehen. Hier scheinen sich zwei Perspektiven anzubieten: auf der einen Seite die Beteiligung der Richterschaft am nationalsozialistischen Unrechtsstaat, auf der anderen Seite die Verfolgung der NS-Verbrechen durch die bundesdeutsche Justiz.

Doch bei genauerem Hinsehen vermengen sich beide Perspektiven. Wohl keine Berufsgruppe, so vermutet Ingo Müller in seinem Buch *Furchtbare Juristen*, sei aus der Nazi-Zeit mit derart gutem Gewissen hervorgegangen wie die Juristenschaft. Zunächst bestritt man kategorisch die Beteiligung der Richterschaft am Unrecht mit dem Grundsatz: Recht ist, was Gesetz ist – auch unter Hitler. Der Grundgesetzzartikel 103 Absatz 2 (Verbot rückwirkender Strafgesetze) wurde zum juristischen Freibrief für viele NS-Täter; der Gesetzgeber erklärte das deutsche Strafrecht zur alleinigen Grundlage für die Bestrafung von NS-Verbrechen durch bundesdeutsche Gerichte. Aus dem 1951 in Kraft getretenen Artikel 131 des Grundgesetzes ergab sich die Wiedereinstellung großer Teile des öffentlichen Dienstes, darunter auch der Juristenschaft, die nach dem Krieg wegen ihrer Nazi-Vergangenheit entfernt worden waren. Viele der von den alliierten Gerichten verurteilten NS-Verbrecher wurden Anfang der fünfziger Jahre aus der Haft entlassen. Der »Wille zu Integration« hatte sich mittlerweile in weiten Teilen der Bevölkerung und der Bonner Politik durchgesetzt. In der Justiz – in den eigenen Reihen nicht wenige Vorbelastete – war man der Auffassung, die juristische Bewältigung der Vergangenheit sei abgeschlossen.

So war der Massenmord an den Juden unter der NS-Herrschaft in den Anfangsjahren der Bundesrepublik in der Justiz kein Thema. Prozesse kamen mehr oder weniger zufällig in Gang. Erst der »Ulmer Einsatzgruppen-Prozeß« von 1958 bildete in der Strafverfolgungspraxis eine Zäsur. Durch seinen Antrag auf Wiedereinstellung in den Staatsdienst nach Artikel 131 GG war die Staatsanwaltschaft auf die Spur des Hauptangeklagten, des ehemaligen Polizeidirektors von Memel, gestoßen. Der anschließende Prozeß und auch das Urteil gaben Einblicke in die Geschehnisse um den Massenmord eines Einsatzkommandos in Litauen an der jüdischen Bevölkerung. Erst jetzt wurde die Strafverfolgung gegen NS-Verbrecher systematisiert durch die Einrichtung der Ludwigs-

burger »Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen«. Aufgabe dieser »Zentralstelle« war es, Verbrechen zu verfolgen, die außerhalb der Bundesrepublik an Zivilpersonen im Zusammenhang mit den Kriegseignissen, aber außerhalb der eigentlichen Kriegshandlungen begangen worden waren, für die es jedoch in der Bundesrepublik keinen Gerichtsstand gab. Die Arbeit dieser Stelle ermöglichte einige größere Prozesse. Doch deren Umfang und Medienwirkung können keineswegs darüber hinwegtäuschen, daß – so Ralph Giordano – die Tendenz vorherrschte, ausschließlich Tote, nämlich Hitler, Himmler und Heydrich zu den Haupttätern zu machen. Begünstigt wurde diese Rechtsprechung durch die Verjährung aller als Totschlag zu qualifizierenden Tötungsverbrechen 1960 und eine »Amnestie durch die Hintertür« (Müller) des Jahres 1969. Sie führte im Ergebnis dazu, daß die Taten vieler Mordgehilfen bereits 1960 verjährt waren.

Dennoch waren die wenigen »durchgehaltene« Verfahren gegen Beteiligte am Massenmord an den Juden von großer Bedeutung. Diese lag jedoch weder im Nachweis der Taten einzelner Angeklagter noch in einer den Taten angemessenen Strafzumessung für die Beschuldigten. Entscheidend war vielmehr, daß die Angeklagten in der Regel die allgemeinen Feststellungen zum Massenmord an den Juden nicht in Zweifel zogen. Damit wurde der Auschwitz-Prozeß – Mitte der sechziger Jahre vom damaligen hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer als »volkspädagogische Aufklärungsveranstaltung« vorbereitet und durchgeführt – zu einem bleibenden Zeugnis gegen jedes Leugnen des nationalsozialistischen Völkermordes. Doch erst durch die Studentenrevolte 1967/68 und die Kontroverse um die 1979 ausgestrahlte Fernsehserie *Holocaust* wurde die Auseinandersetzung um die Zeit des Nationalsozialismus in weite Kreise der Bevölkerung getragen.

Holocaust-Leugnung und Strafrecht

Im Jahr 1994 wurde sowohl in der bundesdeutschen wie in der ausländischen Presse der Fall des Günter Deckert heftig diskutiert. Deckert, aus dem Schuldienst entlassener Vorsitzender der NPD, hatte in einer Versammlung die massenhafte Ermordung von Juden durch Gas unter der nationalsozialistischen Herrschaft bestritten und Juden unterstellt, sie nutzten diese Behauptung zu ihrem Vorteil aus.

Im Zusammenhang mit den Urteilen gegen Deckert kam es zu heftigen Angriffen auf die



»Scheckbuchdiplomatie«. Genscher während des Golfkriegs in Jerusalem Foto: dpa

Justiz. Zwar hatte das nach einer Revision erneut zuständige Mannheimer Landgericht einem angemessenen Urteil eine völlig unangemessene, äußerst kritikwürdige Urteilsbegründung nachgestellt. Doch die Auseinandersetzung um die grundsätzliche Strafbarkeit der Holocaust-Leugnung wurde durch Unwissenheit auf der einen und unzureichende Gesetzeslage auf der anderen Seite gekennzeichnet. Grundsätzlich lassen sich in diesem Zusammenhang nämlich unterschiedliche Strafbestimmungen – in Kombination – anwenden. Ein Versuch, das Gewirr zu entzerren, lohnt sich.

Im Zuge der ersten großen bundesdeutschen Prozesse gegen NS-Verbrecher und als Reaktion auf antisemitische Schmieraktionen 1959/60 verabschiedete der Deutsche Bundestag 1960 den neu gefaßten Paragraphen 130 des Strafgesetzbuches (StGB). Die drei vorliegenden Entwürfe von Regierung, SPD und FDP hatte man im Rechtsausschuß zusammengefaßt: Mit mindestens drei Monaten Gefängnis oder Geldstrafe sollte bestraft werden, wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen

Frieden zu stören, die Menschenwürde anderer angreift (Bundestagsdrucksache III/1746: S. 5), indem er zum Haß gegen Bevölkerungsteile aufstachelt, zu Gewalt- und Willkürmaßnahmen gegen sie aufruft, beziehungsweise Bevölkerungsteile beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet.

Mehrfach sah der Bundesgerichtshof (BGH) in den sechziger Jahren diesen Tatbestand erfüllt, wenn in Büchern (3 StR 55/60) oder Wahlkämpfen (3 StR 4/67) gegen jüdische Mitbürger gehetzt wurde. Zu Beginn der achtziger Jahre führte die Anwendung des § 130 StGB zur Einziehung des Buches *Der Auschwitz-Mythos*, weil dort ein Zusammenhang zwischen »Auschwitz-Lüge« und Erpreßbarkeit des deutschen Volkes hergestellt wurde (3 StR 414/82). (Dem Autor des Buches, dem pensionierten Hamburger Oberfinanzrichter Wilhelm Stäglich, erkannte die Göttinger Universität 1987 sogar den 1951 erworbenen Dokortitel ab.)

Dennoch blieb der Straftatbestand der Volksverhetzung ein unhandliches Delikt. Durch seine Ansiedlung im siebten Abschnitt des Strafgesetzbuches (Straftaten gegen die öffentliche Ordnung) und die beiden Strafvoraussetzungen a) des Angriffs auf die Menschenwürde und b) der Eignung zur Störung des öffentlichen Friedens waren die Hürden zu seiner Anwendung höher als bei den Straftatbeständen im vierzehnten Abschnitt des Strafgesetzbuches (Beleidigung). So mußte es fast zwangsläufig zum Unwort von der »qualifizierten Auschwitz-Lüge« kommen. Diese lag, so der Bundesgerichtshof in seinem Beschluß vom 16. 11. 1993, insbesondere dann vor, wenn das Schicksal der Juden unter dem Nationalsozialismus als »Erfindung« dargestellt und diese Behauptung mit dem Motiv der angeblichen Erpressung verbunden wurde.

Leugnung des Holocaust beleidigt Juden

Anders geht der Straftatbestand der Beleidigung mit der Holocaust-Leugnung um. Im Jahre 1979 hatte der BGH nämlich ein Urteil gefällt, das Weichen für die Folgezeit stellte: Wer den Rassenmord durch den Nationalsozialismus eine Erfindung nenne, spreche den Juden das unmenschliche Schicksal ab, dem sie allein wegen ihrer Abstammung ausgesetzt gewesen sind. Damit werde das Persönlichkeitsbild der Menschen, die durch die Verfolgung der Juden im »Dritten Reich« besonders gekennzeichnet sind, angegriffen. Zumindest durch die Sondergesetzgebung des nationalsozialistischen Staates seien die jüdischen Staatsbürger in der Bun-

desrepublik zu einer in jeder Beziehung scharf abgegrenzten Volksgruppe geworden. Daher umrissen Äußerungen unter der Bezeichnung »die Juden« den Kreis der betroffenen Personen eindeutig genug, um als Beleidigung der Einzelperson strafrechtlich verfolgt zu werden (§ 185 StGB). So schien im Hinblick auf den Ehrenschatz der in der Bundesrepublik lebenden Juden keine Notwendigkeit zu bestehen, die Verherrlichung oder Verharmlosung von Gewalttaten gegen Juden explizit unter Strafe zu stellen.

Dennoch war die SPD-geführte Bundesregierung Mitte 1982 bemüht, einen neuen strafrechtlichen Schutzbereich im Rahmen der Straftaten gegen die öffentliche Ordnung zu schaffen. Nur so konnte der gesellschaftsbezogene Schutzcharakter deutlich werden, denn dieser Anspruch ließ sich nicht in den Beleidigungstatbeständen verwirklichen, die allein Individualrechtsgüter schützen.

Die ab Oktober 1982 antretende CDU/CSU/FDP-Bundesregierung übernahm zunächst diese Gesetzesinitiative. Schließlich traten verstärkt Schriften in Umlauf, die sich ihrer Tendenz nach aggressiv-kämpferisch gegen die gesellschaftliche und staatliche Ordnung richteten, ihrem Wortlaut nach sich aber auf die Leugnung oder Verharmlosung des NS-Regimes und seiner Untaten beschränkten. Im Bundestag (Bundestagsdrucksache 10/1286; S. 7) wurde argumentiert: Das bisherige Recht sei nicht geeignet, diese Umtriebe erfolgreich zu ahnden: § 130 StGB (Volksverhetzung) erfasse einen Angriff auf die Menschenwürde nur, wenn er mit den darin beschriebenen Mitteln erfolge. Deren Annahme ließe sich aber allein aus der Leugnung oder Verharmlosung nationalsozialistischer Gewalttaten nicht herleiten. Und die Anwendung des § 131 StGB (Aufstachelung zum Rassenhaß) scheitere regelmäßig daran, daß die dafür erforderliche grausame oder unmenschliche Weise der Schilderung fehle.

Der Entwurf sprach sich deshalb für eine Regelung der Materie im siebten Abschnitt (Straftaten gegen die öffentliche Ordnung) aus, weil so ein gewisser Schutz im Vorfeld der Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates gewährleistet sei. Das Schwergewicht lag auf der Sicherung des öffentlichen Friedens: Diese werde durch die zu ahndenden Äußerungen beeinträchtigt, weil sie vor allem bei jungen Menschen die Bereitschaft zur Bejahung des NS-Systems fördern und dadurch zur Beunruhigung der Bevölkerung führen könnten.

So hatte die CDU/CSU-geführte Bundesregierung unter Helmut Kohl zunächst die von der abgelösten Regierung Schmidt übernommene

Gesetzesinitiative (Bundestagsdrucksache 10/1286, S. 4) begründet: Durch die Erweiterung des § 140 StGB (Belohnen und Billigen von Straftaten) um einen Absatz sollte mit einer Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren belegt werden, wer eine unter dem Nationalsozialismus begangene Handlung belohnt oder in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreiten von Schriften billigt, leugnet oder verharmlost.

Doch im März 1985 zog die Führung der Regierungsparteien den Gesetzesentwurf zurück. Klaus-Henning Rosen vermutet im nachhinein, daß sich zwangsläufig auch der federführende Justizminister Engelhard (FDP) dem »Ansinnen vornehmlich der Stahlhelmfraktion [der CDU, d. Verf.] und der CSU anschloß, die Leugnung des Holocaust nur noch als Beleidigung und nicht als eigenen Straftatbestand zu verfolgen«.

Die Empfehlung der Mehrheit (CDU/CSU/FDP) im Rechtsausschuß (Bundestagsdrucksache 10/3242) lag dem Bundestag im April 1985 vor: man wollte auf eine Änderung des § 140 StGB gänzlich verzichten. Es sollte bei der beleidigungsrechtlichen Lösung des Problems (§ 185 StGB) bleiben. Zum Ausgleich sollte lediglich § 194 StGB (Strafantrag) insoweit ergänzt werden, daß die Notwendigkeit eines Strafantrages zur Verfolgung dieses Vergehens entfalle, damit namentlich das Leugnen des Rassenmordes an den Juden während des NS-Regimes von Amts wegen als Beleidigung geahndet werden könne. Allerdings schloß die auch vom Bundestag im Juni 1985 verabschiedete Formulierung des neuen § 194 StGB (Bundestagsdrucksache 10/3242; S. 5) ein Weiteres ein: Ein Antrag auf Verfolgung der Beleidigung war nicht mehr erforderlich, wenn der Verletzte als Angehöriger einer unter der nationalsozialistischen oder einer anderen Gewalt- und Willkürherrschaft verfolgt wurde. Ebenso sollte die Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener geahndet werden.

Leugnung nationalsozialistischer Verbrechen wird bestraft

Hatte die von der SPD und zunächst auch von der CDU/CSU gewählte Lösung die Holocaust-Leugnung gezielt in Visier genommen, so war nun von der ehemals antifaschistischen Schutzrichtung nichts mehr übrig geblieben, wie Heribert Ostendorf damals in der NEUEN JURISTISCHEN WOCHENSCHRIFT feststellte. Im Gegenteil: man stellte, so die Minderheitenmeinung im damaligen Rechtsausschuß des Bun-

destages (Bundestagsdrucksache 10/3242: S. 10), eine nicht vertretbare Gleichgewichtung nationalsozialistischer Völkermordhandlungen – insbesondere an Juden – und sonstiger Gewalttaten unter anderen Gewalt- und Willkürherrschaften her, sowie eine »Verkopplung« des Rassenmordes an den Juden mit den Vertriebungsverbrechen.

Die politische Stimmungslage, in der diese Entscheidung mit der Mehrheit der konservativ-liberalen Koalition gefällt werden konnte, bedarf hier einer kurzen Erläuterung. Wegweisend für den damals von großen Teilen der Konservativen bevorzugten Umgang mit der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts war die im Frühjahr 1985 anstehende Gestaltung des 40. Jahrestages des Kriegsendes in Deutschland. Bundeskanzler Kohl drängte den amerikanischen Präsidenten Reagan zum offiziellen Besuch eines deutschen Soldatenfriedhofes in Bitburg, auf dem auch Mitglieder der (durch das Nürnberger Tribunal zur verbrecherischen Organisation erklärten Waffen-SS) begraben sind.

Auch eine Beziehung zum 1986 ausgetragenen »Historikerstreit« ist nicht gänzlich von der Hand zu weisen, wenn man die Hauptstreitpunkte zusammenfaßt: »Anlaß waren Aufsätze des rechtskonservativen Historikers Ernst Nolte, in denen er die Judenvernichtung zwar nicht geleugnet, jedoch ihre »Singularität« durch die spekulative Behauptung implizit in Frage gestellt hat, daß Auschwitz Hitlers Reaktion auf vorherige und/oder befürchtete zukünftige stalinistische Verbrechen des »Klassen-Mordes oder auf andere »asiatische Taten« gewesen sei. Der Sozialphilosoph Jürgen Habermas griff diesen und andere Versuche von Historikern, die deutschen Verbrechen gegen die anderer Kriegsparteien aufzurechnen bzw. durch diese zu relativieren, 1986 als eine »Art Schadensabwicklung« auf und eröffnete damit eine heftige öffentliche Kontroverse in der Historikerzunft.«¹

Die unter den genannten Umständen geschaffene und am 13. Juni 1985 verkündete 21. Strafrechtsänderung blieb ein »zahnloser Tiger«. Gerade im Verwirrspiel um den bereits erwähnten Fall Deckert wurde deutlich, welch große Verantwortung der Richterschaft in der Begründung ihrer im Zusammenhang mit der Holocaust-Leugnung gefällten Urteile zukommt. So kam es aufgrund eines offenbar schlecht begründeten Urteils und seiner umstrittenen höchstrichterlichen Aufhebung erst 1994 zu einer gesetzgeberischen Klärung.

Um die Rechtslage eindeutiger zu gestalten, die Anwendung der §§ 130, 131 StGB in der

Praxis zu erleichtern und die generalpräventive Wirkung dieser Strafvorschriften zu erhöhen, entschloß sich der Deutsche Bundestag 1994 auf Initiative der SPD-Fraktion (Bundestagsdrucksache 12/6853), die Strafvorschriften zu ändern. Herta Däubler-Gmelin, stellvertretende Parteivorsitzende der SPD, sah zwar Handlungsbedarf auch auf gesellschaftlicher Ebene: »Öffentliche Ächtung, mehr Information für unsere jungen Leute und mehr klare, aber geduldige Auseinandersetzung auch mit den uninformierten und frustrierten Mitläufern der Rechten – das alles muß sein.« Doch für die Hetzer der Rechtsextremisten mußten endlich die »Instrumente des Strafrechts so gestaltet werden, daß sie greifen« (NEUE ZEIT vom 23. 4. 1994).

Durch den ergänzten § 130 StGB (Bundratsdrucksache 416/94) wird nun ausdrücklich die Holocaust-Leugnung mit einer Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bedroht. Bestraft wird, wer eine unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlung in einer Art und Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, öffentlich oder in einer Versammlung billigt, leugnet oder verharmlost. Die Strafandrohung ist auch auf Schriften anzuwenden, ein Vorbehalt für wissenschaftliche Forschung ist angemerkt.

Darüber hinaus stellt § 130 StGB die Aufstachelung zum Haß gegen Teile der Bevölkerung oder gegen eine nationale, rassische, religiöse oder durch ihr Volkstum bestimmte Gruppe ebenso unter Strafe. Dadurch entfällt der Straftatbestand »Aufstachelung zum Rassenhaß« in § 131 StGB, der durch den Begriff »Rassenhaß« Auslegungsprobleme aufwarf, da er an die Begriffswelt der Rassenideologie anknüpfte.

Kann man Geschichtsfälscher bestrafen?

»Allgemein bekannte geschichtliche Tatsachen zu leugnen kann eine Strafe verdienen. Wer etwa behauptet, Deutschland habe am 1. Weltkrieg nicht teilgenommen, oder Adenauer habe 333 bei Issus mitgewirkt, ist durch seine Dummheit genug bestraft. Gleiches muß für die Leugnung der Scheußlichkeiten und Verbrechen der jüngsten deutschen Vergangenheit gelten. Vielleicht ist die Infragestellung der Gaskammermorde eine Spätfrucht der m. E. zu zaghaft aufgearbeiteten NS-Gewaltverbrechen.« So argumentiert Baumann Anfang 1994 in der Kommentierung eines BGH-Urteils zur Leugnung des Massenmordes an Juden (NEUE STRAFRECHTSZEITUNG 1994, S. 392).

Trotz des etwas locker geratenen Vergleichs bei der Leugnung historischer Tatsachen trifft diese Anmerkung den Kern des Problems: Dummheit ist durch Strafe nicht auszurotten, doch ist der wissentlichen Falschaussage von Revisionisten damit beizukommen? Vertraut man einer Umfrage des Forsa-Institutes Mitte 1994, so stimmen 1,9 Millionen Deutsche der Holocaust-Leugnung zu, und 53 % der Befragten möchten einen Schlußstrich unter die NS-Vergangenheit gezogen wissen (NEUE RUHR ZEITUNG vom 1. 6. 1994). Hier scheint sich ein weites Agitationsfeld für die Rechtsextremen anzubieten, zu deren grundlegenden Ideologiebausteinen der Revisionismus schließlich zählt. Ihre Chance besteht unter anderem darin, Unwahrheiten wie die Verneinung der deutschen Kriegsschuld und die Leugnung von Auschwitz gesellschaftsfähig zu machen.

In der Annahme, dieser Gefahr sei mit der Strafbarkeit der Holocaust-Leugnung zu begegnen, mußte der Deutsche Bundestag der Rechtsprechung endlich eine eindeutige Regelung an die Hand geben, wie sie nun durch die Ausformulierung des § 130 StGB erfolgt ist. Die Holocaust-Leugnung muß in der bundesdeutschen Gesellschaft als eine Tabu-Verletzung von extremer Schärfe gelten. Doch nachdenkliche Anmerkungen zur Wirksamkeit solcher Strafbestimmungen seien erlaubt:

Bei Menschen, die die Auffassung der Auschwitz-Leugner ehrlich teilen, wird auch diese Repression keine Einstellungsänderung zur Folge haben. Jene, die wider besseres Wissen den nationalsozialistischen Massenmord an den Juden anzweifeln, um ihre Behauptungen agitatorisch zu nutzen, werden sich als »Märtyrer« unter einer eigens für sie geschaffenen »Sondergesetzgebung« gefallen. Mithin kann die 1994 erfolgte Strafrechtsänderung mit der Absicht, die Holocaust-Leugnung konkret unter Strafe zu stellen, auch als ein Zeichen, ein Signal gegen revisionistische, ja rechtsextremistische Strömungen allgemein gewertet werden. Doch darf es im Strafrecht zu »symbolischer« Gesetzgebung kommen?

Darüber hinaus hat der Bundestag in seiner neuen Gesetzgebung nicht nur die Billigung oder Leugnung der Judenverfolgung mit Strafe belegt. Vielmehr soll gemäß der genannten Bestimmung auch die Verharmlosung des unter nationalsozialistischer Herrschaft begangenen Unrechts verfolgt werden. Hier ergibt sich ein erhebliches Interpretationsproblem in der Frage, ob unbedachte Äußerungen in diesem Zusammenhang schon strafbar sein können und inwieweit einzelne Feststellungen, wie sie beispielsweise im Historikerstreit getroffen

wurden, von der wissenschaftlichen Freiheit gedeckt sind. Und schließlich – bedürfen die Verbrechen des NS-Regimes überhaupt noch der Bagatellisierung oder Leugnung, wenn der Historiker Nolte den Nationalsozialismus allen Ernstes »als die verständliche und sogar unvermeidliche Reaktion (. . .) vor allem der Deutschen, auf die Herausforderung und Bedrohung durch den Marxismus-Leninismus und die bolschewistische Diktatur in Rußland«² darzustellen vermag? Denn eine andere Interpretation der Haltung Noltés lassen seine Äußerungen außerhalb des bereits erwähnten Historikerstreits in einem SPIEGEL-Gespräch des Herbstes 1994 gar nicht zu: »Der Nationalsozialismus, die Gegenvernichtungspartei, wie ich ihn definiert habe, war die radikale Reaktion auf den Sieg der bolschewistischen Ideologie 1917 in Rußland . . .« (SPIEGEL 40/1994, S. 94).

Also kommen wir doch nicht umhin: »Der demokratische Staat vertraut grundsätzlich darauf, daß sich in der offenen Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen Meinungen ein vielschichtiges Bild ergibt, demgegenüber sich einseitige, auf Verfälschung von Tatsachen beruhende Auffassungen im allgemeinen nicht durchsetzen.« (Beschluß des Bundesverfassungsgerichtes vom 11. 1. 1994). Die Menschen in einer Demokratie, die ihre Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit auch in Krisenzeiten unter Beweis stellen wollen, haben keine andere Wahl, als die geistige und politische Auseinandersetzung durchzustehen. Denn: »Die einzig wahrhafte Kraft gegen das Prinzip von Auschwitz wäre Autonomie (. . .)! die Kraft zur Reflexion, zur Selbstbestimmung, zum Nicht-Mitmachen.«³

Anmerkungen:

- 1 Sabine Berghan: Die Auschwitz-Leugnung vor Gericht, in: GEGENWARTSKUNDE 3/94, S. 333–346.
- 2 Hermann Graml: *Alle und neue Apologeten Hitlers*, in: Wolfgang Benz (Hg.): *Rechtsextremismus in Deutschland*, Frankfurt 1994, S. 30–66.
- 3 Theodor W. Adorno: *Erziehung nach Auschwitz* (1966), in: Theodor W. Adorno: *Erziehung zur Mündigkeit*, Frankfurt 1971, S. 88–104.

»Als Jüdin in Deutschland schreiben«

Die Autorin Esther Dischereit skizziert die Gratwanderung jüdischer Existenz in der Bundesrepublik. Im deutschen Umfeld muß das Sprechen und Schreiben über jüdische Identitätsbildung zum Wagnis werden. Schonungslos, aber jenseits dichotomer Festschreibungen entlang des Opfer-Täter-Paradigmas, benennt Esther Dischereit in ihren Romanen *Joëmis Tisch* (1988) und *Merryn* (1992) nicht nur die stereotypen Konstruktionen jüdischen Seins in der »Nach-Nazi-Ära«, sondern die vielfältigen Verdrängungsstrategien der deutschen Täter und Täterkinder. Das öffentliche Ringen um jüdische Identität ist – nach Esther Dischereit – gezeichnet von Verwundung und Selbstausbeutung.

Die Autorin trat nicht nur mit den bereits erwähnten Prosatexten an die Öffentlichkeit, sondern ebenso mit den Hörspielen *Ich ziehe mir die Farben aus der Haut* (1993), *Rote Schuhe* (1994) und dem Libretto *Christoph Dohm* (1995). Zur Zeit arbeitet sie an dem Prosaband *Dicke Frauen* (Arbeitstitel). Nach langjähriger Gewerkschaftsarbeit für die öTV ist Esther Dischereit in diesem Jahr Stipendiatin des Moses-Mendelssohn-Zentrums, Potsdam.

Das Gespräch mit Esther Dischereit führte Alexandra Przyrembel.

Alexandra Przyrembel: In Ihren Romanen – *Joëmis Tisch* und *Merryn* – konkurrieren zwei Stimmen miteinander: die politische, die den Dialog mit der deutschen Öffentlichkeit fordert, und die poetische, die an der Möglichkeit dieses Dialogs zweifelt. Welche Stimme bevorzugen Sie?

Esther Dischereit: Ehrlich gesagt, glaube ich weder an die Kraft der politischen noch an die der poetischen Stimme. Ich zweifle an der Macht des Dialogs, an der Macht des Wortes. Es fällt mir nur nichts anderes ein. Im Laufe der Zeit hat sich meine Vorstellung darüber geändert, wie wichtig das politisch-rationale Wort ist. Heute glaube ich nicht mehr an den unmittelbaren Aufklärungswert von Worten. Dies hat auch seinen Niederschlag in der Literatur gefunden, die ich mache. Lyrik konnte ich überhaupt erst schreiben, nachdem ich meine Meinung über die Bedeutung der politisch-rationale Sprache änderte. Das Schreiben von Lyrik war für mich wie eine Befreiung und führte mich weg von dem Glauben, ich müsse anständige Geschichten erzählen. Also: Subjekt, Prä-

dikat, Objekt; Heldin – Anfang und Ende. Die Beschäftigung mit Lyrik hat mir eine andere Dimension eröffnet.

Den ganzen Menschen berühren, nicht nur seinen Kopf, das möchte ich literarisch erreichen. In meiner Literatur gibt es Momente, die Farbe oder Ton sind; niemand kann unmittelbar sagen, was er empfindet, wenn er eine Kreuzung von blau oder grün liest, einen schrillen Ton hört oder etwas Merkwürdiges riecht. Der Zugang zu einer Person, die Berührbarkeit eines Menschen erschließt sich nicht ausschließlich rational – es geht eben nicht allein um die Berührung oder Aktivierung des Intellekts, sondern es geht um alles – darum, wie sich seine Haut anfühlt, ob er fröstelt und was er sieht. Diese Auffassung von der Person als einer in ihrer Ganzheit ständig präsenten hat dazu geführt, daß ich versuche, alle diese Ebenen zu berühren, mit allen Ebenen zu »spielen«. Es ist mir nicht wichtig, ob alle Passagen z. B. aus *Merryn* rational verstanden werden oder verstanden werden können; ich stelle dem Leser das frei. Er kann über Interpretationsräume verfügen, sie mit seiner ganzen Person ausfüllen. Welchen Geschmack er auf die Zunge bekommt, bleibt ihm überlassen. Ich kann nachher als Autorin nicht sagen: Das ist aber falsch. – Ich habe meine Literatur weggegeben.

A.P.: Das ist ein veränderter Dialog und gleichzeitig der Verzicht auf den politischen Dialog. Haben Sie Ihre Position seit einem Interview mit der ALLGEMEINEN JÜDISCHEN WOCHENZEITUNG vor einigen Jahren, in dem Sie noch eindeutig für den politischen Dialog eingetreten sind, revidiert?

Dischereit: Mein Schreiben überhaupt fasse ich als Teil eines Dialogs auf. Wenn ich an gar nichts mehr glaubte, würde ich vielleicht nur noch meine Türen schließen und ein eremitenhaftes Dasein führen. In dem angesprochenen Interview bezog ich mich besonders auf eine Szene in *Joëmis Tisch*, und zwar auf die Reminiszenzen von Frau Steder, einer Kriegerwitwe. Deren Erwähnung überhaupt war für mich der Dialog. Lange Jahre hindurch war für mich die Situation der anderen Deutschen, deren Erfahrung mit Leid – mit Tod, mit Soldatentod – das es ja auch millionenfach gab, einfach nicht existent. Das hat mich nicht interessiert, darüber habe ich auch nichts wissen wollen. Ähnlich wie die Situation hinter dem »Eisernen Vorhang« –

auch die hat mich nicht interessiert. Ich hatte eher den Eindruck, ein Teil der Deutschen würde bestraft. Ich habe längere Zeit gebraucht, um festzustellen, daß es sich um Menschen handelt.

A.P.: *Joëmis Tisch* operiert oft mit authentisch anmutenden Passagen. Versuchen Sie hierdurch, die Absurdität der Wirklichkeit der deutsch-jüdischen Koexistenz einzufangen?

Dischereit: Die Literatur liegt in der Wirklichkeit, wenn man so will. Die Realität ist so grausam, so absurd, daß der literarische Vorgang der ist, sie zu minimieren, damit sie überhaupt wahrgenommen werden kann. Wenn man sie in voller Breite aufschriebe, würde der Text an Wirksamkeit verlieren. Das wird zuviel und zu dicht, um noch begreifbar zu sein.

A.P.: In *Joëmis Tisch* spielt nicht nur die Absurdität dieser Wirklichkeit eine ganz entscheidende Rolle, sondern auch der Konflikt zwischen der Überlebenden Hannah und ihrer Tochter. Transportieren Sie hier auch Ihre »Wut« – über das Schweigen beispielsweise?

Dischereit: Ich weiß es nicht. Wut macht nur Sinn, wenn sie ausgelebt werden kann – wenn man auch wütend sein darf. Wut ist vielleicht nicht das richtige Wort. Eine eher sinnlose Wut, eine gleichsam im Raum stehenbleibende Wut, die kein Ziel findet, kann sich natürlich nur gegen einen selbst richten – und Ohnmacht verbreiten. Sinn von Wut ist ja eigentlich, daß man wieder mächtig wird, daß man Ohnmacht überwindet. Um diese im Raum stehenbleibende »Wut« geht es eher. Auch in *Merryn* gibt es eine in dieser Beziehung ganz deutliche Stelle, was das Mutter-Tochter-Verhältnis angeht. Merryn beschreibt, daß sie ständig in den Armen der Mutter liegen muß. Also – Gewalt gegen das Kind mit fließenden Übergängen zur Vergewaltigung. Warum das so ist, weiß oder ahnt man zumindest in diesem Buch durchaus, aber das ändert den Vorgang selbst nicht. Es kann keine Wut entwickelt werden. Wie denn auch? Die Umstände, wie es zu diesem Gewaltverhältnis gekommen ist, liegen auf der Hand. Wut ist da unmöglich. Gegen meinen Vater hingegen kann ich Wut entwickeln; der hat stinknormal geschlagen, so wie militarisierte deutsche Männer schlagen.

A.P.: An anderer Stelle haben Sie gesagt, daß in *Merryn* die Identität einer Jüdin in ihrer Ganzheit beschrieben wird. Was meinen Sie damit?

Dischereit: Ich denke, daß die Tatsache, als Jüdin der zweiten Generation geboren worden zu sein, großen Einfluß auf die Fähigkeit hat, ein Mensch mit all seinen Leidenschaften werden zu können, ein Mensch zu werden, der be-

rührbar ist, auch im körperlichen Sinn, für den Sexualität möglich ist. Mir geht es eigentlich darum zu zeigen, wie die Shoah dieses Menschsein mitzerstört, ja tötet – es findet eine innere Tötung statt. Die Problematik der Kinder von Überlebenden liegt in der lebensgeschichtlichen Zuweisung, die Nähe zum Leben und gleichzeitig Nähe zum Tod bedeutet. Natürlich hat der Überlebende überlebt, im existentiellen Sinn. Der Mensch ist, aber mit ihm, in ihm gibt es diese innere Tötung; um diese Dimension geht es mir in *Merryn*. Das wird von nichtjüdischen Leuten schwer gesehen – es ist auch schwer auszusprechen. Natürlich gibt es andere Frauen, deren Liebesfähigkeit destruiert ist – aus anderen Gründen.

A.P.: Geht es um die Chancen einer positiven Selbstbestimmung?

Dischereit: Es geht um Liebesfähigkeit; um die Fähigkeit zur körperlichen Liebe zwischen Mann und Frau zum Beispiel, um die Fähigkeit einer Mutter, ihre Kinder zu lieben.

A.P.: In *Merryn* zeichnen Sie die gleichnamige Protagonistin dem Stereotyp der jüdischen »femme fatale« nach. Inwieweit ist sie Objekt ihrer Außenwelt?

Dischereit: Bei Merryn ist das sehr auffällig: Sie ist festgelegt worden. Ein vollkommen passiv agierender Mensch; unfähig sich zu wehren, weil sie unfähig ist, ihr eigenes Wollen zu erkennen. Sie ist sich selber ein Nichts. Es gibt nur eine Szene in dem Buch, in der sie sich wehrt: als sie ihren Liebhaber bedroht. Aber auch das ist nur ein flüchtiger Moment – unklar, ob real vorgekommen oder nur imaginiert. Hier spielt die Erfahrung des Minorität-Seins, des ewigen Minorität-Seins eine entscheidende Rolle.

A.P.: Wird die Gewalt, deren Opfer Merryn ist, vor allem von der christlichen Außenwelt ausgeübt?

Dischereit: Nein, ich denke nicht. Ich habe ein Hörspiel geschrieben (*Ich ziehe mir die Farben aus der Haut*), in dem die Frau als Opfer eine jüdische Frau ist. In einer Szene ist die Frau selbst gewalttätig gegenüber ihrem Kind. Das ist mir wichtig: Die Opfer können auch Gewalttäter sein und tragen auch die faschistische, militaristische Prägung der Gesellschaft mit. Sie können sich ja nur beschränkt entziehen. Es gibt keine Garantie dafür, daß der Opferstatus zum besseren Menschen führt. Die besondere Verletzbarkeit der Merryn hat natürlich mit ihrem Jüdischsein zu tun. Das ist eine Sensibilisierung, die durch den Körper geht. Insofern hat ihre Gewalterfahrung natürlich mit der Umwelt als christlicher Mehrheit zu tun, aber sicherlich nicht in dem Sinne, daß sie die christ-

liche Umwelt als kollektiven Täter begreifen würde qua Christentum – etwa im Unterschied zum Judentum. Merryn hat ja im Grunde gar keine jüdische Umwelt – sie trifft keine Juden.

A.P.: Wirft die Thematisierung eines gebrochenen Opferstatus nicht auch die Gefahr auf, einen Voyeurismus, letztlich auch einen latenten Antisemitismus in der deutschen Öffentlichkeit zu bedienen?

Dischereit: Dieses Schreiben hat einen Zug von Prostitution – jüdischer Prostitution –, das weiß ich, aber die Alternative wäre Schweigen. Insofern sehe ich keine andere Möglichkeit, als das in Kauf zu nehmen. Natürlich gibt es auch andere Mitnahmeeffekte: Man muß immer damit rechnen, daß die Darlegung komplizierter jüdischer Verhältnisse in einer nicht-jüdischen Öffentlichkeit bestimmte antisemitische Erwartungen bedient. Aber es gibt keinen andere Weg – entweder Prostitution oder Selbstzensur. Das Schreiben überhaupt hat für mich mit der etwas kitschigen Suche nach Wahrheit zu tun, nach jeweils neueren Wahrheiten oder dichten Wahrheiten, bestimmten Erkenntnissen, die ich in Kauf nehmen muß, ob sie mir gefallen oder nicht.

A.P.: Ihr Stück *Ich ziehe mir die Farben aus der Haut* ist mittlerweile in einigen Radio-Sendern gelaufen. Aber die Realisierung, die Produktion ist zunächst auf große Widerstände getroffen. Können Sie jene Argumente noch einmal rekonstruieren?

Dischereit: Ein Stück kann natürlich auch immer literarisch abgelehnt werden. Aber in diesem Fall, denke ich, begründete sich die Ablehnung in der Tabu-Überschreitung: der Wahrnehmung des Juden als Menschen; einer jüdischen Frau mit Kantigkeiten, mit abstoßenden Seiten. Ich habe eine Frau dargestellt – ein Opfer, eine Überlebende – wie immer sie aufgefaßt werden mag –, die in einer sehr groben, brutalen sexuellen Beziehung zu einem nicht-jüdischen Mann steht. Sie bleibt in dieser Beziehung, obwohl sie an ihr leidet, an ihr schier zerbricht. Sie ist Opfer niedriger Begierden, sexueller Abnormitäten – falls es das überhaupt gibt – und von Obsessionen, die das männliche Bild von Unterwerfung widerspiegeln – mit dem ganzen Spektrum des Verhältnisses zwischen einem Kolonisator zu seinem Kolonisierten: eines weißen Herrn zu einem schwarzen Sklaven, eines dominanten Mannes zu einer Frau. Im Grunde erinnert die Beziehung auch an die Beziehungen eines Nazis oder KZ-Kommandanten zu einer jüdischen Frau. Das Stück aber spielt in der Nach-Nazi-Zeit; in der Gegenwart. Das war, denke ich, für die Rezipienten schwierig. Die Frau war im Grunde schamlos, ehrlos, viel-



Esther Dischereit

Foto: Barbara Klemm/Frankfurter Allgemeine Zeitung

leicht war sie eine Hure.

A.P.: War sie abhängig?

Dischereit: Ja – ein Opfer. Es war für sie unmöglich, sich aus eigener Kraft zu befreien, wobei es *keine* äußeren Gründe für diese Abhängigkeit gab. In dem Stück wird nicht geschildert, ob sie möglicherweise ökonomisch an den Mann gebunden war. Es geht ausschließlich um die emotionale Gebundenheit durch die Gewalt, die Ambiguität der sexuellen Beziehung. Dadurch wird das Hörspiel schwer erträglich. Wenn sie nicht Jüdin gewesen wäre, dann wäre dies mit Sicherheit akzeptabel gewesen. Dann hätte es sich um ein »normales« Gewaltverhältnis zwischen Frau und Mann gehandelt, in dem die Frau eine bekannte Rolle inne hat. Aber es ist eben eine jüdische Frau. Dadurch kommt es zu einer Vermischung der Assoziation der Unterwerfung dieser Frau durch den Mann als Nazi, als nazigeprägten Mann, als Täterkind. Im übrigen bleibt es offen, ob der Mann ein Täter oder Täterkind ist; wieviel er überhaupt mit der Vergangenheit zu tun hat – nicht im Sinne von greifbarer Schuld. Wie schon in *Joëmis Tisch* lege ich keinen Wert darauf zu klären, in welcher Generation sich dieser Mann befindet, auch bei der Frau bleibt das hin und wieder offen. Im Diskurs zwischen Juden und Nicht-Juden wird es nur schwer ertragen, daß diese

Zwischentöne auf den Tisch kommen – das geht nah, zu nah und wird auch unanständig. Ich habe das Stück einer Freundin aus Israel gezeigt, die es auf ihre Weise sofort verstand. Sie sagte: Du thematisierst die Hurei der Juden mit den Nicht-Juden. Die nicht-jüdische Öffentlichkeit möchte diesen Dialog doch sehr integer haben und nimmt bis in die Fußspitzen und in die Sexualität hinein Anteil an allen jüdischen Fragen.

A.P.: Findet der Diskurs nicht nur »integer«, sondern auch sehr reglementiert statt?

Dischereit: Ja – deshalb habe ich manchmal gesagt, der Jude in Deutschland muß hundertprozentig Jude sein. Daß der jüdische Mensch auch eine Frau sein kann, mit Begierden und Nicht-Begierden – mit Sozialhilfeproblemen, mit einem sozialen Status als Arbeiterin, was weiß ich, das bleibt immer vollkommen uninteressant. Es gibt nur einen wahrzunehmenden Teil dieses jüdischen Menschen, und das ist diese ganz besondere Jüdischkeit. Der Jude in Deutschland aber, häufig der Religiosität verlustig – das ist ja auch so ein Problem –, wird reduziert auf die Shoah, das bleibt als seine Jüdischkeit, als irgendwie anrührende Geschichte.

A.P.: An diese Konstruktion der »Jüdischkeit« sind offenbar bestimmte ästhetische Erwartungen gebunden?!

Dischereit: Akzeptabel ist folgendes – ich will es einmal plakativ machen: die Stimme eines KZ-Kommandanten – da fallen Schüsse, mit ziemlich kalter Stimme wird berichtet, ein Report verlesen. Ja, so darf man es machen. Aber die Komplexität der Beziehungen zwischen den Menschen, die da beteiligt waren, das auf den Tisch zu bringen, ist einfach noch nicht möglich. Man muß es sich einmal vorstellen, was zum Beispiel in den jüdisch/nicht-jüdischen Familien stattgefunden hat. Auch mitten durch die Familien verlief die Trennlinie zwischen denen, die Sympathien für die Nazis hatten und denen, die sie ablehnten.

Im Grunde wird die Geschichte immer wieder und nach wie vor in ziemlich unfählich weite Fernen als soziologisches, politisches Phänomen transportiert. Es gibt nicht nur eine Wahrheit darüber. Geschichte findet eben statt, mit Dir und mir, mit allen diesen akuten und aktuellen Verhältnissen jeden Tag und beeinflusst jede Beziehung – auch im Bett. Es gibt zwar keinen Automatismus, daß ein Nazi auch ein gewalttätiger Mensch ist – nicht unbedingt. Aber natürlich kann man von dessen ideologischer Disposition her sagen, daß Gewalt da eher angesiedelt ist. Eine unmittelbar lineare Entwicklung konstruieren zu wollen, wäre aber in der Wahrnehmung zu primitiv. Das Gegen-

stück dazu, wie der jüdische Mensch sein soll, pur bitte, in seiner Beschreibung wird er um die Ganzheit gebracht, um seine Leidenschaften und Obsessionen – da aber ist für mich eher der Zugang.

A.P.: Ich würde gerne noch einmal auf den politischen Diskurs zurückkommen. Gibt es eine »linke« Auseinandersetzung mit Ihren Texten? Insbesondere *Joëmis Tisch* bricht mit einem weiteren Tabu, dem linken Antisemitismus.

Dischereit: Ich denke, diese Diskussion hat es ohne *Joëmis Tisch* schon gegeben. Sie ist ungefähr gleichzeitig mit dem Erscheinen des Buches gelaufen – meiner Ansicht nach in einer überschwappenden Selbstkritik. Das führte dann zu einer Abwendung von den Palästinensern. Damit kann ich auch nicht dienen, da wende ich mich auch immer noch zu. Die ganze Debatte wird dadurch erschwert, daß die jüdische »Frage« einfach insgesamt immer noch so behandelt wird, als ob sie in erster Linie durch pro und contra Israel definiert sei. Deswegen ist es offensichtlich für die meisten Deutschen entscheidend, sich sofort dazu zu äußern und bekennen. In den USA ist dieses Bedürfnis nicht so stark, weil es dort mehr, auch jüdische Leute gibt, die selbst Abstand haben wollen zu dieser Art, in der Israel sich selbst als Hort der Jüdischkeit heilig spricht. Es ist dort selbstverständlicher, daß es ein eigenständiges Judentum gibt. In Deutschland ist Israel ein gleichsam sakrosanktes Gebilde. Kritik darf man eigentlich kaum aussprechen, die fällt einem dann auf die Füße wie Gotteslästerung. Es ist auch nicht gerade angenehm, daß es auf der anderen Seite immer um Israel geht. Sehr schnell, zu schnell, wenn man doch eigentlich begonnen hatte, über das Verhältnis von deutschen Juden und nicht-jüdischen Deutschen zu sprechen. Es mag einfacher sein, über »Nationen« zu sprechen.

A.P.: Geht es dabei nicht auch um die Projektion von unverarbeiteten Schuldgefühlen?

Dischereit: Für mich gibt es verschiedene Aspekte: wenn nicht-jüdische Leute in anderthalb Sekunden auf Israel zu sprechen kommen, obwohl das Gespräch mit der jüdischen »Frage« begann, dann hat das eigentlich immer den gleichen Hintergrund: Nicht-jüdische Leute begreifen nicht, was die Shoah mit ihnen zu tun hat. Sie können sehr wohl begreifen, was die Shoah mit den Juden zu tun hat. Aber was es mit ihnen als deutsche Personen, als möglichen Wiedertätern zu tun hat, wird einfach nicht behandelt. Das macht das große Defizit in der Diskussion aus, zum Beispiel nach Rostock, Hünxte und Hoyerswerda wurde ich geradezu notorisch von aufgeschlossenen Menschen –

jung oder alt – gefragt, wie ich mich fühle. Die Leute können sich selbst fragen, wie sie sich fühlen. Es wird einfach nicht begriffen, daß es niemanden gibt, der von der aktuellen Verantwortlichkeit ausgeschlossen werden kann. Überhaupt niemanden. Die Frage: wann habe ich meine Augen geschlossen, stellt sich prinzipiell. Die Geschichte funktioniert auch nicht so, daß man sagen kann, Schlag '33 hätten es alle gemerkt haben müssen oder spätestens '36, wo es dann bereits diese und jene Gesetze gab. Auch unser Dasein jetzt, denke ich, muß von dieser Aufmerksamkeit bestimmt sein. Und von der Frage, wann habe ich welche Vorgänge überhaupt bemerkt und bemerke ich sie? Ist das Geschichte für mich? Wie funktioniert das Etablieren von Diktatur und Repression? Eine Demokratie, die hat man eben nicht mal, die muß belebt werden, sie ist – prinzipiell – immer bedroht. Das würde ich als Bestandteil historischer Verantwortung begreifen. Das geht bis in die Berufe: Wenn ich zum Beispiel Sozialarbeiter bin, muß ich mich fragen, ob der Klient, der vor mir sitzt, Almosen bekommt oder ob er etwas empfängt, das ihm zusteht, und ich bin nur Sachwalter dieses Vorgangs. In dieser Weise eine ständige Verantwortung zu spüren, wäre mir ein Anliegen. Ich erlebe es aber als vollkommen getrennte Diskussion. Man trifft sich abends und redet über die jüdischen Fragen. Und was ich mache, wie ich den Beruf ausübe – wie lieb ich die kleine Macht habe –, das läßt diese Diskussionen ziemlich unberührt. Das ist mein Problem mit dem Wert oder Unwert dieses sehr gepflegten Dialogs. Es gibt da eine geradezu institutionalisierte Betroffenheit.



Menschlichkeit in dieser Welt

Foto: KNA/MISEREOR

Post giro Köln 556-505

MISEREOR

Postfach 1450 • 52015 Aachen

Kontrovers

MANFRED USCHNER

Die hausgemachte Niederlage

In der Januar-Ausgabe der NG/FH wurde ausführlich die Wahlkampfstrategie '94 der SPD diskutiert. Nunmehr meldet sich der frühere persönliche Referent von ZK-Sekretär Hermann Axen zu Wort, um dessen Eintritt in die Kreuzberger SPD ein heftiger Streit entstanden ist.

Die Diskussion über den Ausgang der Bundestagswahlen 1994 ist zu begrüßen. Wenn schon die Vorbereitung und Leitung des Wahlkampfes vorrangig erlauchten Gremien vor allem westlicher Experten überlassen war, wie aus dem Beitrag von Wolfgang Thierse zu entnehmen ist, so sollte doch die Analyse des Mißerfolges breiter geführt werden, um nicht 1998 einen weiteren Reinfall zu erleben, der sehr langfristige negative Auswirkungen für die SPD und eine Alternative »Rot-Grün« haben könnte.

Zweifelloos ist Wolfgang Thierse zuzustimmen, daß die SPD-Niederlage bei den letzten Bundestagswahlen zu einem großen Teil hausgemacht ist. Ein Hauptgrund war für viele Wähler zweifellos die unscharfe inhaltliche und fehlerhafte regionale Schwerpunktsetzung der SPD (das Aufbauwerk Ost und die eigenständige Rolle der SPD hierbei, die Reflexion sozialer Veränderungen in einigen westdeutschen Großstädten und vor allem die Schieflage in Süddeutschland wurden nicht genügend ins Zentrum gerückt). Am Schluß fehlten rund 145 000 Stimmen, die man recht wohl ziemlich leicht im Osten hätte gewinnen können. Aber leider hat man sich nicht eher und glaubwürdiger jenen Menschen in der früheren DDR zugewendet, die aus Wut und Enttäuschung PDS wählten. Kohl war und bleibt dieser Bevölkerungsgruppe obsolet, und die SPD ließ lange Zeit wenig erkennen, wie anders als CDU/CSU und FDP sie mit dem »Neubundi« und seinen Sorgen und Problemen praktisch umgehen würde. »Warum soll ich nur die SPD wählen?« hörte man schon bei den Europawahlen von vielen Bekannten und Freunden. »Was wird da anders und wo ist denn in meiner Nähe einer, der wirklich Sozialdemokrat ist?« Und: »Denen geht es doch nur um Mandate und Pfründe und eine zweite Legislaturperiode« – dies kurz vor der Bundestagswahl. Das waren keine Einzelstim-

men, sonst hätte die PDS keine 20 % der Stimmen im Osten bekommen, Gysi in Marzahn fast 50 %!

Inzwischen wächst die allgemeine Einsicht, daß die PDS deshalb im Osten so stark ist, vor allem in Berlin und Brandenburg, inzwischen auch in Sachsen, weil die SPD so schwach ist, so wenig bürgernah und spürbar in ihrem Wirken. Als Grundübel wird empfunden, daß die Gesamt-SPD zu lange auf jene wenigen fundamentalistischen Stimmen in der Ost-SPD gehört hat, die einmal Bürgerrechtler waren oder zumindest im Herbst 1989 die SPD – in Anwesenheit und unter Kontrolle der STASI – mitgegründet haben: man gebärdete sich zum Teil zugleich als Held und Racheengel, Totalausgrenzer und Verteufler jeglicher DDR-Vergangenheit. Akademiker wissen darum ebenso wie Lehrer, Kindergärtnerinnen und Pförtner. Vielleicht darf ich persönliches Erleben einflechten:

Kürzlich erlebte ich in Potsdam, wie ehemalige politische Häftlinge der DDR mit hohen Zuchthausstrafen, heute Mitglieder der SPD, die sich mit meiner Vita beschäftigt hatten, auf mich zukamen, mich akzeptierten und in mir ihren Genossen sehen wollten. Zwei junge Genossen der SPD hörten dies und fielen bei Gesprächsende vehement über mich und die beiden ehemaligen Bautzeninsassen her: man könne sich doch mit niemandem gemein machen, der einmal in der SED gewesen sei. SED-Leute dürften nicht in die SPD, auch solche nicht, die schon vor der Wende abgeschworen hätten. Die beiden Opfer der DDR-Justiz fielen den attackierenden jungen Damen mit der Frage ins Wort, ob sie nicht wüßten, daß die SED zunächst und vor allem ihre eigenen Abtrünnigen verfolgt und bestraft hätte und fragten, welches ihr eigenes Martyrium gewesen sei. Nun, da kam nichts. Die beiden ehemaligen Häftlinge hakten nach: ob es nicht schändlich sei, das Leid anderer aus Eigennutz oder – schon wieder – neuem deutschen Fanatismus und missionarischem Eifer zu »vermarkten«. Das war hart, denn auch jene, die nicht inhaftiert waren, haben natürlich das Recht, sich auf die Seite der Opfer zu stellen.

Viele in Ostdeutschland meinen, daß Auforderungen, den einzelnen Menschen und seine Biographie zu sehen (W. Thierse), bislang nur platonische Erklärungen geblieben seien, keine Atmosphäre der Versöhnung und Toleranz im Entstehen sei. Aber jeder weiß wohl: Haß erzeugt erneut Gegenhaß, und Haß ist in keiner Weise produktiv!

Zu lange hielt für viele SPD-Sympathisanten die Praxis der totalen Abschottung der SPD-Ortsvereine gegen ehemalige SED-Mitglieder

an. Das führte dazu, daß die SPD in Ostberlin immer noch nur 3600 Mitglieder hat und kaum wächst. Würden nur die Mitglieder und ihre Familienangehörigen SPD gewählt haben seit 1990: es wäre für die SPD gerade in Ostberlin und Brandenburg eine totale Katastrophe geworden.

Aber viele der ehemaligen engagierten SED-Mitglieder wählten nun schon mehrfach SPD, um Kohl und seinem »Plattmachekurs« im Osten, wie sie sagen, eine ihrer Meinung nach gerechte Quittung ausstellen zu wollen. Dank ernteten sie nicht dafür; viele in der SPD haben sicherlich bis heute nicht darüber nachgedacht, von wem sie alles gewählt und »auf Niveau« gehalten wurden. Günter Verheugen erklärte in seiner Wahlanalyse Mitte Januar vor dem Donnerstagskreis der Berliner SPD, daß das Wählerpotential der SPD im Westen erschöpft sei. Einziges Reservoir seien noch die neuen Bundesländer. Hier brauche die SPD zweistellige Zuwachsraten. Viele hier werden die Beurteilung des Bundesgeschäftsführers der SPD teilen. Nur sollte man endlich weniger über die 130 000 PDS-Mitglieder, zum Teil im hohen Lebensalter, schwadronieren und dem bisherigen PDS-Wähler nicht weiterhin unterstellen, Verbrecher oder Stalinisten gewählt zu haben. Das erzeugt Trotzreaktionen, wie sie Ralf Bachmann in seinem Beitrag in NG/FH 1/95 zutreffend beschreibt. Die Klugheit sollte der SPD Anlaß sein, über die ehemaligen 2,3 Mio SED-Mitglieder gründlich nachzudenken, ihre politische und soziale Herkunft und Zusammensetzung, ihr Verhalten nach 1985, d. h. zu Gorbatschow und 1987 zum Ideologiepapier und zur SPD-Entspannungspolitik, über ihr Leben nach der Wende vom Herbst 1989, nach ihrem heutigen Sein und Denken.

Rund 130 000 ehemalige SED-Mitglieder sind heute bei der PDS. Von denen wird man kaum jemanden gewinnen. Hier geht Treue vor Einsicht.

Und der weitaus größere Teil? Lassen wir mal rund 1 Mio. angepaßter Mitläufer und Karrieristen außer Betracht, rund 200 000 verbohrt stalinistische Betonköpfe, denen selbst die PDS zu weit rechts und zu sozialdemokratisch ist: da bleiben immer noch rund 600–800 000 Menschen, die einmal aufrichtig an das Ideal einer sozial gerechten Gesellschaft geglaubt und sich für dieses engagiert haben. Für ein gesellschaftliches Ideal, so Lech Wałęsa, engagieren sich – über die Privatsphäre und den Konsum hinausschauend – maximal 5–15 % einer Bevölkerung, und das seien meist nicht die dümmsten und schlechtesten. Das war auch in der DDR so, und die SPD hatte ja einmal

darauf gesetzt. Was war denn sonst das Endziel sozialdemokratischer Ostpolitik? Wer strebte denn über Jahrzehnte die Sozialdemokratisierung ganz Europas an (siehe das Buch von Hermann Scheer *Die Befreiung von der Bombe*)?

Die SPD hatte die Chance, während und nach der Wende die strategische Mehrheit in ganz Berlin und allen neuen Bundesländern und damit in Deutschland zu erlangen. Diese nicht genutzt zu haben, wird von nicht wenigen Experten und Zeitzeugen heute als großer historischer Fehler bezeichnet. Man ist schon damals in die schlaw aufgestellte Falle der CDU/CSU getappt, die Ende 1989/Anfang 1990 geschickt die zornigen Bürgerrechtler (zeitweilig) nach vorn schob und zugleich mit dem Plakat SPDs Schreckensvisionen verbreitete. Sie hat daher allein auf die »neue«, vermeintlich »total reine« Ost-SPD gesetzt, die zumeist eine Pfarrerpartei war und in breitesten Bevölkerungsschichten bis heute nicht verankert ist. Die genannten 600–800 000 Menschen ließ man trotz der mahnenden Worte Willy Brandts auf dem Berliner Vereinigungsparteitag und aller Versöhnungspassagen in nachfolgenden Parteitagsbeschlüssen außen vor. Man ließ zu, daß sie an Akademien, Hochschulen und Forschungsstätten, in Betrieben und Einrichtungen, »abgewinkelt« wurden (ein israelischer Regierungsdolmetscher sagte mir, das sei ein faschistischer Begriff, man habe ihn bei der »Entsorgung« Deutschlands von den Juden angewandt). Dagegen bemühten sich plötzlich sehr energisch auch einige Trittbrettfahrer der Wende in der Ost-SPD, die bis heute nicht einen einzigen programmatischen Satz der SPD kennen und deren fachliche und menschliche Inkompetenz nun allen Bürgern bewußt geworden ist, um Mandate und Ämter. Die haben sie nun und wollen sie behalten. Deshalb fürchten sie jeden »Neuzugang«. Im Wohnbereich tauchen sie nur kurz vor Wahlen an Info-Ständen bei Kaisers um die Ecke für die SPD auf. Das gilt natürlich nur für einen Teil. Viele andere SPD-Mandatsträger zerreißen sich in ihren Ämtern bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und engagieren sich leidenschaftlich für ihre Partei. Aber gerade sie geben immer kritisch zu, daß bei anderen Neosozialdemokraten Wendebesitzstände und Wendebesitzstandswahrung eine zu große Rolle spielen, was den aufmerksamen Bürger abstoßen muß. Der Eindruck: die sind ja nicht besser als die früheren Privilegierten, kann da tödliche Wirkungen haben. Auch neue Machtarroganz wirkt verheerend.

Wenn da linke Intellektuelle auf dem II. Aktionstreffen der *Aktion für mehr Demokratie* 1994 in Potsdam unter Teilnahme Rudolf

Scharpings und Wolfgang Thierses aufriefen, nun das »einige deutsche linke Potential« für die SPD zu mobilisieren, dann hätte man bei anwesender Einfühlsamkeit nicht übersehen dürfen, daß die Anwesenden objektiv in zwei Lager geteilt waren: da gab es die politischen, materiellen und moralischen Gewinner der Einheit, die dem anderen Teil, den politischen, materiellen und politischen Verlierern der Einheit Job, Dozenturen und Professuren auf kaltem Verwaltungswege abgenommen haben. Wenn SPD-Minister in den neuen Bundesländern oder die zuständige Frau Senatorin in Berlin in dieser Weise handelten, haben alle zu- oder weggeschaut. Da kann dann zusammenwachsen, was zusammengehört!

Und man sollte an die Kinder der von mir bezeichneten Personengruppe denken. Sie werden nicht vergessen, wie mit ihren Eltern umgesprungen wurde, obwohl sie etwas können und zur geistigen Elite gehörten. Ist es nicht an der Zeit, darüber nachzudenken, ob man Systemgegner heranzüchten will?

Immer mehr wird auch dem kühnsten Illusionisten deutlich: Es gibt da keine anderen, imaginären Wählerpotentiale von Bedeutung im Osten, als die von mir angesprochene politisch gebildete und interessierte Bevölkerungsgruppe und ihre Verwandten und Freunde. Daß dieser Gedanke bei Wolfgang Thierse nicht vorkommt, auch in seinem Artikel in NG/FH 1/95 nicht, fällt natürlich auf. Seine Verletztheit nach der Wahlniederlage gegen Heym können viele mitempfinden, aber diese Niederlage wäre nicht nötig gewesen, wenn man sich von den seit 1989/90 eingeschliffenen Grundrastern des Denkens einmal selbstkritisch trennen könnte.

Gewiß, in seinem Artikel spricht Wolfgang Thierse gewichtige Fragen an: die Minderbeachtung der Ostfunktionäre der SPD, organisatorische und mentale Fehler der SPD. Aber nicht wenige Bürger im Wahlkreis Wolfgang Thierses, wo er wirklich sehr viel Konkretes für die Menschen geleistet hat, wundern sich, daß er einfach nicht Abstand nehmen kann von Denkschablonen, die im Herbst 1989 und 1990 seitens einiger Bürgerrechtler gleichsam in Blei gegossen wurden. Und das betrifft vor allem den real praktizierten differenzierten Umgang mit DDR-Geschichte, in die auch die Biographien der ehemaligen SED-Mitglieder, aber auch aller anderen Bürger einfließen. Und am Rande: Wer angebotene Ratschläge z. B. des Kautsky-Bernstein-Kreises e. V. aus einer festgefahrenen Sicht heraus unbeachtet läßt oder nur in winzigem Umfange Unterstützung (Ralf Bachmann) annimmt, der braucht sich dann nicht laufend zu wundern!

Dabei ist das Sympathiepotential für die SPD unter den aufgeschlossenen ehemaligen SED-Mitgliedern, nach einer Scham- und Denkpause von über fünf Jahren, noch groß. Es verschleißt sich aber immer rascher, wenn die SPD nicht sehr bald klare Positionen erkennen läßt, um eine Atmosphäre der Versöhnung, der Toleranz und der Integration des wiedervereinigten deutschen Volkes zu schaffen. Die Partei muß sich öffnen; das politische Rentenstrafrecht muß abgeschafft werden; eine Einkommensangleichung im Osten muß her – ohne diese keine dritte, gravierende Mieterhöhung; eine Revision, wo noch möglich, der Abwicklungspraktiken bei Wissenschaftlern und Künstlern ist vonnöten, die sich in prekären Arbeitsverhältnissen oder schon in Arbeitslosigkeit mit der Perspektive der Sozialhilfe befinden; Freizeitbeschäftigung für die heranwachsende Jugend; neue Ost- und Friedenspolitik. Ralf Bachmann hat in seinem Beitrag (NG/FH 1/95) einige weitere triftige Momente genannt. »Historische Aufarbeitung statt Treibjagd« – wie sie Tilman Fichter (NG/FH 1/95) fordert, ist ein ganz wesentlicher Punkt, und es macht Mut, was er in diesem Zusammenhang schreibt. Nur so kann die Sozialdemokratie die allein ihr zukommende Integrationsleistung gegenüber dem deutschen Volk und Europa vollbringen.

Die rückwärtsgerichteten Ratschläge von Rolf Schwanitz aus dem sächsischen Plauen, das fatale Auftreten von Angelika Barbe bei »Talk im Turm« im Herbst 1994, über das hier im Osten bis heute leidenschaftlich debattiert wird, die Angriffe auf den geschätzten Manfred Stolpe aus den eigenen Reihen – all das läßt in der Bevölkerung der neuen Bundesländer nur zögerlich dem vertrauen, was Rudolf Scharping u. a. gegenüber dem SPIEGEL (Heft 43) erklärte: »Wer sich zu den Zielen der Sozialdemokratie bekennt, den werden wir nicht fragen, in welcher Partei er vorher war und was er vorher politisch gedacht hat. Interessant ist ja vor allem, was er heute denkt.« Nicht wenige meiner Freunde und Bekannten reagierten hierauf mit dem bekannten »Die Botschaft hör ich wohl, allein – mir fehlt der Glaube!«

Kohl geht mit dem Ex-Parteisekretär von Moskau und Swerdlowsk, seinem »Freund Boris«, in die Sauna und hält ihm auch nach dem Massenmord an Tschetschenien die Treue. Genscher rühmt sich seiner Freundschaft und »vertraulichen Zusammenarbeit« mit Ex-Stasi-Minister Schewardnadse. Guyla Horn erhielt trotz seines Verhaltens 1956 den Karls-Preis der Stadt Aachen. Was scheren sich CDU und FDP, um die FDJ-Zentralrats- und Blockparteivergangenheit ihrer ostdeutschen Mandatsträger

und Funktionäre? Sie betreiben pragmatische Machtpolitik, gewiß, aber nur Macht schafft ja bekanntlich Gestaltungsmöglichkeiten. In ganz Osteuropa ließ man keine Massenverfolgung der ehemaligen Elite zu, Vaclav Havel hat sie entschieden gestoppt, auch Walesa, wirkliche Widerständler gegen den »realen Sozialismus« in schwerer Zeit. Spanien und Portugal schafften mühelos den friedlichen Übergang zur Demokratie und Integration des Volkes. Und wie gehen die Deutschen mit ihren eigenen Landsleuten um (einige in der SPD selbst mit langjährigen Vertrauten und Freunden)?

Auch wir sind Deutsche. Wir leugnen nicht Verantwortung, wir leugnen nicht unsere Biographien. Wir haben uns, zum Teil bereits vor der Wende (Streitpapier u. a.), mit sozialdemokratischen Grundwerten, Erfahrungen und Leistungen vertraut gemacht und schätzen sie. Etliche ehemalige SED-Mitglieder suchen eine neue politische Heimat. Sie möchten diese in der SPD finden. Sie haben inzwischen begriffen: Eine Verteidigung von Sozialstaat und Demokratie und mehr soziale Gerechtigkeit sind ohne und gegen die SPD nicht möglich (selbst Gysi von der PDS mußte dies jüngst einräumen).

Wenn denkende Menschen persönliche Konsequenzen aus gewonnenen Einsichten ziehen und dies mit ihrem persönlichen Einsatz unter Beweis stellen, dann sollte man das respektieren.

Wir sind "Öko's"!



Wir zeigen Dir gerne, was Du für die Umwelt tun kannst. Schicke uns diese Anzeige und 6 DM in Briefmarken (Kostenbeitrag u. Porto) und Du bekommst unser "Naturschutzpaket", mit Broschüren, Aktionstips und Infos! Bitte schreibe Dein Alter dazu.

Naturschutzjugend, Königstraße 74, 70597 Stuttgart

FRANZ SOMMERFELD

Heiner Geißlers *black channel*

Es gibt nicht wenige«, schreibt Heiner Geißler in seinem neuen Buch, »die sagen, daß man sich vom herkömmlichen Entwicklungsmodell [der westlichen Welt, F.S.] verabschieden muß. Und sie haben Recht.« – Findet der langjährige CDU-Generalsekretär und Vize der Unions-Bundestagsfraktion im Rentenalter zu revolutionären Gedanken? Zumindest seine Analyse ist für Unions-Verhältnisse revolutionär: »Zum ersten Mal in der Milliarden Jahre währenden Geschichte des Lebens kann eine Spezies die ganze Biosphäre vernichten. Wie Parasiten können wir den Wirt, von dem wir leben, die Erde, zerstören.« Andere haben ähnliches vor Geißler festgestellt. Gleichwohl bleibt der Christdemokrat der erste Parteipolitiker, der sich bei der Entwicklung programmatischer Zielvorstellungen konsequent von den vertrauten deutschen Politik-Mustern für gut und böse, rechts und links, schwarz und weiß, fortschrittlich und reaktionär löst. Fünf Jahre nach Ende des Kalten Krieges ist zu erkennen, wie lange die Raster des Ost-West-Konfliktes deutsche Innenpolitik bestimmten und immer vorhandene Widersprüche verdeckten. Nun lösen sich die Verspannungen. Darin liegt die über Koalitionsdebatten weit hinausreichende Sprengkraft des schwarz-grünen Geturtels.

In welches Kästlein gehört zum Beispiel die Ablehnung der Atomenergie? In das rechte oder linke? Geißler: »Die Union wird auf Dauer an den Atom-Kraftwerken nicht festhalten können, weil die Entsorgung nicht geklärt ist und dadurch für die kommenden Generationen eine lebensgefährliche Bedrohung erwächst.« Spätestens jetzt mag man sich daran erinnern – und Geißler tut es –, daß der Ex-CDU-Abgeordnete Herbert Gruhl den ersten deutschen Öko-Bestseller schrieb. Und war es nicht eher der westdeutschen Oppositions- als der Programmgeschichte der SPD zuzuschreiben, daß neben den Grünen auch beachtliche Teile der SPD zu Trägern des Anti-Atom-Protestes wurden? In den Zeiten der Ost-West-Raketen-Konfrontation mischten sich Anti-Atom- mit Anti-Kriegs-Protesten. Durch die innenpolitische Widerspiegelung des Welt-Konfliktes wurden Oppositionskräfte in Koalitionen zusammengepreßt, die nach dem Fall der Mauer gleichfalls zerfielen. Warum sollten sich heute Konservative nicht

auf den Erhalt der natürlichen Grundlagen der Erde besinnen? Geißler arbeitet solche Fragen in seinem Buch Punkt für Punkt ab. In der Drogenpolitik plädiert er für eine Liberalisierung und will die Freigabe von Marihuana prüfen. Nach seiner Ansicht ist die »bisherige Drogenpolitik der Repression gescheitert und treibt die Kriminalisierung der weichen Drogen, die Beschaffungskriminalität, nach oben und nutzt der Mafia.«

Gegen »Antiimmigrationsdenken und Fremdenabwehr in der Union« plädiert Geißler für ein Einwanderungsrecht nach dem Beispiel der USA. »Die Amerikaner«, schreibt Geißler, »lassen zehntausende von jungen Asiaten, die hungrig nach Wissen und leistungsbereit sind, in ihr Land. Sie erwarten von ihnen einen intellektuellen Push nach vorne.« Am schärfsten und emotionalsten sind seine Passagen zur Frauenpolitik: »Eines der größten ethischen Defizite«, schreibt er, »ist die nach wie vor vorhandene, zum Teil brutale Diskriminierung der Frauen. Ihre systematische Mißachtung, Demütigung, Deklassierung schreit zum Himmel.« Der langjährige Generalsekretär spricht über die Gesellschaft, aber gerade hier ist zu spüren, wie genau er das Milieu seiner Partei kennt. Er fordert den »Abschied von der Männergesellschaft« und erläutert: »Er kann aber nur durch die Männer selbst vollzogen werden, weil sie die Mächtigen sind.«

Geißler faßt die neuen Ziele für die CDU zusammen: »Bundesstaat Europa, Überwindung des Nationalstaates, Verantwortung Deutschlands für die Menschenrechte in der Welt, soziale und ökologische Weltfriedensordnung. . . . Abschied von der Männergesellschaft, technologische Innovation. Subsidiarität, Ökologische und Soziale Marktwirtschaft, multikulturelle Gesellschaft im Rahmen der Verfassung.« Fast wie ein Manifest endet Geißlers Arbeit, die als politisches Tagebuch der vergangenen einhalb Jahre begann. Er will seine Partei erneuern. Erneuern, fordert der Politiker von sich selbst, heißt »Streit anzufangen«. Geißler ist dazu bereit und fähig.

Die Radikalität seiner Gedanken fasziniert die Öffentlichkeit und besonders Grünen ungeachtet aller tagespolitisch bedingten Koalitions-Dementis. Der Reiz seines Buches liegt darin,

daß Geißler nicht nur über die eigene Partei, sondern die Gesellschaft schreibt. Die öffentliche Resonanz ist entsprechend: Leitartikel in allen großen Tageszeitungen, Berichte in den Magazinen. Gleich drei Beiträge einschließlich des Aufmachers auf Seite eins widmete DIE ZEIT dem Buch und seinem Autoren. Seitdem Oskar Lafontaine Ende der achtziger Jahre über die Neuverteilung der Arbeit dachte und schrieb, gibt es aus der sozialdemokratischen Opposition keine ähnlich wirksamen intellektuellen Anstöße.

Nun trösten sich manche in der SPD damit, daß Geißler heute am Rande der Union zu orten ist. Ein billiger Trost. Denn solche intellektuellen Verstöße gegen Partei-Reglements entwickeln sich selten in den Zentren der Organisationen. Zudem steht der Unions-Politiker nicht allein: Kohl mußte Rita Süßmuth entgegen anderen Überlegungen wieder zur Bundestagspräsidentin wählen lassen. Friedbert Pflüger, der sich mit seinem Protest gegen die Heitmann-Kandidatur den Zorn des Unions-Milieus zuzog, kehrte zurück in den Bundestag. Michael Friedman vom Präsidium des Zentralrates der Juden wurde in den Bundesvorstand der CDU gewählt. Junge Abgeordnete stärken diese Kerngruppe.

Am bemerkenswertesten an der Debatte über Geißlers Buch bleibt das Schweigen des Unions-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Schäuble zur aktuellen schwarz-grünen Koalitionsdebatte. Schon im letzten Jahr hatte er den Grünen Normalität attestiert und bei Wiederholung baden-württembergischer Wahlergebnisse erneute Koalitionsverhandlungen mit ihnen angekündigt. Der Pragmatiker will das Unions-Milieu nicht unnötig schrecken. Doch er weiß genau, daß neue aktuelle Konstellationen schlagartig festgefahrene Haltungen in Parteimilieus aufbrechen können. Das politische Spiel der beiden Dicken im Bundestag – Helmut Kohl und Joschka Fischer – findet hier seine intellektuelle Ergänzung.

Die SPD schweigt. Genau und genüßlich notiert Geißler die Tradition antigrüner Ressentiments in der SPD von Holger Börners Drohung mit der Dachlatte über sozialdemokratische Wutausbrüche anlässlich der Wahl von Antje Vollmer zur Bundestags-Vizepräsidentin bis hin zur Weigerung der SPD-Fraktionsführung, den Grünen einen zweiten Sitz in der ersten Reihe des Bundestages zuzugestehen, wie es die Union für die FDP tat. »Die Sozialdemokraten«, schreibt Geißler, »haben es sich zum großen Teil selbst zuzuschreiben, daß die Grünen ihnen gegenüber schon rein atmosphärisch auf Distanz gegangen sind.«

Mit diesem Buch gräbt Geißler einen geisti-

gen *black channel* zu den Bündnis-Grünen. Er weiß, daß das Zeit braucht. Doch er hat seinen Kanal bereits weiter vorangetrieben, als der öffentliche Anschein vermuten läßt. Er ist so tief, daß er die Parteienlandschaft verändern wird.

Heiner Geißler: Gefährlicher Sieg. Die Bundestagswahl 1994 und ihre Folgen. Verlag Kiepenheuer und Witsch, Köln 1995, 288 S., DM 38,-

RÜDIGER GÖRNER

Das erzählte Imperium

Über Edward W. Saids Studie
Kultur und Imperialismus

Imperiale Politik, das besitznehmende »Hinausgreifen über angrenzende Territorien in ferne Länder«, stellte sich häufig als ein quasi ideologisches System von Projektionen dar: die Projektion der eigenen Kultur auf andere, des Willens zur Weltmacht, einer spezifischen, zunächst eingebildeten, dann gewaltpolitisch umgesetzten Weltrolle. Imperiale Politik diente im 19. und 20. Jahrhundert überdies als Ventil für innenpolitische Spannungen, meist sozio-ökonomischer Art. Durch Expansion wurde die Widersprüchlichkeit in der eigenen Kultur zu verdrängen versucht: in Wirklichkeit verschärfte sie sich und wurde zudem noch auf die kolonisierten Völker übertragen.

Der europäische Imperialismus ist von Anfang an auch ein literarisches Thema gewesen. Von der Kapuzinerpredigt des Bartolomé de Las Casas gegen die Versklavung der westindischen Völker durch Spanien (1552) bis zur emphatischen Kritik am Spätimperialismus durch Leonard Woolf und George Orwell finden sich unzählige Versuche fiktiver oder dokumentarischer Art, die Problematik imperialen Denkens und Handelns zu reflektieren. Darüber hinaus kennt die Weltliteratur wichtige Romane, die von imperialem Bewußtsein geprägt sind. Sie sind nicht primär mit apologetischer oder kritischer Absicht geschrieben worden; vielmehr gingen sie von der Existenz des Imperiums aus. Es war eine Gegebenheit, ein integraler Bestandteil der politischen Lebenswirklichkeit, den man für selbstverständlich hielt. Diese Ro-

mane kritisierten einzelne koloniale Praktiken, aber nicht den Kolonialismus als solchen.

Edward W. Said, dessen 1978 vorgelegte Untersuchung über den europäischen Orientalismus für weltweites Aufsehen gesorgt hat, beschäftigt sich in seiner jüngsten Studie mit eben jenen Romanen, die von implizitem imperialen Bewußtsein geprägt sind. Er fragt nach dem »Wechselspiel zwischen der Verfolgung nationaler, imperialer Ziele und der allgemeinen Nationalkultur« und nach der »Welthaltigkeit« von Romanen wie Dickens' *Dombey and Son*, Conrads *Heart of Darkness* und dem novellistischen Werk E. M. Forsters, wobei seine Analyse des postkolonialen Bewußtseins von Albert Camus von besonderem Interesse ist. Denn gerade bei Camus zeigt sich das literarisch reflektierte Wechselverhältnis von imperialer Kultur und der Emanzipation von ihr (im Falle Algeriens) am eindrucksvollsten.

Said lenkt unsere Aufmerksamkeit aber auch auf W. B. Yeats und damit auf Irland, das einzige Land Westeuropas, das unmittelbar unter den Folgen des (britischen) Imperialismus bis heute zu leiden hat. Yeats spielte eine Doppelrolle: Als ein irischer Nationaldichter und als einer der wichtigsten Poeten englischer Sprache, als Vertreter einer unterdrückten Nation und als Repräsentant einer imperialen Kultur. Das Wichtige und weitgehend Neue an Suids Untersuchung ist, daß er das imperiale Bewußtsein als einen ästhetischen Erfahrungswert darzustellen versteht und damit eine wichtige Ergänzung zu den gängigen politisch-historischen Imperialismus-Theorien liefert. Denn diese ästhetische Vermittlung des Imperialen lieferte einen wesentlichen Beitrag zu jener *Atmosphäre*, die dazu verhalf, die imperiale Machtentfaltung einzelner europäischer Staaten auf eine so lange Zeit hin zu ermöglichen.

Said konzentriert sich auf den westlichen Imperialismus und sein Ausgreifen auf Afrika und Asien. Die ästhetische Reflexion des kontinentaleuropäischen Imperialismus (Rußland, Habsburg) spart er aus. Es wäre von größtem Interesse, dieses Projekt, auf Suids Parametern aufbauend, in Angriff zu nehmen und zu untersuchen, ob es spezifische Unterschiede in den Erzählweisen über den westlichen und mittel- und osteuropäischen Imperialismus gibt. Was unterscheidet zum Beispiel den imperial instrumentalisierten Habsburg-Mythos (Claudio Magris) vom Sendungsbewußtsein Frankreichs und Großbritanniens? Läßt sich dieser Unterschied auch ästhetisch bezeichnen?

Dies sind Fragen, die sich bei der Lektüre von Suids Studie aufdrängen, gerade weil sie sich um ein präzises Orten des Erzählers im in-

telektuellen Diskurs im Zeitalter des Imperialismus bemüht. Im Mittelpunkt von Suids Analyse steht Joseph Conrads Roman *Heart of Darkness* – und das mit voller Berechtigung; handelt es sich doch bei diesem Roman um den seltenen Versuch, das Andere, das Dunkle Afrikas, das Unbekannte, das durch die Kolonisierung einer Zwangsverwandlung unterworfen werden soll, näher zu bestimmen, novellistisch sprechen zu lassen. Jedoch konnte sich auch Conrad nicht dazu bringen, diese genuine Sprache Afrikas wirklich zu Wort kommen zu lassen. Im Zweifelsfall obsiegte die europäische Perspektive. Dabei betonte er in seinem Roman die britische »Redlichkeit« in kolonialen Dingen und stellte sie, ein gleichsam nebenbei erzielter propagandistischer Effekt, der belgischen »Habgier« gegenüber.

Ambivalent blieb Conrads Kritik am Prinzip des Imperialismus: »Die Eroberung der Erde, die meistens darauf hinausläuft, daß man sie denen wegnimmt, die eine andere Hautfarbe oder etwas flachere Nasen als wir haben, ist keine hübsche Sache (sic!), wenn wir ein bißchen genauer hinsehen. Was das Ganze erträglich macht, ist nur die Idee. Eine Idee dahinter: kein sentimentaler Vorwand, sondern eine Idee; und ein selbstloser Glaube an die Idee – etwas, woran man sich halten und vor dem man sich verneigen und dem man auch Opfer bringen kann. . . .« Gewiß, das ließ Conrad seinen Erzähler sagen; aber diese Halbheit in der Kritik an der kolonialen Praxis war durchaus Conrads eigene gewesen.

E. M. Forster wählte einen anderen Weg der Kritik, einen sehr englischen: Er ironisierte einfach das Verhalten der Kolonialherren in Indien, parodierte ihr Auftreten und ließ seine Leser lächeln (nicht lachen!) über ältere Damen, die sich auf einem Elefantenrücken zur nächsten Teeparty tragen ließen.

Die Studie *Kultur und Imperialismus* begnügt sich nicht mit der Analyse imperial bewußter Erzählwerke; sie bemüht sich um die Darstellung des Verhältnisses von »Einbildungskraft und Politik im Zeitalter der Macht«, mithin um die Klärung der Frage nach der politischen Umsetzung von Machtphantasien und der ästhetischen Transformation eines bestimmten politischen Bewußtseins. Dabei weist Said auf die Wunden und Narben, die der Imperialismus den kolonisierten Kulturen hinterlassen hat, auf die Gründe ihrer zum Teil nationalistisch-militanten Selbstfindungsversuche in der postkolonialen Epoche und auf die Spätfolgen des Imperialismus für die kolonisierenden Kulturen: Großbritannien und Frankreich sind zu den ersten Einwanderungsländern in West-

europa geworden. Gerade dort haben sich dezi-
diert multikulturelle Gesellschaftsformen gebil-
det. Said's abschließend: »Der Imperialismus
konsolidierte die Mischung von Kulturen und
Identitäten weltweit. Seine schlimmste und pa-
radoxeste Gabe aber war es, die Menschen
glauben zu machen und glauben zu lassen, sie
seien einzig, hauptsächlich beziehungsweise
ausschließlich weiß oder schwarz oder westlich
oder orientalistisch.«

Der Imperialismus hat sich im nachhinein
als eine von machtwahnhaften Fiktionen ge-
nährte Politik erwiesen. Es bleibt zu wünschen,
daß nicht nur ihre grabentiefen Flurschäden
überdauern, sondern daß sie sich tatsächlich in
ein human geprägtes, multikulturelles Mitein-
ander auf Dauer verwandeln können. Der Ro-
man über *diese* Lebenserfahrung ist erst noch
zu schreiben.

*Edward W. Said: Kultur und Imperialismus.
Einbildungskraft und Politik im Zeitalter der
Macht, aus dem Amerikanischen von Hans-
Horst Henschen; S. Fischer Verlag, Frankfurt
am Main 1994, S. 476, DM 68,-*

JÜRGEN SEIFERT

SPD und SDS

Brief an Willy Albrecht

Sehr geehrter Willy Albrecht, –
Als ich Ihr Buch »Der Sozialistische Deut-
sche Studentenbund (SDS)« in die Hand bekam,
fragte ich mich, warum dieser Geschichte, die
heute über drei Jahrzehnte zurück liegt, nach
der Darstellung von Jürgen Briem, Tilman
Fichter und anderen noch eine Untersuchung
widmen? Sie haben mich überzeugt: Es lohnt
sich! Allerdings hat mich Ihre Sichtweise her-
ausgefordert. Ich will Ihnen meine Einschät-
zung an Hand von acht Punkten exemplarisch
mitteilen.

1. Es ist in meinen Augen sinnvoll, die SDS-
Geschichte (insbesondere Spaltung und den Be-
schluß über die Unvereinbarkeit der Mitglied-
schaft in der SPD mit der im SDS) aus der Sicht
einiger damals verantwortlicher SPD-Politiker
und der Gründer des Sozialdemokratischen
Hochschulbundes (SHB) an Hand der dazu exi-

stierenden Akten darzustellen. Sie haben bisher
nicht berücksichtigte Akten – vor allem aus
dem Archiv für soziale Demokratie der Fried-
rich-Ebert-Stiftung – ausgewertet. Das eigent-
liche Verdienst Ihrer Arbeit sehe ich im Heraus-
arbeiten der doppelten Frontstellung, in der die
für den späteren SDS ausschlaggebende »Vor-
standsgruppierung« ab Januar 1959 in einer
Auseinandersetzung nach zwei Seiten stand: ei-
nerseits gegenüber einer Fraktion, die sich um
die kommunistisch infiltrierte Studentenzei-
tung KONKRET gebildet hatte; andererseits ge-
gen den Flügel, der die SDS-Politik bis 1958 be-
stimmt hatte, der abgewählt worden war und
beanspruchte, nur er sei »SPD-loyal«. Sie zei-
gen, daß beide Flügel (trotz sonst konträrer Po-
sitionen) ein gemeinsames Interesse hatten,
den SDS aus der »sozialdemokratischen Bewe-
gung« auszugrenzen, um ihn zu zerschlagen
oder für sich nutzbar zu machen.

Es gelingt ihnen, ansatzweise deutlich wer-
den zu lassen, mit welchen Methoden dabei ge-
arbeitet wurde. Konflikte wurden nicht offen
ausgetragen, sondern über einen Dritten: den
SPD-Parteivorstand. Motto der einen: Papa soll
endlich den bösen Jungen aus dem Haus jagen.
Mittel der anderen: Gefälschte Papiere und Be-
schimpfung der SPD. Doch Sie können nicht ver-
stehen (und deshalb auch nicht vermitteln), daß
der Widerstand des SDS gegen seine Liquidation
den SDS über sich hinauswachsen ließ. Nur des-
halb konnte der SDS später zum Katalysator der
Studentenbewegung werden.

2. Vermutlich haben Sie Ihre Arbeit vor
1990 begonnen. Dennoch bleibt mir schleier-
haft, warum Sie als qualifizierter Archivarbei-
ter nicht die Gunst der neuen Situation genutzt
haben, den Versuchen, den SDS kommunistisch
zu infiltrieren, durch Auswertung der entspre-
chenden SED-Akten nachzugehen. Vermutlich
ist Ihnen gar nicht der Gedanke gekommen,
daß für die Forschung seit fünf Jahren Archive
offen sind, die zur Darstellung einer neuen SDS-
Geschichte heute unerlässlich sind; sonst wären
Sie auf diese Frage doch in Ihrer Einleitung
eingegangen. Ich kann deshalb nicht glauben,
daß Sie diesen schweren wissenschaftlichen
Fehler absichtlich gemacht haben. Doch an
Hand dieser Quellen wäre vermutlich deutlich
geworden, wie haltlos die von den Gründern des
SHB und einigen Sozialdemokraten gegen die
SDS-Führung (ab 1958) erhobenen kommunisti-
schen Verdächtigungen waren, die nicht nur
zum Abbruch der Beziehungen, sondern zum
Boycott und der Verweigerung des Grußes
führten. So wird ein anderer Historiker Ihren
Text korrigieren müssen.

3. Einen zentralen Fehler Ihrer Arbeit sehe



Neunundachtziger: Junge DDR-Flüchtlinge in der Prager Botschaft, 1989

Foto: dpa

ich darin, daß Sie nicht begriffen haben, daß die örtlichen studentischen Gruppierungen gegen die Atombewaffnung (auch wenn in diesen SDS- oder SPD-Mitglieder eine Rolle spielten) nicht auf Grund der Aktivität des SDS-Bundesvorstandes (oder einzelner Mitglieder) entstanden waren. Sie begreifen nicht, daß diese Gruppen so etwas zustande brachten, was als »studentische Anti-Atombewegung« bezeichnet werden muß. Diese Bewegung aktivierte Studierende, die aus Jugendbünden, den Schülerzeitschriften und der -mitverwaltung oder den evangelischen Studentengemeinden kamen, aber zuvor nichts mit der SPD zu tun hatten. Mit der Gründung der Aktion »Kampf dem Atomtod« versuchte die SPD doch auch, solche Menschen anzusprechen.

Es gelang der »KONKRET-Fraktion«, einige der so Politisierten zu gewinnen. Die große Mehrheit jedoch war die Basis für eine neue Mehrheit im SDS. Die Anhänger der studentischen Anti-Atombewegung taten dies, weil sie sich als »links« verstanden und weil sie in den

Konsequenzen der atomaren Aufrüstung mit Robert Jungk eine Gefahr für die Demokratie sahen. So ergab sich eine Zusammenarbeit zwischen den »Altlinken« im SDS und diesen neuen Mitgliedern. Sie zitieren (S. 338) den früheren SDS-Bundesvorsitzenden Johannes Reinhold mit dem Satz: »Die Männer des Präsidiums kennen die Politik, der Schreiber dieser Zeilen kennt den SDS.« Reinhold kannte die »Altlinken«; aber er hat ebenso wie die Parteispitze (und auch Sie) nicht erkannt, daß sich der SDS durch die studentische Anti-Atombewegung verändert hatte.

4. Sie sehen einen der Gründe für den Konflikt zwischen SPD und SDS darin, daß die SDS-Führung die »Wendung« der SPD-Spitze von der Kampagne »gegen den Atomtod« nach der Landtagswahl in NRW im Sommer 1958 und der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Volksbefragung in SPD-Ländern nicht mitgemacht habe (S. 17; siehe auch S. 312). Sie übersehen, daß der Berliner Anti-Atomkongreß im Januar 1959 bereits im Sommer 1958, d. h.

vor der »Wendung« der SPD-Spitze vereinbart worden war und daß es dem SDS auch darauf ankam, die Anhänger der studentischen Anti-Atombewegung für die Mitarbeit im SDS zu gewinnen. Weil Sie die Vorgänge aus der Sicht der Apparate sehen, machen Sie aus einem adäquaten Verhalten des SDS zu einem politischen Prozeß (in gleicher Weise hat sich Willy Brandt ein Jahrzehnt später zu den Anhängern der studentischen Protestbewegung verhalten) eine »Kampfansage« gegen die SPD-Führung. Sie wollen auch nicht sehen, daß man politische Bewegungen nicht wie durch einen Schalter einfach an- oder ausdrehen kann. Sie fragen nicht einmal, warum die neugewonnenen SDS-Aktivisten aus einer Bewegung sich (auch angesichts des »Deutschlandplanes« der SPD vom Frühjahr 1959) nicht auf Hochschulpolitik beschränken wollten. Das politische Umfeld (insbesondere das erst im nachhinein legitimierte Vorpreschen Wehners durch seine NATO-Rede 1960) blenden Sie weitgehend aus.

5. Sie zitieren (S. 310) einen Beitrag in den BLÄTTERN FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK (Juli 1958, S. 524 ff). Sie kritisieren die beiden Autoren des Textes und schreiben, diese hätten »die Parlamentsmehrheit generell disqualifiziert«, indem sie von einer »gegen den Willen des Volkes« durchgesetzte Rüstungspolitik als »Symptom einer geistigen Aushöhlung der Demokratie« gesprochen hätte. Ihr Vorwurf an die Autoren lautet: damit »traten sie für eine »Demokratie« ein, die nicht mehr mit der des Grundgesetzes, die auf den Prinzipien der parlamentarischen Demokratie beruhte, vereinbar war«. Unmittelbar anschließend fahren Sie fort: »Es war deshalb (!) verständlich, daß die Aktion »Kampf dem Atomtod« im allgemeinen und insbesondere die Sonderaktion (!) der Studenten bei nicht wenigen Spitzenpolitikern der SPD . . . auf Skepsis, ja auf eine wachsende Gegnerschaft stieß.«

Zunächst halte ich für geboten, die elf von Ihnen zitierten Worte aus den BLÄTTERN . . . in den Zusammenhang des Textes zu rücken: »Es war im Bereich der Hochschulen nicht zuletzt das Verhalten des RCDs, das den Kampf gegen die atomare Aufrüstung zum Kampf gegen die Totalität derer werden ließ, die in starrer Freund-Feind-Haltung und im Gefühl der Überlegenheit durch die parlamentarische Mehrheit im Bundestag jede Toleranz und Partnerschaft preisgaben. Das brachte vielen zum Bewußtsein, daß die gegen den Willen des Volkes durchgesetzte Rüstungspolitik Symptom einer geistigen Aushöhlung der Demokratie ist. Diese Erweiterung der Auseinandersetzung führte immer mehr zu einer Anlehnung an die

politischen Hochschulgruppen und zu der Erkenntnis, daß die hier entstandene Aktivität einer Konzeption bedarf, wie sie nur von gleichgesinnten politischen Hochschulgruppen aus gewonnen werden kann.«

Das hieß, werdet Mitglieder in den Arbeitsausschüssen oder im SDS. Wenn Sie daran Anstoß nehmen, daß »parlamentarische Mehrheit« und »Willen des Volkes« in einen Widerspruch gesetzt werden, dann übersehen Sie, daß das damals der Politik der SPD entsprach. Gerade deshalb sollten doch in SPD-regierten Ländern Volksbefragungen durchgeführt werden. Das Bundesverfassungsgericht hatte (als der Beitrag geschrieben wurde) noch nicht gegen die Volksbefragungen entschieden. Auch das Klima bei der damaligen Landtagswahl in NRW darf nicht übersehen werden. Im Wahlkampf hatte die CDU gesagt: »Wer nicht zur Wahl geht, wählt SPD. Wer FDP wählt, wählt SPD. Wer SPD wählt, wählt Ulbricht. Darum jede Stimme für Konrad Adenauer.«

Doch nun zu Ihrem Vorwurf der Verfassungsfeindlichkeit: Da viele Staaten und auch mehrere Bundesländer die repräsentative Demokratie durch den Volksentscheid ergänzen, ist es absurd, Leute als außerhalb der Verfassung stehend zu bezeichnen, die zwischen dem »Willen des Volkes« in einer Sachfrage und der repräsentativen Demokratie unterscheiden. Sie kommen zu Ihrer Überinterpretation doch nur deshalb, weil der Text von Ulrike Meinhof und von Jürgen Seifert stammt. Zu Ihrem Vorurteil paßt, daß Sie Ulrike Meinhof eine SDS-Mitgliedschaft anhängen (sie hat erst später, dann knapp ein Jahr, dem SDS angehört). Sie verzichten auch darauf, Ihre Spekulationen über die Wirkung unseres Textes auf »Spitzenpolitiker der SPD« auch nur ansatzweise zu belegen. Ihre heutige Einschätzung blockiert Sie. Wer kannte im Juli 1958 Ulrike Meinhof und Jürgen Seifert?

Es geht mir um den Stil. Spiegelt dieser nicht die Anschuldigungen beim Parteivorstand wider, die furchtbare Logik der Denunziation, auf die Sie in den Akten des Parteivorstandes gestoßen sind?

6. Sie beschreiben das »Bündnis der beiden extremen Flügel« gegen die »Vorstandsfraktion« auf der Delegiertenkonferenz 1959 und sagen, ein solches Wahlbündnis war »gar nicht so überraschend« (S. 351). Zugleich machen Sie dem damals gegen dieses Bündnis gewählten Vorstand (wie die Parteispitze) den Vorwurf, daß er in der Folgezeit nicht stärker auf den »rechten Flügel« zugegangen sei. Die Parteispitze forderte zudem, wir müßten auch den Rest der »KONKRET-Fraktion«, den »Hüller-Flü-

gel«, ausschließen. Die Zusammenarbeit mit den »Rechten« war deshalb schwierig, da dieser Flügel diese verweigerte. Es gab auch etwas, was Sie vielleicht nicht verstehen können: An meiner Stimme bei der Delegiertenwahl in Münster/Westf. hatte es gehangen, daß nicht Ulrike Meinhof, sondern Jochen Gründert 1959 Delegierter wurde. Doch Gründert war auf Grund der negativen Fixierung seiner Freunde auf den »Vorstands-Flügel« nicht nur bereit, sich vom Hüller-Flügel wählen zu lassen, sondern sogar Mitglieder dieser Fraktion in den Vorstand aufzunehmen; jetzt aber warfen er bzw. seine Freunde und die Parteispitze uns vor (so etwas produziert das System des Denunzierens), daß wir eben diese SDS-Mitglieder und ihre Freunde (für uns: bloß wegen ihrer abweichenden Meinung) nicht ausschlossen.

7. Viele Konfliktpunkte der damaligen Zeit kann man unterschiedlich interpretieren. In meiner Sicht räumen Sie der angeblich »mangelnden« Anerkennung des Godesberger Programms durch den SDS im Rahmen der Auseinandersetzung eine zu »große Rolle« ein. Für mich ist das eine Schutzbehauptung der Parteispitze zur Rechtfertigung des Unvereinbarkeitsbeschlusses. Sie wissen selbst, daß es in der SPD bald üblich wurde, sich nur den »Grundwerten« des Programms und nicht zu einzelnen Programmpunkten zu »bekennen«. Zu den Grundwerten haben wir im SDS gestanden.

Verdienstvoll finde ich es, daß Sie herausarbeiten, welche Rolle der Begriff »neue Linke« im Jahre 1961 gespielt hat. In meiner Sicht hat die SPD-Spitze die Worte bewußt ins Organisatorische gewendet (so sie aus der »SDS-Förderergesellschaft« eine Gemeinschaft machte), um damit einen Beleg für Fraktionsbildung zu haben, die auf Parteispaltung zielte. Sie zitieren zwar wichtige Sätze aus dem Referat des scheidenden Bundesvorsitzenden Michael Schumann, daß die »neue Linke« in den westlichen Ländern nicht als »selbständige Organisation« angesehen werden könne (S. 414); aber Sie sprechen in der Überschrift leider doch im Sinne der SPD-Interpretation von einer »Annäherung des SDS an die ,Neue Linke««. Für uns waren Worte wie »neue Linke« und »neue Kritik« Ausdruck eines anderen Selbstverständnisses, ebenso wie das Ulmer Design der ersten Nummer der »neuen kritik«, gleichsam Markenzeichen. »Neue Linke« sollte andeuten, woher wir die »Kraft« nehmen, »unsere Arbeit fortzusetzen« (M. Schumann) und zeigen, daß wir uns nicht an leergewordene Traditionen und Symbole mancher Altlinker klammern.

Die organisationsbezogene Interpretation der SPD hatte Konsequenzen. Der Verfassungs-

schutz übernahm den Begriff. Zunächst gab es Interventionen gegen einige aus der SPD ausgeschlossene SDS-Mitglieder (darüber berichten Sie leider nicht); dann wurde der Begriff »Neue Linke« in den Verfassungsschutzberichten zu einer besonderen Kategorie im Rahmen »verfassungsfeindliche Bestrebungen«.

8. Es ging und es geht um unterschiedliche Vorstellungen von Politik. Wenn Sie die damalige studentische Bewegung gegen die Stationierung von Atomwaffen in der Bundesrepublik (die u. a. von Jürgen Habermas, Helge Pross, Reimar Lenz, Ansgar Skriver und Manfred Rexin initiiert wurde) als »Sonderaktion« bezeichnen, dann verrät das, daß Sie Politik reduzieren auf die sogenannte Machtfrage, das Erlangen und das Erhalten von Macht und auf strategische Manöver der Massenbeeinflussung. Vielleicht kennen Sie nur inszenierte und gelenkte Aktionen und haben nie erfahren, daß Menschen »politisch werden« können, weil sie glauben, daß der Zustand der Wirklichkeit ein Handeln erforderlich macht, das Wirklichkeit verändert. Das spezifisch Politische, das politische Bewegungen von Aktionen unterscheidet, bleibt Ihnen in Ihrem Buch verschlossen. Aktionen und Kampagnen kann man kommandieren und abbrechen, wann immer man will, Bewegungen nicht. Sie sollten etwas über die Leipziger Montagsdemonstrationen nachdenken.

Ich habe einige Punkte exemplarisch aufgespießt. Beim Nachlesen finde ich andere, die ich hinzufügen könnte. Doch es liegt mir nichts daran, Geschichte rechthaberisch zu verbuchen.

Hervorzuheben ist noch Ihre Darstellung des SHB. Hier beackern Sie Neuland. Ich suche aber noch immer eine Antwort auf die Frage, warum dieser Verband binnen weniger Jahre so in die Nähe der Kommunisten rückte?

Willy Albrecht: Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken; Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 1994, 540 S., DM 48,-

Risiko Shirinowski

Viktor Timtschenko: Ich erwecke Rußland mit Blut – Wladimir Wolfowitsch Shirinowski; Aufbau-Verlag, Berlin 1994, 208 S., DM 26,-

Dieses Buch wird man nicht ohne ein Gefühl der Bestürzung aus der Hand legen, obwohl darin durchaus auch Unterhaltsames und Zerstreuendes zu finden ist. Jedoch macht sein Gegenstand eine ernsthafte Auseinandersetzung geradezu unausweichlich, handelt es doch von Wladimir Wolfowitsch Shirinowski, Führer der Liberaldemokratischen Partei Rußlands (LDPR), damit Chef der von 13 Millionen Wählerstimmen getragenen stärksten Parteigruppe in der Duma nach den letzten Wahlen vom 12. 12. 1993. Die Rede ist folglich von einem politischen Faktor von Gewicht, an dem keine realitätsbezogene Analyse des heutigen Rußland vorbeisehen kann.

Geschildert werden im Detail Werdegang, Psychogramm und politisches Aktionsprogramm Shirinowskis. Der Verfasser Timtschenko, ein heute in Deutschland lebender Journalist ukrainischer Herkunft, macht dabei aus seiner tiefen Besorgnis nie einen Hehl. Für ihn verkörpert Shirinowski die Entartung der nachkommunistischen Entwicklung Rußlands, ihren Umschlag in eine neue Spielart des Totalitarismus. Geschickt habe es Shirinowski verstanden, den Zusammenbruch der Sowjetunion für seine Zwecke zu instrumentalisieren. Die von ihm mit zwielichtigen Methoden durchgesetzte Etablierung seiner LDPR – Motto: »Jede Partei ähnelt einer Mafia-Gruppierung politischen Charakters« – kann hierfür als Meisterstück gelten. Diese nur dem Namen nach liberale LDPR ist, so wird deutlich, vom Inhalt her protofaschistisch. Zugleich sei sie, übertroffen nur noch von den Kommunisten, die heute bestorganisierte Partei Rußlands.

Timtschenkos Untersuchung zu den Programmaussagen der LDPR ergibt einen vertrauten Befund: diese sind eher holzschnitthaften Charakters, jedoch plakativ und wirkungsvoll und gerade deshalb einfachen politischen Gemütern leicht vermittelbar.

Zur Wirtschaft lauten die Kernthesen: Einstellung aller Hilfsleistungen an das Ausland, Wiederankurbelung der Rüstungsproduktion und entschlossener Kampf gegen die Kriminalität. Nach innen liefe Shirinowskis Staat auf die Fortsetzung sattsam bekannter totalitärer Modelle hinaus (Kommentar Timtschenkos: »Das

Niveau der Gefängniswandzeitungen wird hoch sein.«), nach außen würde er unselige hegemonial-imperiale Traditionen wiederbeleben. Das von Shirinowski unter dem Schlagwort »Der letzte Sprung gen Süden« zu diesem Zweck entworfene außenpolitische Aktionsprogramm zielt auf eine Weltaufteilung durch wenige Großmächte, unter denen selbstverständlich Rußland eine führende Rolle zugeteilt wird. Sein Machtbereich würde bis an die Gestade des Indischen Ozeans ausgedehnt, wobei im Wege stehende Mächte eine gerechte Strafe für Rußland in der Geschichte (Türkei) oder in jüngster Vergangenheit (Afghanistan) zugefügte Schmach erfahren würden. Im Puzzle der von Shirinowski ausgeheckten territorialen Verschiebungen würde auch für Deutschland ein Brocken abfallen: es ist eingeladen, sich auf Kosten Polens zu saturieren. Keinen Zweifel läßt Shirinowski im übrigen an seiner Absicht, die von ihm für gut befundenen Veränderungen der geopolitischen Landkarte notfalls auch mit Gewalt durchzusetzen. Eine 3-Millionen-Mann-Armee Rußlands, die sich auf ein potentes Nuklearwaffenarsenal stützen könnte, wäre dafür das Werkzeug.

Es ist zu befürchten, daß hinter der Proklamation solchen Gedankenguts mehr steht als der bei Shirinowski notorische Hand zur Provokation mit dem Ziel, öffentliche Aufmerksamkeit um beinahe jeden Preis hervorzurufen. Die Beschreibung, die Timtschenko von Shirinowskis Charakter und Werdegang gibt, weist in die gleiche Richtung. Sie zeigt ihn als einen Meister der Selbstinszenierung, der es liebt, in der aus der russischen Geschichte wohlgeäußerten Pose des »Narren in Gott« aufzutreten. Daß er die eigene Herkunft zum Gegenstand der Manipulation machte – sein Vater war wahrscheinlich jüdischer Herkunft –, daß er in der spätsowjetischen Epoche der »Stagnation« manche Station einer regimekonformen Karriere offenbar auch unter Begünstigung durch das KGB erstaunlich rasch durchlief, paßt in diese Bild. Hinzu kommt eine bemerkenswerte Begabung Shirinowskis für Taktik und Intrige, die ihn zu einem durchaus ernstzunehmenden Spieler auf der gegenwärtigen politischen Bühne Rußlands macht.

Die verdienstvolle Darstellung Timtschenkos schließt mit der beklemmenden Note, daß die Zeichen für einen Machtantritt Shirinowskis in Rußland nicht schlecht stehen – man möchte

hinzufügen: nach dem jüngsten Tschetschenien-Debakel vielleicht noch besser als zuvor. Auch wenn man diese düstere Aussicht des Autors ebenso wenig wie einige seiner allzuweit ausgreifenden Spekulationen – beispielsweise die Unterstellung eines Zusammenspiels zwischen Shirinowski und Jelzin – teilen möchte, so bleibt doch ein harter Kern an Fakten, die zu höchster Beunruhigung Anlaß geben. Klar wird jedenfalls eines: Shirinowski an der Macht bedeutet Krieg und Gewalt, wobei selbst der Einsatz von Nuklearwaffen nicht auszuschließen wäre.

Die Frage drängt sich auf: Wird das Rußland Jelzins seinen ohnehin nicht gradlinigen Weg der Reformen gehen können, ohne daß ein solches Abgleiten in den politischen Radikalismus zu befürchten steht? Sie bleibt unbeantwortet. Vorausssehbar ist allerdings, daß dieses Rußland noch auf Jahre hinaus ein Faktor der Instabilität sein wird. Solange dies so ist, wird ein Restrisiko Shirinowski mit in das politische Kalkül einzubeziehen sein. *Dieter Boden*

Rechtspopulismus in Europa

Armin Pfahl-Traughber: Volkes Stimme? Rechtspopulismus in Europa; Verl. J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 1994, DM 19,80

Parteien mit unverwechselbarer Programmatik gehören der Vergangenheit an. Wo man vorgibt, es jedem recht zu machen, sei er arbeitslos oder zahlendes Mitglied der Industrie- und Handelskammer, stören Programme und Statute nur. Eigentlich wollen Parteien gar keine mehr sein. Jetzt, da sie verschwinden, merkt der politische Mensch, was er an ihnen hatte. Ihre Politik schien ihm vielleicht abwegig, aber jedenfalls war da etwas Identifizierbares. Parteien sind ununterscheidbar geworden. Alle bedienen jede sich bietende Zielgruppe. Die PR-Sprache gibt der politischen den Rest. Liberalismus, soziale Gleichheit, Freiheitsrechte des einzelnen – das klingt nur noch nach ausgehendem 19. Jahrhundert. Nutznießer dieser Entwicklung sind die Kondottiere der Gegenwart, Le Pen, Haider und wie sie heißen. Wo das analytische Niveau der Stammtische den Maßstab öffentlicher Rede abgibt, da haben sie es leicht. Da gilt bereits als elitär, wer es wagt, dieses Niveau zu überschreiten. Und wer

setzt sich schon gerne diesem Vorwurf aus? Eine alte Erkenntnis: Wirtshausstrategen schlägt man nicht mit ihren eigenen Mitteln. Wer ihnen nachhallt, kann keine differenzierten Sachen mehr sagen. Ohne Differenzierung ist der Meinungsstreit aber schon verloren.

Das Buch *Volkes Stimme* hat seine stärksten Passagen, wo es den Redefiguren derer, die mit selbiger Stimme zu sprechen vorgeben, mit feinem Besteck zu Leibe rückt. Der »kleine Mann« ist eine solche, bei allen Agitatoren beliebte Redefigur. Schönhuber handhabt sie virtuos, wie eine Studie im Rahmen des Bändchens zeigt. Erst kränkt er die Zuhörer, stellt sie als klein und unbedeutend dar, dann richtet er sie zu wahrer Größe auf. Solche Größe lebt von der Erniedrigung anderer. Schönhubers Ausfälle gegen das »Schickimicki-Geschwel« dünnen Dorfluft aus. Die Scholle steht wieder auf gegen den Asphalt der Städte und gegen die Zugereisten. Die Agitationstechnik ist standardisiert und keineswegs komplex.

Ihr Grundmuster beherrscht der VLAAMS BLOK in Flandern so gut wie der Haider Jörg in Kärnten oder die Tugendhetzer der ALLIANZA NATIONALE im Mezzogiorno. Die Populisten aller Länder setzen sich zu ihrem Publikum in ein quasi therapeutisches Verhältnis. Wo eine Psychotherapie aber den Zweck verfolgt, Unbewußtes bewußt zu machen, hegen sie die gegenteilige Absicht. Unbewußtes muß vom Bewußtsein ausgesperrt bleiben, damit man zum Halali blasen kann. Der Autor erinnert an Leo Löwenthals Wort von der »verkehrten Psychoanalyse«, kennzeichnend die Verführungstechnik der »falschen Propheten«. Sechs dieser falschen Propheten aus fünf europäischen Ländern stellt das Buch vor. Der sechste im Bunde ist Bossi und seine LEGA NORD. Man erfährt Nützliches über die Entstehungsgeschichte, das Funktionärskorps, die Altersstruktur und soziale Herkunft der typischen Wähler und dies von jeder der erwähnten Parteien. Die von ihnen propagandistisch bedienten Themen sind immer die gleichen: Einwanderung, Kriminalität, staatliche Bürokratie und Korruption. Auffällig der allen gemeinsame Anklagegestus gegen den Staat. Man wird das Gefühl nicht los, die bei der radikalen Linken einmal modischen antistaatlichen Töne hallen jetzt bei den Rechten nach. Hört man die lässigen, die politischen Eliten provozierenden Slogans der LEGA NORD, dann kommen einem die Stadtindianer seligen Angedenkens in den Sinn. Die *indiani metropolitani* träumten vom wilden Stammesleben. Nur Stämme, so eine damals populäre Parole, seien überlebensfähig. Fini, Bossi und die anderen Heroen greifen den zivilisationskritischen

Gedanken wieder auf. Nur eine Abstammungsgemeinschaft sei vital. Menschen unterschiedlicher Herkunft gleiche Rechte zu gewähren, ginge nicht an. Das klassisch-westliche Verständnis von Staatsbürgerschaft ist ihnen ein Dorn im Auge, das ethnisch homogene Kollektiv ihr Ideal. Wer Politik als ein Verfolgen partikularer Interessen begreift, der ist von diesem Ideal schwer bedroht. Setzt er sich doch rasch dem Verdacht aus, gegen das ominöse Gemeinwohl zu verstoßen. Dieser Verdacht läßt sich gegen Unternehmervverbände so gut wie gegen Gewerkschaftsvorstände erheben.

Der Autor rät, sich von der Gloriole der Nation nicht verdummen zu lassen, sondern sich nüchtern an das zu halten, was ist: Eine Gesellschaft mit unterschiedlichen sozialen Schichten und Interessen. Solche Nüchternheit ist ein magerer Boden für Volkstümelei. Wo Industriebeschäftigte beispielsweise gewerkschaftlich organisiert und repräsentiert sind, wirken nationalistische Sprüche verschroben. Auch eine von dem Buch beförderte Erkenntnis. *Peter Kern*

darisierten«, nicht möglich gewesen: »Wichtig war auch die Bruderschaft der Pfarrer und der illegalen Vikare, die sich ständig gegenseitig ermutigten.«

In dem Buch seiner Tochter wird der kantige Charakter des christlichen Bekenners Karl Immer bildhaft geschildert. Auch die Darstellung der Begegnungen mit Helmut Gollwitzer und Heinrich Albertz sind sehr anschaulich, wie überhaupt die Stärke des Büchleins in der Charakterisierung der Menschen liegt, die für eine kurze oder längere Zeit in Leni Immers Leben traten.

Das Vorwort stammt von Johannes Rau, der schon als Kind im Hause Immer ein- und ausging. Er wünscht dort dem Buch, »daß es viele nachdenkliche und dankbare Leser findet, die nach ihrem eigenen Weg fragen und Rechenschaft geben wollen über die Hoffnung, die sie trägt und bewegt und die nichts und niemanden verloren gibt«.

Dem wenig sorgsam edierten Bändchen fehlt ein Sach- und noch mehr ein Personenregister, das es für die hoffentlich 2. Auflage anzuregen gilt. *Matthias Dohmen*

Kirchenkampf in Wuppertal

Leni Immer: Meine Jugend im Kirchenkampf. Vorwort: Johannes Rau; Quell Verlag, Stuttgart 1994, 1515 S., DM 29,80

Mit der Bekennenden Kirche verbindet man gemeinhin Martin Niemöller, Karl Barth und Helmut Gollwitzer, seltener den Pastor Karl Immer, in dessen Gemeindekirche 1934 die »Barmer Erklärung« verabschiedet wurde. Der wahrlich nicht üppig ins Kraut geschossenen Memoirenliteratur hat jetzt Karl Immers Tochter Leni ihre sehr persönlich gefärbten Erinnerungen zugefügt. Leni Immer, Jahrgang 1915, schildert darin unter Beifügung von Dokumenten und Tagebucheintragungen den Alltag im Pfarrhaus Immer in den Jahren des »Dritten Reiches«. Ihre Erinnerungen sind ohne Zweifel ein Stück »Kirchengeschichte von unten« (Gerhard Schoenborn). Sie rücken für einen kurzen Moment den Dienst der namenlosen Gemeindeglieder, Küster und Presbyter, Pfarrfrauen und Pfarrerskinder in den Mittelpunkt. Leni Immer bemerkt im Nachwort zu recht, der Kirchenkampf sei ohne die »tatkraftige Hilfe der Gemeinde, ohne die Freundschaft der Menschen, die sich mit ihrem Pfarrer soli-

Courbet-Biographie

Marie Luise Kaschnitz: Gustave Courbet – Roman eines Malerlebens; Insel Verlag, Frankfurt und Leipzig 1994, 163 S., DM 39,80

Im Sommer 1938, an der Ostsee, kam der 37jährigen Marie Luise Kaschnitz der Gedanke, eine Biographie über den französischen Maler Gustave Courbet zu schreiben. Meer und Wellen waren bevorzugte Motive ihrer Gedichte und seiner Gemälde. Seine »Besessenheit des Schöpferischen« wollte sie darstellen, »die Verwicklung in politisches Geschehen, die Schuld an der Zerstörung der Vendôme-Säule, der Verrat der Freunde und der Familie, die Selbstbildnisse, das Ende«.

Der Besuch einer Ausstellung seiner Gemälde in Paris im Frühjahr 1939 intensivierte den Wunsch, Leben und Werk dieses Mannes darzustellen, der bei Ausbruch des deutsch-französischen Krieges 1870 an seine deutschen Künstlerfreunde den Appell gerichtet hatte, in einer gemeinsamen Aktion französische Mitraillleusen und deutsche Kruppkanonen einzuschmelzen. Nur ein einziges Geschütz sollte erhalten bleiben, sollte, gekrönt von der phrygischen Mütze, zum Symbol der dauernden Verei-

nigung der französischen und der deutschen Nation werden und an die Stelle der Vendôme-Säule treten, des verhaßten Symbols zweier französischer Kaiserreiche.

1942, nach der Besetzung Frankreichs durch deutsche Truppen, begann Marie Luise Kaschnitz mit der Niederschrift der Biographie des Malers, der als überzeugter Demokrat und Revolutionär den Haß der politischen Rechten auf sich gezogen hatte und durch ihre erbarungslose Rache zugrunde gerichtet worden war. Das Buch – wohl einzustufen als der stille Protest einer unauffälligen »inneren Emigrantin« gegen die antidemokratische und imperialistische Politik des Dritten Reichs – erschien erst 1949. Es ist nun neu aufgelegt worden – leider ohne die der Erstausgabe beigelegten Reproduktionen charakteristischer Gemälde Courbets.

Courbet wurde 1819 als Sohn einer begüterten Winzer- und Bauernfamilie in Ornans, südlich von Besançon, geboren. Nach dem wenig erfolgreichen Besuch des Gymnasiums ging er nach Paris, um Jura zu studieren, widmete sich aber immer mehr einer Leidenschaft, die sich schon früh bei ihm bemerkbar gemacht hatte: der Malerei. Er studierte und kopierte die Alten Meister im Louvre und erregte mit seinen eigenen Gemälden stürmischen Protest. Die ästhetischen Vorlieben im klassischen Zeitalter des Eklektizismus galten eher der leichten Musik und der Unterhaltungsliteratur, einer kalten, dekorativen Architektur und einer gefälligen Wandschmuck-Malerei. Dem setzte Courbet eine Kunst entgegen, die die Wirklichkeit wiedergab, unbeschönigt und unvoreingenommen. Er stellte Menschen aus dem Volk ohne genrehafte Verniedlichung oder Verzerrung dar, z. B. zwei Steinklopfer bei der Arbeit. »Was er hier sah«, so Marie Luise Kaschnitz, »war die wahre Wirklichkeit, war das Leben der Zeit, das neue, zu dessen Gestaltung er sich bestimmt fühlte.«

In der Ausstellung des Salons von 1850 stellte der 30jährige das großformatige Gemälde »Begräbnis von Ornans« aus, für das die Dorfbewohner seines Heimatortes ihm Modell gestanden hatten. »Trivialität, Gemeinheit und niedrige Gesinnung wurden Courbet vorgeworfen, rohe Dummheit und der Wille, die vulgäre Häßlichkeit zu verherrlichen.« So faßt Kaschnitz die Reaktion des weltstädtischen Publikums auf eines der berühmtesten Bilder Courbets zusammen. Er selber bezeichnete das Gemälde später als »Begräbnis der Romantik«. Die Darstellung selbstbewußter Arbeiter, die respektvolle Wiedergabe einer dörflichen Zereemonie waren von einem radikaldemokratischen

Geist erfüllt und wurden als gesellschaftspolitische Herausforderung empfunden. »Ich bin«, so Courbet in einem Brief, »nicht nur Sozialist, sondern auch Demokrat und Republikaner, mit einem Wort, ein Parteigänger der Revolution und vor allem ein Realist, das heißt, der aufrichtige Freund der wahren Wahrheit.«

Diese Einstellung prägte nicht nur die Wahl seiner Motive, sondern auch die Darstellungsweise und formale Behandlung seiner Bilder. Bei den von Kaschnitz poetisch beschriebenen Wellen-Gemälden beispielsweise gibt es kein sorgfältig komponiertes, distanzierendes und zähmendes Arrangement mehr. Courbets Wogen sind ohne Anfang, ohne Ende, unbezwingbar – wilde, unverfügbare, bedrohliche Natur. Die Farbe ihrerseits geht über die traditionelle Funktion, bloß Mittel der Darstellung zu sein, hinaus und gewinnt in ihrer Körperlichkeit Eigengewicht: Die weiße Farbe *ist* die Gischt, die grüne *ist* die Flut.

Courbets Realismus war gleichermaßen gesellschaftskritisch wie daseinsbejahend, entlarvend wie aufwertend. Was Courbet tat, tat er auf intensive, aufsehenerregende, nicht selten deftige Weise. Sein Leben war dementsprechend voller Höhen und Tiefen. Die letzten Jahre waren dann allerdings nur noch trostlos. 1871 von den Communards zum Delegierten der schönen Künste ernannt, hatte er, der sein Bekenntnis zur Commune stets mit der Absage an Gewalt verknüpft hatte, für die Beseitigung der Vendôme-Säule gestimmt. Sie fiel unter dem Beifall von 20 000 Parisern. Aber nur er wurde von der haßerfüllten Reaktion zur Verantwortung gezogen, wurde geschmäht und inhaftiert. Seine Güter wurden beschlagnahmt, seine Gemälde konfisziert. Nach mehrmonatigem Gefängnisaufenthalt floh der Maler ins Schweizer Exil. Währenddessen wurde der Prozeß wieder aufgerollt und Courbet schließlich zur Zahlung einer horrenden Summe für die Wiedererrichtung der Vendôme-Säule verurteilt. Noch im selben Jahr, 1877, starb der einst so vitale Mann einsam im Exil.

Die Courbet-Biographie von Marie Luise Kaschnitz wird der Romanhaftigkeit des Lebens dieses Malers und der Vielfalt seiner Bilder gerecht. Die Kategorien allerdings, mit denen sie in interpretierenden Passagen arbeitet – z. B. die Begriffspaare Ratio und Natur, romanische Wesensart und deutsche Wesensart –, gehören einem allzu holzschnittartigen, vereinfachenden und mystifizierenden Denken an. Doch das hält sich in Grenzen, prägt nicht das Buch, das sich nach wie vor als gut lesbare Einführung in Leben und Werk Courbets eignet.

Renate Wiggershaus

Zu den Autorinnen und Autoren

DIETER BODEN, geb. 1940, im Auswärtigen Amt tätig seit 1968, darunter auf Auslandsposten u. a. in Moskau und Leningrad.

MATTHIAS DOHMEN, geb. 1947, lebt als freier Publizist in Wuppertal.

KAI EHLERS, geb. 1944, freier Publizist und Buchautor, lebt in Hamburg.

GERNOT ERLER, geb. 1944, Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1987.

RÜDIGER GÖRNER, geb. 1957, Professor für Deutsche Literatur an der Aston University/GB.

ROLAND GÖTZ, Mitarbeiter im Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien in Köln.

KARLA HIELSCHER, geb. 1938, Slawistin und Literaturwissenschaftlerin, freie Publizistin und Funkautorin.

KAROLINE HILLE, geb. 1948, Kunsthistorikerin und Journalistin, lebt in Mannheim.

THOMAS HOFMANN, geb. 1952, war von 1991–1994 Direktor der Gedenkstätte Buchenwald und arbeitet seitdem an einem Forschungsprojekt über NS-Gedenkstätten.

PETER KERN, geb. 1950, IG METALL-Sekretär in Frankfurt a.M.

THOMAS KREUDER, geb. 1960, arbeitet in der Kanzlei des Hessischen Landtags.

SONJA MARGOLINA, geb. 1951 in Moskau, lebt seit 1986 als freie Autorin in Berlin.

ALEXANDRA PRZYREMBEL, geb. 1965, Studentin in Hamburg.

PETER W. SCHULZE, Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Moskau.

JÜRGEN SEIFERT, geb. 1928, emeritierter Professor für Politikwissenschaften in Hannover.

FRANZ SOMMERFELD, geb. 1949, ist politischer Korrespondent der BERLINER ZEITUNG.

ANJA WEUSTHOFF, geb. 1967, Politikwissenschaftliche Mitarbeiterin im Bundessekretariat der Jungsozialisten in Bonn.

RENATE WIGGERSHAUS, freie Publizistin, lebt in Kronberg/Ts.

IMPRESSUM

Anschrift der Redaktion:

Godesberger Allee 139
53175 Bonn
Tel.: (02 28) 88 35 40-43
Telefax: (02 28) 88 35 39

Verlag und Anzeigenverwaltung:

Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger GmbH
In der Raste 2
53129 Bonn
Tel.: (02 28) 23 80 83
Telefax: (02 28) 23 41 04

Anzeigenpreisliste Nr. 23 vom 1. 1. 1995
Anzeigenverwaltung: Margret Reichert

Gesamtherstellung:

satz+druck gmbh, Düsseldorf

Bezugsbedingungen:

DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag, ISSN 0177-6738 Einzelheft 14,80 DM/ÖS 116,00/sFr 15,80 frei Haus; Jahresabonnement 99,00 DM/ÖS 780,00/sFr 100,80 frei Haus. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt ist (Lieferende mit Heft 12). In den Bezugspreisen sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.